

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

<i>Onlinequelle 1</i>	5
<i>Onlinequelle 2</i>	8
<i>Onlinequelle 3</i>	12
<i>Onlinequelle 4</i>	14
<i>Onlinequelle 5</i>	16
<i>Onlinequelle 6</i>	24
<i>Onlinequelle 7</i>	27
<i>Onlinequelle 8</i>	29
<i>Onlinequelle 9</i>	34
<i>Onlinequelle 10</i>	38
<i>Onlinequelle 11</i>	41
<i>Onlinequelle 12</i>	49
<i>Onlinequelle 13</i>	53
<i>Onlinequelle 14</i>	56
<i>Onlinequelle 15</i>	66
<i>Onlinequelle 16</i>	70
<i>Onlinequelle 17</i>	77
<i>Onlinequelle 18</i>	81
<i>Onlinequelle 19</i>	84
<i>Onlinequelle 20</i>	86
<i>Onlinequelle 21</i>	98
<i>Onlinequelle 22</i>	103
<i>Onlinequelle 23</i>	110
<i>Onlinequelle 24</i>	115
<i>Onlinequelle 25</i>	121
<i>Onlinequelle 26</i>	125
<i>Onlinequelle 27 a</i>	130
<i>Onlinequelle 27 b</i>	133
<i>Onlinequelle 27 c</i>	136

<i>Onlinequelle 27 d</i>	139
<i>Onlinequelle 28</i>	142
<i>Onlinequelle 29</i>	149
<i>Onlinequelle 30</i>	151
<i>Onlinequelle 31</i>	164
<i>Onlinequelle 32</i>	167
<i>Onlinequelle 33</i>	171
<i>Onlinequelle 34</i>	176
<i>Onlinequelle 35</i>	180
<i>Onlinequelle 36</i>	182
<i>Onlinequelle 37</i>	188
<i>Onlinequelle 38</i>	190
<i>Onlinequelle 39</i>	203
<i>Onlinequelle 40</i>	208
<i>Onlinequelle 41</i>	219
<i>Onlinequelle 42</i>	223
<i>Onlinequelle 43</i>	227
<i>Onlinequelle 44</i>	231
<i>Onlinequelle 45</i>	235
<i>Onlinequelle 46</i>	238
<i>Onlinequelle 47</i>	242
<i>Onlinequelle 48</i>	248
<i>Onlinequelle 49</i>	252
<i>Onlinequelle 50</i>	255
<i>Onlinequelle 51</i>	258
<i>Onlinequelle 52</i>	262
<i>Onlinequelle 53</i>	267
<i>Onlinequelle 54</i>	272
<i>Onlinequelle 55</i>	279
<i>Onlinequelle 56</i>	284
<i>Onlinequelle 57</i>	287
<i>Onlinequelle 58</i>	290
<i>Onlinequelle 59</i>	293

<i>Onlinequelle 60</i>	298
<i>Onlinequelle 61</i>	301
<i>Onlinequelle 62</i>	304
<i>Onlinequelle 63</i>	307
<i>Onlinequelle 64</i>	310
<i>Onlinequelle 65</i>	314
<i>Onlinequelle 66</i>	318
<i>Onlinequelle 67</i>	328
<i>Onlinequelle 68</i>	336
<i>Onlinequelle 69</i>	341
<i>Onlinequelle 70</i>	344
<i>Onlinequelle 71</i>	348

Onlinequelle 1

Ziel 1 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung lautet, Armut in jeder Form und überall zu beenden.

Der Entwicklungsausschuss der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, englisch: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) – Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)) versteht unter Armut die Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen. Zu diesen Bedürfnissen gehören vor allem der Konsum und die Sicherheit von Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausübung von Rechten, Mitsprache, Sicherheit und Würde sowie menschenwürdige Arbeit.

Als absolute Armut ist dabei ein Zustand definiert, in dem sich ein Mensch die Befriedigung seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse nicht leisten kann. Relative Armut beschreibt Armut im Verhältnis zum jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld eines Menschen.

Armut ist ein dynamischer Prozess und keine Eigenschaft. In der Regel sind es einschneidende familiäre Ereignisse (zum Beispiel Krankheitsfälle, Todesfälle, das Aufbringen einer Mitgift für eine Hochzeit) oder größere Krisen (wie bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen), die Menschen in Armut stürzen.

Vielen Menschen gelingt es, ihre Lebensumstände aus eigener Kraft so zu verbessern, dass sie sich aus der Armut befreien können. Lediglich ein Viertel bis ein Drittel der von Armut betroffenen Menschen sind Schätzungen zufolge chronisch – also Zeit ihres Lebens – arm.

Die Reduzierung der Armut ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Der Einsatz gegen Armut und für weltweit bessere Lebensbedingungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen und auch der deutschen Politik.

Armut messen

Armut zu messen ist schwierig, jeder empfindet sie anders. Hunger, Krankheiten oder Angst sind schwer messbar. Darum gibt es international akzeptierte Kriterien, die dabei helfen zu erfassen, was Armut ist und wer als arm gilt.

Bei der Messung von Armut haben sich verschiedene Ansätze durchgesetzt. Nach der Definition der Weltbank sind Menschen extrem arm, wenn sie weniger als 2,15 US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben. Bei diesem Ansatz wird die Kaufkraft des US-Dollars in lokale Kaufkraft umgerechnet. Das heißt, dass extrem arme Menschen nicht in der Lage sind, sich täglich die Menge an Gütern zu kaufen, die in den USA 2,15 US-Dollar kosten würden. Die 2,15-Dollar-Grenze wird als finanzielles Minimum angesehen, das eine Person zum Überleben braucht. Demnach lebten im Jahr 2022 nach Schätzungen bis zu 750 Millionen Menschen in extremer Armut. Durch die Umrechnung in lokale Kaufkraft können die Armutsquoten international verglichen werden.

Zunehmend gibt es Versuche, auch andere Dimensionen von Armut statistisch abzubilden. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) – Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, englisch: United Nations Development Programme (UNDP) – berechnete den Index der mehrdimensionalen Armut, englisch: Global Multidimensional Poverty Index (MPI). Er misst, wie stark ein Haushalt unter Entbehrungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard leidet. Auch der Index der menschlichen Entwicklung (HDI – Index der menschlichen Entwicklung, englisch: Human Development Index) versucht, mehrere Dimensionen entlang einer Skala von 0 bis 1 abzubilden, beschreibt dabei jedoch nicht den Zustand einzelner Haushalte, sondern den Entwicklungsstand eines Landes. Indikatoren für den HDI – Index der menschlichen Entwicklung, englisch: Human Development Index sind unter anderem die Lebenserwartung bei der Geburt, die Alphabetisierungsrate, das Bildungsniveau und die reale Kaufkraft pro Kopf in einem Land.

[zum Lexikon der Entwicklungspolitik](#)

Onlinequelle 2

Presse

Relatives Armutsrisiko in Deutschland 2021 bei 15,8 %

Seite teilen



Pressemitteilung Nr. 327 vom 4. August 2022

WIESBADEN – Rund 13,0 Millionen Menschen waren 2021 in Deutschland armutsgefährdet. Das entspricht 15,8 % der Bevölkerung Deutschlands. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand von Erstergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2021 mitteilt, lag damit der Anteil der armutsgefährdeten Personen in der Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr auf einem vergleichbaren Niveau. Im Jahr 2020 waren es mit 13,2 Millionen Menschen 16,1 % der Bevölkerung.

Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert der Armutsgefährdung). 2021 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 15 009 Euro netto im Jahr (1 251 Euro im Monat), für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 31 520 Euro netto im Jahr (2 627 Euro im Monat).

Frauen sind eher armutsgefährdet als Männer

Insgesamt waren 16,5 % der Frauen, aber nur 15,1 % der Männer im Jahr 2021 von Armut bedroht. Für Personen zwischen 18 und 64 Jahren war die Armutsgefährdungsquote bei den Frauen mit 15,0 % zwar leicht niedriger als der Bundesdurchschnitt, jedoch leicht höher als die Armutsgefährdungsquote der Männer dieser Altersklasse. Bei den Frauen ab 65 Jahren fiel das Armutsgefährdungsrisiko im Jahr 2021 mit 21,0 % deutlich höher aus als bei den Männern derselben Altersklasse mit 17,4 %. Die geringeren Alterseinkommen von Frauen im Vergleich zu Männern sind beispielsweise auf unterbrochene Erwerbsbiografien und damit geringere Rentenansprüche zurückzuführen. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren lag bei 16,2 %.

Mehr als ein Viertel der Alleinlebenden sowie der Personen aus Alleinerziehendenhaushalten waren armutsgefährdet

Untergliedert nach Haushaltstypen sind erheblich mehr Personen aus Alleinerziehendenhaushalten sowie Alleinlebende von Armut bedroht als im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2021 war mehr als ein Viertel der Personen aus Alleinerziehendenhaushalten (26,6 %) armutsgefährdet. Bei den Alleinlebenden waren es 26,8 %. Für Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind (9,0 %) beziehungsweise mit zwei Kindern (11,4 %) sowie in Haushalten mit zwei Erwachsenen ohne Kind (11,5 %) lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2021 unter dem Bundesdurchschnitt. Dagegen hatten Personen in Haushalten von zwei Erwachsenen mit drei und mehr Kindern mit 23,6 % eine deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Armutsgefährdungsquote.

Fast jede zweite arbeitslose Person war 2021 armutsgefährdet

Differenziert nach dem überwiegenden Erwerbsstatus von Personen ab 18 Jahren war im Jahr 2021 in der Gruppe der Arbeitslosen mit 47,0 % fast jede zweite Person armutsgefährdet. Bei den überwiegend Erwerbstätigen betrug der Anteil dagegen nur 8,6 %. Für Personen im Ruhestand lag die Armutsgefährdungsquote bei 19,3 %.

Methodische Hinweise:

Bei den Angaben handelt es sich um Ergebnisse der europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). EU-SILC ist die amtliche

Hauptdatenquelle für die Messung von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen auf Bundesebene in Deutschland sowie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Erhebung ist in Deutschland seit dem Erhebungsjahr 2020 als Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert. Aufgrund der mit dieser Integration verbundenen umfangreichen methodischen Änderungen ist ein Vergleich der Ergebnisse ab Erhebungsjahr 2020 mit den Vorjahren nicht möglich.

Damit zwischen dem Ende des Erhebungsjahres und der Ergebnisbereitstellung möglichst wenig Zeit vergeht, werden seit dem Erhebungsjahr 2020 zunächst **Erstergebnisse und mit einigem zeitlichen Abstand Endergebnisse** veröffentlicht. Bei den hier erwähnten Ergebnissen für 2021 handelt es sich um Erstergebnisse. Die Ergebnisse für 2020 sind Endergebnisse.

Ausführliche Informationen zu den methodischen Änderungen sowie deren Auswirkungen auf EU-SILC sind auf einer [Sonderseite](#) verfügbar.

In der Erhebung EU-SILC ist die Grundlage für die Einkommensmessung in einem Erhebungsjahr das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (nach Steuern und Sozialabgaben) des Vorjahres. Die Fragen zum Einkommen beziehen sich also auf das Vorjahr der Erhebung (Einkommensreferenzjahr). Auch die Frage nach dem überwiegenden Erwerbsstatus bezieht sich auf das Vorjahr der Erhebung. Im Jahr 2021 wurden 34 387 Haushalte und 59 646 Personen ab 16 Jahren zu ihren Einkommen und Lebensbedingungen befragt.

Die amtliche Statistik liefert zum Themenbereich „Einkommen, Armutsgefährdung und soziale Lebensbedingungen“ Indikatoren auf Basis unterschiedlicher Datengrundlagen. Neben den hier vorgestellten Ergebnissen aus EU-SILC gibt es auch Daten aus dem Mikrozensus-Kernprogramm. Auf unserer Themenseite finden Sie [Erläuterungen zu den verschiedenen Datengrundlagen](#).

Weitere Informationen:

Diese und weitere Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2021 sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes auf der Themenseite [Lebensbedingungen und Armutsgefährdung](#) veröffentlicht sowie in der Datenbank von [Eurostat](#).



Kontakt
für weitere
Auskünfte

Pressestelle
Telefon: +49 611 75 3444

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Zum Thema



[Lebensbedingungen und Armutsgefährdung](#)



Weiterführende Themen



[Themen](#)



[Methoden](#)



[Hilfe und Service](#)



[Über uns](#)

Seite teilen 

Unsere Themen

[Themen](#)

[Presse](#)

[Über uns](#)

[Methoden](#)

[Hilfe und Service](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)



Onlinequelle 3



☰ Rentenpolitik

< [Glossar](#)

Armutsrisiko

Der Begriff dient als Indikator der Beschreibung der sozialen Lage in einer Gesellschaft/Region. Er vermittelt, wie viele Personen mit ihrem Einkommen ein bestimmtes Niveau (Armutsschwelle) unterschreiten. Dabei wird heute materielle Armut üblicherweise auf zwei Arten definiert:

Erstens durch die bei der Grundsicherung geltende Grundsicherungsschwelle (plus durchschnittlichen Kosten für die Unterkunft). Die sich ergebende Grundsicherungsquote bezeichnet den Anteil von Beziehern von Grundsicherungsleistungen an der jeweiligen Bevölkerung. Sie misst die "bekämpfte Armut"; ihre Aussagekraft ist durch die Dunkelzifferproblematik eingeschränkt (Leistungsberechtigte, die die Leistung nicht beantragen).

Der zweite Weg ist die Ermittlung von Armutsrisikoquoten. Dabei wird das Nettoäquivalenzeinkommen in den Haushalten auf Basis von Befragungsdaten ermittelt. Die Armutsrisikoschwelle wird üblicherweise bei 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens (Median) festgestellt. Die Armutsrisikoquote ist dann der Anteil der Personen an der jeweiligen Population, deren Nettoäquivalenzeinkommen unter der Armutsrisikoschwelle liegt.

< [Arbeitslosengeld II](#)

[ASID und AVID](#) >



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 4



< [Das Lexikon der Wirtschaft](#)

Inflation

anhaltender Prozess der Geldentwertung, der sich durch allgemeine Preiserhöhungen bemerkbar macht. Mit einer Geldeinheit kann dann ständig weniger gekauft werden, d. h., die [Kaufkraft \(siehe dort\)](#)

des Geldes vermindert sich dauernd. Nicht als Inflation gelten einmalige, vorübergehende, durch ungewöhnliche Vorkommnisse (z. B. Missernten, Streiks) verursachte Preisniveauerhöhungen sowie Preissteigerungen für bestimmte Güter oder Produktionsfaktoren. Die Inflation wird gemessen am Anstieg eines das allgemeine Preisniveau am besten widerspiegelnden → [Preisindex](#)es (siehe dort) wie z. B. des Verbraucherpreisindex für Deutschland. Der prozentuale Anstieg des Preisindex in einem bestimmten Zeitraum wird als → [Inflationsrate \(siehe dort\)](#) bezeichnet.

INFLATION					
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %					
BIP-Deflator	Harmonisierter Verbraucherpreisindex	Verbraucherpreise	Einkaufspreise	Ausfuhrpreise	
1995	2,0	1,5	1,8	-0,3	1,3
2000	-0,4	1,4	1,4	7,3	2,7
2005	0,6	1,9	1,6	3,0	1,1
2010	0,8	1,1	1,1	4,8	2,3
2011	1,1	2,5	2,1	5,5	2,6
2012	1,5	2,1	2,0	2,2	1,8
2013	2,1	1,6	1,5	-1,7	-0,3
2014	1,7	0,8	0,9	-1,6	-0,1
2015	2,1	0,1	0,3	-1,6	1,0

Inflation. Eckdaten der Preisentwicklung in Deutschland

Beim Entstehen einer Inflation spielt besonders die Geldmenge in der Volkswirtschaft eine große Rolle. Steht der gesamtwirtschaftlichen Gütermenge eine zu große Geldmenge gegenüber (Aufblähung der Geldmenge), ist eine Bedingung für die Inflation gegeben. Übersteigt die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage das gesamtwirtschaftliche Güterangebot, das kurzfristig nicht erhöht werden kann, sind steigende Preise die Folge, die Inflation setzt ein. Die Preissteigerungen lösen steigende Löhne aus, wegen des höheren Einkommens steigt die Nachfrage nach Gütern an. Die höheren Löhne bewirken jedoch auch steigende Kosten der Unternehmen, was wiederum zu Preissteigerungen für Güter führt. Außerdem wird der Preisaufruf durch die gestiegene Nachfrage zusätzlich verstärkt. Als Folge steigen die Löhne und anschließend wiederum die Preise. Es entsteht eine [Lohn-Preis-Spirale \(siehe dort\)](#)

. Da in einer solchen Situation in der Bevölkerung die Angst vor weiteren Preissteigerungen und dem Verlust der gesparten Gelder ständig wächst, geben viele ihr Geld möglichst schnell für den Kauf von Gütern aus oder legen Geld zur Werterhaltung in Sachwerten an (Flucht in die Sachwerte), bevor neue Preiserhöhungen zu weiteren Kaufkraftverlusten führen. Eine Inflation kann sich deshalb dauernd selbst verstärken.

Nach der Geschwindigkeit des Prozesses der Geldentwertung (Inflationstempo) unterscheidet man zwischen [schleichender Inflation \(siehe dort\)](#),

→ [trabender Inflation \(siehe dort\)](#), → [galoppierender Inflation \(siehe dort\)](#) und → [Hyperinflation \(siehe dort\)](#). Nach der Erkennbarkeit wird zwischen → [offener Inflation \(siehe dort\)](#) und versteckter oder → [zurückgestauter Inflation \(siehe dort\)](#) unterschieden, nach dem Auslöser für die Preissteigerungen → [angebotsbedingte Inflation \(siehe dort\)](#) und → [nachfragebedingte Inflation \(siehe dort\)](#).

Eine Inflation führt zur Entwertung von Ersparnissen mit der Folge, dass die Sparneigung in der Bevölkerung zurückgeht oder gespartes Geld in Sachwerten angelegt wird. Das schränkt die Möglichkeiten der Banken ein, Kredite an Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen zu vergeben. Produktionseinschränkungen und Arbeitslosigkeit sind die Folge.

Von einer Inflation sind besonders solche Personen betroffen, die ihr Einkommen nicht an die steigenden Preise anpassen können, z. B. Arbeitslose oder Rentner. Die Verhinderung einer Inflation ist ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

< [Industriestaat](#)

[Inflationsrate](#) >



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 5

Pressemitteilungen

Aktuell

Tabellen 

Datenbank **Preise**

Statistik visualisiert

Wertsicherung

Grafiken

Publikationen

Häufig gestellte Fragen

Methoden

Qualitätsberichte

Experimentelle Daten

Verbraucherpreisindex und Inflationsrate

+7,4 %

Inflationsrate
(vorläufig)

+ 19,1 %

Verbraucherpreise
Energie

+ 21,8 %

Verbraucherpreise
Nahrungsmittel

Startseite → Themen → Wirtschaft → Preise → Verbraucherpreisindex und Inflationsrate

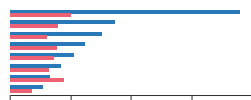
Zum Thema

Der Verbraucherpreisindex misst monatlich die **durchschnittliche Preisentwicklung** aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte in Deutschland für Konsumzwecke kaufen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat bzw. zum Vorjahr wird als Teuerungsrate oder als **Inflationsrate** bezeichnet.

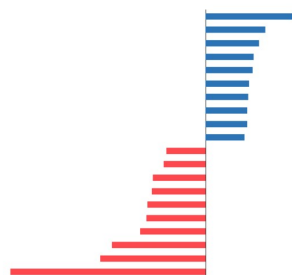
Beim Berechnen des Verbraucherpreisindex bzw. der **Inflationsrate** verwenden wir einen "**Warenkorb**", der rund 700 Güterarten umfasst und sämtliche von privaten Haushalten in Deutschland gekauften Waren und Dienstleistungen repräsentiert. Mit welchen Gewichten diese Güterarten in den Gesamtindex einfließen, ist im [Wägungsschema](#) festgehalten.

Der Verbraucherpreisindex dient insbesondere zur Messung der Geldwertstabilität. Bei einem länger anhaltenden Anstieg des Preisniveaus spricht man von **Inflation**, bei einem anhaltenden Rückgang von Deflation.

Aber auch in Verträgen werden Verbraucherpreisindizes oft verwendet, um langfristig laufende Zahlungen wie Mieten oder Unterhaltszahlungen anzupassen. Dafür steht eine kostenfreie [Rechenhilfe zur Anpassung von Verträgen](#) zur Verfügung.



Aktuell



Auffällige Preisveränderungen im Februar 2023

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die auffälligsten [Preisveränderungen](#) ausgewählter Waren und Dienstleistungen.

[MEHR ERFAHREN](#)

Revision des Verbraucherpreisindex

Der **Verbraucherpreisindex für Deutschland** wird in regelmäßigen Abständen einer Revision unterzogen und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Mit der Veröffentlichung des Berichtsmonats Januar 2023 am 22. Februar 2023 erfolgte die Umstellung von der bisherigen Basis 2015 auf das Basisjahr 2020. Dabei werden die Ergebnisse ab Januar 2020 neu berechnet.

[MEHR ERFAHREN](#)

Informationen zu den Maßnahmen der Entlastungspakete und deren Wirksamkeit auf die Verbraucherpreisindizes

Die Entwicklungen der Verbraucherpreise, insbesondere der Energiepreise (Haushaltsenergie und Kraftstoffe), belasteten die privaten Haushalte im Verlauf des Jahres 2022 zusehend und ebenso zu Beginn des Jahres 2023. Die deutsche Bundesregierung hat daher seit dem Frühjahr 2022 drei umfangreiche Entlastungspakete beschlossen, die Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Bewältigung der zusätzlichen Kosten unterstützen sollen. Diese Maßnahmen betreffen teilweise die Verbraucherpreise direkt und wirken sich auf deren Entwicklung aus.

[MEHR ERFAHREN](#)

Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf den Verbraucherpreisindex

Im Rahmen der **Verbraucherpreisstatistik** werden Endverbraucherpreise für die stark von der CO₂-Bepreisung betroffenen Energieprodukte, wie Kraftstoffe und Heizöl, für die privaten Haushalte bei den Versorgungsunternehmen beobachtet. Eine Überwälzung der CO₂-Abgabe an die Endverbraucherpreise wird demnach erfasst.

[MEHR ERFAHREN](#)

Tabellen

Verbraucherpreisindex



Verbraucherpreisindex nach Verwendungszwecken des Individualkonsums



Weitere Angebote

Video zur Inflationsrate



[Unterwegs mit einer Preisermittlerin](#)

Datenbank

GENESIS-Online

Auch in unserer **Datenbank GENESIS-Online** finden Sie Ergebnisse zu den Themen:

[Verbraucherpreisindex für Deutschland](#)

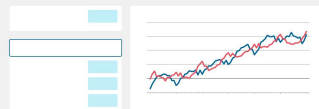
[Harmonisierter Verbraucherpreisindex](#)

[Index der Einzelhandelspreise](#)

[MEHR ERFAHREN](#)

Statistik visualisiert

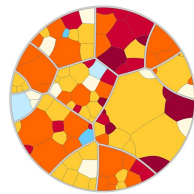
**Persönlicher
Inflationsrechner**



[Persönlicher Inflationsrechner](#)

Mit diesem Rechner können Sie die Preisentwicklung darstellen und dabei die verschiedenen Güterarten nach Ihrem individuellen Konsumverhalten gewichten.

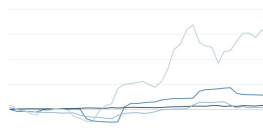
[Zum Inflationsrechner](#)



[Preis-Kaleidoskop](#)

Die Teuerungsrate hängt nicht nur davon ab, wie sich die Preise verändern. Entscheidend ist auch, mit welchem Gewicht die einzelnen Güterarten in den Verbraucherpreisindex eingehen. Das [Preis-Kaleidoskop](#) zeigt Preisentwicklung und Gewichte verschiedener Gütergruppen.

[Zum Preis-Kaleidoskop](#)



[Preismonitor](#)

Mit unserem Preismonitor können Sie sich einen Überblick über die auffälligsten Preisveränderungen derjenigen Waren und Dienstleistungen verschaffen, die häufig gekauft bzw. in Anspruch genommen werden.

[Zum Preismonitor](#)

Video Verbraucherpreisindex

[Verbraucherpreisindex und Inflation kurz erklärt](#)

Jeden Monat veröffentlicht das Statistische Bundesamt den aktuellen Verbraucherpreisindex. Wie er entsteht, wie er mit der Inflationsrate zusammenhängt und was es mit Warenkorb und Wägungsschema auf sich hat erklärt das kurze Video.

[Zum Erklärvideo Inflation](#)

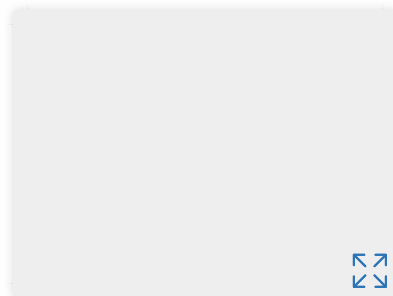
Wertsicherung

Umbasierung und Wertsicherungsklauseln

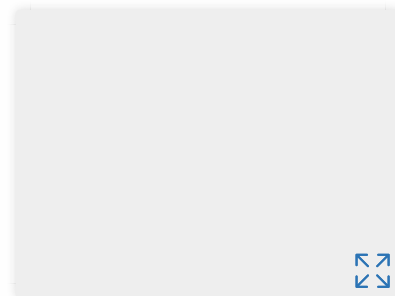
Wichtige Informationen zum Thema Wertsicherungsklauseln basierend auf dem Verbraucherpreisindex haben wir für Sie in den [allgemeinen Informationen](#) zusammengestellt.

[MEHR ERFAHREN](#)

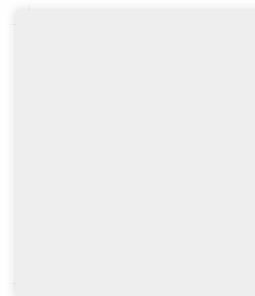
Grafiken



1 von 5
Verbraucherpreisindex (2020 100)



2 von 5
Verbraucherpreisindex



3 von 5
Verbraucherpreisindizes für a

● ○ ○

Publikationen

Hinweis: Ablösung der Fachserien und Tabellenbände

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, unsere Ergebnisse Open-Data-konform maschinenlesbar bereitzustellen. Wir bauen daher das Angebot in unserer [Datenbank GENESIS-Online](#) kontinuierlich aus und [stellen unsere bisherigen Fachserien und Tabellenbände ein](#). Für vereinzelte Themenbereiche bieten wir ergänzend die Statistischen Berichte als neues Format in dieser Rubrik "Publikationen" an. Sie enthalten neben Layout-Tabellen auch maschinenlesbare Datensätze (csv).

[MEHR ERFAHREN](#)

Statistischer Bericht	
Verbraucherpreisindex - Eilbericht	
Verbraucherpreisindex - Monatsbericht	
Verbraucherpreisindex - Wägungsschema	
Verbraucherpreisindex - Jahresbericht	
Verbraucherpreisindex - Lange Reihen	
Harmonisierte Verbraucherpreisindizes	
Energiepreisentwicklung	
Statistische Wochenberichte - Preise und Finanzen	

Weitere Publikationen zum Thema

Datenreport



Datenreport 2021 - Kapitel 4: Wirtschaft und öffentlicher Sektor

Datenreport



Datenreport 2021 - Kapitel 6: Private Haushalte - Einkommen, Konsum

Datenreport



Datenreport 2021 - Kapitel 14: Auswirkungen der Coronapandemie

WISTA - das Wissenschaftsmagazin



Dynamische Preissetzung als Herausforderung für die Verbraucherpreisstatistik

Gesamtkatalog



Gesamtkatalog 2023 - Stand: März 2023

Methoden



Die Dokumentation der Methoden ist uns wichtig

Damit können Sie unsere Daten sachgerecht interpretieren und ihre Aussagekraft besser einschätzen.

[METHODEN ZUR STATISTIK](#)

Qualitätsberichte

Qualitätsbericht - Verbraucherpreisindex für Deutschland



Qualitätsbericht - Harmonisierter Verbraucherpreisindex



Qualitätsbericht - Index der Einzelhandelspreise




Qualitätsbericht - Verbraucherpreisindizes für Verkehrs-, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen



Experimentelle Daten

In der Rubrik "**EXDAT – Experimentelle Daten**" veröffentlichen wir regelmäßig neue, innovative Projektergebnisse aus unserem Haus. Sie entstehen auf der Grundlage neuer Datenquellen und Methoden. Im Reifegrad und in der Qualität unterscheiden sie sich von amtlichen Statistiken, insbesondere in Bezug auf Harmonisierung, Erfassungsbereich und Methodik. Dennoch sind es Ergebnisse der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die interessante, neue Perspektiven auf verschiedene Themenfelder der Statistik bieten.

Ausgewählte Themenbeiträge aus der Reihe "EXDAT"

Scannerdaten in der Verbraucherpreisstatistik und zur Bestimmung regionaler Preisunterschiede 



Weiterführende Themen

- Preisstatistik im Überblick
- Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte
- Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen
- Preisindex für Land- und Forstwirtschaft
- Großhandelsverkaufspreisindex
- Bau- und Immobilienpreisindex
- Ein- und Ausfuhrpreisindex
- Internationaler Preisvergleich
- Erdgas- und Stromdurchschnittspreise

[← ZURÜCK ZU: PREISE](#)

Seite teilen 

Unsere Themen

- Themen
- Presse
- Über uns

- Methoden
- Hilfe und Service
- Newsletter

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



Impressum

Datenschutz

Inhaltsverzeichnis

© Statistisches Bundesamt (Destatis) 

Onlinequelle 6

Der Teufelskreis der Armut

von Aktion Deutschland Hilft

Mehr als 760 Millionen Menschen auf der Welt leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Gründe dafür sind vielschichtig – es ist ein Teufelskreis.

Einfach erklärt: Was ist der Teufelskreis der Armut?

Armut wird häufig von Generation zu Generation weitergegeben. Es entsteht ein Kreislauf der Armut. Die drei Hauptfaktoren darin sind Wirtschaft, Gesundheit und Einkommen. Sie bilden einen gefährlichen Mechanismus, aus dem sich die Menschen meist nicht alleine befreien können.

Infografik: Wie Armut entsteht

Kreislauf der Armut

Embed Code: Betten Sie dieses Bild auf Ihrer Webseite ein

Einkommen, Wirtschaft und Gesundheit: Kreislauf der Armut

Armut wird oft am Einkommen eines Menschen festgemacht. Menschen, die wenig oder nichts verdienen, leben am Rand des Existenzminimums. Ihnen fehlt es an Geld, um sich Nahrung, Wohnraum und medizinische Versorgung zu leisten oder ihren Kindern Bildung zu ermöglichen. Sie können also ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen.

Bildung kann aus der Armut Falle helfen

Bildung kann langfristig helfen, sich aus dem Teufelskreis der Armut zu befreien. Doch oft ist Schulmaterial teuer. Und die Schulwege sind in einigen Regionen der Erde sehr lang. Viele Kinder gehen arbeiten, um ihre Familie unterstützen. Die Schule kommt dann zu kurz. Dabei ist Bildung entscheidend: Ohne Ausbildung haben Menschen große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Auch **Analphabetismus** spielt dabei eine große Rolle.

Mangelnde **Bildung** führt zu geringer Produktivität und geringem Einkommen. Geldmangel ist zugleich Ursache und Folge der Armut. Das ist das erste Zahnrad im Kreislauf der Armut.

Chancenungleichheit in der Wirtschaft

Armut hängt mit Wirtschaft zusammen. Arme Menschen haben kein Ersparnis, das sie investieren könnten. Wachstum und vermehrte Produktion bleiben aus. Das Einkommen bleibt gering und Sparen ist unmöglich. Das gilt für den Einzelnen ebenso wie für Staaten.

Bildergalerie: Wie sich unser Bündnis gegen Armut einsetzt



7 Bilder

Schulden spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Ein hochverschuldeter Staat braucht viel Geld, um seine Schulden zu tilgen. Dann bleibt zu wenig übrig, um es in die Wirtschaft zu investieren. Und der Staat verarmt noch mehr.

Die Wirtschaft wird außerdem von Industrienationen beherrscht. Bedürfnisse der Entwicklungsländer finden auf dem Weltmarkt nur wenig Beachtung. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel auf dem internationalen Markt stellen arme Menschen vor Schwierigkeiten. Sie können sich keine Lebensmittel mehr leisten. Der Kreislauf der **Armut** beginnt von vorn.

Gesundheit: Das dritte Rad im Teufelskreis der Armut

Das dritte Rad im Teufelskreis der Armut ist Gesundheit. Extrem armen Menschen fehlt es oft an Zugang zu ausreichender Ernährung. Unter- oder mangelernährte Menschen sind anfälliger für Krankheiten – insbesondere **Kinder** und ältere Menschen. Der Körper wird geschwächt. Ihm fehlen Vitamine und Mineralien, um sich gegen Viren zur Wehr zu setzen.

Schirmherr & Kuratoriumsvorsitzende

Horst Köhler; Annalena Baerbock

Bundespräsident a. D. Horst Köhler & Außenministerin Annalena Baerbock: **Erfahren Sie mehr!**

Spendenkonto

IBAN: DE62 3702 0500 0000 1020 30

BIC: BFSWDE33XXX,

Bank für Sozialwirtschaft

Spenden-Stichwort: Nothilfe Ukraine

Online-Spenden: [zum Spendenformular](#)

Ja, ich werde Förderer.

monatlicher Betrag

monatlich

Jetzt Förderer werden!

Der Kreislauf der Armut

Infografiken

Infografik: [Der Teufelskreis der Armut](#)

Infografik: [Hunger weltweit](#)

Infografik: [Fluchtursachen](#)

Bildergalerien

Bildergalerie: [Armut](#)

Bildergalerie: [Hilfe gegen den Hunger](#)

Interaktive Grafiken

Infografik: [Klimawandel und Naturkatastrophen](#)

Infografik: [Weltweite Katastrophenvorsorge](#)

Auf dem Laufenden bleiben!

Ihre E-Mail-Adresse

eNews abonnieren

Wer durch **Hunger** und Krankheit zu geschwächt ist, um zu arbeiten, kann kein Geld verdienen. Oft fehlen den Menschen erneut die Mittel, um sich Medikamente oder eine medizinische Grundversorgung zu leisten. Und der Teufelskreis der Armut dreht sich weiter.

Ursachen und Folgen von Armut bedingen sich gegenseitig

Einkommen, **Gesundheit** und Wirtschaft wirken im Teufelskreis der Armut als gefährlicher Mechanismus zusammen. Ein Zahnrad greift in das andere. In den meisten Fällen können sich Menschen deshalb nicht allein aus extremer Armut befreien.

Quelle: bpb, armut.de, Weltbank (Januar 2018)



Aktion Deutschland Hilft, Bündnis deutscher Hilfsorganisationen, bittet dringend um Spenden für die weltweite Nothilfe

Spenden-Stichwort: Nothilfe weltweit
IBAN DE62 3702 0500 0000 1020 30, BIC: BFSWDE33XXX

JETZT ONLINE SPENDEN!

Armut

Weltweit leiden 767 Millionen Menschen unter extremer Armut. Informationen über die Ursachen und Folgen sowie die Definition von Armut lesen Sie hier. »

Armut: Was ist das eigentlich?

Millionen Menschen weltweit leben in extremer Armut. Doch was bedeutet das? Wie kann man Armut Kindern einfach erklären? Und welche Formen von Armut gibt es? »

© Bündnis deutscher Hilfsorganisationen: Spenden & helfen

Newsletter abonnieren

Ihre E-Mail-Adresse

Senden



Spendenkonto

Aktion Deutschland Hilft e.V.
DE62 3702 0500 0000 1020 30
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft

Spenden per Telefon:
+49 (0) 228 24292-444
Online-Spenden »

Datenschutz und Sicherheit »

Impressum »
Übersicht »
Häufige Fragen »
Weiterempfehlen »

Servicetelefon:
+49 (0) 228 24292-444
Pressetelefon:
+49 (0) 228 24292-222
Presse »

Ausgezeichnet für Transparenz



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.



Ihre Spende kommt an!
■ 90 % - Nothilfe-Projekte
■ 10 % - Aktions- & Betriebskosten



Ausgezeichnet für Service, Datenschutz & Sicherheit



Onlinequelle 7

Höhere Bildung lohnt sich – kann aber noch zukunftsgerechter gestaltet werden

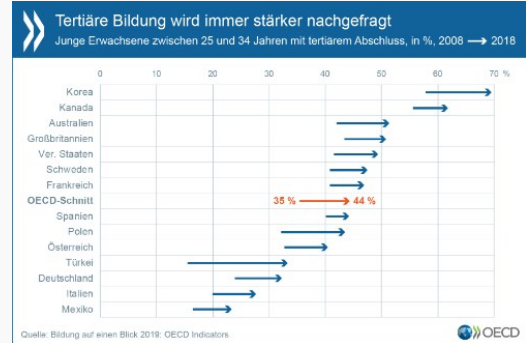
(Berlin/Paris, 10. September 2019) – Bildung zahlt sich aus – je höher der Abschluss, desto besser im Schnitt die Berufs- und Verdienstaussichten. Das gilt für Deutschland und OECD-weit, so die aktuelle Ausgabe der OECD-Studie Bildung auf einen Blick, deren Ergebnisse für Deutschland heute in Berlin vorgestellt wurden. Die wachsende Nachfrage nach höherer Bildung ist demnach eine positive Entwicklung, die allerdings durch kluge Maßnahmen für die Zukunftsfähigkeit der verschiedenen Bildungsangebote begleitet werden sollte.

Die Studie **Bildung auf einen Blick** ist Teil der OECD-Kampagne „I am the Future of Work“ zur Zukunft der Arbeit. Sie vergleicht Bildungssysteme und Bildungsausgaben der 36 OECD-Länder und zehn weiterer Länder.

Die höhere akademische und berufliche Bildung ist der diesjährige Schwerpunkt der Studie. Sie wird OECD-weit immer stärker nachgefragt: 2018 hatten in den OECD-Ländern im Schnitt 44 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren einen solchen tertiären Abschluss. Zehn Jahre vorher waren es nur 35 Prozent. In Deutschland hatten im vergangenen Jahr 32 Prozent der jungen Erwachsenen einen tertiären Bildungsabschluss, gegenüber 24 Prozent im Jahr 2008. Dass Deutschland hier weit unter dem OECD-Durchschnitt liegt, geht weitgehend auf die starke Stellung der dualen Berufsausbildung zurück.

Die Studienergebnisse zeigen, dass trotz steigender Studierendenzahlen an Fach- und Hochschulen und in der höheren beruflichen Bildung das Angebot die Nachfrage nach höheren Qualifikationen nicht überschreitet. Im Gegenteil: Wer einen höheren Bildungsabschluss besitzt, verdient im Schnitt mehr – und zwar über alle Fachrichtungen hinweg – und ist seltener arbeitslos.

„Bildung lohnt sich und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt für höhere Qualifikationen gesättigt ist“, sagte Ludger Schuknecht, OECD-Vize-Generalsekretär bei der Vorstellung der Studie. „Alles weist darauf hin, dass im Zuge der sich verändernden Arbeitswelt in Zukunft besonders Jobs mit niedrigem Qualifikationsprofil wegfallen werden und der Bedarf an Fachkräften zunimmt, die kreativ sind, analytisch denken und selbständig handeln.“ ([Rede lesen](#))



Bildung als Grundlage für Beschäftigung

Mit 88 Prozent ist die Beschäftigungsquote junger Erwachsener zwischen 25 und 34 Jahren mit Masterabschluss oder vergleichbarem Abschluss in Deutschland sehr hoch. Aber auch für junge Erwachsene mit mittlerem Bildungsabschluss (abgeschlossene Berufsausbildung, Abitur, nicht-tertiärer Bildung nach dem Sekundarbereich) sind die Beschäftigungsaussichten gut. Ihre Beschäftigungsquote hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 78 auf 84 Prozent erhöht, wobei hier auch konjunkturelle Einflüsse eine Rolle spielen. Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften, des Journalismus und Informationswesens verdienen im Schnitt 33 Prozent mehr als Menschen mit höherer Sekundarbildung. Absolventen aus dem Bereich Ingenieurwesen, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe sogar durchschnittlich 116 Prozent mehr.

Wie die Studie zeigt, passen sich immer mehr Bildungseinrichtungen den sich verändernden Arbeitsmarktanforderungen an, schaffen flexible Wege in die tertiäre Bildung, verbinden akademische und praktische Wissensvermittlung, arbeiten enger mit Arbeitgebern, Industrie und Weiterbildungseinrichtungen zusammen. Die duale Ausbildung und das duale Studium sind lange praktizierte, erfolgreiche Verknüpfungen von Theorie und Praxis in Deutschland. Aber auch hier kann noch mehr getan werden, beispielsweise indem der Übergang zwischen dualer Ausbildung und Hochschule erleichtert wird.

Geschlechtergefälle

Unter den jungen Erwachsenen sind es OECD-weit vor allem Frauen, die über eine tertiäre Ausbildung verfügen. Im Schnitt der OECD-Länder haben 51 Prozent der Frauen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren einen tertiären Abschluss, bei Männern der gleichen Altersgruppe sind es 38 Prozent. In Deutschland ist dieser Geschlechterunterschied kleiner: 34 Prozent der jungen Frauen haben einen tertiären Abschluss und 31 Prozent der jungen Männer. Gleichzeitig verdienen aber besonders höherqualifizierte Frauen deutlich weniger als Männer mit vergleichbarem Abschluss. Ein Grund dafür mag sein, dass Frauen eher in Bereichen arbeiten, in denen niedrigere Gehälter gezahlt werden, wobei bei der Berufswahl oft auch Stereotype zu männlichen oder weiblichen Berufen eine Rolle spielen. Dem kann durch Programme zur Förderung von Frauen und Männern in Feldern, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind, begegnet werden. Zudem steigen Frauen auch häufiger aus familiären Gründen eine Zeit lang aus dem Arbeitsleben aus oder arbeiten mit reduzierter Stundenzahl, was zu geringerer Bezahlung aber auch zu schlechteren Aufstiegschancen im späteren Berufsleben führen kann. Hier sind Anreize sinnvoll, die Auszeiten zur Kindererziehung für beide Geschlechter in ähnlicher Weise attraktiv machen, aber auch Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Investitionen in Bildung

Insgesamt investiert Deutschland 4,2 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Bildung. Die OECD-Länder im Schnitt investieren 5,0 Prozent des BIP. Insbesondere in der Grundschulbildung, also dort wo am ehesten Bildungsnachteile ausgeglichen werden können und die gesellschaftlichen Renditen aus Bildung besonders hoch sind, sind die Investitionen in Deutschland vergleichsweise niedrig. Für frühkindliche Bildung werden im internationalen Vergleich vergleichsweise viele Mittel aufgewendet, allerdings wird ein knappes Fünftel der Kosten von den privaten Haushalten getragen. Auch in der tertiären Bildung sind die Investitionen vergleichsweise gering, wenn man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die Studierenden nur mittelbar zugutekommen, unberücksichtigt lässt. Allerdings zeigen internationale Vergleiche auch, dass höhere Investitionen nicht unbedingt mit besseren Leistungen einhergehen.

» [高等教育は、学生が将来に備えられるようにする取り組みを強化すべき](#)

» [Higher education needs to step up efforts to prepare students for the future](#)

» [La educación superior debe intensificar sus esfuerzos para preparar a los estudiantes con vistas al futuro](#)

Onlinequelle 8

WS \ Wirtschaft und Schule

597 Materialien

Suchen



Unternehmen und Markt

Geburtenrate vor 1914: Als jede Frau noch vier Kinder bekam

Gymnasien, Realschule, berufliche Schulen | Sekundarstufe I + II



Hintergrundtext

19.08.2014

Im Kaiserreich wuchs Deutschlands Einwohnerzahl rasant. Das lag maßgeblich an der steigenden Produktion und dem medizinischen Fortschritt.

Das kaiserliche Deutschland (1871 bis 1918) befand sich auf dem Übergang vom Agrar- zum Industrieland. Die Triebfedern des ökonomischen Wandels waren ein starkes Bevölkerungswachstum und die zunehmende Bedeutung der Städte als industrielle Zentren: Von der Reichsgründung 1871 bis zur Jahrhundertwende wuchs die Bevölkerung im Deutschen Reich alle fünf Jahre um zwei Millionen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts sogar um rund vier Millionen.

Von 1871 bis 1914 stieg die Zahl der Einwohner um mehr als 60 Prozent auf knapp 68 Millionen.

Dahinter stand eine Geburtenrate, wie sie danach nie wieder erreicht wurde: Während eine Frau in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts durchschnittlich 4,2 Kinder bekam, sind es heute nur noch 1,6 Kinder.

Für den hohen Bevölkerungszuwachs waren vor allem die steigende Produktivität in der Landwirtschaft und der medizinische Fortschritt verantwortlich. Im Ergebnis war das Deutsche Reich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein ausgesprochen junges Land:

Im Jahr 1910 waren 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 30 Jahre – heute sind es nur noch 30 Prozent.

Vor allem die industriellen und administrativen Zentren zogen die Menschen in Scharen an. So wuchs die Bevölkerung im Rheinland innerhalb von nur zehn Jahren von 5,8 auf 7,1 Millionen im Jahr 1910. In Industriehochburgen wie Essen und Duisburg stieg die Einwohnerzahl um das Anderthalbfache, Gelsenkirchen wandelte sich sogar von einer Kleinstadt mit 37.000 Bürgern zur Großstadt mit 170.000 Bewohnern. Auch die Werft- und Marinestandorte Kiel und Hamburg gewannen viele Einwohner hinzu.

Stärkstes Bevölkerungswachstum in Berlin

Die Hauptstadt Berlin dagegen hatte das stärkste Bevölkerungswachstum bereits hinter sich: Schon von 1855 bis 1900 war die Zahl der Einwohner von 461.000 auf 1,9 Millionen gestiegen. In den folgenden zehn Jahren kamen nur noch knapp 200.000 Menschen hinzu.

Zuwanderer hatten übrigens mit dem Bevölkerungsboom kaum etwas zu tun. Ganz im Gegenteil: Bis in die 1880er Jahre war das Kaiserreich ein Auswanderungsland, weil die Wirtschaft angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums nicht allen einen Arbeitsplatz bieten konnte.

Zwischen 1880 bis 1889 verließen 1,4 Millionen Deutsche ihre Heimat, die meisten, um in den USA ihr Glück zu versuchen.

Gegen Ende des Jahrhunderts drehte sich der Trend. Weil insbesondere die aufstrebende Industrie dringend Arbeitskräfte suchte, zog es 1913 nur noch 26.000 Deutsche in die Ferne, umgekehrt wanderten fast 190.000 Ausländer ein.



Erhalten Sie die neuesten
Materialien direkt per E-Mail!

IMMER UP TO DATE

Jetzt anmelden

Das könnte Sie ebenfalls **INTERESSIEREN**



Unternehmen und
Markt
**Bevölkerungsentwicklung
und Arbeitsmarkt
vor dem Ersten
Weltkrieg**



Unternehmen und
Markt
**Deutschlands
Wirtschaft vor 1914
in Grafiken**



Unternehmen und
Markt
**Deutschland wird
zum Industrieland**



Unternehmen und
Markt
**Traditionsreiche
Industrieunternehmern**

Zurück

NEWSLETTER



Erhalten Sie monatlich neues Unterrichtsmaterial – kostenlos, unverbindlich, frei verwendbar!

E-Mail-Adresse eingeben...

Abonnier

Datenschutzerklärung akzeptieren*

> **Zur Datenschutzerklärung**

ÜBER UNS

[Kontakt](#)

[Über uns](#)

Besuchen Sie auch unsere Partnerseiten

[SCHULEWIRTSCHAFT](#)

[JUNIOR](#)

[FIT FÜR DIE WIRTSCHAFT](#)

[M+E-BERUFE-info](#)

[M+E-vermitteln.de](#)

[Wirtschaftslexikon](#) • [Datenschutz](#) • [Impressum](#)

© 2023 IW JUNIOR gGmbH



Onlinequelle 9



Cloud Backup - Small Business

Easily Search & Compare The Best Cloud Backup Services for

Cloud Backup Solutions



Men's Casual Crew Neck "I Fix Stuff" Print Short Sleeves T-shirt For Summer, Temu

5,57 \$

Shop Now



Temu - one-stop shop
Temu



Pauperismus

Lexikon Industrielle Revolution

Lexikon Industrielle Revolution

START

- 1) Click on "Start" | 2) Start the Installation | 3) Block Ads & Malware



2023 Best Insurance Agent CRMs

Free Top 5 CRM Platforms for Insurance Agents.

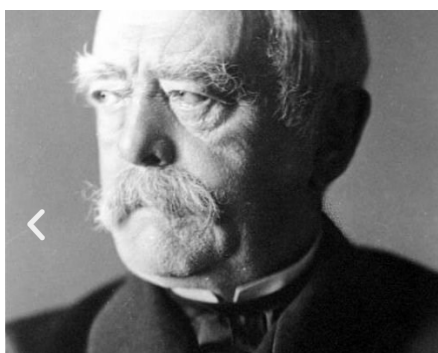
Insurance Agent CRM

Open

Als "Pauperismus" wird die durch die **Industrielle Revolution** bedingte Massenarmut in den Städten im 19. Jahrhundert bezeichnet. Die **technische Modernisierung veränderte die Arbeitswelt** und zog immer mehr Menschen vom Land in die Stadt. Da sich auch Medizin und Ernährungsgrundlagen verbesserten, kam es zu einer Bevölkerungsexplosion. Es herrschte ein Überangebot an Lohnarbeitern, die der rasanten Entwicklung der Industrialisierung nicht gewachsen waren.

Ursachen

Seit 1750 hatten sich die Anbaumethoden in der Landwirtschaft stetig verbessert. Es konnten immer mehr Menschen ernährt werden. Bei einem gleichzeitigen **Fortschritt** in der Medizin sank auch die Sterblichkeitsrate. Mit den **Preußischen Reformen** setzte am Anfang des 19. Jahrhunderts unterdessen ein tiefgreifender Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Durch die **Bauernbefreiung** und **Gewerbefreiheit** fielen die Schranken der traditionellen Ständegesellschaft allmählich weg. Die im **Deutschen Bund** seit 1830 beginnende **Zweite Industrielle Revolution** veränderte indes die Arbeitswelt. Es entstanden zahlreiche Fabriken, die neue Arbeitskräfte erforderten. Diese Veränderungen lockten viele Bauern und Handwerker in die nun rasant wachsenden Städte.



Lexikon

Themenunterseiten

Arbeitsblätter

Quellenmaterial

Biographien

Interaktive Lernspiele

Leben unter Massenarmut

Die Industrielle Revolution zerstörte die traditionelle soziale Absicherung, die bis dahin durch Zünfte ① und Grundherrschaft ① garantiert worden war. Mit den gelockerten politischen Reformen waren Bauern und Handwerker plötzlich Konkurrenz und Wettbewerb ① ausgesetzt. Die Benachteiligung wurde insbesondere in den Regionen sichtbar, wo die Industrialisierung noch nicht weit fortgeschritten war. Dort beteiligten sich überwiegend alle Familienmitglieder an der Heimarbeit ①. Mit dem nun frei gewordenen Wettbewerb gegenüber internationalen Produkten konnten diese nicht mithalten. Arbeitsunfälle, Krankheiten, Seuchen und fehlende Sozialhilfen wurden charakteristisch für das Leben im "Pauperismus". In den rasant wachsenden Städten gab es indes ein Überangebot an Lohnarbeitern ①. Diese wurden von den Fabrikbesitzern mit Billiglöhnen ausgebeutet und lebten mit ihren Familien in engen "Mietskasernen" ①.²

Folgen

Der durch die Industrielle Revolution entstandene "Pauperismus" in den Städten führte zu einer enormen **sozialen Ungleichheit**. Vom Fortschritt profitierten nur die bürgerlichen Unternehmer, die die ausweglose Situation der Lohnarbeiter ausnutzten. Es entwickelte sich ein **Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat**. Als berühmtester Protest gegen diese Entwicklung ging der **Schlesische Weberaufstand 1844** in die Geschichte ein. Um die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu verbessern, veröffentlichten **Karl Marx** und **Friedrich Engels** im Jahr 1848 das "Kommunistische Manifest" ①. Unterdessen entwickelten der Staat, Kirchenvertreter und Unternehmer **Lösungsansätze, die eine Antwort auf die soziale Frage** zu finden versuchten. Nach der **Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871** organisierten sich die Arbeiter zunehmend in Gewerkschaften und Parteien, um aktiv für ihre Rechte einzutreten. Als Reaktion darauf führte Reichskanzler **Otto von Bismarck** in den 1880er Jahren eine **staatliche Sozialgesetzgebung** ein. Darin liegen die Wurzeln des modernen Sozialstaates.³

- <https://www.zeit.de/1974/05/aufstieg-der-buerger>
- <http://www.bpb.de/lzpb/142105/1800-bis-1850?p=all>
- <https://www.welt.de/geschichte/article175963906/Marxismus-Marx-schmaechte-Kesselflicker-und-Bettler-als-Lumpenproletariat.html>

Eigenes Buch veröffentlichen
Erstes Buch schreiben
Auf der Suche nach einem Verlag? Jetzt Autorenratgeber (250 Seiten) gratis erhalten!


[Bilquellen ansehen](#)

Folge uns auf Instagram!

[f teilen](#) [in mitteln](#) [twittern](#) [teilen](#) [E-Mail](#)

Verlag sucht Kinderbuchautoren
Kinderbuch veröffentlichen
Auf der Suche nach einem Verlag? Jetzt Autorenratgeber (250 Seiten) gratis erhalten!

[novumverlag.com](#) [ÖFFNEN](#)

**Der Autor**
Dieser Beitrag wurde am **14.12.2018** verfasst von Fabio Schwabe, Mettmann. Die aktuelle Version stammt vom **27.11.2021**. Fabio Schwabe ist Gymnasiallehrer der Fachrichtung Geschichte und Gründer von Geschichte kompakt

Bereit zum Pauken

Die nächste Klausur steht an und das nächste Abitur kommt bestimmt? Mit unseren Lernmaterialien kannst du sofort starten und für dein Thema lernen. Zeig's deinen Lehrern!

 **Klausur Industrialisierung**
[Demo](#) [Jetzt kaufen](#)

 **Basiswissencheck Industrialisierung**
[Demo](#) [Jetzt kaufen](#)


 **Zusammenfassung Industrialisierung**
[Demo](#) [Jetzt kaufen](#)

Alle Lernmaterialien zum Mega-Sparpreis



In unserem Lernshop bieten wir alle Lernmaterialien zu allen Themen auch in unserem Mega-Sparbundle an.

[Zum Lernshop](#)

 **Cloud Backup - Small Business**

Easily Search & Compare The Best Cloud Backup Services for Business

Cloud Backup Solutions

[See More](#)

Verlag sucht Kinderbuchautoren
Kinderbuch veröffentlichen
Auf der Suche nach einem Verlag? Jetzt Autorenratgeber (250 Seiten) gratis erhalten!

[novumverlag.com](#) [ÖFFNEN](#)

Geschichte kompakt ist eine Internetplattform, die vor allem **Schülerinnen** und **Schülern** das Lernen für das Unterrichtsfach Geschichte erleichtern soll. Sie bietet aber auch allen anderen Geschichtsfans die Möglichkeit, die wichtigsten Ereignisse der deutschen Vergangenheit einfach und schnell zu verstehen. Wir erklären Dir **alle Themen einfach, kompakt und verständlich**. Dann klappt's auch garantiert mit der **Klausurvorbereitung** - und mit dem Abi sowieso.

- Übungsklausuren mit Lösungen
- Zusammenfassungen
- Basiswissenchecks
- Arbeitsblätter mit Lösungen

- Über uns
- Blog
- Kontakt
- Bildnachweise
- Linkpartner
- Backlinks schalten

- AGB
- Impressum
- Datenschutz

 Folge uns auf Instagram!

Onlinequelle 10

Fakten

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2021)

Die zusammengefasste Geburtenziffer umfasst die Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15 bis 45 beziehungsweise 49 Jahren für ein Kalenderjahr. Sie ist eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Die zusammengefasste Geburtenziffer hat jedoch den Nachteil, dass sie durch das Vorziehen von Geburten in ein niedrigeres oder das Verschieben in ein höheres Lebensalter beeinflusst wird. Damit wird in den letzten Jahren die tatsächliche Fertilität der Frauen durch die zunehmende Zahl von Geburten im höheren Alter unterschätzt.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts war die zusammengefasste Geburtenziffer von 4,7 Kindern je Frau zwischenzeitlich auf das langjährige Niveau von 1,4 gefallen. Ursache dafür waren zwei einschneidende Geburtenrückgänge zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Ende der 1960er Jahre. In den letzten Jahren lag die zusammengefassten Geburtenziffer erstmals seit Anfang der 1980er Jahre wieder bei über 1,5 Kindern je Frau.

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2021)



Abbildung und Daten

↓ Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2021) (pdf, 80KB)

↓ Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2021) (csv, 1KB)



Die Diagramme und Karten stehen unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz.

[Kurzer Link zum Zitieren](#)

[nach oben](#)

DEFINITION

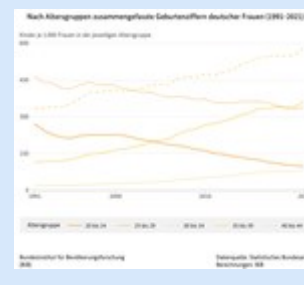
› **Zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate – TFR)**



Allgemeine Geburtenziffer in Deutschland, West- und Ostdeutschland (1952-2021)



Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ostdeutschland (1945-2021)



Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffern deutscher Frauen in Deutschland (1991-2021)



[Fakten](#) ▶ Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland (1871-2021)

[Diese Seite](#) [Seite empfehlen](#)

[Zum Seitenanfang](#)

[DAS BIB](#) [FORSCHUNG](#) [FAKTEN](#) [PUBLIKATIONEN](#) [PRESSE](#) [SERVICE](#)

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 2023 [Impressum](#) [Datenschutz](#) [Inhaltsverzeichnis](#) [Barrierefreiheit](#)

Onlinequelle 11

Suchbegriff

Suchen

[Startseite](#) > [Über uns & Presse](#) > [Historie](#) > [Die Geschichte der Deutschen Rentenversicherung](#)

Die Geschichte der Deutschen Rentenversicherung

Begleiten Sie hier die gesetzliche Rentenversicherung von ihren Anfängen bis heute – durch stürmische Zeiten, die sie oft bis an den Abgrund führten.

Zum Inhalt springen

[1889: So fing es an](#)

[1911: Reichsversicherungsordnung](#)

[1933: Das Dritte Reich](#)

[1945: Stunde null](#)

[1957: Rentenreform](#)

[1972: Rentenreform](#)

[1991: Deutsche Einheit und Aufbau Ost](#)

[1992: Rentenreform](#)

[2005: Die Organisationsreform](#)

[2014: 125 Jahre Rentenversicherung](#)

1889: So fing es an

Mit dem „Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“ von 1889 fiel in Deutschland der Startschuss für die gesetzliche Rentenversicherung. Schon sechs Jahre vorher wurde die gesetzliche Krankenversicherung gegründet und fünf Jahre vorher die Unfallversicherung.

Es war ein bescheidenes soziales Netz, das Reichskanzler Otto von Bismarck geknüpft hatte – aber es war vorbildlich in Europa. Und es war mehr als überfällig, denn die Industrialisierung stürzte im 19. Jahrhundert die arbeitende Bevölkerung ins Elend. Bismarck erkannte die Gefahr. Mit diesen ersten drei Sozialgesetzen versuchte er, die Arbeiterschaft wieder mehr an den Staat zu binden und ihre Radikalisierung zu verhindern.

Rente mit 70

Alle Arbeiterinnen und Arbeiter ab 16 Jahren waren rentenversichert, dazu „kleine Angestellte“ mit einem Jahresgehalt bis 2.000 Mark. Der Beitragssatz zur neuen Rentenversicherung betrug rund zwei Prozent, die Beiträge zahlten wie heute Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen. Einen staatlichen Zuschuss gab es auch damals schon. Er betrug 50 Mark im Jahr.

Eine Altersrente konnten Versicherte ab 70 mit mindestens 30 Beitragsjahren bekommen. Und die Rentenhöhe? Ein Arbeiter mit einem Jahresverdienst zwischen 550 und 850 Mark erhielt jährlich 162 Mark aus der neuen Rentenkasse. Wurde er erwerbsunfähig, so kam ein Jahresbetrag von 60 Mark hinzu. Wer von Invalidität bedroht war, konnte ein Heilverfahren bekommen. Denn die Rehabilitation zählte von Anfang an zu den Leistungen der Rentenversicherung.

Um nachzuweisen, dass sie Beiträge geleistet hatten, kauften Versicherte Marken bei den staatlichen Postämtern. Diese Marken klebten sie auf Quittungskarten. Die neuen Versicherungsanstalten hießen darum im Volksmund auch „Klebekisten“.

Landesversicherungsanstalten entstanden

Im Laufe des Jahres 1890 wurden in den deutschen Bundesstaaten 31 Versicherungsanstalten gegründet, die sich später Landesversicherungsanstalten (LVAen) nannten. Allein 13 entstanden im Königreich Preußen, dem größten und bedeutendsten Bundesstaat im Deutschen Reich.

Sie erhoben die Beiträge, zahlten die Renten und gewährten die Heilbehandlungen in ihrem Zuständigkeitsgebiet.

Mit rund 60.000 Versicherten war im Jahr 1895 die Versicherungsanstalt Oldenburg die kleinste und mit über einer Million Versicherten die Versicherungsanstalt Schlesien die größte „Klebekiste“.

Von Anfang an mit Selbstverwaltung

Die Beitragszahler, also Versicherte und Arbeitgeber, regierten auch damals schon ihren Rentenversicherer selbst. Dieses Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung funktioniert bis heute in der gesamten deutschen Sozialversicherung und ist in dieser Form einzigartig.

Die wichtigsten Entscheidungen des Trägers trafen der sogenannte Ausschuss und der Vorstand. Der Ausschuss, den wir heute Vertreterversammlung nennen, war zu gleichen Teilen mit Versicherten und Arbeitgebern besetzt. Zu seinen Aufgaben gehörte der Beschluss der Satzung,

die Prüfung der Jahresrechnung und die Entlastung des Vorstands, über den er als Kontrollorgan wachte.

Auch der Vorstand setzte sich aus gewählten Vertretern der Versicherten und Arbeitgeber zusammen. Dazu kamen noch Verwaltungsbeamte der Landesbehörden. Seine wichtigsten Aufgaben: Er verwaltete die Versicherungsanstalt und ihr Vermögen und vertrat sie sowohl vor Gericht als auch außergerichtlich.

Die ersten Rentnerinnen und Rentner

Im Jahr 1891 zahlten die Versicherungsanstalten schon rund 126.400 Altersrenten aus. Für diese ersten Renten hatte aber noch niemand Beiträge einbezahlt. Eine Übergangsbestimmung machte das möglich: Eine Rente durfte beziehen, wer über 70 war und unmittelbar vor dem Start des Rentengesetzes mindestens drei Jahre gearbeitet hatte.

Volle Kassen

So finanzierte sich die Rentenversicherung in ihren ersten Jahrzehnten: Ihre Beiträge waren so berechnet, dass sie für zehn Jahre alle Ausgaben deckten und darüberhinaus noch Geld für Rücklagen übrig war. So kam es, dass die Landesversicherungsanstalten vor dem Ersten Weltkrieg über ein erhebliches Vermögen verfügten.

Zum Wohle der Armen

Das Geld steckten die LVAen nach dem Willen ihrer Selbstverwaltungen in den sozialen Wohnungsbau und die Gesundheitsvorsorge. Darum entstanden mit Unterstützung der Rentenversicherung überall im Deutschen Reich Arbeitersiedlungen. Sie brachten damit die Arbeiter aus den Elendsvierteln der Vorstädte. Das war bitter nötig, denn aufgrund schlechter Wohnverhältnisse, fehlender Hygiene, aber auch mangelhafter Ernährung und körperlicher Überanstrengung grassierte vor allem in der Arbeiterschaft die Tuberkulose. Sie wurde damals zur Volksseuche Nummer eins.

Die Rentenversicherung hielt dagegen: Sie schickte Kranke in geeignete Sanatorien und baute auch immer mehr eigene Heilstätten. Sie half beim Bau von Auskunfts- und Fürsorgestellen, die für die Gesundheitsaufklärung zuständig waren. Auch mit Hilfe der Rentenversicherung in Deutschland konnte die Infektionskrankheit Tuberkulose in unserem Land besiegt werden.

Rehabilitation

Von Beginn an gab die Rentenversicherung auch Geld für die Reha aus – wenn diese Ausgaben auch gering ausfielen, wie das Beispiel der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz aus Düsseldorf zeigt: Gerade einmal 10 Mark hatte man dort im Jahr 1891 für Heilverfahren erübrigt. Doch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges legten die Düsseldorfler kräftig zu: Ende 1913 wurde schon 29,5 Millionen Mark für die Reha aufgebracht. Damit lagen sie an der Spitze der deutschen Versicherungsanstalten.

1911: Reichsversicherungs- ordnung

Im Jahr 1911 verabschiedete der Berliner Reichstag die Reichsversicherungsordnung (RVO), ein Jahr später trat sie in Kraft. Die RVO fasste die Regelungen der Arbeiterkrankversicherung, des Unfallversicherungsrechts sowie des Invaliditäts- und Altersversicherungsrechts zum ersten Mal zusammen. Sie blieb bis 1992 das Kernstück des deutschen Sozialrechts.

Die Reichsversicherungsordnung erweiterte den versicherungspflichtigen Personenkreis: Ab sofort hatten Hinterbliebene Anspruch auf eine Rente von der Arbeiterrentenversicherung.

Rentenversicherung der Angestellten

Das Versicherungsgesetz für Angestellte trat 1913 in Kraft. Für sie war seitdem die neue Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin zuständig. Auch diesen zentralen Rentenversicherungsträger regierte eine Selbstverwaltung.

Angestellte konnten bereits ab 65 Jahren eine Altersrente beziehen und hatten früher Anspruch auf eine Invalidenrente als Arbeiter. Außerdem waren ihre Hinterbliebenen besser abgesichert.

Die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten war damit getroffen. Sie sollte erst mit der Organisationsreform der Deutschen Rentenversicherung im Jahr 2005 aufgehoben werden.

Leere Kassen

Die Zeit der vollen Kassen endete mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914. Die deutsche Wirtschaft wurde auf Kriegsproduktion umgestellt. Entlassungswellen und steigende Arbeitslosigkeit bedeuteten für die Versicherungsträger schwindende Beiträge. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 stieg die Zahl der Hinterbliebenenrenten sprunghaft an, denn der Krieg hinterließ viele Witwen und Waisen. Für Arbeiter gab es eine Verbesserung: Sie konnten nun bereits ab 65 Jahren eine Altersrente beziehen.

Inflation

Der Erste Weltkrieg kostete die Rentenversicherer ein beträchtliches Vermögen. Schwer in Mitleidenschaft gezogen war zum Beispiel auch die LVA Schleswig-Holstein. Sie hatte während des Krieges 32 Millionen Mark aus ihrem Anstaltsvermögen in Kriegsanleihen angelegt und verloren. Doch die Rentenversicherung überstand auch die auf den Krieg folgende Inflation.

Sagenhafte 1,16 Billionen Mark waren der höchste Wochenbeitrag, den ein Angestellter im Dezember 1923 leistete. Und dennoch hätte er sich von diesem Geld nicht einmal ein Brot kaufen

können. Die Inflation von 1918 bis 1923 vernichtete 90 Prozent des angesammelten Kapitals der Rentenversicherung.

Die Einführung der „Rentenmark“ die später durch die „Reichsmark“ ergänzt wurde, beendete die Inflation Ende 1923. Die Rentenversicherung konnte mit dem Wiederaufbau ihres Leistungssystems beginnen.

Die „Reichsknappschaft“

Im Jahr 1923 verabschiedete der Reichstag das Reichsknappschaftsgesetz. Es fasste die bis dahin zersplitterten Versicherungen der Knappschaftsvereine unter dem Dach der selbstverwalteten Reichsknappschaft zusammen.

Schutz für Arbeitslose

Eine bedeutende Leistung der Weimarer Republik war die Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als Träger der Arbeitslosenversicherung wurde gegründet.

1933: Das Dritte Reich

Am 30. Januar 1933 übernahmen Adolf Hitler und die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland. Damit begann die Verfolgung der Regimegegner und der jüdischen Bevölkerung. Schnell durchzogen die Nationalsozialisten alle Lebensbereiche mit ihrer Ideologie. Im gesamten öffentlichen Dienst wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, die aus politischen, weltanschaulichen oder „rassischen“ Gründen nicht ins braune Weltbild passten.

Die neuen Machthaber schafften bereits im Mai 1933 die Selbstverwaltung ab. Die Führung jedes Rentenversicherungsträgers übernahm ein regimetreuer „Leiter“.

Die Rentenversicherer mussten große Teile ihres Vermögens in Reichsanleihen anlegen. Damit finanzierte Hitler unter anderem seine Kriegsvorbereitungen.

Die nationalsozialistische Ideologie wurde auch in der Rentenversicherung systematisch umgesetzt. Schritt für Schritt beraubte man die jüdische Bevölkerung und andere verfolgte Personengruppen ihrer Leistungsansprüche.

1945: Stunde null

8. Mai 1945 – in Deutschland war der Zweite Weltkrieg vorbei. Das Land lag in Trümmern. Auch bei den Rentenversicherungsträgern herrschten chaotische Zustände, denn der Krieg hatte viele Aktenbestände vernichtet.

Trotz der kritischen Finanzlage gelang es aber, ab Mitte 1945 Renten über die Postämter auszuzahlen.

Die Alliierten teilten Deutschland unter sich auf. Im Osten, in der sowjetisch besetzten Zone, führten die Russen eine Einheitsversicherung ein. Sie legten 1945 die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte still. Ihre Aufgaben übertrugen sie den Landesversicherungsanstalten, die im Westen ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten. Erst mit der Gründung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) im Jahr 1953 erhielt die Angestelltenversicherung wieder einen eigenen Träger.

Mit der Währungsreform von 1948 wurde in den drei Westzonen die Reichsmark zur Deutschen Mark. Die Reform führte vor allem im Westen zu einer Erholung der Wirtschaft sowie steigenden Löhnen und wachsenden Beitragseinnahmen in der Rentenversicherung.

Die Renten aber blieben hinter den Löhnen zurück, sodass in den ersten Nachkriegsjahren die Altersarmut unter Rentnerinnen und Rentnern verbreitet war.

So lag im Jahr 1950 eine durchschnittliche monatliche Rente eines Arbeiters bei 60,50 Mark und damit nur gut 10 Mark über der gesetzlichen Mindestrente von 50 Mark. Dies führte zu einer immer größeren Unzufriedenheit der Rentner. Hinzu kam, dass sie durch den Krieg in vielen Fällen ohne lebende Kinder dastanden. Die Rente, die ursprünglich nur als Zuschuss zur familiären Sicherung im Alter gedacht war, wurde nun für viele Rentner einzige Einkommensquelle. Sie reichte aber nicht für den Lebensunterhalt. An dem steilen Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland hatten die Rentner also kaum Anteil. Um die Rentenhöhe zu sichern, wurde der Staatszuschuss nach dem Krieg massiv erhöht.

Rentenversicherung im geteilten Deutschland

Im Jahr 1949 wurde Deutschland geteilt. Im Westen entstand die Bundesrepublik Deutschland und im Osten die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Auch die Systeme der Sozialversicherung entwickelten sich in den beiden deutschen Staaten auseinander. Während der Westen das traditionell nach Versicherungszweigen gegliederte System der Sozialversicherung beibehielt, führten die Sowjets im Osten eine Einheitsversicherung ein. Seit 1956 hatte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) die gesamte politische, organisatorische und finanzielle Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten in der DDR inne. Ausgewählten Personenkreisen standen Zusatzsysteme offen.

Neue Selbstverwaltung

Das „Selbstverwaltungsgesetz“ aus dem Jahr 1951 war in der Bundesrepublik eines der ersten sozialpolitischen Gesetze der Nachkriegszeit. Es legte die Grundlage für die bundesweite Wiedereinführung der Selbstverwaltung in allen Zweigen der Sozialversicherung. Das Gesetz stellte im Kern den Rechtszustand aus der Zeit vor 1933 wieder her. Der „Leiter“ aus der NS-Zeit wurde abgeschafft. Selbstverwaltungsorgane der Rentenversicherung wurden die

Vertreterversammlung anstelle des früheren Ausschusses und der Vorstand. Beide Organe setzten sich paritätisch ausschließlich aus ehrenamtlichen Vertretern der Versicherten und Arbeitgeber zusammen. Die Mitglieder der Vertreterversammlung wählten den Vorstand. Die früheren beamteten Vorstandsmitglieder gab es nicht mehr, dafür aber eine gewählte hauptamtliche Geschäftsführung. Im Jahr 1953 fanden die ersten Sozialversicherungswahlen statt.

1957: Rentenreform

Diese Rentenreform war ein Meilenstein in der Geschichte der gesetzlichen Rentenversicherung. Ab sofort wurde die Rentenhöhe anhand der im Lauf der Jahre eingezahlten Beiträge berechnet und nicht mehr nach den absoluten Beträgen früherer Löhne. Die Altersgelder stiegen dadurch deutlich, etwa Arbeiterrenten um 60 Prozent. Sie waren nicht mehr nur ein „Zubrot“, sondern erhielten Lohnersatzfunktion.

Zur Finanzierung der Rentenversicherung führte der Gesetzgeber das reine Umlageverfahren ein: die aktuellen Beitragszahler finanzieren die laufenden Renten. Zum ersten Mal sprach man vom Generationenvertrag, der die Verantwortung der Generationen füreinander betont.

Die Rentenreform führte zur Angleichung des Versicherungs- und Leistungsrechts in der Angestellten- und der Arbeiterrentenversicherung. Doch immer noch gab es die Trennung nach Institutionen.

Auch auf dem Gebiet der Rehabilitation war die Rentenreform richtungsweisend: Der Grundsatz „Reha vor Rente“ wurde formuliert. Neben der medizinischen Reha führte der Gesetzgeber erstmals die berufliche Reha als Regelleistung in die Rentenversicherung ein.

Nach wie vor spielte die Rentenversicherung eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Tuberkulose. Ihr ist es zu verdanken, dass die einstige Volksseuche in den 1970er- Jahren ihren Schrecken verlor.

Europäische Integration

Im Januar 1958 trat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft. Mitgliedsstaaten waren damals die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Ein Ziel der neuen EWG: die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb des europäischen Binnenmarktes zu gewährleisten. Zukünftig sollten zum Beispiel auch bei Rentenansprüchen alle innerhalb der sechs EWG-Länder erworbenen Zeiten, die für eine Rente wichtig sind, berücksichtigt werden. Auch ein ungekürzter „Rentenexport“ in ein anderes als das Herkunftsland sollte möglich werden.

Start frei für die EDV

In den 60er- Jahren startete die elektronische Datenverarbeitung in der Rentenversicherung. Lochkarten wurden abgeschafft und durch Datenverarbeitungsanlagen ersetzt, die Daten auf Magnetbänder speicherten. Zum ersten Mal konnten Versichertendaten bei Bedarf wieder aufgerufen werden.

Die Bundesknappschaft

Im Jahr 1969 schlossen sich die bis dahin sieben unabhängigen Knappschaften zu einer Bundesknappschaft zusammen. Damit entstand ein gemeinsamer Sozialversicherungsträger der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten, und zwar in der Renten- und in der gesetzlichen Krankenversicherung.

1972: Rentenreform

Die Rentenreform von 1972 öffnete die gesetzliche Rentenversicherung für Selbstständige und Hausfrauen. Seitdem können alle, die nicht pflichtversichert sind, freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung entrichten.

Hausfrauen hatten bis dahin aufgrund ihrer geringen Beitragszeiten nur niedrige Renten zu erwarten. Neue Möglichkeiten der Nachentrichtung von Beiträgen und die freiwillige Versicherung verbesserten ihre Lage – und machten sie etwas unabhängiger vom Einkommen ihrer Männer. Auch der im Jahr 1977 eingeführte Versorgungsausgleich bei Ehescheidung sorgte für ihre bessere Absicherung.

Einführung der Mütterrente

Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm führte im Jahr 1986 die „Mütterrente“ ein. Seitdem werden einem Elternteil Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung zuerkannt. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeiten zur Anrechnung von da an immer wieder ausgebaut.

1991: Deutsche Einheit und Aufbau Ost

Mit der Deutschen Einheit wurden auch die Rentensysteme in Ost und West wieder vereinheitlicht. Im Jahr 1991 begann im Osten Deutschlands der Aufbau von fünf Landesversicherungsanstalten: die LVA Sachsen, die LVA Mecklenburg-Vorpommern, die LVA Brandenburg, die LVA Sachsen-Anhalt und die LVA Thüringen. Sie sollten schrittweise die Aufgaben der Arbeiterrentenversicherung übernehmen. Auch der Zuständigkeitsbereich der bundesweiten Träger, wie der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), wurde auf Ostdeutschland ausgedehnt.

Da die neuen Träger noch nicht über alle notwendigen Datenverarbeitungsprogramme verfügten, um Rentenanträge nach dem ab Januar 1992 geltenden Recht zu bearbeiten, konnten sie bis Anfang 1993 nur vorläufige Rentenbescheide erteilen. In Überstundenaktionen bearbeiteten darum Beschäftigte aus dem Westen die Rentenanträge-Ost.

Westdeutsche Expertisen im Versicherten-, Renten- oder Reha-Recht wechselten zeitweise an einen Einsatzort im Osten. Dort stand die Beratung der Versicherten sowie die Zahlung der laufenden Renten im Vordergrund.

Auch bei der Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte erhielten die neuen Rentenversicherungsträger Unterstützung von den Trägern aus dem Westen, die teilweise die Ausbildung von zukünftigen Rentenfachleuten übernahmen.

Im Umbruch der Deutschen Einigung zeigte sich die Stärke eines umlagefinanzierten Rentensystems: seine enorme Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen. Die Rentenversicherung zahlte von einem Tag auf den anderen fast vier Millionen zusätzlicher Renten. Das wäre in einem kapitalgedeckten Rentensystem nicht vorstellbar gewesen.

Im Jahr 1993 fanden die ersten gesamtdeutschen Sozialwahlen statt. Viele Versicherte der neuen Bundesländer nutzten dabei ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung im Rahmen der Selbstverwaltung.

1992: Rentenreform

Die erste gesamtdeutsche Rentenreform trat im Januar 1992 in Kraft. Die Rentengesetze für Arbeiterinnen und Arbeiter, für Angestellte und Bergleute wurden ab da im neuen Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) zusammengefasst und vereinheitlicht. Das SGB VI löste die Reichsversicherungsordnung ab. Einige Eckpunkte der Rentenreform: Die Altersgrenze 60 für Frauen und Arbeitslose sowie die Altersgrenze 63 für langjährig Versicherte wurden auf 65 Jahre angehoben. Kindererziehungszeiten konnten ab sofort für drei statt nur für ein Jahr geltend gemacht werden.

Die Rentenreform sollte die Finanzierung der Rentenversicherung entsprechend dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung über den Jahrtausendwechsel hinaus sichern.

Rehabilitation

Das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG), das Anfang 1997 in Kraft trat, erschütterte die Reha-Landschaft in ganz Deutschland. Bundesweit wollte der Gesetzgeber rund 2,7 Milliarden Mark an der Reha einsparen, um der angespannten Finanzlage der Rentenversicherung entgegenzuwirken. Diese litt unter der gesamtwirtschaftlichen Flaute: Im Jahr 1997 meldete die damalige Bundesanstalt für Arbeit 3,6 Millionen Arbeitslose. Der Rentenkasse gingen dadurch Beiträge verloren. Der Reha den Geldhahn zudrehen, das bedeutete auch: weniger Reha-Anträge, weniger Bewilligungen und schließlich weniger durchgeführte Reha-Leistungen. Auch mussten Versicherte kräftig zuzahlen: täglich 25 statt vorher 12 Mark.

Riester-Rente – ein Paradigmenwechsel

Das im Jahr 2001 beschlossene Altersvermögensgesetz stellte das System der Altersvorsorge in Deutschland auf eine neue Grundlage. Seit 2002 wird die gesetzliche Rente durch eine kapitalgedeckte betriebliche oder private Altersvorsorge ergänzt. Der Staat fördert diese private Altersvorsorge. Sie bildet neben der gesetzlichen und der betrieblichen die sogenannte dritte Säule im Drei-Säulen-Modell der Altersversorgung in Deutschland. Die neue Form der staatlichen Förderung firmiert unter dem Begriff „Riester-Rente“, weil sie auf den Vorschlag von Bundesarbeitsminister Walter Riester (1998 bis 2002) eingeführt wurde. Das Ziel, den Lebensstandard zu sichern, soll seitdem im Zusammenwirken der drei Säulen realisiert werden.

Mehr Durchblick für Versicherte – die Renteninformation

Der Gesetzgeber sah die Zustellung einer persönlichen Renteninformation erst ab 2004 vor. Als Service für ihre Versicherten verständigten sich aber alle Rentenversicherungsträger darauf, schon ab 2002 mit dem Versand der neuen Renteninformation zu beginnen. Sie soll den Versicherten einen Überblick über die erworbenen Anwartschaften und die Höhe der künftig zu erwartenden Altersrente oder einer Erwerbsminderungsrente geben.

2005: Die Organisationsreform

Mehr Wirtschaftlichkeit, mehr Effektivität, mehr Bürgernähe – das waren die Ziele der Organisationsreform der Deutschen Rentenversicherung. Seit Oktober 2005 firmieren alle Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland unter einem Namen und einem gemeinsamen Logo. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), seit Ende des Zweiten Weltkriegs unter diesem Namen der Dachverband der Rentenversicherung, und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) schlossen sich zur Deutschen Rentenversicherung Bund zusammen. Für Beschäftigte im Bergbau, bei der Bahn und in der Seefahrt ist seitdem die neue Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als zweiter Bundesträger zuständig. Die Landesversicherungsanstalten blieben als Regionalträger erhalten, einige fusionierten. Insgesamt gibt es heute 16 Rentenversicherungsträger.

Rente ab 67

Im Jahr 2007 trat das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz in Kraft. Mit seinem vollen Namen machte es die Absicht des Gesetzgebers deutlich: „Gesetz zur Anpassung der Regelaltersrente an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung“. Die Rente mit 67 wurde ab 2012 mit langen Übergangsfristen eingeführt.

Stark trotz Krise

Die Pleite der amerikanischen Bank Lehman Brothers führte im Jahr 2008 zu einem weltweiten Banken- und Börsencrash. Wieder einmal stellte die Rentenversicherung unter Beweis, wie stark und funktionsfähig sie dank des Umlageverfahrens ist: Weil die Beiträge im Rentensystem sofort für die Finanzierung der laufenden Renten verwendet und – anders als beim

Kapitaldeckungsverfahren - nicht am Markt angelegt werden, ging damals kein Kapital verloren. Ihre Rücklagen legt die Rentenversicherung nur bei Banken mit Einlagensicherung an.

2014: 125 Jahre Rentenversicherung

Im Dezember 2014 beging die Deutsche Rentenversicherung ihr Jubiläum mit einer zentralen Feier in Berlin. Unter den vielen Festgästen war auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hob den großen Beitrag der Deutschen Rentenversicherung zum sozialen Frieden in Deutschland hervor. „Wenn etwas schon so lange besteht wie die Deutsche Rentenversicherung, dann muss es schon eine Erfolgsgeschichte sein“, betonte die Kanzlerin.

Gemeinsamer Firmenservice

Mit dem gemeinsamen Firmenservice schloss die Deutsche Rentenversicherung im Jahr 2015 eine Beratungslücke. Der Firmenservice richtet sich deutschlandweit an Arbeitgeber und deren Belegschaft, an Steuerberater sowie an Werks- und Betriebsärzte und Betriebs- und Personalräte. Das neue Beratungsangebot ist komplex und berücksichtigt die Themen „Rente und Altersvorsorge“, „Gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ und „Beiträge und Meldungen zur Sozialversicherung“.

Flexirentengesetz und Prävention

Das Flexirentengesetz passierte im November 2016 den Bundestag. Es soll den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zukünftig flexibler gestalten und gleichzeitig die Attraktivität für ein Weiterarbeiten über die reguläre Altersgrenze hinaus erhöhen.

Präventionsleistungen in der Rentenversicherung wurden von Ermessens- zu Pflichtleistungen. „Prävention vor Reha vor Rente lautet die Maxime.“

Rentenpakt

Rentenpaket und Rentenpakt heißen die beiden jüngsten Reformen, mit denen die Politik die Rentenversicherung an sich verändernde demografische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen will.

Grundzüge des Rentenpaketes aus dem Jahr 2014 sind die erweiterte Mütterrente und die abschlagsfreie Rente für langjährig Versicherte ab 63 Jahren sowie Verbesserungen beim Erwerbsminderungsrecht.

Es gibt aber auch Änderungen, die das Reha-Budget betreffen: Weil der Gesetzgeber in den nächsten Jahren mit einer ansteigenden Nachfrage nach medizinischer Reha rechnet, soll beim Reha-Budget künftig die demografische Entwicklung anhand eines Demografiefaktors berücksichtigt werden.

Im November 2018 passierte das „Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung“ kurz: der Rentenpakt, den Bundesrat. Seine Regelungen sind seit Januar 2019 in Kraft: Um das Vertrauen in die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, hat der Gesetzgeber Haltelinien für den Beitragssatz und das Rentenniveau beschlossen. Danach soll bis zum Jahr 2025 der Rentenbeitragssatz höchstens 20 Prozent betragen und gleichzeitig das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fallen. So darf auch die Generation Babyboomer eine auskömmliche Rente erwarten. Der Rentenpakt brachte weitere Leistungsverbesserungen bei den Kindererziehungszeiten, die sogenannte Mütterrente II sowie bei den Erwerbsminderungsrenten.

Der Grundrentenzuschlag

Nach dem Beschluss des Bundestages vom 2. Juli 2020 und der Zustimmung des Bundesrats am 3. Juli 2020 ist das Gesetz zum Grundrentenzuschlag am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Die Grundrente ist ein individueller Zuschlag zur Rente. Anspruch auf den Grundrentenzuschlag können Rentnerinnen und Rentner haben, die lange gearbeitet und dabei unterdurchschnittlich verdient haben.

Die Zukunft im Blick

Über 50 Millionen Versicherte in Deutschland und mehr als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner vertrauen heute auf die Deutsche Rentenversicherung. Der Blick zurück zeigt, wie sie sich stets angepasst hat an sich verändernde demografische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. So wird sie es auch in Zukunft halten, damit sie bleibt, was sie ist: die wichtigste Säule der Alterssicherung in unserem Land.

Das könnte Sie auch interessieren

Download

130 Jahre
gesetzliche
Rentenversicherung

1889

130 Jahre gesetzliche
Rentenversicherung

Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

MO - DO, 07:30 - 19:30, FR, 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**
 **Persönliche Beratung**
 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung suchen & buchen

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber &
Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für
Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

 Rentenversicherer wählen 

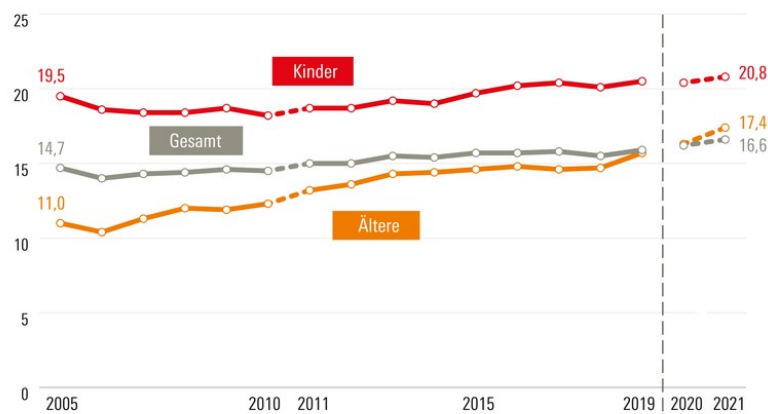
 Meinen Rentenversicherer finden 
[Impressum](#)
[Datenschutz](#)
[Inhaltsverzeichnis](#)
[CERT](#)
[Barrierefreiheit](#)

 © Deutsche
Rentenversicherung 2023

 **Kontakt**


Onlinequelle 12

WSI Verteilungsmonitor
**ARMUTSQUOTEN VON KINDERN UND ÄLTEREN IN
 DEUTSCHLAND**
**Entwicklung der relativen Einkommensarmut (in Prozent)
 unter Kindern und Älteren, 2005–2021**

 Anteil von Kindern unter 18 Jahren und Personen ab 65 Jahren
 mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgrenze


Daten: Mikrozensus Quelle: Statistisches Bundesamt

 Anmerkung: 2010-2011 Zeitreihenbruch durch veränderte Hochrechnungsgrundlage, ab 2020 neue Zeitreihe
 Aufgrund von Veränderungen bei der Datenerhebung und der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie
 ist das Jahr 2020 mit den umliegenden Jahren nur sehr begrenzt vergleichbar.

WSI

Grafik als PNG herunterladen

[Download Daten \(xlsx\)](#)

Kinder sind in Deutschland überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen. Die Armutsquote von Kindern unter 18 Jahren lag im gesamten Beobachtungszeitraum durchgehend deutlich über der der Gesamtbevölkerung. 2005 lebten 19,5 Prozent aller Kinder unterhalb der Armutsgrenze ⁽¹⁾, somit 4,8 Prozentpunkte mehr als im Bevölkerungsdurchschnitt. In den vergangenen Jahren ⁽¹⁾ bis 2015 näherten sich die Armutsquoten einander tendenziell an: So lag die Kinderarmutsquote 2015 nur noch 4,0 Prozentpunkte über der Gesamtarmutsquote. Dies geht vorwiegend auf eine höhere Armutsquote in der Gesamtbevölkerung zurück. 2016 ist die Differenz wieder auf 4,6 Prozentpunkte angestiegen. Die Zunahme der Kinderarmut zwischen 2015 und 2017 ist vor allem auf die Flüchtlingszuwanderung zurückzuführen. Nach einem Rückgang im Jahr 2018 ist 2019 erneut ein Zuwachs um 0,4 Prozentpunkte festzustellen. Nach den aktuellen Zahlen für 2021 leben 20,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter der Armutsgefährdungsschwelle, wobei Vergleiche mit den Vorjahren aus methodischen Gründen nicht möglich sind.

Ältere Menschen ab 65 Jahren waren über viele Jahre seltener arm als die Durchschnittsbevölkerung. Jedoch zeigt sich eine steigende Tendenz: Während der Anteil der älteren Menschen, die von Armut betroffen waren, im Jahr 2005 bei 11 Prozent und damit 3,7 Prozentpunkte unterhalb des Bevölkerungsdurchschnitts lag, näherte sich die Altersarmutsquote in den letzten Jahren immer mehr der Gesamtbevölkerung an und erreichte 2016 14,8 Prozent. Mit 15,7 Prozent hat sie 2019 einen neuen Höchstwert erreicht. Insgesamt entspricht das Armutsrisiko der Bevölkerung ab 65 Jahre damit ungefähr dem der Gesamtbevölkerung. Der deutliche Zuwachs der Altersarmut um einen ganzen Prozentpunkt gegenüber dem Jahr 2018 ist also Teil eines

allgemeineren Wiederanstiegs der Altersarmut, der 2007 eingesetzt hat und spätestens seit 2011 unübersehbar ist.

Der Zuwachs der altersarmen Bevölkerung speist sich vor allem aus der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wiesen 2011 nicht einmal ein Fünftel der Altersarmen einen Migrationshintergrund auf, so waren es 2019 schon mehr als ein Viertel. Ein Grund besteht darin, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe ab 65 Jahren insgesamt sehr stark zugenommen hat. Zudem weisen Personen mit Migrationshintergrund ein weitaus höheres Altersarmutsrisiko auf als die Älteren ohne Migrationshintergrund.

Die Ursache dafür ist in den unterschiedlichen Erwerbskarrieren der beiden Gruppen zu suchen: Eingewanderte Frauen und Männer sind in der Vergangenheit zumeist in schlechter bezahlten Tätigkeiten beschäftigt gewesen. Zudem haben sie ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als die Beschäftigten ohne Migrationshintergrund. Im Alter übersetzt sich dies in unterdurchschnittliche Renteneinkommen (Giesecke/Kroh/Tucci/Baumann/El-Kayed 2017, S.14; Mika/Tucci 2006; Trischler 2012). Im Jahr 2020 ist die Altersarmutsquote höher als jene der Gesamtbevölkerung, wobei Vergleiche mit den Vorjahren nur sehr eingeschränkt möglich sind.

Ausführliche Analysen dazu im [WSI Policy Brief 45, 8/2020 \(pdf\)](#).

(1) Ab dem Jahr 2011 basieren die Daten auf dem Zensus dieses Jahres. Bis zu diesem Zeitpunkt basiert die Hochrechnung auf der Volkszählung des Jahres 1987. Insofern ist die Interpretation der Daten vor und nach 2011 im Vergleich nur eingeschränkt möglich. Aufgrund von neuen Methoden der Datenerhebung und Antwortausfällen in Zusammenhang mit der Corona-Epidemie ist das Jahr 2020 mit den umliegenden Jahren nur sehr begrenzt vergleichbar.

Weitere Erläuterungen

Armutsgrenze: Die Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten.

Armutquote: Die Armutquote ist der Anteil von Personen an der Gesamtbevölkerung, deren Einkommen unterhalb der 60 Prozent-Armutsgrenze liegt.

bedarfsgewichtetes Einkommen: Das bedarfsgewichtete Einkommen, auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet, wird herangezogen, um die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen. Dabei wird berücksichtigt, dass größere Haushalte zwar einen höheren Bedarf an Wohnraum, Lebensmitteln, Kleidung etc. haben, dass in bestimmten Lebensbereichen jedoch auch, z.B. durch die gemeinsame Nutzung von Küche und Bad, gemeinsame Versicherungen etc., geringere Pro-Kopf-Kosten anfallen als in einem Ein-Personen-Haushalt. Zudem wird davon ausgegangen, dass jüngere Kinder einen geringeren Bedarf als Erwachsene haben. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird, der üblicherweise anhand der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ bestimmt wird. Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen. Um die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, erhalten weitere Personen ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5. Kindern unter 14 Jahren wird ein Gewicht von 0,3 zugewiesen. Das Haushaltseinkommen einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren würde demnach durch den Wert 2,1 dividiert werden.

Einkommensarmut: Als einkommensarm gelten Personen, deren bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, d.h. weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt. Dabei handelt es sich um ein relatives Armutsmaß, da es sich – in Abgrenzung zur absoluten Armut – am üblichen Lebensstandard einer Gesellschaft orientiert und nicht durch das Unterschreiten des absoluten Existenzminimums gekennzeichnet ist.

mittleres Einkommen: Das mittlere Einkommen, auch Medianeinkommen genannt, ist der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen aufsteigend geordnet werden.

Nettohaushaltseinkommen: Das Nettohaushaltseinkommen ergibt sich aus den Gesamteinkünften aller Mitglieder eines Haushaltes nach Steuern und Sozialabgaben. Zu diesen Einkünften zählen u.a. das Arbeitnehmerentgelt,

Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie staatliche Transferzahlungen und Mietersparnisse durch selbst genutztes Wohneigentum. Letztere sind in den Mikrozensus-Daten jedoch nicht berücksichtigt.

Quellen

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2020): Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2019, Berlin

Giesecke, J./Kroh, M./Tucci, I./Baumann, A.-L./El-Kayed, N. (2017): Armutsgefährdung bei Personen mit Migrationshintergrund. Vertiefende Analysen auf Basis von SOEP und Mikrozensus, Berlin

Mika, T./Tucci, I. (2006): Alterseinkommen bei Zuwanderern, in: DIW Research Notes 2006 (18)

Statistisches Bundesamt (2020): Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2-2019, Wiesbaden

[Statistisches Bundesamt \(2021\)](#)

Trischler, F. (2012): Auswirkungen diskontinuierlicher Erwerbsbiografien auf die Rentenanwartschaften, in: WSI-Mitteilungen 65 (4), S. 253-261

KONTAKT



Ansprechpartnerin für alle Fragen zum WSI-Verteilungsmonitor ist [Dr. Dorothee Spannagel](#).

ZUGEHÖRIGE THEMEN

• [Einkommensverteilung](#) • [Rentenversicherung / Altersvorsorge](#) • [Soziale Ungleichheit](#)

merken teilen

NEWSLETTER MIT IHREN THEMEN

Blieben Sie informiert: Neueste Forschungsergebnisse und Infos zu den Themen Mitbestimmung, Arbeit, Soziales, Wirtschaft. Unsere Newsletter können Sie jederzeit abbestellen.

[Newsletter auswählen >](#)

Hans Böckler
Stiftung

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

[Kontakt >](#)

[Merkzettel >](#)

[Impressum >](#)

[Datenschutz >](#)

[Privatsphäre-Einstellungen >](#)

WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

[Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut >](#)

IMK
Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung

[Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung >](#)

I.M.U.
Institut für Mitbestimmung
und Unternehmensführung

[Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung >](#)

HSI
Hugo Sinzheimer Institut
für Arbeits- und Sozialrecht

[Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht >](#)

Onlinequelle 13

Suchbegriff

Suchen

Startseite > Rente > Möglichkeiten der Altersvorsorge > Die drei Säulen der Altersvorsorge > Die drei Säulen der Altersvorsorge

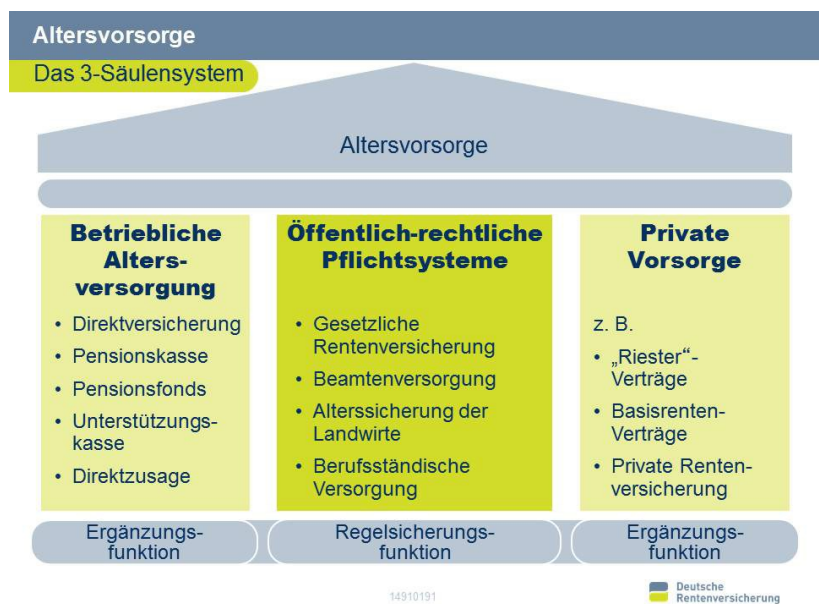
Die drei Säulen der Altersvorsorge







Der richtige Mix macht's!

Das Wichtigste im Überblick

- Ihre individuelle Altersvorsorge basiert auf dem 3-Säulenmodell.
- Der Staat unterstützt Sie durch gezielte Förderung.
- Prüfen Sie rechtzeitig Ihre Finanzen und sorgen Sie langfristig vor.
- Wir unterstützen Sie dabei.

Die Altersvorsorge basiert auf 3 Säulen:



- Warum Sie auf die drei Säulen bauen sollten 
- Ihre Altersvorsorge ist ein ganz persönlicher Mix 
- Die erste Säule bildet die Gesetzliche Rentenversicherung 
- Die zweite Säule entsteht durch die Betriebliche Altersvorsorge 
- Die dritte Säule ist Privatsache: Ihre Private Altersvorsorge 
- Wir informieren Sie kostenlos und neutral! 

Publikationen



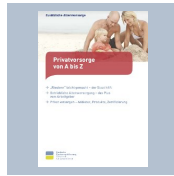
Altersvorsorge - heute die Zukunft planen

PDF, 717KB, Datei ist barrierefrei/barrierearm

Über den Warenkorb bestellbar.



Von der gesetzlichen Rente über die betriebliche Altersversorgung bis hin zur Altersvorsorge per „Rürup-“ oder „Riester-Rente“ – die Broschüre gibt Ihnen einen Überblick über die unterschiedlichen Möglichkeiten der Altersvorsorge.



Privatvorsorge von A bis Z

PDF, 798KB, Datei ist barrierefrei/barrierearm

Vergriffen

Als „Riester-Rente“ ist vielen Menschen der Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge mit staatlicher Förderung ein Begriff. Dass die „Riester-Rente“ sich lohnt und das „Riestern“ auch gar nicht schwer ist, macht diese Broschüre deutlich.



„Riester“ leicht gemacht - Ihre Checkliste

PDF, 275KB, Datei ist barrierefrei/barrierearm

Über den Warenkorb bestellbar.

Zusätzliche Altersvorsorge ist wichtig und lohnt sich. Doch wie aus den zahlreichen unterschiedlichen Vorsorgeprodukten und Fördermöglichkeiten die richtige Altersvorsorge auswählen? Diese Checkliste erleichtert Ihnen die Entscheidung.



Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

Mo - Do 07:30 - 19:30, Fr 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**

 **Persönliche Beratung**

 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung suchen & buchen

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber & Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

© Deutsche Rentenversicherung 2023

Onlinequelle 14



Bevölkerung

Demografischer Wandel

83,7 Mill.

Bevölkerung

13,1 %

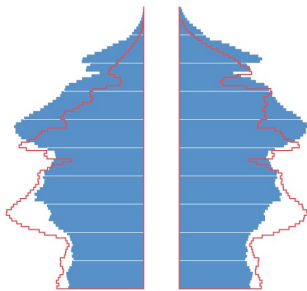
Ausländeranteil

1,58

Kinder je Frau

[Startseite](#) → [Themen](#) → [Gesellschaft und Umwelt](#) → [Bevölkerung](#) → [Demografischer Wandel](#)

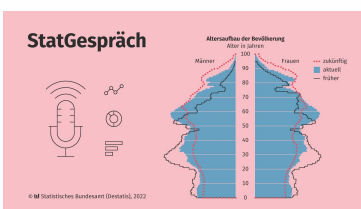
Mitten im demografischen Wandel



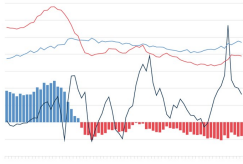
Der demografische Wandel ist in Deutschland längst angekommen. Die sinkende Zahl der Menschen im jüngeren Alter und die gleichzeitig steigende Zahl älterer Menschen verschieben den demografischen Rahmen in bisher nicht gekannter Art und Weise. Jede zweite Person in Deutschland ist heute älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre. Andererseits hat sich die Bevölkerung im letzten Jahrzehnt durch mehr Zuwanderung und Geburten etwas "verjüngt". So kamen seit 2010 stets mehr Menschen nach Deutschland als aus Deutschland weggezogen sind. Der Wanderungsüberschuss war besonders bei den Menschen im jüngeren und mittleren Alter deutlich. Auch die Geburtenzahlen sind ab 2012 nach einem langjährigen Rückgang gestiegen. Zwischen 2012 und 2021 kamen infolgedessen insgesamt 656 000 Kinder mehr zur Welt als im Jahrzehnt zuvor. Dies entspricht fast der Geburtenzahl des gesamten Jahres 2011 (663 000).

[MEHR ERFAHREN](#)

Alt und Jung in Deutschland – der demografische Wandel und die Folgen



2022 soll das EU-Jahr der Jugend werden – dazu hat es die Europäische Union ausgerufen. Gleichzeitig werden Gesellschaften wie die unsere in Deutschland immer älter. Wie entwickelt sich die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten? Wie wirkt sich der demografische Wandel aus? Und wie gehen junge Menschen damit um? Darüber sprechen wir in unserem Podcast StatGespräch mit unserer Bevölkerungsexpertin Bettina Sommer und mit Katharina Swinka,



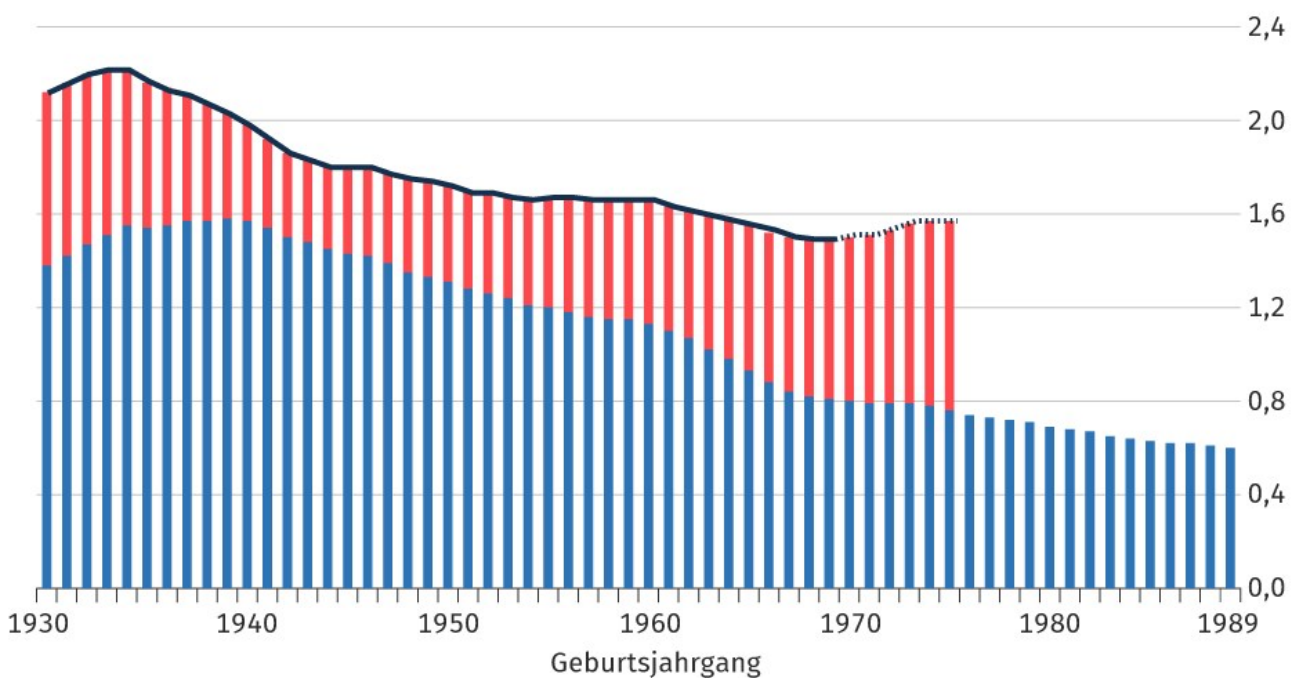
Geburtenverhalten im Wandel



Die Entwicklung der Geburtenzahl hängt – neben der Anzahl der potenziellen Mütter – mit dem Geburtenverhalten der Frauen zusammen. Wie viele Frauen eines Geburtsjahrgangs werden überhaupt Mutter, wann gründen Frauen eine Familie, wie viele Kinder bringen sie im Laufe ihres Lebens zur Welt? Antworten auf diese Fragen zeigen, wie sich das Geburtenverhalten der Frauen verändert. Die Angaben dazu liefern die Statistik der Geburten und der Mikrozensus.

Kohortenfertilität nach Altersgruppen

Kinder je Frau nach Geburtsjahrgängen



— Endgültige Kinderzahl
 ■ im Alter von 15 bis 29 Jahren ■ im Alter von 30 bis 49 Jahren

Trend zu späterer Geburt setzt sich fort

Frauen bekommen ihre Kinder in einem immer höheren Alter. Im Jahr 2020 waren die Mütter der Erstgeborenen im Durchschnitt 30 Jahre alt. Im Jahr 1970 war dagegen eine Frau beim ersten Kind im früheren Bundesgebiet etwa 24 Jahre alt und in der ehemaligen DDR sogar erst 22 Jahre alt.

Endgültige Kinderzahl je Frau: Ende der Talfahrt

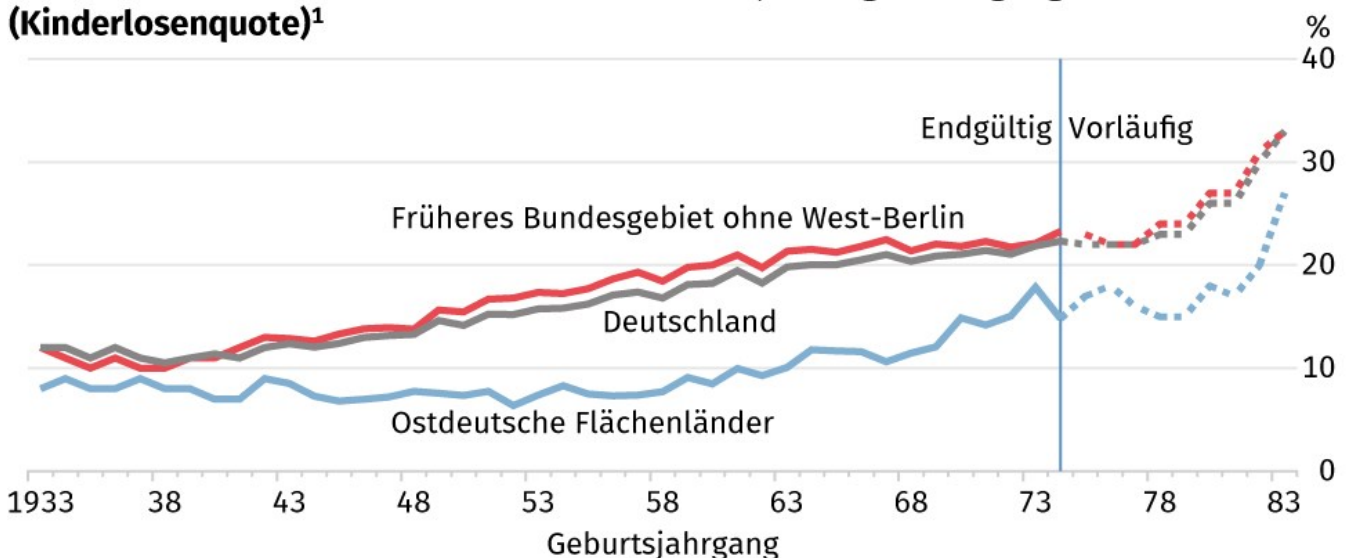
Die in den 1930er Jahren geborenen Frauen – zum Großteil die Mütter der Babyboom-Generation – haben durchschnittlich mehr als zwei Kinder geboren. Ihre Familien gründungsphase fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 1950er und 1960er Jahre. Bereits bei den ab Mitte der 1930er Jahre geborenen Frauen zeichnete sich jedoch ein Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau ab. Besonders schnell sank diese zwischen den Geburtsjahrgängen 1934 und 1944, als immer weniger Frauen sich für ein viertes oder weiteres Kind entschieden haben. Anschließend hat sich die Kinderzahl je Mutter bei zwei Kindern stabilisiert, zugleich stieg aber der Anteil der Frauen, die gar kein Kind zeitlebens geboren haben.

Zwischen den Jahrgängen 1937 und 1966 hat sich die sogenannte endgültige Kinderlosenquote (Anteil der Kinderlosen an allen Frauen eines Jahrgangs) von 11 % auf 21 % nahezu verdoppelt. In den folgenden Jahrgängen hat sie sich stabilisiert und variierte bis zum Jahrgang 1969 leicht zwischen 20 % und 21 %.

Die zunehmende Kinderlosigkeit der Frauen führte zu einem kontinuierlichen Rückgang der endgültigen Kinderzahl je Frau, die bei den Frauen des Jahrgangs 1968 ihren historischen Tiefststand mit 1,49 Kindern je Frau erreicht hat.

Die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre geborenen Frauen haben bereits bis zum Jahr 2018 – im Alter zwischen 39 und 48 Jahren – durchschnittlich mehr Kinder geboren als Frauen des Jahrgangs 1968. Hierfür sind im Wesentlichen zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen nahm die Geburtenhäufigkeit der Frauen im Alter ab 30 Jahre deutlich zu. Unter insgesamt günstigen wirtschaftlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen haben sie die bis dahin noch nicht erfüllten Kinderwünsche realisiert. Zum anderen hat sich die Fertilität dieser Jahrgänge im jüngeren gebärfähigen Alter bis 29 Jahren stabilisiert. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Zuwanderinnen, die bei der Geburt ihrer Kinder tendenziell jünger waren als die deutschen Frauen. Da ihr Anteil an allen Frauen bei den 1970er-Jahrgängen gestiegen ist, hat dies die Gesamtfertilität positiv beeinflusst.

Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Jahrgangs (Kinderlosenquote)¹



¹ Kinderlosenquote für die Jahrgänge 1943 bis 1974 beruht auf den Angaben der Mikrozensusbefragungen 2016 und 2018, ab Jahrgang 1975 nur auf dem Mikrozensus 2018.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

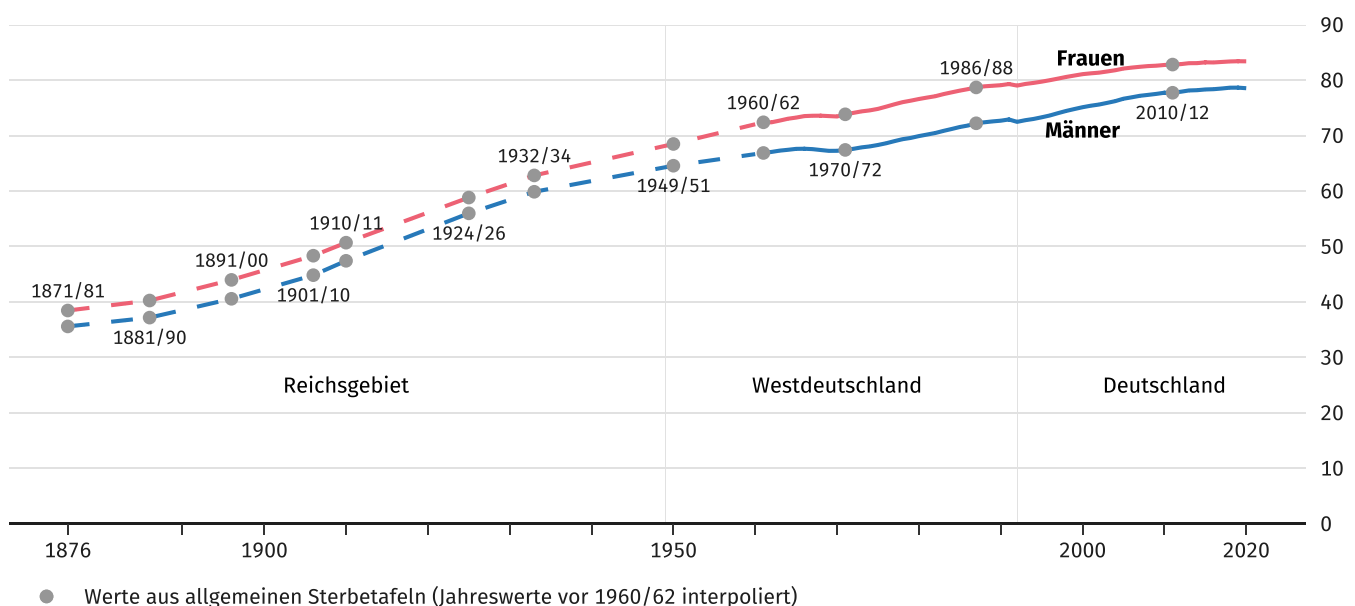
- Themenbereich [Geburten](#)
- Pressemitteilung: [Jede fünfte Frau zwischen 45 und 49 Jahren war 2018 kinderlos](#)
- Pressemitteilung: [Gestiegene Geburtenhäufigkeit bei älteren Müttern](#)
- Tabellenband: [Kinderlosigkeit, Geburten und Familien - Ergebnisse des Mikrozensus 2018 \(Ausgabe 2019\)](#)
- [Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale](#) (WISTA 3/2018)

Lebenserwartung und Sterblichkeit



Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland

in Jahren



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Die Lebenserwartung bei Geburt ist im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel der zentrale Indikator, um den langfristigen Trend hin zu einem immer längeren Leben auszudrücken. Dieser langfristige Trend war bereits seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen zum Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Seitdem hat sich die Lebenserwartung Neugeborener mehr als verdoppelt. Maßgebliche Gründe hierfür sind Fortschritte in der medizinischen Versorgung, Hygiene, Ernährung und Wohnsituation, verbesserte Arbeitsbedingungen und gesteigertes Wohlstand.

Nach den Ergebnissen der **Sterbetafel** 2019/2021 beträgt die Lebenserwartung neu geborener Jungen 78,5 und die der Mädchen 83,4 Jahre. Auch die fernere Lebenserwartung in höheren Altersjahren ist im langfristigen Vergleich stark gestiegen. So hatten beispielsweise 65-jährige Männer 1871/1881 im Durchschnitt noch 9,6 Jahre zu leben. 2019/2021 waren es bereits 17,8 Jahre. Bei den Frauen ist diese Entwicklung noch stärker ausgeprägt: Lag der Wert für den Zeitraum 1871/1881 bei 10 Jahren, so konnten 65-jährige Frauen 2019/2021 noch durchschnittlich 21,1 weiteren Lebensjahren entgegen sehen.

Zuletzt hat sich der Anstieg der Lebenserwartung jedoch verlangsamt - im Zuge der Coronapandemie kam es zu einer Stagnation beziehungsweise einem leichten Rückgang.

In Zukunft wird jedoch mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung gerechnet. In der [14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung](#) wurden dazu drei Annahmen getroffen. Der Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt bis

2060 fällt darin unterschiedlich stark aus. Für Männer wurde eine Spanne von +4 bis +8 Jahren angenommen, für Frauen von +3 bis +6 Jahren.

Diese Annahmen gehen davon aus, dass verbesserte Lebensumstände, rückläufige Raucherquoten und Alkoholkonsum sowie weitere Verbesserungen in der medizinischen Versorgung auch künftig den weiteren Anstieg der Lebenserwartung positiv beeinflussen werden.

Zukünftig werden verstärkt die verbesserten Überlebenschancen im höheren Alter die Zunahme der Lebenserwartung beeinflussen. Im jüngeren Alter ist das Sterberisiko bereits heute sehr gering.

Wie wird die Lebenserwartung berechnet?

Die Werte für die Lebenserwartung (z.B. bei Geburt) ergeben sich aus den sogenannten **Sterbetafeln**. Diese können entweder für spezifische Zeiträume (**Periodensterbetafeln**) oder für Geburtsjahrgänge (**Kohortensterbetafeln**) aufgestellt werden. In der öffentlichen Wahrnehmung stehen die Ergebnisse aus Periodensterbetafeln meist im Mittelpunkt. Sie eignen sich sehr gut, um die Veränderung der Sterblichkeit über die Zeit oder im regionalen und internationalen Vergleich zu beurteilen. Endgültige Ergebnisse für die tatsächliche Lebenserwartung einzelner Geburtsjahrgänge aus Kohortensterbetafeln liegen hingegen erst dann vor, wenn alle Angehörigen des entsprechenden Geburtsjahrgangs bereits verstorben sind.

Was bedeutet die statistische Lebenserwartung für den einzelnen?

Der Begriff „Lebenserwartung“ suggeriert, dass mithilfe der Ergebnisse die zu erwartende Zeitspanne von einem bestimmten Alter bis zum Tod angegeben werden kann. Dies ist jedoch zumeist nicht der Fall. Richtig ist hingegen, dass sich mit der Lebenserwartung Aussagen darüber treffen lassen, wie alt eine Person durchschnitlich werden würde, wenn sich an den Verhältnissen des aktuellen Zeitraums nichts mehr ändern würde (Periodensterbetafeln) oder wenn sich die aktuellen Veränderungstrends sehr lange in die Zukunft fortsetzen würden (Kohortensterbetafeln für noch lebende Geburtsjahrgänge). Hinzu kommt, dass Sterbetafeln lediglich Durchschnittswerte für die Lebenserwartung angeben können, von denen die individuellen Überlebensperspektiven je nach Lebensverhältnissen, Lebensführung, Beruf, gesundheitlicher Verfassung und weiteren Faktoren ganz erheblich abweichen können.

Weiterführende Informationen:

- [Sterbefälle, Lebenserwartung](#)
- [Aktuelle Ergebnisse Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer](#)
- [Methoden- und Ergebnisbericht Periodensterbetafeln](#)
- [Kohortensterbetafeln der Geburtsjahrgänge 1920 bis 2020 für Deutschland](#)
- [Methoden- und Ergebnisbericht Kohortensterbetafeln](#)
- [Sterbetafelsergebnisse bei GENESIS-Online](#)

Altenquotient – Bevölkerung im Erwerbstätigen Alter und Senioren



Auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren entfielen 2021 in Deutschland etwa 37 Personen im Alter ab 65 Jahren. Dieser sogenannte **Altenquotient** zeigt, für wie viele potenzielle Rentenbezieherinnen und -bezieher Menschen im Erwerbsalter im weitesten Sinne sorgen müssen: finanziell durch Beiträge in den Renten- und Krankenversicherungen, aber auch durch medizinische Versorgung, Pflegeleistungen oder unterstützende Dienstleistungen im Haushalt. Wenn die Zahl der Seniorinnen und Senioren zunimmt, während die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt, nimmt der Altenquotient zu. Ohne adäquate Maßnahmen kann dadurch die Versorgung schwieriger werden. Hierbei sind Regionen von den Herausforderungen der

demografischen Alterung unterschiedlich stark betroffen.

Entwicklung seit 1950

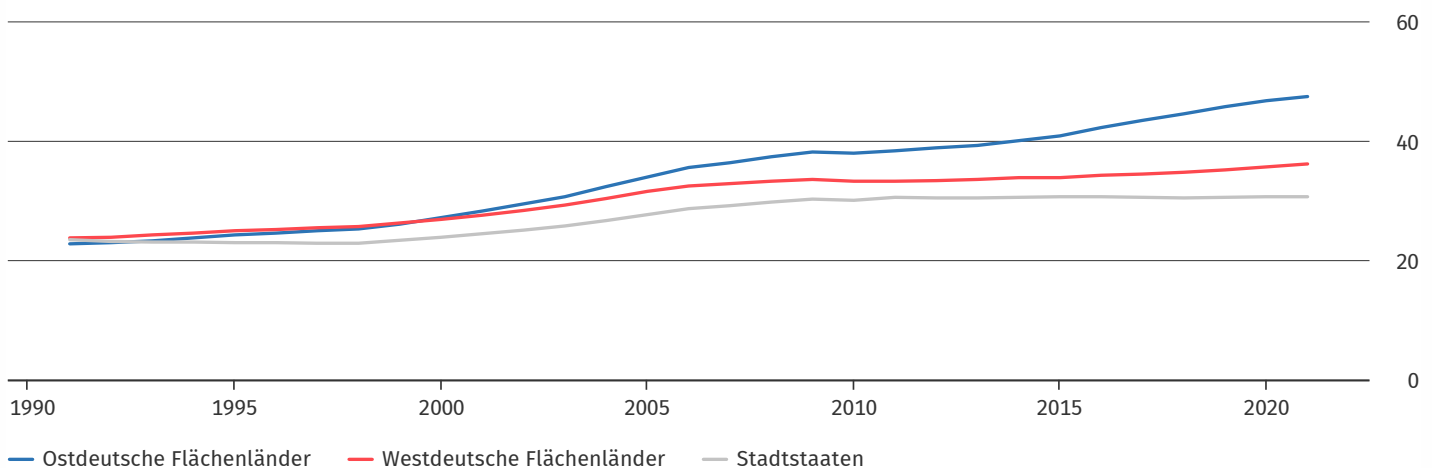
Im Jahr 1950 standen 16 Personen im Rentenalter 100 Personen im Erwerbsalter gegenüber. Der **Altenquotient** von 16 war somit weniger als halb so hoch als im Jahr 2021. Bis Ende der 1970er Jahre ist der Altenquotient durchgängig bis auf 27 im Jahr 1979 gestiegen. Ursächlich dafür waren die gestiegene Lebenserwartung einerseits und die Auswirkungen des zweiten Weltkriegs auf die Altersstruktur der Bevölkerung andererseits. Dadurch nahm die Zahl der älteren Menschen schneller zu als die der Menschen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren: Zwischen 1950 und 1979 stieg die Zahl der Ab-65-Jährigen um 5,5 Millionen, während die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen lediglich um 3,1 Millionen zunahm. In den folgenden Jahren bis 1991 sank dagegen der Altenquotient auf 24 und stabilisierte sich anschließend auf diesem Niveau. In diesen Jahren erreichten die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit ("Babyboomer") das erwerbsfähige Alter. Zeitgleich kamen die nach Beginn des ersten Weltkriegs geborenen schwachen Jahrgänge ins Rentenalter.

Seit 1991 ist wiederum ein fast durchgängiger Anstieg des Altenquotienten zu beobachten, bedingt durch das Nachrücken geburten schwacher Jahrgänge. Besonders stark wuchs der Altenquotient Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre: Innerhalb von acht Jahren zwischen 1998 und 2006 stieg er von 25 auf 33.

Regionale Unterschiede

Entwicklung des Altenquotienten

Anzahl Personen ab 65 Jahren



Je 100 Personen im Alter von 20 bis 65

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Der demografische Wandel wirkt sich regional unterschiedlich stark aus: Anfang der 2000er Jahre lag der **Altenquotient** in ost- und westdeutschen Flächenländern noch nahezu gleichauf. Seitdem schreitet die Alterung in ostdeutschen Flächenländern schneller voran: Der Altenquotient in westdeutschen Flächenländern ist von 33 im Jahr 2006 nur geringfügig auf 36 im Jahr 2021 gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich der Wert in ostdeutschen Flächenländern von 36 auf 48 erhöht. Hintergrund dieser unterschiedlichen Entwicklungen sind zum einen der Geburten rückgang im Osten nach der Wiedervereinigung und zum anderen die Zuwanderung nach Westdeutschland aus den neuen Bundesländern und aus dem Ausland, die die Alterungsprozesse im Westen verlangsamen.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Altenquotient am niedrigsten in den Stadtstaaten. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass in urbanen Gebieten aufgrund der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, Universitäten und Schulen viele junge Erwachsene, Erwerbstätige und Familien leben. Im Jahr 2021 hatten die Stadtstaaten insgesamt einen Altenquotienten von 31. Im Vergleich der Bundesländer wiesen Hamburg (29) und Berlin (31) im Jahr 2021 die niedrigsten Werte auf, gefolgt von Baden-Württemberg (35), Bayern (35) und Hessen (35). Anteilmäßig lebten in 2021 die meisten älteren Menschen pro 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Sachsen-Anhalt (50), gefolgt von den weiteren ostdeutschen Ländern Sachsen (48), Thüringen (48), Mecklenburg-Vorpommern (46) und Brandenburg (45).

Methodische Hinweise

Der Berechnung des **Altenquotienten** basiert auf Angaben der **Bevölkerungsfortschreibung** zu Bevölkerungsbeständen nach Geburtsjahren. Die Abgrenzungen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie der Bevölkerung im Rentenalter richten sich somit nach dem Geburtsjahr. Tatsächliche Erwerbstätigkeit oder Beziehung von Rente werden nicht berücksichtigt. Für die Berechnung des Altenquotienten sind auch alter native Altersabgrenzungen möglich. Andere übliche Abgrenzungen sind beispielsweise 60 oder 67 Jahre für den Beginn des Rentenalters.

Weiterführende Informationen

- Themenbereich [Bevölkerung](#)

Migration in Zeiten des demografischen Wandels



Wanderungsbewegungen in Ost- und Westdeutschland



Einfluss demografischer Prozesse auf die Bevölkerungsstruktur



Zukünftige Bevölkerungsentwicklung



Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2021: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede?



Hintergründe und Auswirkungen



Familien

Die letzten zwei Jahrzehnte waren durch einen Rückgang der Familien gekennzeichnet. Während es 1996 noch rund 13,2 Mio. Familien gab, ist die Anzahl im Jahr 2019 auf 11,6 Mio. Familien gefallen. Dies entspricht einem Rückgang von rund 12 %. Nach wie vor ist es aber die Regel, dass Menschen in der Mitte des Lebens als Eltern in einer Familie mit Kindern leben.

[MEHR ERFAHREN](#)

Ehen im Wandel



Entwicklung der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2040



Ältere Menschen



Die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen ab 65 Jahren

Die zunehmende Zahl älterer Menschen in Deutschland ist ein wichtiger Faktor im demografischen Wandel. Ergebnisse der Bevölkerungsforschung zeigen, dass die Zahl der 65-Jährigen und Älteren seit 1991 von 12 Millionen auf 18,4 Millionen im Jahr 2021 deutlich gestiegen ist. Da jüngere Jahrgänge zugleich sinkende Personenzahlen aufweisen, stellen die ab 65-Jährigen im Zeitverlauf auch einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Er stieg von 15 % im Jahr 1991 auf 22 % im Jahr 2021.

[MEHR ERFAHREN](#)

Erwerbstätigkeit älterer Menschen



Lebensformen älterer Menschen



Private Haushalte mit älteren Menschen



Ältere Frauen sind in der Mehrheit



Zahl der älteren Menschen wird zunehmen



Gesundheitliche Situation älterer Menschen



Armutsgefährdung sowie materielle und soziale Entbehrung bei älteren Menschen



Publikationen

Demografischer Wandel in Deutschland



Weiterführende Themen

→
Bevölkerungsstand

→
**Bevölkerungsvorausbe-
rechnung**

→
Haushalte und Familien

→
**Migration und Integrati-
on**

→
Geburten

→
**Sterbefälle und Lebens-
erwartung**

→
**Eheschließungen, Ehe-
scheidungen und Leben-
spartnerschaften**

→
Wanderungen

← [ZURÜCK ZU: BEVÖLKERUNG](#)

Seite teilen



Unsere Themen

[Themen](#)

[Methoden](#)

[Presse](#)

[Hilfe und Service](#)

[Über uns](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

©  Statistisches Bundesamt (Destatis) | 2023

Onlinequelle 15

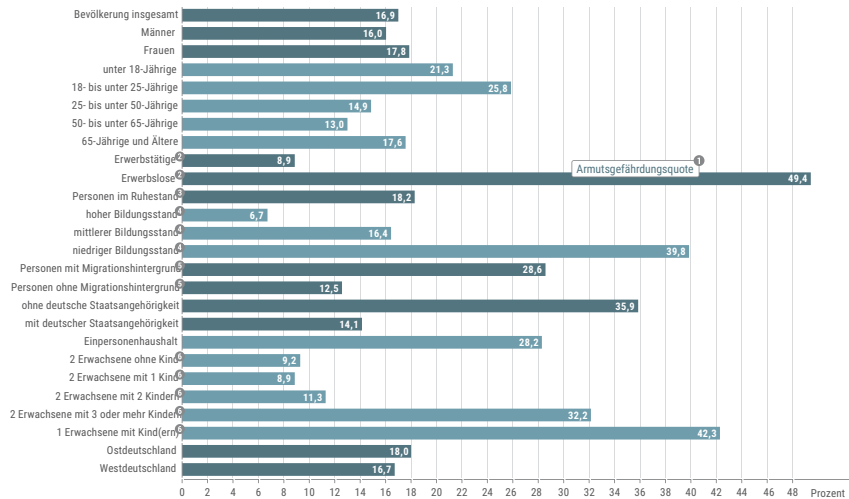
☰ **Soziale Situation in Deutschland**

Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten

13.04.2023 / 4 Minuten zu lesen



In Prozent, nach Sozialleistungen, 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus
Lizenz: cc-by-nc-nd/4.0/deed.de

Herunterladen: [📄 Grafik](#) [📄 Text](#) [📄 Tabelle](#)

Im Jahr 2021 galt rund jede sechste Person in Deutschland als armutsgefährdet: 16,9 Prozent der Bevölkerung bezogen ein Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens entsprach. Ohne die umverteilende Wirkung von Sozialleistungen wäre sogar jede vierte Person in Deutschland armutsgefährdet. Überdurchschnittlich häufig sind Erwerbslose betroffen – rund die Hälfte war 2021 armutsgefährdet. Ebenso besteht bei Alleinerziehenden ein auffällig hohes Armutsrisiko – vier von zehn galten 2021 als armutsgefährdet.

Fakten

Im Jahr 2021 waren in Deutschland 16,9 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Laut Mikrozensus lag dabei der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland für Alleinlebende bei 1.145 Euro pro Monat. Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren waren armutsgefährdet, wenn sie zusammen und nach Einbeziehung staatlicher Transferleistungen ein Einkommen von weniger als 2.405 Euro pro Monat zur Verfügung hatten. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren lag die Armutsgefährdungsschwelle im Jahr 2021 bei 1.489 Euro, bei zwei Erwachsenen ohne Kinder bei 1.718 Euro.

Nach Angaben des Mikrozensus bestehen bei der Armutsgefährdung deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Wie bei vorangehenden Erhebungen in den Jahren 2005 bis 2020 war die Armutsgefährdungsquote der 18- bis unter 25-Jährigen auch 2021 am höchsten: Mit 25,8 Prozent war gut ein Viertel dieser Altersgruppe armutsgefährdet. An zweiter Stelle standen – wie bei vorangehenden Erhebungen – die unter 18-Jährigen mit 21,3 Prozent. Bei den 25- bis unter 50-Jährigen bzw. bei den 50- bis unter 65-Jährigen lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2021 bei 14,9 bzw. 13,0 Prozent. Die Armutsgefährdung der 65-Jährigen und Älteren hat sich bei den vorangehenden Erhebungen von 11,0 Prozent im Jahr 2005 auf 16,3 Prozent im Jahr 2020 erhöht. 2021 lag die Quote bei 17,6 Prozent.

Am stärksten erhöht Erwerbslosigkeit die Armutsgefährdung. 2021 waren 49,4 Prozent aller Erwerbslosen in Deutschland armutsgefährdet. Bei den Erwerbstätigen waren es im selben Jahr lediglich 8,9 Prozent. Die Armutsgefährdung von Personen im Ruhestand lag mit 18,2 Prozent etwas über dem Wert der Gesamtbevölkerung.

Auch der Bildungsabschluss hat Auswirkungen auf die Armutsgefährdung. So lebten im Jahr 2021 lediglich 6,7 Prozent der Personen mit einem hohen Bildungsstand in Armut (Personen im Alter von 25 Jahren und älter / Bildungsstand nach der Klassifikation ISCED – International Standard Classification of Education). Bei Personen mit einem mittleren Bildungsstand waren es im selben Jahr 16,4 Prozent. Schließlich lag die Armutsgefährdungsquote der Personen mit niedrigem Bildungsstand im Jahr 2021 bei 39,8 Prozent. Der Zusammenhang zwischen niedrigem Bildungsstand und hohem Armutsrisiko ist nicht nur bei allen Erhebungen seit 2005 festzustellen, sondern der Unterschied zu den Personen mit mittlerem bzw. hohem Bildungsstand hat sich dabei insgesamt immer weiter erhöht.

Im Jahr 2021 waren 42,3 Prozent aller Personen in Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet – das entsprach in etwa dem Mittelwert der Jahre 2005 bis 2020. Überdurchschnittlich hoch waren im Jahr 2021 auch die Armutsgefährdungsquote der Haushalte von zwei Erwachsenen mit drei oder mehr Kindern (32,2 Prozent) sowie die der Einpersonenhaushalte (28,2 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt lagen hingegen die Quoten der Haushalte von zwei Erwachsenen ohne Kind (9,2 Prozent), mit einem Kind (8,9 Prozent) oder mit zwei Kindern (11,3 Prozent).

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Weitere Informationen zur **Armutsgefährdung von Migranten** erhalten Sie [hier](#).

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet.

Zur Ermittlung des Einkommens wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen zusammengefasst. Dieses setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Sozialtransfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge werden abgezogen.

Anschließend wird das verfügbare Einkommen gewichtet bzw. das sogenannte **Äquivalenzeinkommen** ermittelt. Dazu wird das verfügbare Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung eines Gewichtungsschlüssels (Äquivalenzkala) geteilt. Die Äquivalenzkala weist dabei der ersten erwachsenen Person stets das Gewicht 1 zu. Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

Ein Beispiel: Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren hat nach der Äquivalenzkala das Gesamtgewicht 2,1 (1 plus 0,5 plus 0,3 plus 0,3). Zu Berechnung des Äquivalenzeinkommens muss das verfügbare Haushaltseinkommen demnach durch 2,1 – und nicht durch die Anzahl der Personen – geteilt werden. Bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von beispielsweise 2.100 Euro hat jedes der vier Haushaltsmitglieder ein Äquivalenzeinkommen von 1.000 Euro.

Um das **mittlere Einkommen** zu berechnen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden hier alle Personen ihrem gewichteten Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat ein höheres, die andere ein niedrigeres gewichtetes Einkommen. 60 Prozent dieses Medianwertes stellen die Armutsgefährdungsgrenze dar.

Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten

In Prozent, nach Sozialleistungen, 2021

	Armutsgefährdungsquoten ¹ nach Sozialleistungen
Bevölkerung insgesamt	16,9
Männer	16,0
Frauen	17,8
unter 18-Jährige	21,3
18- bis unter 25-Jährige	25,8
25- bis unter 50-Jährige	14,9
50- bis unter 65-Jährige	13,0
65-Jährige und Ältere	17,6
Erwerbstätige ²	8,9
Erwerbslose ²	49,4
Personen im Ruhestand ³	18,2
hoher Bildungsstand ⁴	6,7
mittlerer Bildungsstand ⁴	16,4
niedriger Bildungsstand ⁴	39,8
Personen mit Migrationshintergrund ⁵	28,6
Personen ohne Migrationshintergrund ⁵	12,5
ohne deutsche Staatsangehörigkeit	35,9
mit deutscher Staatsangehörigkeit	14,1
Einpersonenhaushalt	28,2
2 Erwachsene ohne Kind ⁶	9,2
2 Erwachsene mit 1 Kind ⁶	8,9
2 Erwachsene mit 2 Kindern ⁶	11,3
2 Erwachsene mit 3 oder mehr Kindern ⁶	32,2
1 Erwachsene mit Kind(ern) ⁶	42,3
Ostdeutschland	18,0
Westdeutschland	16,7
insgesamt	26,8
unter 18-Jährige	37,4
18- bis unter 65-Jährige	25,5
65-Jährige und Ältere	22,1

¹ Berechnungsgrundlagen: 60%-Median, modifizierte OECD-Skala.

² Nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO).

³ Nichterwerbspersonen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente bzw. Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus einer Hinterbliebenenrente, -pension.

⁴ Personen im Alter von 25 Jahren und älter. Bildungsstand nach der Klassifikation ISCED (International Standard Classification of Education).

⁵ Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.

⁶ Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

Quellen / Literatur



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0 - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)" veröffentlicht.
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.
[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)

[< Vorheriger Inhalt](#)

[Nächster Inhalt >](#)

[Mindestsicherungsleistungen !\[\]\(de95854c7ee024cfadc48187bbb781b2_img.jpg\)](#)

[Armutsgefährdungsquoten von Migranten !\[\]\(3211b5d1d968fc1665909b34f9f16010_img.jpg\)](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Sitemap](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



Onlinequelle 16



☰ Rentenpolitik

Altersarmut

Gerhard Bäcker Ernst Kistler
30.01.2020 / 13 Minuten zu lesen



Altersarmut war in Deutschland (und vielen anderen Ländern) bis weit in die Mitte des letzten Jahrhunderts hinein ein weit verbreitetes Problem. Insbesondere mit der dynamisierten bruttolohnbezogenen Rente seit 1957 hat sich die Einkommenslage der Älteren absolut und relativ nachhaltig verbessert. Die Einkommensarmut im Alter ist zurückgegangen. Sie steigt aber seit Jahren jetzt wieder deutlich an.



Bedürftige in einer Kieler Sozialeinrichtung: Neben dem Einkommen sind bei der Armutdefinition auch weitere Indikatoren gängig, so zum Beispiel Lebensstandardmerkmale oder die Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation. (© AP)

Zu den Inhalten springen

- ↓ Was ist Altersarmut? Maßstäbe, Indikatoren und Messverfahren
- ↓ Zwei Konzepte
- ↓ Altersarmut und Grundsicherung
- ↓ Grundsicherung im Alter: Strukturen und Trends
- ↓ Relatives Armutsmaß: Armutsrisikoquoten
- ↓ Altersarmut als regionalpolitisches Problem
- ↓ Armutsrisikolücke

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Basis Mikrozensus) lag im Jahr 2017 die Armutsrisikoquote der über 65-Jährigen bei 14,6 Prozent. Dass damit die Quote der Gesamtbevölkerung von 15,8 Prozent noch leicht unterschritten wird, ist nur ein schwacher Trost. Denn es ist immer zu bedenken, "dass für ältere Menschen die Möglichkeiten, eine bereits eingetretene Hilfebedürftigkeit aus eigenen Mitteln und Kräften dauerhaft zu überwinden, sehr begrenzt sind" [1].



Quellentext
Kampf gegen Altersarmut



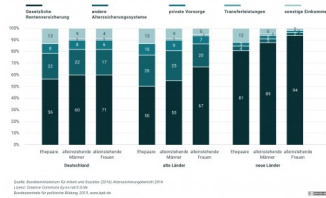
Schon im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom Dezember 2013 heißt es: "Altersarmut verhindern – Lebensleistung würdigen". Und im Koalitionsvertrag vom März 2018 wird bekräftigt: „Die Rente muss für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein. Dazu gehören die Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut.“

Was ist Altersarmut? Maßstäbe, Indikatoren und Messverfahren

Um die Frage nach Existenz und Ausmaß von Altersarmut zu beantworten, muss zunächst definiert werden, was unter Armut verstanden wird. Erst wenn die Armutskriterien benannt worden sind, lässt sich empirisch ermitteln, welche quantitativen Dimensionen Armut im Alter derzeit hat und voraussichtlich in Zukunft aufweisen wird. Diese Kenntnis wiederum ist Voraussetzung für eine Diskussion über Erfordernis und Zielrichtung von Reformstrategien.

Aus der Armutsforschung ist bekannt, dass bei der Suche nach diesen Kriterien nicht auf vermeintliche objektive Merkmale zurückgegriffen werden kann. Da es sich bei der Armut in wohlhabenden Gesellschaften um ein relatives Problem handelt, sind immer normative Entscheidungen notwendig: Entschieden werden muss, ab welchem Maß der Unterschreitung des durchschnittlichen Lebens- und Einkommensstandards der Zustand der Einkommensarmut besteht. Unstrittig ist, dass zur Bestimmung von Einkommensarmut nicht das individuelle, sondern das verfügbare und nach Bedarf gewichtete pro Kopf-Haushaltseinkommen als Maßstab dient.

zusammenfallen. Gesetzliche Renten, Betriebsrenten, private Leibrenten, Beamtenpensionen, Renten aus Versorgungswerken der freien Berufe, Wohngeld, Kapitaleinkünfte und auch Hinterbliebenenrenten müssen addiert und um Steuern und Beiträge gemindert werden.



Struktur der Gesamteinkommen der älteren Bevölkerung, Männer und Frauen 2015 (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Die in aller Regel niedrigen Renten von Ehefrauen sind deshalb nur begrenzt mit Einkommensproblemen bis hin zur Altersarmut verbunden, da die Alterseinkommen, die dem Mann zufließen, meist den Hauptbestandteil des Haushaltseinkommens ausmachen. Allerdings: Die Eigenständigkeit der Alterssicherung von Frauen ist damit nicht gegeben; die Frauen bleiben in ihrem Lebensstandard - in der Erwerbsphase wie in der Altersphase - auf Unterhaltsleistungen ihrer Ehemänner angewiesen (vgl. [Ausbau der Alterssicherung von Frauen](#)).

Zwei Konzepte

Ob nun ein niedriges Haushaltseinkommen das Kriterium "Armut" erfüllt, hängt entscheidend von der Festlegung der Armutsschwelle ab. Es muss ein Grenzwert bestimmt werden, der "arm" von "nicht arm" unterscheidet. Zwei Vorgehensweisen haben sich in der Armutsforschung etabliert (vgl. Kasten). Zum einen kann Bezug genommen werden auf die empirisch gemessene Einkommensverteilung, aus der dann ein Schwellenwert abgeleitet wird. Zum anderen lässt sich das politisch-institutionell festgelegte Bedarfsniveau der Grundsicherung (SGB XII und SGB II) als Maßstab verstehen. Beiden Vorgehensweisen ist gemeinsam, dass sie nur auf die monetäre Einkommensdimension abstellen (d. h. andere Aspekte wie die Verfügung über private und öffentliche Güter oder soziale Inklusion/Exklusion außer Acht lassen) und dass sie nicht auf Individualeinkommen, sondern auf den Haushalt als Wirtschaftseinheit abstellen.

Zudem existieren verschiedene Datengrundlagen, mit denen man Armut messen kann. Entscheidend ist, ob alle Bevölkerungsgruppen sowie deren verfügbare Haushaltseinkommen repräsentativ erfasst werden und was unter "Einkommen" verstanden wird. Wichtigste Datengrundlagen zur Ermittlung von Armutrisikoquoten sind in Deutschland neben den Großerhebungen der amtlichen Statistik Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus (MZ), "Leben in Europa" (EU-SILC) noch das sog. "Sozioökonomische Panel" (SOEP). Da diese Erhebungen Stichproben sind und unterschiedliche Grundgesamtheiten abbilden, kommt es zu statistischen Unsicherheiten und methodischen Ergebnisdifferenzen, so z. B. wenn höhere Einkommen ab 18.000 Euro/Monat in einem Teil dieser Erhebungen gar nicht oder untererfasst werden.

Quellentext

Zwei Definitionen und Messverfahren von Einkommensarmut

Die beiden wichtigsten Definitionen und Grenzen zur Ermittlung des Bevölkerungsanteils in Armut sind:

Die politisch normative Setzung eines Betrages, der zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums eines Haushalts nötig ist.

Dies ist der Satz der Sozialhilfe bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (vgl. [Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung](#)).

Dieser Satz (Eckregelsatz) liegt 2018 bei 416 Euro für Alleinstehende bzw. 2 x 374 Euro bei (Ehe-)Partnern im gleichen Haushalt (= je 90 % des Eckregelsatzes). Hinzu kommen noch die (angemessenen) Wohnkosten, über die dann auch regionale Preisniveaudifferenzen im Wohnungsmarkt in die Berechnung der Armutsgrenze einfließen.

Datengrundlage zur Ermittlung von Zahl und Struktur der Bezieher ist die amtliche Sozialhilfestatistik. Arme im Sinne dieser Betrachtungsweise sind dann die Personen, die in Bedarfsgemeinschaften/Haushalten leben, in denen das Einkommen unterhalb dieses Betrages liegt und aufgestockt werden muss.

Die Ableitung einer Einkommenshöhe als Armutsgrenze aus den Daten der Einkommensverteilung.

Diese in der Politik und Wissenschaft üblich gewordene Messung der sog. relativen Armut bezeichnet als Arme diejenigen, die mit ihrem aus dem Haushaltseinkommen abgeleiteten pro-Kopf-Einkommen unterhalb der sog. Armutrisikoschwelle/-grenze liegen. Diese Schwelle bzw. Grenze wird üblicherweise bei 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung festgesetzt. Der Median in einer Einkommensverteilung ist derjenige Wert, der genau in der Mitte liegt. 50 Prozent der Haushalte haben ein Einkommen über, 50 Prozent eines unterhalb des Medians. Personen in Haushalten mit einem Einkommen unterhalb dieser Grenze gelten als arm; ihr Anteil an der jeweiligen Population ist die Armut(sisiko)quote.

Bei den Einkommen handelt es sich um Nettoäquivalenzeinkommen: Aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen werden nach dem Bedarf gewichtete Einkommen berechnet, die berücksichtigen, dass mehrere Personen beim gemeinsamen Wirtschaften Kostenvorteile erzielen. Gemäß der heute üblichen sog. "neuen OECD-Skala" werden dem ersten Haushaltsmitglied ein Punktwert von 1,0, jeder weiteren Person im Haushalt über 14 Jahren 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren 0,3 Punkte zugeordnet. Das gesamte Haushaltsnettoeinkommen dividiert durch die gesamte Punktzahl ergibt dann das so genannte Nettoäquivalenzeinkommen. Diese Nettoäquivalenzeinkommen werden dann mit dem durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen der Bevölkerung verglichen.

Weitere Armutsdimensionen

Neben den beiden genannten einkommensbezogenen Armutdefinitionen sind in der Literatur auch weitere Indikatoren gängig, auf die hier aber nur kurz eingegangen werden soll, so z. B. zur materiellen Deprivation und subjektive Bewertungen. Zu ersteren gehören Angaben zur Verbreitung und Defiziten bei Lebensstandardmerkmalen (wie z. B. die Verfügung über WC und Bad/Dusche in der Wohnung, über ein Telefon oder ob man sich z. B. mindestens jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Gemüse leisten könne etc.). Zu letzteren gehören Angaben aus Befragungen, ob man sich (große) Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation mache, ob man mit dem Haushaltseinkommen ganz und gar unzufrieden sei oder ob man glaube, sehr viel weniger als einen gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten etc.

Insgesamt gesehen schneiden Ältere bei den Kennziffern zur materiellen Deprivation besser ab als Jüngere (vgl. [Materielle Teilhabedimensionen](#))

) Auch ihre subjektiven Bewertungen der eigenen materiellen Lage sind etwas seltener ganz schlecht als bei Jüngeren. Ältere mit sehr geringen Einkommen schneiden aber in den meisten Dimensionen deutlich schlechter ab als Ältere mit höheren Einkommen [2].

Bei der subjektiven Bewertung der finanziellen Absicherung in verschiedenen Lebenssituationen zeigte sich in der Befragung zum Sozio-ökonomischen Panel z. B. für Westdeutschland ein klarer und stabiler Einfluss eines niedrigen Einkommens auf das Urteil der Befragten. Die Bewertung der finanziellen Absicherung im Alter ist deutlich schlechter als diejenige im Krankheitsfall und liegt etwa gleichauf mit der Bewertung der Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Noch schlechter wird die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit bewertet. Insgesamt urteilen ab 65-Jährige im Durchschnitt zwar bei der Absicherung im Alter positiver als alle ab 18-Jährigen. Besonders negativ fällt aber das Urteil bei den Befragten im Armutsrisiko aus.

Bezieht man solche subjektiven Indikatoren mit ein, wofür sehr viel spricht, so ist zunächst der folgende deutschlandweite Befund aus einer repräsentativen Umfrage bei ab 18-Jährigen aus dem Jahr 2012 besonders beachtenswert. Befragt nach den Sorgen im persönlichen Leben rangieren zwei Befürchtungen mit Anstand an erster Stelle (vgl. Abbildung "Bevölkerungsanteile mit Sorgen im persönlichen Leben"). Dies sind erstens die Angst, im Alter pflegebedürftig zu werden und zweitens die Furcht vor einer unzureichenden finanziellen Altersversorgung. Andere Ängste wie die vor einer schweren Erkrankung oder Arbeitslosigkeit, diejenige Opfer einer Straftat oder eines Anschlags zu werden, sind dagegen deutlich weniger verbreitet.

In einer Umfrage unter 30- bis 59-Jährigen ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach im Jahr 2016 für den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (2016), dass aus einer längeren Liste von Zukunftssorgen die Angst "Dass meine Rente unsicher ist, bzw. dass ich meinen Lebensstandard nicht halten kann" von 60 Prozent der Befragten geteilt wird. Das ist der dritthöchste Anteil nach der Sorge, selbst gesundheitliche Probleme zu bekommen (65 %) und der Angst, dass dem Partner, den Kindern oder anderen engen Familienangehörigen etwas zustößt (61 %).

Derartige Befunde korrespondieren mit einem Ergebnis, das sich in verschiedensten Befragungen von älteren Personen bzw. Beschäftigten in Betrieben findet [3]. Ein Beispiel aus einer regional begrenzten, aber repräsentativen Befragung von 50- bis 70-Jährigen im Regierungsbezirk Bayerisch-Schwaben im Jahr 2015: Befragt nach ihren Erwartungen bezüglich der Veränderungen ihres Lebens durch den Übergang in die Rente artikulieren diese Personen mehrheitlich positive Erwartungen. Das gilt für alle Aspekte wie Familienleben, Gesundheit, soziale Kontakte, Freizeit und auch die finanzielle Lage. Bei letzterer aber in weit geringerem Maß. Die parallele Befragung von bereits im Ruhestand befindlichen vormals abhängig Beschäftigten zeigt, dass die mit dem Renteneintritt erlebten Veränderungen in den verschiedenen Lebensbereichen von einem jeweils etwas kleineren Anteil positiv bewertet werden (als es dem Optimismus der noch Beschäftigten entspricht). Nur bei dem Thema "Finanzen im Alter" ist der Anteil derer mit negativen Erfahrungen deutlich höher als bei den anderen Lebensbereichen. Aber: Auf einem viel geringeren Niveau! (vgl. Abbildung "Erwartungen und Erfahrungen positiver Veränderungen im Ruhestand"). Nur 22 Prozent der noch Beschäftigten erwarten von Ihrem Ruhestand positive Veränderungen in finanzieller Hinsicht. 33 Prozent der bereits im Ruhestand befindlichen Befragten berichten von diesbezüglich positiven Veränderungen.

Es verwundert daher beispielsweise auch nicht, dass in einer europaweiten Vergleichsstudie vom Jahr 2016 fast die Hälfte (47 %) der Befragten ab 18 Jahre in Deutschland angeben, sich Sorgen um ein ausreichendes Einkommen im Alter machen [4]. Das ist weniger als im Europäischen Durchschnitt (56 %), aber erheblich mehr als in Ländern wie Dänemark (27 %), Schweden (30 %) oder Österreich (36 %).

Altersarmut und Grundsicherung

Wird Einkommensarmut im Alter am Grundsicherungsstandard (Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung) gemessen, bleibt strittig, ob die Angewiesenheit auf (in der Regel aufstockende) Grundsicherungsleistungen Ausdruck von Armut oder nur von erfolgreich "bekämpfter" Armut ist.

Diese Frage ist nicht ohne die Setzung von Wertmaßstäben zu klären. Denn eine pauschale Gleichsetzung des Bezugs von Grundsicherung auf der einen und Armut auf der anderen Seite ist unangemessen, da jede Erhöhung des Leistungsniveaus zu einer Erhöhung der Armut und eine Absenkung des Niveaus zu einer Absenkung der Armut führen würde. Entscheidend kommt es deshalb darauf an, ob die Höhe der Grundsicherung als ausreichend angesehen wird, um das sozio-kulturelle Existenzminimum zu sichern.

Die andauernde Debatte um die verfassungsrechtliche Angemessenheit einer aus dem sog. Statistik-Modell ermittelten Höhe des Regelbedarfs weist darauf hin, wie vage und ergebnisoffen das aktuell angewendete Verfahren ist. Letztlich spielen hierbei gerade auch Budgetüberlegungen der politischen Entscheidungsträger eine zentrale Rolle.

Der Grundsicherungsstandard kennt keinen exakten Grenzwert. Zwar sind die Regelbedarfe bundeseinheitlich festgelegt, aber die anerkannten Kosten der Unterkunft (Warmmiete) variieren erheblich zwischen den Bundesländern, zwischen Stadt und Land und auch zwischen den Stadtteilen und den Wohnungsstandards. Zusätzlich können Mehrbedarfe anfallen, so dass es sich beim Grundsicherungsstandard um ein vergleichsweise breites Band unterschiedlicher Grundsicherungsniveaus handelt.

Diese Berücksichtigung unterschiedlicher, lebenslagespezifischer Gegebenheiten reflektiert, dass ein exakter, für die gesamte Bevölkerung geltender Grenzwert der (Alters-)Armut kaum problemangemessen ist. Gerade bei älteren Menschen treten aufgrund des schlechter werdenden Gesundheitszustandes auch häufig besondere Bedarfe und Kosten auf, die nicht einfach vernachlässigt werden können.

Auch haben ältere Menschen kaum noch eine Chance, ihre Einkommenshöhe aktiv zu gestalten - wenn man von dem problematischen Weg absieht, Einkommensarmut durch die Weiterführung einer Beschäftigung auch über das Rentenalter hinaus zu vermeiden - bis hin zur vollständigen körperlichen Erschöpfung (vgl. [Zuverdienst im Alter](#))

) Es kann also nicht außer Acht gelassen werden, unter welchen Bedingungen das Einkommen im Alter erzielt wird: Handelt es sich um die Angewiesenheit auf bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungsleistungen, die stets mit einem Stigma des Versagens, mit Scham und

Bevölkerungsanteil mit Sorgen im persönlichen Leben

Bevölkerungsanteil mit Sorgen im persönlichen Leben ([Grafik zum Download](#)) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](#)

Erwartungen und Erfahrungen positiver Veränderungen im Ruhestand ([Grafik zum Download](#)) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](#)

Grundsicherung im Alter: Strukturen und Trends

Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Grundsicherung im Alter lassen sich folgende Befunde zusammenfassen (vgl. [Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung](#)

):

- Die Zahl der Leistungsempfänger steigt seit 2003 (dem Jahr der Einführung der Grundsicherung im Rahmen des SGB XII) kontinuierlich an, zunächst stark, ab 2008 abgeflacht und umfasst im Jahr 2017 etwa 1.000.000 Personen.
- Die Leistungsempfänger untergliedern sich etwa je zur Hälfte in Ältere (65 Jahre und älter) und in voll Erwerbsgeminderte.
- Beim Grundsicherungsbezug werden andere Einkommen wie vor allem eigene und abgeleitete Renten und Wohngeld vorrangig angerechnet, so dass in aller Regel nicht der volle Bedarfssatz zur Auszahlung kommt, sondern die Grundsicherung nur eine Aufstockungsfunktion wahrnimmt.
- Immerhin ein Viertel aller älteren Grundsicherungsempfänger verfügen aber über keinerlei anzurechnendes Einkommen. Hier dürfte es sich vor allem um AusländerInnen und vormalige Selbstständige handeln, die keine Rentenanwartschaften erworben haben bzw. erwerben konnten oder wollten und auch ansonsten kein anderes Einkommen aufweisen. Zwei Drittel verfügen über eine eigene, allerdings zu geringe Altersrente.

Setzt man die Zahlen der Grundsicherungsempfänger ins Verhältnis zur entsprechenden Bevölkerung, so errechnen sich lediglich geringe Empfängerquoten: Im Jahr 2017 müssen insgesamt nur 3,1 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre (Männer 3,0; Frauen 3,2 Prozent) auf die Grundsicherung zurückgreifen (vgl. [Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung](#)

). Ist Altersarmut also kein relevantes Problem? Es bestehen offensichtlich erhebliche Differenzen zwischen der Inanspruchnahme der Grundsicherung und den relativen Armutsquoten, die sich auf Basis der gängigen Definition aus den empirischen Zahlen zur Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen (vgl. unten) errechnen.

Mehrere Ursachen hierfür sind zu beachten:

- Die am durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen bemessene relative Armutschwelle (60% vom Median = Armutsrisikoschwelle) liegt deutlich über dem Bedarfsniveau der Grundsicherung. So beziffern die statistischen Ämter des Bundes und der Länder den 60 Prozentwert vom Median für einen Einpersonenhaushalt für das Jahr 2017 auf 999 Euro. Im selben Jahr liegt der durchschnittliche Grundsicherungsbetrag (Regelbedarf und durchschnittliche Kosten der Unterkunft) für eine Einzelperson bei etwa 750 Euro. Relativ viele Einkommen von Älteren befinden sich im Bereich zwischen dem Existenzminimum der Grundsicherung und der etwas höheren Armutsrisikoschwelle (vgl. unten).
- Bei der an der Einkommensverteilung gemessenen relativen Armutsbetroffenheit bleiben Vermögensbestände (nicht aber Vermögenserträge) unberücksichtigt, während bei der Grundsicherung verwertbares Vermögen der Betroffenen (und des Partners bzw. der Partnerin) vorrangig eingesetzt werden muss.
- Die Grundsicherungsstatistik erfasst als Prozessstatistik naturgemäß nur jene, die tatsächlich einen Antrag stellen und diesen bewilligt erhalten. Aus der Armuts- und Sozialhilfeforschung ist aber bekannt, dass ein erheblicher Teil der Bezugsberechtigten von dem Recht auf aufstockende Grundsicherungsleistungen keinen Gebrauch macht. Zwar war es Ziel der 2003 neu eingeführten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, den Zustand einer verdeckten Altersarmut zu vermeiden, dies insbesondere durch den weitgehenden Verzicht auf den Rückgriff auf das Einkommen und Vermögen der Kinder. Aber offensichtlich ist Nicht-Inanspruchnahme aus Gründen von Scham, Scheu oder fehlenden Informationen weiterhin – und gerade bei Älteren – ein Problem.

Es ist daher unzulänglich, sich bei Aussagen zur Verbreitung von (Alters-)Armut nur allein auf die Empfängerquoten der Leistungen des Fürsorgesystems – die "bekämpfte Armut" – zu beziehen, wie es z. B. der Sachverständigenrat (2008, S. 378) oder die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machen, wenn etwa letztgenannte auf dieser Basis schreibt: "Altersarmut ist in Deutschland erfreulicherweise selten" (BDA 2008, S. 1). Dazu sind die Befunde der relativen Armutsmessung zu eindeutig und dazu ist diese Indikatorik auf nationaler wie internationaler Ebene zu elaboriert und vor allem – nicht nur in der Wissenschaft sondern auch in der Politik – zu etabliert. (vgl. relatives Armutsmaß: Armutsrisikoquoten)

Relatives Armutsmaß: Armutsrisikoquoten

Armut ist immer relativ – zum Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesamtpopulation. Als Standard in der Politik wie in der Wissenschaft gilt dabei, wenn es um die Messung der Bevölkerungsanteile in Armut (bzw. im Armutsrisiko) geht, die zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarte Definition des relativen Armutsrisikos, die vorrangig mit dem Indikator der Armutsrisikoquote abgebildet wird. Sie ist definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Mittelwertes (Median) aller Einkommen der jeweiligen Gesamt- oder Teilpopulationen beträgt.

Wenn es um die empirische Erfassung einer so definierten Armuts- bzw. Altersarmutsquote geht, zeigt sich, – hier für das Jahr 2013 dargestellt, in dem zuletzt Zahlen aus den vier wichtigsten Erhebungen vorliegen – dass die Befunde je nach Datenquelle leicht differieren (vgl. Tabelle "Armutsrisikoquoten nach verschiedenen Datenquellen"). Ursache ist, neben dem statistischen Unsicherheitsbereich bei Stichproben, die leicht unterschiedliche Definition der Grundgesamtheit bei den betrachteten Repräsentativerhebungen.

Armutsrisikoquoten nach verschiedenen Datenquellen 2013

Angaben in Prozent

	Leben in Europa (EU-SILC) 2013	EVS 2013	Mikrozensus 2013	SOEP 2013
Bevölkerung insgesamt	16,1	16,6	15,5	15,4
65 und älter	14,9	18,4	14,3	13,8

Quelle: Eigene Berechnungen und Zusammenstellung.

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich ein Anstieg: Die Tabelle "Armutsrisikoquoten 2005 - 2017" weist dies im Vergleich der Jahre 2005 bis 2017 auf Basis des Mikrozensus aus. Es lässt sich feststellen, dass die Einkommensarmut Älterer derzeit ein durchaus relevantes Problem darstellt. Dabei ist die Betroffenheit der Frauen im übrigen stets größer als die der Männer, und Altersarmut in Westdeutschland (gemessen am jeweiligen regionalen Median) verbreiteter als in den ostdeutschen Bundesländern. In Ostdeutschland (gemessen am dortigen Durchschnittseinkommen/Median!) ist die Armutsrisikoquote wesentlich niedriger. Das ist vor allem eine Folge der (noch) geringeren Einkommensspreizung dort und einer im Vergleich zur

Armutsrisikoquoten 1 2005 - 2017 Angaben in Prozent

Jahr	Deutschland insgesamt		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65 und älter
2005	14,7	11,0	14,8	13,5	14,3	5,3
2006	14,0	10,4	14,2	12,7	13,3	4,8
2007	14,3	11,3	14,3	13,7	13,5	5,1
2008	14,4	12,0	14,5	14,3	13,8	5,5
2009	14,6	11,9	14,8	14,1	13,8	5,2
2010	14,5	12,3	14,7	14,4	13,2	5,4
2011	15,0	13,2	15,2	15,4	13,3	6,2
2012	15,0	13,6	15,4	16,0	13,0	6,6
2013	15,5	14,3	15,9	16,9	13,1	6,7
2014	15,4	14,4	16,0	17,0	12,6	6,7
2015	15,7	14,6	16,2	17,0	13,7	7,2
2016	15,7	14,8	16,2	16,8	13,5	7,8
2017	15,8	14,6	16,4	16,7	13,6	8,2

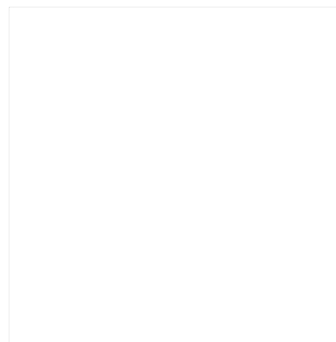
Armutsrisikoquoten1 2005 - 2017

¹ Bundes- bzw. jeweiliger regionaler Median

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018), Sozialberichterstattung.

Wie die Abbildung "Armutsgefährdungsquoten nach ausgewählten Merkmalen 2005 - 2017" erkennen lässt, weisen bestimmte andere Personengruppen ein deutlich höheres Armutsrisiko auf: Im Jahr 2017 waren Alleinerziehende (42,8 %), Einpersonenhaushalte (26,5%) und Personen unter 18 Jahren (20,4 %) überproportional häufig von Armut betroffen. Vor allem aber Erwerbslose tragen mit 57,2 Prozent ein besonders hohes Armutsrisiko.

Allerdings verstellt die Berücksichtigung allein der Quoten das Bild: Da die Älteren (60 Jahre und älter) nahezu 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, befinden sich unter der einkommensarmen Bevölkerung automatisch im hohen Maße ältere Menschen. Bereits eine nicht ganz so hohe Armutsquote Älterer kann dabei z. B. auch erhebliche regionalpolitische Folgen haben.



Armutsgefährdungsquoten nach ausgewählten Merkmalen 2005 - 2017 (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Altersarmut als regionalpolitisches Problem

Altersarmut hat nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine regionalpolitische Dimension. Ältere, v. a. diejenigen mit geringen Einkommen, sind weniger mobil als Junge. Man kennt es aus peripheren Gebieten vor allem in den südeuropäischen Ländern: Die ärmeren Alten bleiben zurück, die Jungen ziehen weg, es beginnt eine regionale Abwärtsspirale.

Sinkende Renten bzw. eine steigende Altersarmut der verbleibenden Bevölkerung haben nicht nur Konsequenzen für die Vorhaltung staatlicher Infrastrukturangebote (von Krankenhäusern bis zum Nahverkehr), sondern auch für das Angebot von Geschäften, Dienstleistungsbetrieben usw. Im kleinräumlichen Maßstab sind solche Prozesse bereits in Teilen Ostdeutschlands, aber auch schon in strukturschwachen Gebieten z. B. Bayerns zu beobachten (Bayern hat aus wirtschaftshistorischen Gründen noch vor Rheinland-Pfalz die höchsten Armutsrisikoquoten Älterer aller deutschen Bundesländer, und auch eher niedrige Rentenzahlbeträge;^[5] Kleinräumig (z. B. auf Kreisebene) stehen keine Daten zur Berechnung von Armutsrisikoquoten zur Verfügung, sondern es lassen sich allenfalls aus Strukturinformationen Wahrscheinlichkeiten errechnen ^[6].

Treffen solche ökonomischen Abwärtsspiralen mit negativen demografischen Effekten (geringe Geburtenziffern, Abwanderung, hohe Anteile Älterer) zusammen, so können Entwicklungen entstehen, die mit dem grundgesetzlichen Gebot gleichwertiger Lebensbedingungen nicht vereinbar sind, was gerade in einigen ostdeutschen Bundesländern schon virulent ist ^[7].

Armutsrisikolücke

Aus der Erhebung "Soziale Lage in Europa" stammen zwei wichtige Befunde, die Auskunft geben über die "innere" Differenzierung der Altersarmut in Deutschland. Sie sind in folgender Tabelle wiedergegeben.

Armutsrisikolücke Älterer und relatives Einkommensmedianverhältnis Älterer 2005 bis 2016

Jahr	Relative Armutsücke insgesamt	Relative Armutsücke ab 65 Jahren	Relatives Einkommensmedianverhältnis
2005	19	17	0,94
2006	20	17	0,93
2007	23	18	0,87
2008	22	17	0,87
2009	22	17	0,88
2010	21	17	0,89
2011	21	18	0,90
2012	21	19	0,88
2013	20	18	0,89
2014	23	18	0,90
2015	22	18	0,87
2016	21	19	0,84

Quelle: European Commission (2018a), S. 196; (2018b), S. 32.

Die relative Armutsücke gibt an, um wie viel Prozent das mittlere Einkommen der

Armutspopulation unter der Armutsrisikoschwelle liegt. Diese Armutsücke ist bei Älteren durchgehend kleiner als diejenige der Gesamtbevölkerung und auch weitestgehend unterhalb derjenigen aller jüngeren Altersgruppen. Das bedeutet, dass die Alterseinkommen der ab 65-Jährigen - und darunter vor allem die gesetzlichen Renten - relativ am knappsten unterhalb der Armutsrisikogrenze liegen. Oder mit anderen Worten: Selbst im untersten Einkommensbereich bringen die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung viele Betroffene wenigstens recht nahe heran an diese Schwelle. Viele davon haben dann ein Alterseinkommen, das sich zwischen der Grundsicherungsgrenze plus Wohnkosten und der Armutsrisikoschwelle bewegt.

Die dritte Spalte in der Tabelle "Relative Armutsrisikolücke Älterer und relatives Einkommensmedianverhältnis Älterer" gibt das Verhältnis zwischen dem mittleren (medianen) Äquivalenzeinkommen von über 65-Jährigen zum medianen Äquivalenzeinkommen der unter 65-Jährigen wieder. Auch anhand dieses Indikators wird deutlich, dass sich seit 2005 bei der Einkommensposition der Älteren eine Verschlechterung ergeben hat.

Fußnoten



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)" veröffentlicht. Autoren/-innen: Gerhard Bäcker, Ernst Kistler für bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE und der Autoren/-innen teilen.
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.
[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)

[< Vorheriger Inhalt](#)

[Nächster Inhalt >](#)

Höhe und Verteilung der Gesamteinkommen im Alter 

Wachsende Altersarmut in der Zukunft? 



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Sitemap](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



Onlinequelle 17

Suchbegriff

Suchen

[Startseite](#) > [Rente](#) > [In der Rente](#) > Was tun, wenn die Rente nicht reicht?

Die Grundsicherung für Bedürftige

Reichen Ihre Einkünfte im Alter oder bei voller Erwerbsminderung nicht für Ihren Lebensunterhalt aus, können Sie Grundsicherung beantragen.

In der Grundsicherung sind alle Leistungen enthalten, die auch nach dem Sozialhilferecht gezahlt werden. Allerdings wird, anders als bei der Sozialhilfe, erst dann auf das Einkommen Ihrer Kinder oder Eltern zurückgegriffen, wenn es höher liegt als 100.000 Euro im Jahr.

Wir informieren Sie hier darüber, unter welchen Voraussetzungen Sie Anspruch auf Grundsicherung haben.

Voraussetzungen für die Grundsicherung

Wer kann Grundsicherung bekommen?

Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung können Sie als bedürftiger Mensch bekommen, wenn Sie entweder die Regelaltersgrenze - das ist der Zeitpunkt, an dem Sie die reguläre Altersrente beziehen können - erreicht haben oder Sie dauerhaft voll erwerbsgemindert und mindestens 18 Jahre alt sind.

Sie müssen außerdem in Deutschland wohnen.

Hinweis:

Als einfache Faustregel gilt: Wenn Ihr gesamtes Einkommen unter 924 Euro liegt, sollten Sie prüfen lassen, ob Sie Anspruch auf Grundsicherung haben.

Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung

Ob Sie dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, prüfen wir im Auftrag des Sozialhilfeträgers. Es ist nicht erforderlich, dass Sie bereits eine Erwerbsminderungsrente bekommen.

Wenn Sie bereits eine Rente wegen Erwerbsminderung erhalten, haben Sie nur Anspruch auf Grundsicherung, wenn die bestehende Rente dauerhaft wegen einer vollen Erwerbsminderung gezahlt wird.

Im anderen Fall können Sie Anspruch auf andere Sozialleistungen haben, beispielsweise auf Sozialhilfe.

Weitere Infos zur [Erwerbsminderungsrente](#)

Wofür gibt es die Grundsicherung?

Was die Grundsicherung abdecken soll:

- Ihren notwendigen Lebensunterhalt,
- Aufwendungen für Unterkunft und Heizung,
- Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge,
- Vorsorgebeiträge,
- Mehrbedarf für bestimmte Personengruppen und
- Hilfe in Sonderfällen

Wie wird die Grundsicherung berechnet?

Wie viel Grundsicherung Sie bekommen, hängt von Ihrem Einkommen und Vermögen ab. Auch das Einkommen Ihres Ehepartners oder Partners in einer ehe- oder lebenspartnerschaftsähnlichen

Gemeinschaft wird berücksichtigt.

Was zählt zum Einkommen – und was nicht?

Zum Einkommen zählen:

- Erwerbseinkommen
- Renten und Pensionen jeder Art aus dem In- und Ausland, auch die Riesterrente, wenn sie ausbezahlt wird (seit 2018 bleibt ein Betrag von 100 Euro beispielsweise der Riesterrente anrechnungsfrei. Darüber hinaus bleiben weitere 30 Prozent bis zu einem Höchstbetrag frei)
- Unterhaltszahlungen von Eltern oder Kindern, auch wenn deren Jahreseinkommen unter 100.000 Euro liegt
- Elterngeld über 300 Euro
- Miet- und Pachteinnahmen
- Kindergeld
- Krankengeld
- Zinsen

Nicht zum Einkommen zählen:

- 30 Prozent des Einkommens aus selbstständiger/nichtselbstständiger Tätigkeit, höchstens 50 Prozent der Regelbedarfsstufe 1
- Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz
- Unterhaltsansprüche gegenüber Eltern oder Kindern, wenn deren Jahreseinkommen unter 100.000 Euro liegt
- Elterngeld bis 300 Euro
- Bis zu 250 Euro aus bestimmten steuerfreien Tätigkeiten (beispielsweise Ehrenamt)
- Pflegegeld
- Leistungen aus einer zusätzlichen Altersvorsorge auf freiwilliger Grundlage (bis zu einem Höchstbetrag), hierzu gehört auch die Rente aus freiwilligen Beiträgen
- Aktuell (2022) höchstens 224,50 Euro der Bruttorente, wenn 33 Jahre an Grundrentenzeiten erfüllt sind.

Was ist Vermögen – und was nicht?

Vorhandenes Vermögen müssen Sie zunächst aufbrauchen, bevor Sie Grundsicherung beanspruchen können. Wir erklären Ihnen, was dazugehört und was nicht.

Zum Vermögen zählen:

- Bargeld
- Wertpapiere
- Sparguthaben
- Haus- und Grundvermögen
- Pkw

Nicht zum Vermögen zählen:

- Kleinere Barbeträge (Schonvermögen von 10.000 Euro bei Alleinstehenden; bei Verheirateten oder Partnern 20.000 Euro)
- Familien- oder Erbstücke, wenn deren ideeller Wert (Andenken) den Verkaufswert weit übersteigt
- Angemessener Hausrat
- Angemessenes Hausgrundstück, das Sie selbst nutzen, oder eine Wohnung
- gefördertes Altersvorsorgevermögen einer Riesterrente. Sie sind also nicht verpflichtet, Ihre angesparte Riesterrente aufzulösen - kommt die Riesterrente zur Auszahlung, wird sie aber teilweise als Einkommen berücksichtigt (siehe oben)

Weitere Infos mit konkreten Beispielen finden Sie in unserer Broschüre

[Die Grundsicherung: Hilfe für Rentner \(PDF, 411KB, Datei ist barrierefrei/barrierearm\)](#) ↴

Wir beantworten Ihre Fragen!

Muss ich Grundsicherung beantragen?



Wo stelle ich den Antrag?



Lassen Sie sich von uns beraten!

Wann beginnt die Grundsicherung?



Wie lange bekomme ich Grundsicherung?



Die Zahlung erfolgt grundsätzlich für zwölf Monate. Danach müssen Sie einen neuen Antrag stellen. Rückwirkend kann die Leistung nicht erfolgen. Halten Sie sich länger als vier Wochen ununterbrochen im Ausland auf, wird die Leistung eingestellt.

[Beratungstermin vereinbaren](#)

[Beratungsstellensuche](#)

Das könnte Sie auch interessieren

Artikel

Die reguläre Altersrente



Artikel

- **Erwerbsminderungsrenten**

Beratung suchen

Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

MO - DO 07:30 - 19:30, FR 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**

 **Persönliche Beratung**

 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

[Reha](#)

[Rente](#)

[Online-Dienste](#)

Services

[Formularsuche](#)

[Mediathek](#)

[Beratung suchen](#)

[Broschüren](#)

[Bankverbindungen](#)

[Barriere melden](#)

Experten

[Arbeitgeber & Steuerberater](#)

[Infos für Ärzte](#)

[Infos für Reha-Anbieter](#)

[Infos für Reha-Einrichtungen](#)

[Verwaltung & Gerichte](#)

[Werte der Rentenversicherung](#)

[Kennzahlen zur Finanzentwicklung](#)

[Statistiken und Berichte](#)

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

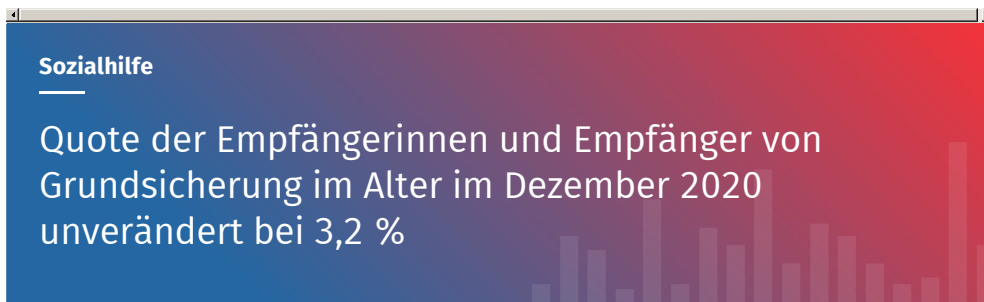
© Deutsche Rentenversicherung 2023



 **Kontakt**



Onlinequelle 18



Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB) XII an der jeweiligen Bevölkerung über der Altersgrenze beträgt im Dezember 2020 im vierten Jahr in Folge bundesweit 3,2 %.

Im Ländervergleich war nach wie vor insbesondere die Bevölkerung in den Stadtstaaten auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen. In Hamburg erhielten 8,7 % und damit mehr als jede elfte Person über der Altersgrenze die staatlichen Unterstützungen. In Bremen betrug der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter an der Bevölkerung 7,0 % und in Berlin 6,6 %. Die niedrigsten Quoten wiesen die ostdeutschen Flächenländer Thüringen (1,0 %), Sachsen (1,1 %), Sachsen-Anhalt (1,3 %) und Brandenburg (1,3 %) auf.

Eine steigende Quote war dabei in den vergangenen fünf Jahren ausschließlich in den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin zu beobachten. In allen anderen Bundesländern veränderte sich die Quote der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter in diesem Zeitraum nicht oder nur in geringem Ausmaß von -0,2 bis +0,1 Prozentpunkten.

Zwischen den Geschlechtern entwickelten sich die Anteile der Empfängerinnen beziehungsweise der Empfänger von Grundsicherung im Alter über der Altersgrenze an der jeweiligen Bevölkerung unterschiedlich.

Die Quote der Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter stieg seit Bestehen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als eigenständige Sozialleistung von Dezember 2003 zunächst kontinuierlich an und erreichte erstmals im Dezember 2013 ihren bisherigen Höchststand von 3,3 %, die auch der Quote in einigen der Folgejahre entspricht. Der entsprechende Anteil der Männer stieg dagegen seit Dezember 2003 nahezu durchgehend bis zum Dezember 2020 an und überstieg mit 3,3 % nun erstmals den Anteil der Frauen mit 3,2 %.

Damit setzte sich die Entwicklung der vergangenen Jahre überwiegend fort: Während die Quote der Empfängerinnen von Grundsicherung im Alter mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen gegenüber Dezember 2015 in allen Bundesländern zurückging, stieg der Anteil der Bezieher von Grundsicherung im Alter an der männlichen Bevölkerung in allen Bundesländern und überwiegend in den Stadtstaaten weiter an.

Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben Erwachsene, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 (SGB) XII erreicht haben und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

Leistungsberechtigt aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung ist, wer aufgrund einer Krankheit oder Behinderung für einen nicht absehbaren Zeitraum täglich keine drei Stunden unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig sein kann.

Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung wegen Erwerbsminderung an der Bevölkerung ab 18 Jahren bis zur Altersgrenze beträgt durchgehend seit dem Jahr 2014 bundesweit 1,0 %.

Vor dem Jahr 1947 geborene Personen erreichten die Altersgrenze mit 65 Jahren. Für 1947 und später Geborene wird die Altersgrenze seit dem Jahr 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Im Dezember 2020 lag die Altersgrenze bei 65 Jahren und 9 Monaten.

Basisdaten und lange Zeitreihen können über die Tabellen "[Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung](#)" (22151) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Weiterführende Themen

→
Wohngeld

→
Adoptionen und Sor-

→
Eltern- und Kinder-

→
Kindertagesbetreu-

- **Hilfe zur Erziehung und Angebote der Jugendarbeit**
- **Kinderschutz und Kindeswohl**
- **Ausgaben, Einrichtungen und Personal in der Jugendhilfe**
- **Asylbewerberleistungen**
- **Soziale Mindestsicherung**
- **Prostituiertenschutz**
- **Wohnungslosigkeit**

[← ZURÜCK ZU: SO ZIA LES](#)

Seite teilen 

Unsere Themen

- Themen
- Presse
- Über uns

- Methoden
- Hilfe und Service
- Newsletter

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



Onlinequelle 19



[< Das Lexikon der Wirtschaft](#)

Vollbeschäftigung

wirtschaftliche Situation, in der das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft ausreichend genutzt wird. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies z. B., dass der Beschäftigungsgrad hoch ist. Die Zahl der offenen Stellen in der Volkswirtschaft stimmt mit der Zahl der Arbeitssuchenden überein, d. h., alle arbeitswilligen Arbeitnehmer können einen zumutbaren Arbeitsplatz finden. In der Praxis wird davon ausgegangen, dass immer eine bestimmte Menge an Arbeitnehmern den Arbeitsplatz gerade wechselt (friktionelle Arbeitslosigkeit), sodass Vollbeschäftigung nicht erst bei einer Arbeitslosenquote von 0 % vorliegt, sondern bereits bei 2 %. Vollbeschäftigung zählt zu den wichtigsten [wirtschaftspolitischen Zielen](#).

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

[< Volkszählung](#)

[Vollkaskoversicherung >](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 20



Ukraine Krieg aktuell - Russland-Ukraine-Konflikt erklärt

- Chronologie
- Zeitenwende in Deutschland
- Kriegsverbrechen
- Internationale Bedeutung
- Russland und die Ukraine
- Russland und China
- Ukraine und EU, NATO
- Die Halbinsel Krim
- Politisches System Ukraine
- Wirtschaft der Ukraine
- Geschichte der Ukraine
- Unterrichtsmaterial und Erklärfilme
- Ukraine-Tagebuch
- Links

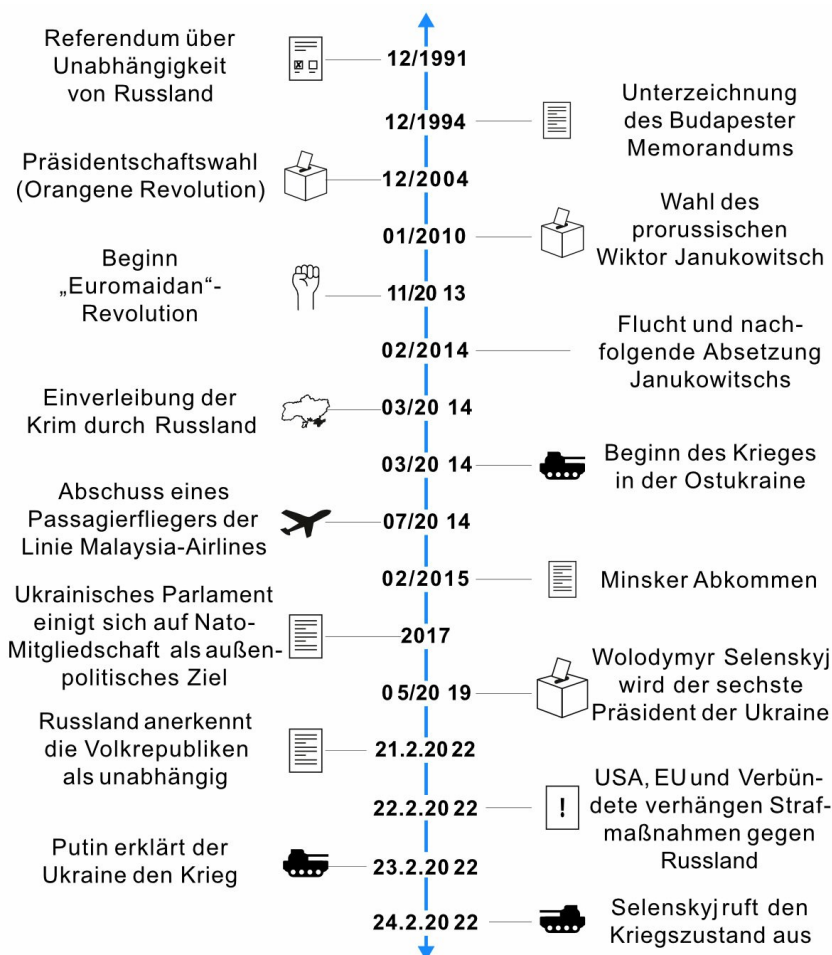
Landeszentrale für politische Bildung BW > Ukraine Krieg aktuell - Russland-Ukraine-Konflikt erklärt > Chronologie

Chronologie des Ukraine-Konflikts

Wie hat sich der Konflikt um die Ukraine über die Jahre entwickelt? Wie kam es letztendlich zum Krieg Russlands gegen die Ukraine?

Die nachfolgende Zeitleiste gibt einen Überblick über die Geschichte der Ukraine von der Unabhängigkeit des Landes 1991 bis zum Kriegsausbruch 2022.

Im Anschluss halten täglich aktualisierte Berichte über die **aktuelle Lage** in der Ukraine auf dem laufenden. Daran schließt sich eine **kurzgefasste Chronik** sowie eine detaillierte **ausführliche Chronologie** über die Ereignisse der vergangenen Jahre.



Hinweis: Die Abstände in der Zeitachse ist aus darstellerischen Gründen nicht ganz korrekt.

Chronologie Ukraine seit 1991. Grafik: Andrea Kampmann



Unser umfangreiches Dossier hält über die aktuellen Entwicklungen im Krieg in der Ukraine auf dem Laufenden und bietet zahlreiche Analysen und Hintergrundinformationen rund um den Konflikt Russlands mit der Ukraine und dem Westen.

🔗 [Ukraine-Krieg](#)



In nur wenigen Monaten hat der Krieg in der Ukraine

Zehntausende Todesopfer fordert, darunter auch viele Opfer unter der Zivilbevölkerung. Inwiefern wird es gelingen, die begangenen Völkerrechtsverbrechen zu ahnden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

⇒ [Kriegsverbrechen in der Ukraine](#)

Aktuelle Lage

Hinweis: Informationen über den Kriegsverlauf, Beschüsse und Todesfälle beruhen teils auf Angaben der russischen und der ukrainischen Konfliktparteien, die in der aktuellen Lage nicht unmittelbar von unabhängiger Stelle überprüft werden können.

Unser Lagebericht erscheint derzeit im Wochenrhythmus, bei entsprechender Entwicklung der Ereignisse auch tagesaktuell.

21. April 2023

Die Lage an der Front – In Erwartung der ukrainischen Frühjahrsoffensive

🕒 **Wie die Ukraine ihre Gegenoffensive vorbereitet**

Wie sieht es mit der kommenden Offensive der Ukraine aus? „Vor allem ist es wichtig zu betonen: Es wird kein Letzter, alles entscheidender Gegenangriff sein“, warnt der ehemalige Kampfpilot Melnyk. „Was ich mir vorstellen kann, ist ein Durchbruch maximal rund 30 Kilometer in die Tiefe. Am allerwichtigsten ist ja, dass dort, wo dieser erfolgt, die Flanken ausreichend gesichert sind.“ Ein wichtiger Faktor sei das Wetter. In diesem Jahr erlebt die Ukraine ein ungewöhnlich nasses Frühjahr. Die ukrainischen Truppen müssten auf trockenen Boden warten (n-tv).

🕒 **Ukraine in Bachmut unter Druck – So will Russland die Gegenoffensive abwehren**

Während Russland in Bachmut unerbittlichen Druck macht, bereitet der Kreml die Abwehr der ukrainischen Gegenoffensive vor. Die Truppen der Söldnergruppe Wagner rücken ungeachtet extrem hoher Verluste weiter in Bachmut vor. Die russischen Streitkräfte besetzen mittlerweile den größten Teil des Stadtzentrums, einschließlich eines Bahnhofs sowie eine Reihe anderer öffentlicher Gebäude. Den ukrainischen Soldaten in der Stadt ist es bislang gelungen, eine Einkesselung zu vermeiden – stattdessen ziehen sie sich offenbar allmählich und kämpfend zurück. Neben ihren Angriffen im Donbass haben die Russen ihre intensiven Befestigungsarbeiten in den Regionen Saporischschja und Luhansk fortgesetzt, offenbar in Vorbereitung auf die bevorstehende ukrainische Gegenoffensive. Auch auf der Krim trifft Moskau dazu Vorbereitungen (ZDF).

🕒 **„Winteroffensive Russlands war nicht erfolgreich“**

„Die Winteroffensive Russlands war nicht erfolgreich“, fasst der Verteidigungsexperte Nico Lange im Interview zusammen. Russland habe trotz enormen monatelangen Aufwands große Mühe, selbst kleinere Städte wie Bachmut und Awdijiwka einzunehmen. Die Ukraine habe nun im Frühjahr hingegen gute Chancen, mit einer Gegenoffensive die aktuelle Frontlinie zu durchbrechen und weitere Gebiete zu befreien, so Lange, sofern es den ukrainischen Einheiten gelinge, sich weiter mit den unterschiedlichen, aus dem Westen gelieferten Waffensystemen vertraut zu machen und diese aufeinander abgestimmt gleichzeitig zum wirkungsvollen Einsatz zu bringen (Tagesschau).

🕒 **USA: Zweifel an Erfolg der Ukraine-Offensive?**

Aus den im Internet veröffentlichten geheimen US-Dokumenten geht hervor, dass die USA mit nur „bescheidenen Gebietsgewinnen“ der Ukraine rechnet. Große Erfolge würden ausbleiben. Laut einem Bericht der „Washington Post“ über das Datenleck geheimer US-Dokumente bezweifeln die USA, dass die erwartete Frühjahrsoffensive der Ukraine große Erfolge bringen wird. Demnach könnte das ukrainische Militär die ursprünglichen Pläne zur Rückeroberung von Russland besetzter Gebiete diesen Papieren zufolge „weit verfehlen“. Grund seien demnach die Schwierigkeiten Kiews bei der Aufstockung von Truppen, Munition und Ausrüstung (ZDF).

EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine

🕒 **Stoltenberg-Besuch in Kiew: „Ukraines rechtmäßiger Platz ist in der NATO“**

Bei seinem überraschenden Besuch in Kiew hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg der Ukraine weitere Unterstützung bei ihren Bemühungen um einen Beitritt zum Militärbündnis versprochen. Er verwies auf ein bereits Anfang April angekündigtes Unterstützungsprogramm für den Weg zur geplanten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Es sei „ein Beleg für das langfristige Engagement der NATO in der Ukraine“ sagte Stoltenberg. Der Kreml bekräftigte indes, dass eines der Hauptziele der russischen Invasion weiterhin sei, einen ukrainischen NATO-Beitritt zu verhindern (Tagesschau).

🕒 **Kein NATO-Beitritt während des Krieges**

Solange der Krieg noch läuft, wird es für die Ukraine keine Möglichkeit geben, der NATO beizutreten. NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat sich jedoch dahingehend geäußert, der Ukraine auf dem NATO-Gipfel im Juli in Litauen etwas anbieten zu wollen, beispielsweise Sicherheitsgarantien auf dem Weg in die NATO (ZDF).

Weitere Informationen und Hintergründe in unserem 🕒 [NATO-Dossier](#)

Weitere Berichte

🕒 **NATO-Treffen in Ramstein – Stoltenberg will über Kampffjets für Kiew reden**

Nach dem Besuch von NATO-Generalsekretär Stoltenberg in Kiew ist ein Treffen der Verteidigungsminister der Ukraine-Unterstützer auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein angesetzt, um nächste Schritte zu besprechen. Stoltenberg betonte, dass er weitere Waffenlieferungen – auch Kampffjets – für wichtig hält. Es gehe darum, dass Kiew den Sieg erringt (n-tv).

🕒 **Journalismus in der Ukraine – Kein Zugang mehr zu „roten Zonen“**

Neue Vorgaben der ukrainischen Militärführung erschweren Journalisten den Zugang zu bestimmten Frontgebieten. So wurden die Frontgebiete in Zonen aufgeteilt und mit Ampelfarben gekennzeichnet. In der „grünen Zone“ können sich Journalisten nach wie vor frei bewegen. In „gelbe Zonen“ kommen Journalisten nur in Begleitung von Presseoffizieren. Gebiete, die in einer „roten Zone“ liegen, sind für Berichterstatter komplett gesperrt. Grund für die Verbote sei, „dass die Arbeit der Journalisten die Kämpfe und die Sicherheit der Soldaten, der lokalen Bevölkerung und der Journalisten selbst negativ beeinflussen kann“, so Bohdan Senyk vom Generalstab der ukrainischen Streitkräfte (Tagesschau).

13. April 2023

Geheime US-Dokumente zum Ukraine-Krieg - Daten-Leak im Pentagon

🕒 **Pentagon-Maulwurf drohen zehn Jahre Haft**

Auf der Suche nach dem Urheber des massiven Geheimdienst-Datenlecks scheinen US-Ermittler die undichte Stelle gefunden zu haben. Die Bundespolizei FBI nahm im Bundesstaat Massachusetts am Donnerstag einen 21 Jahre alten Angehörigen des US-Militärs fest. Die Ermittler schätzen ihn nicht als ukrainischen oder russischen Agenten ein. Der Festgenommene wollte in seiner Gamer-Chatgruppe wohl mit seinem Geheimwissen prahlen. Nun drohen ihm zehn Jahre Haft (n-tv).

🕒 **„Washington Post“: Mitarbeiter von Militärbasis soll für Leak von Geheimdokumenten verantwortlich sein**

Nach dem Durchsichern geheimer Dokumente aus US-Behörden gibt es nach einem Medienbericht der „Washington Post“ nun Hinweise auf den Verantwortlichen. Es handle sich offenbar um einen jungen Mann, der auf einer amerikanischen Militärbasis gearbeitet habe. Die brisanten Unterlagen soll er demnach zunächst als Abschriften und später dann als Fotos in einer Chatgruppe auf der Plattform Discord geteilt haben. Die Gruppe sei im Jahr 2020 während der Corona-Pandemie gegründet worden, die mehr als 20 Mitglieder teilten demnach eine Vorliebe für Waffen, Militärausrüstung sowie ihren Glauben an Gott (Deutschlandfunk).

🕒 **Geleakte Geheimdokumente: Was machen NATO-Spezialkräfte in der Ukraine?**

Eine detaillierte Aufstellung in den geleakten US-Dokumenten zeigt, dass sich offenbar auch westliche Spezialkräfte in der Ukraine befinden. Dabei soll es sich um etwa 100 westliche Soldaten aus 5 NATO-Staaten handeln. Neben Lettland hat auch die USA eine kleine Militärpräsenz im Kriegsgebiet bestätigt. Was machen die Spezialkräfte dort? (RND).

🕒 **Washington zeigt sich besorgt - Ukraine ändert offenbar Militärstrategie nach US-Leak**

Im Internet zirkulieren seit einigen Tagen mutmaßlich geheime US-Dokumente. Washington prüft noch die Echtheit des Leaks, die Dokumente scheinen „sensibles und streng geheimes Material zu enthalten“, zeigt sich das Verteidigungsministerium besorgt. Die Ukraine hat laut einem Medienbericht aufgrund der veröffentlichten Dokumente ihre Militärstrategie geändert (n-tv).

🕒 **US-Geheimdokumente – Warum die Leaks so heikel sind**

Die Aufregung um veröffentlichte geheime US-Dokumente ist groß. gerade auch, da sie den Krieg gegen die Ukraine betreffen. Die -Dokumente legen offenbar Erkenntnisse zur Armee des Landes offen und könnten damit Kiews Kriegspläne durcheinanderbringen. Die USA untersuchen den Fall, Kiew spricht von Fälschungen. Aber was genau steht in den veröffentlichten Papieren? Offenbar enthalten die Leaks Angaben zu Plänen der NATO und der USA, unter anderem, wie das ukrainische Militär auf eine bevorstehende Frühlingsoffensive vorbereitet und bewaffnet werden soll. Was sind die Folgen? Fragen und Antworten (Tagesschau).

🔗 **„Ist ein großes Verwirrspiel, das hier stattfindet“**

Im Internet tauchen Dokumente auf, die geheime Informationen der USA zum Ukraine-Krieg enthalten sollen. Was wirklich dran ist, oder ob die Daten gefälscht wurden, ist unklar. Der Kampf um die Deutungshoheit sei Teil des Informationskrieges, erklärt Politologe Thomas Jäger. Den USA drohe immenser Schaden (n-tv).

6. April 2023

Die Lage an der Front – der Kampf um Bachmut

🔗 **Bachmut, die umkämpfte Stadt**

Die Schlacht um Bachmut gilt als die längste und blutigste des Ukraine-Krieges mit großen Verlusten auf beiden Seiten. Wie hat sich die Lage in der Stadt im Osten des Landes in den letzten Wochen entwickelt - und warum ist Bachmut so wichtig? (Deutsche Welle).

🔗 **Schwere Häuserkämpfe in Bachmut**

Russische Angreifer und ukrainische Verteidiger liefern sich in Bachmut erbitterte Häuserkämpfe. Trotz einer personellen Übermacht sei den russischen Einheiten kein Durchbruch gelungen, heißt es von ukrainischer Seite. Bachmut werde weiter verteidigt, wenn auch die Lage dort weiter „sehr, sehr schwierig“ sei, so Selenskyj (ZDF).

🔗 **Kiew zu Bachmut: Russen denken sich „Siege“ aus**

Wagner-Chef Prigoschin hat die Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Bachmut in Osten der Ukraine verkündet. Kiew weist die Behauptungen als „Falschinformationen“ vehement zurück: „Reagiert besonnen auf die Falschinformationen derjenigen, die sich 'Siege' ausdenken, die es in Wirklichkeit nicht gibt“, schrieb der Chef des Präsidentenbüros in Kiew, Andrij Jermak (n-tv).

🔗 **Gruppe Wagner will Bachmut erobern**

Die Söldnergruppe Wagner hat nach eigenen Angaben die heftig umkämpfte ostukrainische Stadt Bachmut erobert. „Rechtlich gesehen gehört es uns“, sagt der Chef der russischen Söldnergruppe Wagner. Nach seinen Angaben ist das Verwaltungsgebäude der Stadt unter russischer Kontrolle. Kiew spricht zwar von einer „schwierigen“ Lage, gibt die Stadt aber nicht verloren (n-tv).

NATO – Finnland tritt dem Verteidigungsbündnis bei

🔗 **NATO: Stärkere Nordflanke mit Finnland**

Am 4. April tritt Finnland, wie von NATO-Generalsekretär Stoltenberg angekündigt, der NATO bei. Das 31. Mitglied der NATO teilt sich im hohen Norden eine 1.300 Kilometer Grenze mit Russland. Mit dem Beitritt Finnlands erfolgt eine deutliche Stärkung der Nordflanke des Verteidigungsbündnisses (Deutsche Welle).

🔗 **Finnlands NATO-Aufnahme – Eine halbe Norderweiterung**

Heute wollen die NATO-Außenminister die Aufnahme Finnlands in die Allianz unter Dach und Fach bringen. Das Warten auf die Aufnahme Schwedens hingegen geht weiter. NATO-Generalsekretär Stoltenberg geht davon aus, dass der türkische Präsident Erdogan seine Blockade nach den Wahlen im Mai aufgeben wird und Schweden dann im Sommer der NATO beitreten kann (Tagesschau).

🔗 **Finnlands NATO-Beitritt – Eine Bedrohung „für Russlands Sicherheit“**

Russland hat den NATO-Beitritt seines Nachbarn Finnland als Bedrohung für seine eigene Sicherheit kritisiert. „Die Erweiterung der NATO ist ein Angriff auf unsere Sicherheit und die nationalen Interessen Russlands“, so Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Der NATO-Beitritt Finnlands sei jedoch nicht gleichbedeutend mit dem von Russland befürchteten Beitritt der Ukraine. Die Lage mit Finnland unterscheide sich fundamental von der Lage mit der Ukraine (Tagesschau).

🔗 **Finnland ist NATO-Mitglied – was das bedeutet**

Durch den NATO-Beitritt Finnlands wächst das Verteidigungsbündnis auf 31 Mitglieder an. Was das für die Nato bedeutet und welche Reaktion von Russland zu erwarten ist, hier im Überblick (ZDF).

🔗 **Weitere Informationen rund um die NATO sowie aktuelle Treffen und Beschlüsse** auf unserem Infoportal östliches Europa.

Weitere Berichte

🔗 **Macron und von der Leyen in China – Auf der Suche nach dem richtigen Kurs**

In China treffen Frankreichs Präsident Macron und EU-Kommissionschefin von der Leyen Staatschef Xi. Dabei dürften die Wirtschaftspolitik und der russische Angriffskrieg in der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Macron und von der Leyen wollen Xi dazu bewegen, seinen Einfluss auf den russischen Präsidenten Putin zu nutzen. Auch wenn der von Xi vorgelegte Friedensplan nicht zum Frieden führe, so zeige er den Willen zur Verantwortung, so Macron. „Deshalb denke ich, dass der Dialog mit China essentiell ist, weil es für die Europäische Union falsch wäre, den Dialog ausschließlich Chinesen und anderen Europäern - den Russen - zu überlassen.“ (Tagesschau).

🔗 **Russland will Einrichtung einer Schutzzone um AKW Saporischja zustimmen**

Wie die staatliche russische Atombehörde Rosatom mitteilt, will Russland die Forderung der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA nach der Einrichtung einer Schutzzone um das Atomkraftwerk Saporischschja im Süden der Ukraine unterstützen. Seit Monaten bemüht sich die IAEA um die Einrichtung einer Schutzzone, seit Kriegsbeginn war Saporischja bereits mehrfach beschossen worden (Deutschlandfunk).

🔗 **Belarus startet Ausbildung an taktischen Atomwaffen**

Kremlchef Wladimir Putin hatte Ende März die Stationierung taktischer Atomwaffen in der Nachbarrepublik angekündigt. Nun meldet das Verteidigungsministerium in Minsk, sein Militär an diesen auszubilden. Die Mannschaften des operativ-taktischen Raketenkomplexes Iskander-M der belarussischen Raketenstreitkräfte seien nach Russland zur praktischen Vorbereitung gefahren, teilte das Verteidigungsministerium in Minsk mit (n-tv).

🔗 **Kritik an russischem Vorsitz im Sicherheitsrat**

Begleitet von deutlicher Kritik aus der Ukraine hat Russland den turnusgemäßen Vorsitz im UN-Sicherheitsrat übernommen, welcher monatlich in der alphabetischen Reihenfolge der Mitgliedstaaten rotiert. Der Chef des ukrainischen Präsidialstabs, Andrij Jermak, bezeichnete dies als Schande. Die USA hatten Russland kurz vor der Übernahme des Vorsitzes aufgefordert, sich in der Rolle „professionell zu verhalten“ (Tagesschau).

31. März 2023

Die Lage an der Front – der Kampf um Bachmut

🔗 **Russland mit Teilerfolg in Bachmut**

Die russische Privatarmee „Wagner“ behauptet, die ukrainische Armee bei der Schlacht um Bachmut „vernichtet“ zu haben. Die Ukraine räumt einen Teilerfolg Russlands ein. (ZDF).

🔗 **Warum die Ukraine Bachmut um jeden Preis verteidigen wird**

Unter hohen Verlusten auf beiden Seiten belagert Russland weiter Bachmut - und erzielt dabei nun einen Teilerfolg. Warum weicht keine Seite zurück? (ZDF).

Russland verhaftet US-Journalisten

🔗 **Spionage? Moskau lässt US-Reporter verhaften**

In Russland ist ein US-Journalist wegen angeblicher Spionage festgenommen worden. In Washington hat man keine Zweifel, dass die Vorwürfe gegen den Reporter konstruiert sind. (ZDF).

🔗 **„Frontalangriff auf alle ausländischen Korrespondenten“**

Dem US-Journalisten Evan Gershkovich drohen bis zu 20 Jahre Haft, sollte er wegen Spionage verurteilt werden. Der Fall zeigt, in welche Gefahr die neue Rechtslage in Russland Berichterstatte bringt. (Süddeutsche Zeitung).

Weitere Berichte und Geschehnisse

🔗 **Russland weitet Spionageprogramm aus**

Verfassungsschutzpräsident Haldenwang warnt im Gespräch mit Kontraste vor einer Zunahme russischer Spionageaktivitäten in Deutschland. Laut seiner Behörde wird Russland dabei auch vermehrt auf Cyberangriffe setzen - für Spionage und Sabotage.

(Tagesschau).

🇺🇦 **Ein Jahr nach der Befreiung von Butscha: Gedenken an die Opfer**

Leichen, die tagelang auf der Straße lagen, ein Massengrab hinter der Kirche: Wie kaum ein anderer Ort steht Butscha für das Grauen des Krieges. (ZDF).

🇧🇪 **Belarus' Präsident Lukaschenko plädiert für Waffenruhe – Kreml lehnt ab**

Der belarussische Machthaber Lukaschenko hat eine Waffenruhe und sofortige Friedensverhandlungen für die Ukraine gefordert. Russland erklärte dagegen, die "militärische Spezialoperation" werde weitergehen. (Tagesschau).

🇺🇸 **USA und Deutschland reagieren gelassen nach Bekanntgabe von Atomwaffenstationierung**

Wladimir Putin will Atomwaffen in Belarus stationieren. Während sich die USA und Deutschland nicht beunruhigen lassen wollen, klingt die Reaktion in Sofia ganz anders. (Die ZEIT).

🇺🇸 **Atomkraftwerk Saporischja: IAEA-Chef Grossi warnt vor Katastrophe**

Immer wieder steht die größte Atomanlage Europas unter Beschuss. Nun hat IAEA-Chef Grossi das ukrainische AKW Saporischschja besucht. Er warnt vor einer Katastrophe, sollten sich Moskau und Kiew nicht auf ein Sicherheitskonzept einigen. (Tagesschau).

🇬🇧 **Britischer Geheimdienst: Kreml plant Zwangsrekrutierung**

Russland bereitet offenbar die Rekrutierung von 400.000 Soldaten vor - und tarnt das als Freiwilligen-Kampagne. Das teilt das britische Verteidigungsministerium mit. (ZDF).

28. März 2023

Russlands Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Belarus

🇷🇺 **Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus**

Russlands Präsident Putin hat im Staatsfernsehen bekannt gegeben, Russland und Belarus hätten sich auf die Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus verständigt. Es ist das erste Mal seit den 1990er-Jahren, dass Russland Atomwaffen außerhalb seines eigenen Landes stationiert. Putin verwies darauf, dass auch die USA bei Verbündeten in Europa Atomwaffen stationiert haben. „Wir machen nur das, was sie schon seit Jahrzehnten machen“, sagte Putin. Dies sei ein weiterer Schritt in Richtung einer Destabilisierung des Landes“, schrieb Olexsiy Danilow, der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrats. Der Kreml habe Belarus als nukleare Geisel genommen (Tagesschau).

🇺🇦 **Ukraine fordert außerordentliche Sitzung des UN-Sicherheitsrats**

Nach Putins Ankündigung, Atomwaffen in Belarus zu stationieren, fordert die Ukraine eine deutliche internationale Reaktion. Das ukrainische Außenministerium verlangte am Sonntag in einer Erklärung eine außerordentliche Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Die Ukraine erwarte „wirksame Schritte“ seitens Großbritanniens, Chinas, der USA und Frankreichs, um die „nukleare Erpressung“ durch Russland zu beenden, erklärte das ukrainische Außenministerium. Die Ankündigung Putins sei „ein weiterer Versuch der nuklearen Einschüchterung durch Russland“, durch den sich Deutschland nicht beirren lasse, hieß es aus Kreisen des Auswärtigen Amts in Berlin (n-tv).

🇷🇺 **Drei Gründe, warum Putin Atomwaffen nach Belarus verlegt**

Russlands Präsident Putin hat die Stationierung taktischer Atomwaffen ins Nachbarland Belarus angekündigt. Bis Anfang Juli sollten die Lagerplätze dafür in Belarus fertiggestellt sein. Russland werde die Kontrolle über die taktischen Atomwaffen behalten, um die der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko schon länger gebeten habe. Sicherheitsexpertin Expertin Marina Henke, Direktorin des Centre for International Security, erklärt im Interview, welche Absichten Putin damit verfolgt und wie groß das Risiko einer nuklearen Eskalation inzwischen ist (RND).

Weitere Berichte

🇺🇸 **„Leopard 2“-Kampfpanzer an Ukraine geliefert**

Die ukrainischen Streitkräfte haben aus Deutschland 18 moderne Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2“ erhalten. Damit will die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Militärhilfe für die Ukraine leisten. Die Panzer dienen dem Land zur Abwehr des russischen Angriffs, wie Bundeskanzler Olaf Scholz bei einer Pressekonferenz bestätigte. „Unsere Panzer sind wie versprochen pünktlich in den Händen unserer ukrainischen Freunde angekommen. Ich bin mir sicher, dass sie an der Front Entscheidendes leisten können“, erklärte Verteidigungsminister Boris Pistorius (Tagesschau).

23. März 2023

Die Lage an der Front

🇺🇦 **Ukraine kündigt Gegenoffensive bei Bachmut an**

Nach eigenen Angaben bereitet die Ukraine nahe Bachmut einen Gegenangriff auf die russischen Streitkräfte vor. Die russischen Truppen verlören „deutlich an Kraft“ und seien „erschöpft“, erklärte der Befehlshaber der ukrainischen Bodentruppen Olexsandr Syrskij (ZDF).

🇷🇺 **Russische Dynamik in Bachmut lässt nach – Selenskyj auf Frontbesuch**

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat den Frontabschnitt in Bachmut besucht, an dem seit Monaten die heftigsten Kämpfe toben. Nach seiner Rückkehr berichtet Selenskyj von Hoffnung, die dort zu spüren sei. Auch der britische Geheimdienst berichtet, dass die russische Dynamik nachlässt. Inzwischen sei ein „Nachlassen des Angriffsschwungs“ der russischen Kräfte erkennbar. Mit eigenen Vorstößen hätten ukrainische Truppen für Entlastung gesorgt. Es bestehe eine realistische Möglichkeit, dass der russische Angriff auf Bachmut an Dynamik verliere. Das liege auch daran, dass einige russische Einheiten an andere Frontabschnitte verlegt worden seien (n-tv).

Kampfjet-Lieferungen an die Ukraine

🇪🇺 **EU-Gipfel – Selenskyj fordert moderne Kampfjets**

Einmal mehr forderte der ukrainische Präsident Selenskyj die Staats- und Regierungschefs der EU zur Lieferung moderner Kampfjets an sein Land auf. Auf dem EU-Gipfel dankte er Polen und der Slowakei für die Entscheidung, Kampfjets des sowjetischen Typs MiG-29 bereitzustellen. Dies werde die Verteidigung des Luftraums erheblich stärken. Die Ukraine brauche aber nun dringend auch moderne Kampfflugzeuge aus dem Westen. Er richtete die Frage an die Gipfel-Teilnehmer, ob es einen rationalen Grund für die Verzögerung bei der Bereitstellung moderner Flugzeuge gebe. Die russischen Drohungen vor der Lieferung deutscher Leopard-Kampfpanzer aus der EU hätten sich auch als Bluff erwiesen. „Wir alle müssen uns daran gewöhnen, dass ein terroristischer Staat öfter blufft, als dass er eskalieren kann.“ EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonten, dass die Entscheidung über die Lieferung solcher Kampfjets von den einzelnen Mitgliedstaaten getroffen werden müsse (Rheinische Post).

🇳🇦 **NATO-Generalsekretär Stoltenberg schließt Kampfjet-Lieferungen nicht mehr aus**

NATO-Generalsekretär Stoltenberg schloss nicht aus, dass die Alliierten beschließen könnten, Kampfflugzeuge in die Ukraine zu schicken. „Wir sollten uns weiterhin mit dem Bedarf an mehr Fähigkeiten befassen“, sagte Stoltenberg und betonte, dass trotz der anfänglichen offensichtlichen Weigerung von US-Präsident Joe Biden, die in den USA hergestellten Kampfflugzeuge freizugeben, „noch keine Entscheidungen über F-16 getroffen wurden“ (Frankfurter Rundschau).

🇸🇰 **Slowakei liefert vier MiG-Kampfjets an Kiew aus**

Das Verteidigungsministerium teilte in Bratislava mit, vier Flugzeuge seien ausgeliefert worden. Die anderen neun sollten in den kommenden Wochen folgen (Deutschlandfunk).

🇵🇱 **Polen liefert vier Kampfjets an Ukraine**

Polen will in den kommenden Tagen vier Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29 zur Verfügung stellen. Das teilte Präsident Andrzej Duda Mitte März mit. Weitere MiG-29 würden derzeit gewartet und für einen späteren Transfer vorbereitet, sagte Duda. Die polnische Luftwaffe verfüge derzeit über etwa ein Dutzend MiG-29, die Anfang der 1990er Jahre aus den Beständen der DDR übernommen worden seien. Die an die Ukraine abgegebenen Maschinen sollen durch moderne Kampfjets ersetzt werden (ZDF).

Russland und China verstärken Allianz

🇷🇺 **„Neue Weltordnung“: Putin und Xi unterzeichnen Abkommen**

Während der Westen Russland wegen des Krieges in der Ukraine zunehmend unter Druck setzt, festigen die beiden mächtigen Nachbarn ihre strategische Partnerschaft für eine „neue Weltordnung“. Bei einem Besuch des chinesischen Staatschefs Xi in Moskau im März 2023 haben Russlands Präsident Wladimir Putin und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping ihre strategische Partnerschaft mit neuen Abkommen bekräftigt. Zwei Abkommen über die Partnerschaft und über die strategische Zusammenarbeit der Nachbarn bis 2030 seien unterzeichnet worden, so Putin. Xi lobte die „konstruktiven Gespräche“ mit Putin und sprach von einem Ausbau des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland.

④ **Peking „wird Fingerabdrücke hinterlassen“ im Ukraine-Konflikt**

Chinas Präsident Xi setzt auf Putin. Das habe sein Besuch in Moskau gezeigt, so China-Experte Huotari. Im Ukraine-Konflikt werde Peking noch „Fingerabdrücke hinterlassen“. Keinesfalls könne China ein neutraler Vermittler sein. Das sei auch nicht die Botschaft, die gesendet werde. In dem von Peking vorgelegten Zwölf-Punkte-Friedensplan werde Russland nicht als Aggressor benannt, sondern die Schuld auf beiden Seiten gesucht. Xi halte seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin den Rücken frei. Beiden sei gemeinsam, dass sie die Ordnung ablehnten, für die der Westen stehe, so Huotari (ZDF).

Weitere Informationen über die ④ **China-Russland-Beziehungen im Zeichen des Ukraine-Krieges**

20. März 2023

Die Lage an der Front

④ **Kämpfe um Wuhledar und Bachmut: Russische Offensiven in der Ostukraine verlieren an Wucht**

Nach Einschätzung westlicher Analysten haben die russischen Offensiven in der Ostukraine nach Einschätzungen britischer Geheimdienste und US-amerikanischer Militäranalysten in den zurückliegenden Wochen an Tempo verloren. Der US-Thinktank ISW schreibt in seinem jüngsten Lagebericht, die Zahl der russischen Offensivaktionen sei in den vergangenen Wochen erheblich zurückgegangen. Das Pensum der russischen Bodenangriffe hätte sich von täglich 90 bis 100 Angriffen auf 20 bis 29 pro Tag verringert. Die russische Offensive sei aufgrund erheblicher Verluste beim Personal und der Ausrüstung geschwächt (Tagesspiegel)

④ **Verteidigungsstrategien in Bachmut und Wuhledar – Droht der ukrainischen Armee ein „Kulturkampf“?**

Die Ukraine wehrt sich mit NATO- und mit Sowjettaktiken gegen die russischen Truppen. Langfristig könnte das die Kampfkraft schmälern, warnt der Militärexperte Franz-Stefan Gady vom Londoner Institute for International Strategic Studies (IISS). Er spricht von einem „Kulturkampf“, der für die Ukraine zum Problem werden könnte, warnt Gady. Der Konflikt habe „fraglos das Potenzial, langfristig die Kampfkraft der ukrainischen Streitkräfte zu schwächen“. Dieser Kulturkampf sei, grob vereinfacht, ein Kampf zwischen Ost und West: „Zwischen alter, hierarchisch denkender, sowjetischer Militärwissenschaft und NATO-inspirierter Auftragstaktik, die den einzelnen Verbänden die Freiheit lässt, aus der Situation heraus zu entscheiden“ (Spiegel).

Haftbefehl gegen Putin

④ **Internationaler Strafgerichtshof erlässt Haftbefehl gegen Wladimir Putin**

Russlands Präsident soll wegen des Krieges in der Ukraine zur Verantwortung gezogen werden: Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat Haftbefehl gegen Wladimir Putin erlassen (Der Spiegel).

④ **China fordert von Strafgerichtshof „objektiven“ Umgang mit Putin**

Das Gericht solle „eine objektive und unparteiische Haltung“ wahren und „die Immunität von Staatsoberhäuptern von der Gerichtsbarkeit nach internationalem Recht respektieren“, sagte der chinesische Außenministeriumssprecher Wang Wenbin. Weiterhin forderte er den IstGH dazu auf, „Politisierung und Doppelmoral“ zu „vermeiden“ (ZDF).

④ **Kreml ringt mit Haftbefehl gegen Putin**

Als die Nachricht vom Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Moskau erreicht, ist die erste Reaktion Bestürzung. Später gibt sich Putins Sprecher gelassen und spielt die Bedeutung herunter. Russland gehört zu jenen Ländern, die den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkennen. So bezeichnet der Kreml den Haftbefehl gegen Putin als rechtlich nichtig. „Allein die Formulierung der Frage halten wir für unverschämte und inakzeptabel“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow. „Entsprechend sind Entscheidungen dieser Art für Russland vom rechtlichen Standpunkt unbedeutend.“ Dennoch wird der international geltende Haftbefehl Putins Bewegungsfreiheit einschränken. Sobald er in ein Land reist, das den Grundlagenvertrag des Gerichts ratifiziert hat, droht ihm die Festnahme (n-tv).

④ **Was der Haftbefehl gegen Putin bedeutet**

Den Haags Haftbefehl gegen Putin: Die Rechtsexpertin Stefanie Bock spricht im ZDF über eine mögliche Festnahme Putins, schwierige Ermittlungen und die große Bedeutung für Kiew.

17. März 2023

US-Drohne nach Kollision mit russischem Jet abgestürzt

④ **Konfrontation über dem Schwarzen Meer**

Eine US-Aufklärungsdrohne ist nach Angaben aus Washington über dem Schwarzen Meer abgestürzt, nachdem sie von einem russischen Kampfflugzeug gerammt worden war. Die USA machen Russland schwere Vorwürfe. Moskau weist die Verantwortung von sich. (Tagesschau).

④ **USA: „Wollen keinen bewaffneten Konflikt“**

Zwischenfälle kämen vor, heißt es in Washington, die USA wollten keine Eskalation. Hinter dem Drohnen-Vorfall stecke wohl keine russische Absicht - eher Inkompetenz. (ZDF).

④ **Verteidigungsminister der USA und Russlands telefonieren wegen Drohnen-Absturz**

Sergej Schoigu und Lloyd Austin haben wegen des Vorfalls über dem Schwarzen Meer miteinander telefoniert. Zuvor hatte Russland den USA die Schuld am Absturz der US-Drohne vom Typ MQ-9 Reaper gegeben. (Der Spiegel).

Weitere Berichte

④ **Peking fordert Ukraine erneut zu Verhandlungen mit Russland auf**

Kritiker finden: Im „Friedensplan“ für die Ukraine hatte China die Interessen Kiews zurückgestellt. Nun gab es einen Austausch zwischen den Außenministern beider Länder. Pekings Forderungen bleiben aber weiter vage.

④ **UNO-Menschenrechtsrat erhebt schwere Vorwürfe gegen Russland**

Moskau bestreitet, dass seine Truppen Kriegsverbrechen begehen. Die Uno kommt in ihrem aktuellen Bericht erneut zu einem anderen Ergebnis – und hat Fortschritte bei der Identifizierung von Tätern gemacht. (Der Spiegel).

④ **Auch Slowakei will der Ukraine Kampfflugszeuge liefern**

Nachdem Polen bereits Lieferungen von MiG-29-Kampfflugzeugen an die Ukraine ankündigte, zieht nun die Slowakei nach. Man werde Kiew 13 Jets liefern - und ein Luftabwehrsystem. (ZDF).

④ **Chinesische Firmen sollen Russland Sturmgewehre und Schutzausrüstung geliefert haben**

China wirbt für Frieden in der Ukraine, doch heimische Unternehmen haben offenbar Waffen nach Russland exportiert. Eine Firma soll demnach direkt mit der Regierung in Peking verbunden sein. (Der Spiegel).

④ **Amerikanisch-ukrainische Geheimdienstkooperation**

Der amerikanische Geheimdienst arbeitet sehr eng mit der Ukraine zusammen, Informationen werden oft direkt übermittelt. Ohne sie hätte Kiew den Krieg wahrscheinlich längst verloren. (Die ZEIT).

④ **Erdoğan stimmt Nato-Aufnahme Finnlands zu**

Der türkische Präsident gibt seine Blockade gegen die Norderweiterung des westlichen Militärbündnisses nur teilweise auf - Schweden muss weiter warten. (Süddeutsche Zeitung).

④ **Repressionen in Russland treffen auch Kinder**

Die Repressionen des russischen Staates machen auch vor jungen Menschen nicht Halt. Besonders drastisch zeigt das der Fall der 13-jährigen Mascha. (taz).

14. März 2023

Die Lage an der Front

④ **Bachmut-Kämpfe verlagern sich ins Zentrum**

Die ukrainischen Truppen versuchen seit Monaten, die Stadt Bachmut zu halten. Mittlerweile sollen die Wagner-Söldner jedoch schon ins Zentrum der Stadt vorgedrungen sein, wo sich derzeit die heftigsten Kämpfe abspielen. Aus verschiedenen Richtungen rückten Angriffseinheiten der Söldnertruppe Wagner dort vor und versuchten, die Verteidigungsstellung der ukrainischen Truppen zu durchbrechen (n-tv).

④ **Militäranalysten zweifeln an ukrainischer Bachmut-Strategie**

Die Ukraine hatte kürzlich entschieden, die Stadt Bachmut trotz des hohen Drucks weiter zu verteidigen - doch Militäranalysten zweifeln an der Strategie, die dort gefahren wird. „Wir haben Informationen, dass die Ukraine Reservisten nach Bachmut schickt, die in westlichen Ländern ausgebildet wurden. Und wir erleiden Verluste unter den Reservisten, die wir für Gegenoffensiven einsetzen wollten“, sagte der ukrainische Militäranalyst Oleh Schdanow. „Wir könnten hier alles verlieren, was wir für diese Gegenoffensiven einsetzen wollten.“ Die Gefahr einer Einkesselung in Bachmut sei „sehr real“, so der ukrainische Militärgeschichtler

10. März 2023

Die Lage an der Front

🇷🇺 **Schwerste Angriffswelle seit Langem erschüttert die Ukraine**

Mit mehr als 80 Raketen hat Russland militärische Einrichtungen und Infrastrukturziele in der ganzen Ukraine angegriffen, unter anderem das Atomkraftwerk in Saporischschja. Dabei kamen auch Hyperschallraketen zum Einsatz. Hinter den Angriffen könnte aber noch mehr stecken, als die Energieinfrastruktur lahmzulegen (rnd).

🇷🇺 **Wagner-Söldner pausieren wohl bei Bachmut**

Die Lage in Bachmut scheint festgefahren. Wie geht es weiter? Das US-Institut für Kriegsstudien (ISW) geht davon aus, dass die Wagner-Söldner geschwächt sind und auf Verstärkung durch die russische Armee warten, so die Vermutung. Selbst wenn sie mit vereinten Kräften Bachmut eroberten, könnte die Offensive dann allerdings zu einem Stillstand kommen (n-tv).

🇺🇦 **Selenskyj will um Bachmut kämpfen**

Nach einem Treffen mit Generälen sagte Selenskyj, es sei die einhellige Entscheidung getroffen worden, in Bachmut nicht zu weichen, sondern die Truppen dort weiter zu verstärken: „Die ukrainischen Streitkräfte verteidigen jeden Teil der Ukraine und werden dies auch weiterhin tun“, so Selenskyj. Es werde die Zeit kommen, da jede Stadt und jedes Dorf des ukrainischen Staates befreit seien (Tagesschau).

🇷🇺 **Wagner-Chef droht Putin mit Bachmut-Rückzug**

Mangels Munitionsnachschubs droht der Gründer der russischen Söldner-Gruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin, der Regierung Putins in Moskau mit einem Rückzug aus der umkämpften Stadt Bachmut. Der größte Teil der Munition, die seinen Truppen im Februar zugesagt worden war, sei noch nicht geliefert worden. „Wenn Wagner sich jetzt aus Bachmut zurückzieht, wird die gesamte Front zusammenbrechen“, so Prigoschi (ZDF).

Getreideabkommen mit Russland

🇷🇺 **Russland stimmt Verlängerung von Getreide-Deal zu – und stellt Bedingungen**

Russland hat einer Verlängerung des Getreide-Abkommens mit der Ukraine um 60 Tage zugestimmt. Ursprünglich war ein längerer Zeitraum angedacht. Die Zustimmung zu einer weiteren Verlängerung macht Moskau laut Mitteilung des stellvertretenden Außenministers Sergei Verschinin von Fortschritten bei diesen Exportgeschäften abhängig. Unter anderem müssten Bankzahlungen, Transportlogistik und Versicherungen erleichtert werden. Auch fordert Moskau die Wiedereröffnung der russischen Pipeline für Ammoniak, die durch die Ukraine führt (Tagesschau).

🇷🇺 **Moskau kündigt Verhandlungen über Verlängerung des Getreideabkommens an**

Nach Angaben des russischen Außenministeriums werden Vertreter Russlands und der Vereinten Nationen am Montag über eine Verlängerung des Getreideabkommens mit der Ukraine sprechen. Die nächste Runde der Konsultationen sei für den 13. März in Genf geplant. Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete die Verlängerung des Getreideabkommens mit der Ukraine am Donnerstag als „kompliziert“. Als Grund nannte er Klauseln der Vereinbarung, die Russlands Getreide- und Düngemittelexporte garantieren sollen, aber nicht umgesetzt würden (n-tv).

🇺🇦 **UNO-Generalsekretär Guterres zu Besuch in Kiew – Getreideabkommen läuft aus**

António Guterres ist zu einem Besuch in der Ukraine eingetroffen. In Gesprächen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj soll es um eine Verlängerung des Getreideabkommens mit Russland gehen. Der Vertrag, der die kontrollierte Ausfuhr von ukrainischem Getreide aus drei Schwarzmeerbahnen ermöglicht, läuft am 19. März aus. Das Abkommen mit Russland war im vergangenen Juli unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei zustande gekommen. Fragen und Antworten zur UN-Schwarzmeer-Getreide-Initiative ... (Süddeutsche).

🇺🇦 **Export-Stopp aus Ukraine droht: Läuft der Getreiddeal aus?**

Das Getreideabkommen zwischen Russland und der Ukraine könnte bald auslaufen, die UN sind in Sorge. Die wichtigsten Fragen und Antworten zu dem Deal (ZDF).

Weitere Berichte

🇸🇰 **Slowakei und Polen wollen Ukraine Kampfflugszeuge MiG-29 liefern**

Die Slowakei und Polen haben ihre Bereitschaft bekräftigt, der Ukraine Kampfflugzeuge des sowjetischen Typs MiG-29 zu liefern. Ein konkreter Zeitplan wurde jedoch nicht genannt (Deutschlandfunk).

🇷🇺 **Russland laut Litauens Geheimdienst bereit für zwei weitere Kriegsjahre**

Nach Einschätzung der litauischen Geheimdienste ist Russland in der Lage, seinen Angriffskrieg in der Ukraine weitere zwei Jahre fortzusetzen. „Wir schätzen, dass die Ressourcen, die Russland heute zur Verfügung stehen, ausreichen würden, um noch zwei Jahre lang einen Krieg mit der gleichen Intensität wie heute zu führen“, sagte Oberst Elegijus Paulavicius vom Militärgeheimdienst des baltischen EU- und NATO-Landes (Welt).

3. März 2023

Die Lage an der Front

🇷🇺 **Unklare Lage in Bachmut: Stadt angeblich bereits von Wagner-Söldnern eingekesselt**

Seit Monaten sind die Kämpfe um die Stadt Bachmut im Donbass besonders schwer. Laut Angaben des Chefs der Söldnergruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin, ist die Stadt von seinen Truppen umstellt, es gebe „nur noch eine Straße (hinaus)“. Doch die Ukraine will Bachmut weiterhin verteidigen. (RND).

🇺🇦 **Ukrainische Regierung: Weitere Angriffe bei Bachmut abgewehrt**

Bachmut bleibt umkämpft, nach eigenen Angaben wehrt die Ukraine weitere Angriffe in der ostukrainischen Stadt ab. Die russische Wagner-Gruppe sieht sich dagegen auf dem Vormarsch. (ZDF).

Angebliche Gefechte auf russischem Territorium

🇷🇺 **Putin beruft nationalen Sicherheitsrat ein**

Moskau vermeldet Angriffe „ukrainischer Nationalisten“ in der russischen Oblast Brjansk, Präsident Putin hat deshalb für Freitag den nationalen Sicherheitsrat einberufen. Kiew spricht von einer „klassischen Provokation“. (Tagesschau).

🇷🇺 **Das ist zu den Vorfällen in Brjansk bekannt**

Auf russischem Staatsgebiet werden offenbar zwei Menschen bei Angriffen getötet. Der Kreml spricht von ukrainischem Terror. Was steckt dahinter? (Süddeutsche Zeitung).

Wachsende Spannungen in der Republik Moldau

🇷🇺 **Furcht vor Verwicklung in Krieg**

In Moldau wachsen die Sorgen, das Land könnte in den russischen Krieg gegen die Ukraine hineingezogen werden. Eine Rolle könnten dabei russische Soldaten spielen, die im abgespaltenen Gebiet Transnistrien stationiert sind. (Tagesschau).

🇷🇺 **Neue Unsicherheiten, alte Konflikte**

In Moldau schürt Russland die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage. Und spielt mit den Kriegsängsten der Menschen. (taz).

Weitere Geschehnisse und Berichte

🇺🇦 **Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz: „Friedensliebe heißt nicht Unterwerfung“**

Ein Jahr nach seiner „Zeitenwende“-Rede hat Bundeskanzler Scholz die Souveränität der Ukraine betont. Forderungen nach Friedensverhandlungen erteilte er eine Absage. China warnte er vor Waffenlieferungen an Russland. (Tagesschau).

🇺🇦 **US-Außenminister Blinken spricht mit russischem Amtskollegen Lawrow**

Kurz und unerwartet: Erstmals seit dem Ukraine-Krieg haben sich US-Außenminister Blinken und Russlands Außenminister Lawrow getroffen. Ihre Themen: Atomwaffen und der Krieg. (ZDF).

2. März 2023

Die Lage an der Front

🇷🇺 **Russen ziehen die Schlinge zu – Bachmut droht die Einkesselung**

Die Schlacht um Bachmut erreicht nach monatelangen Kämpfen die entscheidende Phase: Russische Truppen haben die Stadt am Rand des Donbass von drei Seiten umschlossen. Die Lage wird für die ukrainischen Truppen und die restlichen dort noch verbliebenen Einwohner immer heikler. Die Sorge ist groß, dass neue russische Attacken den letzten Ausweg aus dem Talkessel von Bachmut abschneiden könnten (n-tv).

🇷🇺 **Kämpfe in Saporischschja - Detonationen in der Nähe des Atomkraftwerks**

In der Nähe des ukrainischen Kernkraftwerks Saporischschja haben Artilleriefeuer und der vorübergehende Ausfall der einzigen verbleibenden Notstromleitung erneut die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) alarmiert. Die IAEA-Experten, die seit Anfang Januar vor Ort sind, berichteten, dass am Sonntag rund 20 Detonationen zu hören gewesen seien. Und das offenbar in der Nähe der Anlage, die an der Frontlinie eines aktiven Kampfgebiets liegt und von russischen Truppen besetzt wurde (n-tv).

G20-Treffen

🇷🇺 **Baerbock bei G20-Treffen in Indien „Stoppen Sie diesen Krieg - heute“**

Beim Treffen der G20-Außenminister in Indien sprach Außenministerin Baerbock ihr Hauptanliegen an: Sie rief Russland auf, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Dabei wandte sie sich direkt an Russlands Außenminister Sergej Lawrow: „Es ist gut, dass Sie hier im Saal sind, um zuzuhören. Stoppen Sie den Krieg. Nicht in einem Monat oder einem Jahr, sondern heute.“ Sie fügte hinzu: „Denn jede Familie, die einen Vater, einen Bruder, eine Mutter, ein Kind verliert, verliert eine ganze Welt.“ Es gebe kein Recht des Stärkeren, seinen kleinen Nachbarn zu überfallen (Tagesschau).

🇷🇺 **G20-Außenministertreffen in Indien: Lawrow bei G20**

Mit Spannung wird der Auftritt von Russlands Außenminister Lawrow in diesem Jahr in Indien erwartet. Nach seinem Auftritt in Bali im vergangenen Jahr hatte er sofort nach seiner G20-Rede den Saal verlassen, um die Wortmeldungen seiner Kritiker nicht mehr anhören zu müssen (ZDF).

🇷🇺 **Keine G20-Abschlussklärung – Auch China verhindert Verurteilung des Kriegs**

Auf dem G20-Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer konnten sich am Samstag nach Angaben des Gastgeberlandes lediglich 18 Mitgliedsländer auf eine gemeinsame Position gegen Russlands Krieg in der Ukraine verständigen. Neben Russland lehnte auch China eine von den anderen Staaten gebilligte Erklärung ab, in der der Krieg verurteilt und erneut ein Abzug der russischen Truppen gefordert wird (ZDF).

24. Februar 2023

Ein Jahr Krieg in der Ukraine

🇷🇺 **Sicherheitsexperte Weber: Ein Jahr Ukraine-Krieg**

Am 24. Februar 2023 jährt sich der Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine. Fragen an den Sicherheitsexperten Joachim Weber vom CASSIS-Institut der Universität Bonn: Hätte dieser Angriff auf die Ukraine vermieden werden können? War das Engagement des Westens darauf alternativlos? Wie könnte dieser Krieg enden (phoenix)?

🇷🇺 **Ein Jahr Krieg – Wieviel Kulturgut in der Ukraine zerstört ist**

Klöster, Museen, Bibliotheken: Zehn Prozent des kulturellen Erbes der Ukraine sind inzwischen schwer getroffen oder sogar zerstört worden, schätzt Nikolaus Bernau. Viele Stätten seien von Russland gezielt verwüstet worden, so der Architekturkritiker (Deutschlandfunk).

🇷🇺 **Militärexperte Masala: Ukraine-Krieg wird am Verhandlungstisch beendet**

Der Politikwissenschaftler Carlo Masala rechnet damit, dass der Ukraine-Krieg letztlich am Verhandlungstisch beendet werden wird. „Auf dem Schlachtfeld werden die Voraussetzungen für Verhandlungen geschaffen. Das ist mein Punkt“, sagte der Militärexperte von der Universität der Bundeswehr in München in einem Interview (rnd).

🇷🇺 **Lässt sich der Frieden mit Russland verhandeln?**

Nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Verhandlungstisch soll der Krieg in der Ukraine enden – diese Forderung ist weit verbreitet. Doch vieles spricht dafür, dass ein langer Abnutzungskrieg realistischer ist als baldige Verhandlungen (Deutschlandfunk).

🇷🇺 **Philosoph Olaf Müller zu Verhandlungen im Ukraine-Krieg: Die Ukraine im Stich lassen – den Atomkrieg verhindern?**

„Das Moralisieren, das nur die Guten und die Bösen sieht, macht es sich zu einfach“, sagt der Berliner Wissenschaftsphilosoph Olaf Müller in SWR2 zur Debatte, ob Verhandlungen mit Russland den Ukraine-Konflikt beenden können. Von sich selbst sagt Müller, dass er es nach viel Überlegen für besser halte, die Ukraine nicht weiter mit Waffen zu unterstützen. Gleichzeitig gesteht er ein: „Dass ich mich gegenüber den Ukrainern auch schuldig mache – das muss ich aushalten“ (SWR).

🇷🇺 **Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine: Wie hat der Krieg Deutschland verändert?**

Kurz nach Beginn des großangelegten russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sagte Bundeskanzler Scholz im Bundestag: „Wir erleben eine Zeitenwende. Das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“ Haben sich ein Jahr danach wirklich die Zeiten verändert, was die deutsche Sicherheitspolitik betrifft? Ist die deutsche Antwort auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine angemessen? Ein Gespräch mit Claudia Major, Sicherheitsexpertin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (rbb).

🇷🇺 **Ein Jahr Ukraine-Krieg: Wo die Deutschen falschlügen**

Reden die Deutschen über den Ukraine-Krieg, sind viele zweifelhafte Thesen zu hören, die auf unrealistischen Annahmen beruhen, glaubt Denis Trubetskoy, MDR-Ostblogger in Kiew. Etwa: Stoppt Waffenlieferungen, dann endet der Krieg. Oder: Gegen eine Atommacht kann man nicht gewinnen. Zum ersten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine nimmt Denis Trubetskoy diese Ansichten aufs Korn – ein ukrainischer Blick auf die deutschen Debatten über den Krieg (MDR).

UN-Resolution

🇷🇺 **UN-Vollversammlung 141 Länder fordern Russlands Rückzug**

Kurz vor dem ersten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine haben 141 der 193 UN-Mitgliedstaaten in einer Resolution einen sofortigen russischen Truppenabzug gefordert. Sieben Staaten stimmten bei einer Sondersitzung der UN-Vollversammlung gegen den Resolutionstext: Belarus, Nordkorea, Eritrea, Mali, Nicaragua, Syrien und Russland. 32 Staaten enthielten sich, unter ihnen China und Indien. Die Resolution in der UN-Vollversammlung enthält die Forderung nach einem „umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden“ und nach dem Rückzug Moskaus aus der Ukraine. Ferner sieht sie unter anderem auch die Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine vor (Tagesschau).

🇷🇺 **Russlands Ukraine-Krieg: Welche Wirkung hat eine UN-Resolution?**

Die EU und die Ukraine wollen mit einer erneuten UN-Resolution am Donnerstag Russland zum sofortigen Rückzug aus dem Kriegsgebiet bewegen. Doch welche Wirkung und Rolle haben solche Beschlüsse (WDR)?

Putins Rede zur Lage der Nation

🇷🇺 **Wladimir Putin: Rede zur Lage der Nation am 21.2.2023**

(n-tv YouTube)

🇷🇺 **„Glaube an die imperiale Größe Russlands“**

Was bezweckte Kreml-Chef Putin mit seiner Rede und mit der Aufsetzung des Abrüstungsvertrags „New Start“? Das erklärt Sarah Pagung, Russland- und Sicherheitsexpertin bei der Körber-Stiftung, im Interview (Tagesschau).

🇷🇺 **Putins Rede markiert den „Beginn eines neuen Wettrüstens“**

Russlands Präsident Putin hält drei Tage vor dem ersten Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine eine Rede an die Nation. Sicherheitsexperte Weber misst den Aussagen keine allzu große Bedeutung bei. Auch, wenn das „letzte Element wechselseitiger Rüstungskontrolle“ kollabiere, befeure die Ansprache „keine schlimmen Erwartungen“ (n-tv).

Verwaiste ukrainische Kinder – Verschleppung und Zwangsadoption

🇷🇺 **Verschleppung ukrainischer Kinder**

Einem Bericht zufolge geht die ukrainische Regierung davon aus, dass mindestens 14.000 Kinder aus russisch besetzten Gebieten verschleppt wurden. Die Kinder sollen aus den Dörfern nach Russland gebracht worden sein, um sie zu „russifizieren“. Russland bestreitet die Vorwürfe. Auch die internationale Hilfsorganisation SOS-Kinderdörfer ist laut einem Bericht des ZDF-Magazins „frontal“ in die systematische Verschleppung ukrainischer Kinder durch Russland verstrickt. Die Hilfsorganisation prüfe nun die Fälle und will Vorwürfe gegen Praktiken in Russland aufklären (Tagesspiegel).

🇷🇺 **Die verschwundenen Kinder von Cherson**

Der russische Angriffskrieg hat ukrainische Familien auseinandergerissen – Eltern wurden getötet, Kinder zu Waisen. Entführung und Adoption berauben sie nun auch ihrer Heimat und Identität (ZDF).

📌 **Cherson: Ukrainische Kinder vor den Russen schützen**

In der Region Cherson nimmt ein psychosoziales Zentrum ukrainische Waisen und Kinder aus schwierigen Verhältnissen auf, um sie davor zu schützen, nach Russland gebracht zu werden. Laut einem Bericht von Amnesty International soll Russland zahlreiche angeblich verwaiste ukrainische Kinder verschleppt haben, um sie von russischen Familien adoptieren zu lassen. Eine Reportage ukrainischer Reporter (arte).

Weitere Berichte

📌 **Putin setzt Russlands Teilnahme am nuklearen Abrüstungsvertrag mit den USA aus**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat angekündigt, Russlands Beteiligung am Atomwaffen-Kontrollvertrag „New Start“ auszusetzen. Das am 5. Februar 2011 in Kraft getretene „New Start“-Abkommen begrenzt die Nukleararsenale Russlands und der USA auf je 800 Trägersysteme und 1550 einsatzbereite Atomsprengköpfe. Es ist das einzige noch verbliebene große Abkommen zur Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland. Die NATO hat den russischen Präsidenten zur Achtung des Atomwaffen-Kontrollvertrags aufgerufen. Generalsekretär Jens Stoltenberg appellierte an den Kremlchef, „seine Entscheidung zu überdenken und geltende Verträge zu achten“ (Spiegel).

📌 **Bidens symbolischer Polen-Besuch**

Kurz vor dem Jahrestag des Ukraine-Kriegs reist US-Präsident Biden nach Polen. Tatsächlich hat die Reise vor allem symbolische Bedeutung. Der Besuch soll den Staaten am Ostrand der NATO zeigen, dass die Unterstützung der USA nicht wackelt. Er habe eine globale Koalition aufgebaut und sich gegen Putins Aggression gestellt, so Biden in seiner Rede. Diese Koalition habe bis heute gehalten und die NATO enger zusammengebracht. Biden wird sich in Warschau mit Vertretern der neun osteuropäischen NATO-Staaten treffen (Tagesschau).

📌 **Treffen im „Bukarest-9“-Format**

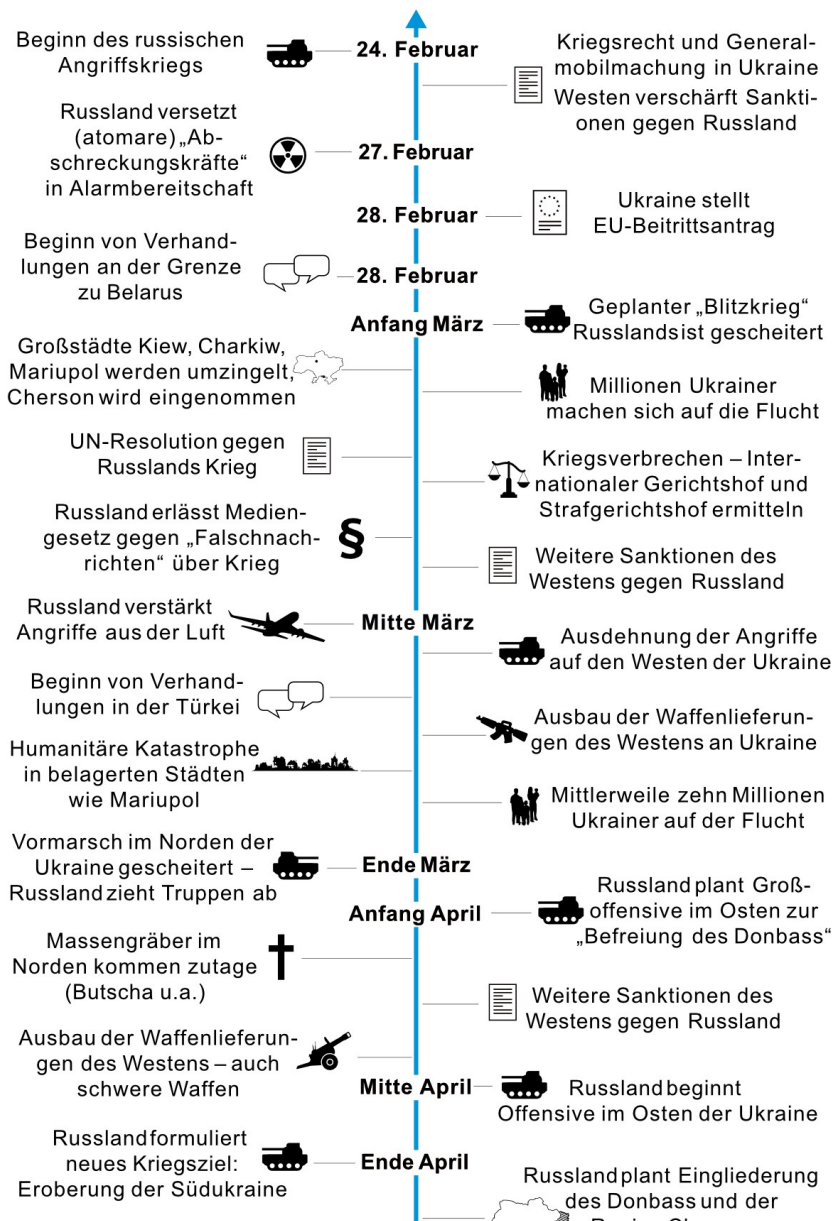
Bei seinem Polen-Besuch hat sich US-Präsident im Rahmen des sogenannten „Bukarest-9“-Formats auch mit den neun östlichen NATO-Mitgliedstaaten getroffen. Dabei bekräftigte er die Beistandspflicht der NATO: „Artikel 5 ist eine heilige Verpflichtung, die die Vereinigten Staaten eingegangen sind. Wir werden buchstäblich jeden Zentimeter der Nato verteidigen.“ An dem Treffen nahm neben Biden auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teil. Mitglieder der eigentlichen Gruppe sind Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Tschechien, die Slowakei sowie die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Als Reaktion auf den Angriff Russlands auf die Ukraine und die Annexion der Krim-Halbinsel 2014 bildeten im Jahr darauf, auf Initiative Rumäniens und Polens, neun Staaten in Bukarest die Gruppe der Neun (B9). Diese östlichen Mitgliedsstaaten der NATO wollen angesichts der Bedrohungslage durch Russland bei der Verteidigung der östlichen Flanke der Allianz eng zusammenarbeiten und erhalten dabei Unterstützung von den übrigen NATO-Mitgliedern.

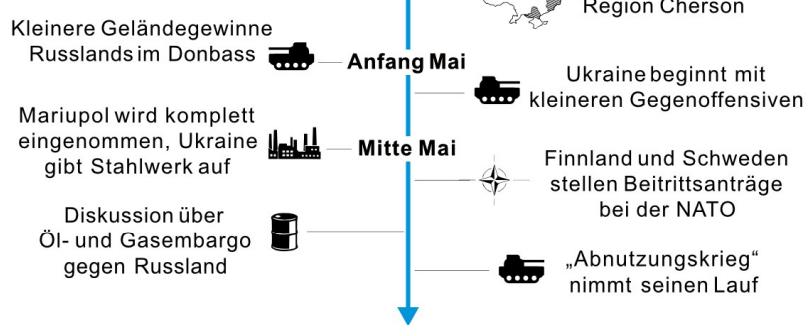
Kurzgefasste Chronik – Zeittafel

+ Euromaidan-Proteste und Ukraine-Krieg ab 2014 bis 2020

+ Erneuter Konflikt bahnt sich an ab Frühjahr 2021

+ Russischer Angriffskrieg ab 24. Februar 2022





Hinweis: Die Abstände in der Zeitachse ist aus darstellerischen Gründen nicht ganz korrekt.

Ukraine Krieg 2022 - Zeitleiste | Grafik: Andrea Kampmann

[Download der Zeitleiste „Ukraine Krieg 2022“ als PDF-Datei](#)

Ausführliche Chronik

+ Februar 2023

+ Januar 2023

+ Dezember 2022

Ausführliche Chronik

+ Dezember 2022

+ November 2022

+ Oktober 2022

+ September 2022

+ August 2022

+ Juli 2022

+ Juni 2022

+ Mai 2022

+ April 2022

+ März 2022

+ Februar 2022 – Kriegsbeginn am 24.02.

+ Januar 2022

Chronik 2021

+

Chronik 2020

+

Chronik 2019

+

Chronik 2018

+

Chronik 2016

+

Chronik 2015

- + November 2015
- + Juli 2015
- + Juni 2015
- + Mai 2015
- + April 2015
- + März 2015
- + Februar 2015
- + Januar 2015

Chronik 2014

- + Februar 2014
- + März 2014
- + April 2014
- + Mai 2014
- + Juni 2014
- + Juli 2014
- + August 2014
- + September 2014
- + Oktober 2014
- + November 2014
- + Dezember 2014



Wo liegt das Baltikum und wo die GUS-Staaten? Was passierte nach dem Ende der Sowjetunion? Und welche Länder gehören inzwischen zur EU? Informationen zu über 20 Ländern der Regionen Baltikum, Ostmitteleuropa und Südosteuropa.

➔ **Infoportal östliches Europa.**



Wie ist die EU aufgebaut? Welche Länder gehören zur EU? Welche würden gerne der EU beitreten? Vor welchen Herausforderungen steht Europa aktuell? Unser Europa-Portal liefert Informationen.

➔ **Europa-Portal**

Lesen Sie weiter

- *Der Ukraine-Konflikt*
- *Chronik des Ukraine-Krieges*
- *Zeitenwende in Deutschland*
- *Kriegsverbrechen in der Ukraine*
- *Internationale Bedeutung des Ukraine-Konflikts*
- *Analysen zum Krieg in der Ukraine*
- *Folgen des Krieges*
- *Ursachen des Krieges*
- *Russland und die Ukraine*
- *Russland und China*
- *Ukraine und NATO, EU*
- *Die Halbinsel Krim*
- *Politisches System Ukraine*
- *Wirtschaft der Ukraine*
- *Geschichte der Ukraine*

Mit Kinder über den Krieg sprechen:

- *Unterrichtsmaterialien, Erklärfilme und mehr*

Auf unserem **„Informationsportal östliches Europa“** gibt es ferner weiterführende Informationen über die

- *aktuelle Politik in der Ukraine*
- *aktuelle Politik in Russland*

weitere Konflikte:

- *Bergkarabach-Konflikt*
- *Kaukasuskrieg*
- *Jugoslawienkrieg*

- *Tschetschenienkrieg*
- *Transnistrien-Konflikt*

Letzte Aktualisierung: April 2023, Internetredaktion LpB BW

Politikthemen

Dossiers
Geschichtsdossiers
Wahlen
LpB nach Themen
Spezial-Portale
Infos in Leichter Sprache
Podcast POLITISCH BILDET
Archiv Dossiers

Landeszentrale

Auf einen Blick
Kontakt / Öffnungszeiten
Abteilungen
Fachbereiche
Mitarbeitende
Tagungszentrum
Kuratorium
Landesnetzwerk
Presse
Newsletter Archiv
Praktika in der LpB
Stellenbörse
Ausschreibungen - Vergaben

Publikationen/Shop

Neue Produkte
Alle Produkte
Buchreihen
Zeitschriften
Bausteine - Materialien
Planspiele
Dokumentationen
Sonstige Publikationen
Spiele
Lernmedien
Faltpfächer
E-Books
Downloadbereich
Allg. Geschäftsbedingungen

Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen
Offene Veranstaltungen
Bildungsreisen
... im Haus auf der Alb
Für bestimmte Zielgruppen
Politische Tage
E-Learning
Ausstellungen
Archiv/Downloads
Veranstaltungen: Rückblicke

Projekte

Übersicht
„Läuft bei Dir!“
Beteiligungs-Dings
Integrationsprojekt i-Punkt
Aktionstage Netzpolitik

Links

Politik
Politische Bildung
Baden-Württemberg



Onlinequelle 21

Sanktionen gegen Russland wegen des Kriegs in der Ukraine

Am 24. Februar 2022 begann Russland mit dem [kriegerischen Angriff auf die Ukraine](#) und löste damit weltweit Entsetzen und Empörung aus. Die westlichen Verbündeten und viele weitere Staaten rund um die Welt beschlossen daraufhin vielfältige Sanktionen gegen Russland, teilweise auch gegen Weißrussland. Die EU-Länder und weitere Verbündete zeigten sich einig wie selten zuvor und koordinierten sich bei der Verhängung der Sanktionen. Noch im Februar 2022 wurden 1.159 heute noch gültige [Sanktionen gegen Russland](#) erlassen, im März kamen weitere 2.729 (und in den folgenden Monaten noch etliche weitere) Sanktionen hinzu (nur Anfang April 2023 noch gültige Sanktionen). Viele der [Sanktionen ab Februar 2022 wurden von der EU und den USA](#) erlassen, aber auch weitere Länder verhängten Sanktionen. Die Sanktionen zielen insbesondere darauf ab, Russland finanziell und wirtschaftlich zu schwächen, um es in seinen militärischen und technologischen Möglichkeiten zur Fortführung des Angriffskriegs zu beschränken.

Zehntes Sanktionspaket der EU erlassen

Im Februar 2023, etwa ein Jahr nach Beginn des Krieges, verhängte die EU mit dem bereits zehnten Maßnahmenpaket weitere Sanktionen gegen Russland. Dabei wurden z.B. die Exportverbote für einzelne Güter ausgeweitet, auch Importverbote von Gütern, mit denen Russland Einnahmen erzielt (z.B. Bitumen und Asphalt), wurden ausgeweitet. Daneben wurden u.a. drei weitere Großbanken mit Sanktionen belegt und das Sendeverbot für Medien auf das russische Staatsmedium RT Arabic ausgeweitet. Zudem wurden weitere 87 Personen und 34 Organisationen mit Sanktionen belegt, wobei ihre Vermögenswerte in der EU eingefroren und ein Einreiseverbot erlassen wurde. Laut Bundesregierung hat die EU am 24. Februar 2023 darüber hinaus Sanktionsmaßnahmen gegen Personen und Unternehmen erlassen, die im Zusammenhang mit Aktivitäten der russischen Söldnergruppe Wagner in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und dem Sudan stehen.

Die mit dem neunten Maßnahmenpaket im Dezember 2022 von der EU verhängten Sanktionen zielten laut Bundesregierung insbesondere darauf ab, die russische Wirtschaft und die politische Elite des Landes massiv zu schwächen. Dabei wurden unter anderem Sanktionen gegen drei weitere russische Banken beschlossen, 190 weitere Einzelpersonen wurden der Sanktionsliste hinzugefügt, zudem gibt es weitere neue Exportbeschränkungen für z.B. chemische Grundstoffe, IT-Komponenten und Elektronikbauteile. Daneben wurde vier weiteren Medienkanälen die Sendeerlaubnis entzogen (betrifft nun insgesamt neun Sender) und weitere wirtschaftliche Maßnahmen gegen den russischen Energie- und Bergbausektor wurden erlassen. Zuvor verhängte die EU im Oktober mit dem achten Maßnahmenpaket weitere Sanktionen gegen Russland, darunter z.B. neue Einfuhrverbote im Wert von ca. sieben Milliarden Euro sowie Ausfuhrbeschränkungen, durch die der russischen Armee und ihren Zulieferern spezifische Güter und Ausrüstung entzogen werden. Zudem wurden auch im Oktober weitere Einzelpersonen und Organisationen auf die Sanktionsliste gesetzt. Im siebten Maßnahmenpaket im Juli verhängte die EU unter anderem ein Verbot, Gold aus Russland zu importieren. Zudem wurden u.a. die Exportkontrollen für Spitzentechnologie sowie militärisch nutzbare zivile Güter verschärft. Im einem vorherigen Maßnahmenpaket der EU (dem fünften) war erstmals Energieembargo (Kohle) enthalten. [Insgesamt verhängte die EU bisher 1.155 Sanktionen gegen Russland](#), die USA haben mit einer Anzahl von 2.099 die meisten Sanktionen verhängt.

Androhung der Sanktionen vor dem Angriff

Bereits im Frühjahr 2021 wurden größere Truppenbewegungen Russlands nahe der Grenze zur Ukraine festgestellt. Nach einer Entspannung der Lage im Sommer wurde ab November eine erneute [Konzentration russischer Streitkräfte an der Grenze](#) festgestellt, im Februar 2022 schätzte man dort rund 150.000 Soldatinnen. Westliche Expert:innen und Militärs sahen aufgrund dieser militärischen Aufstockung bereits eine wachsende Kriegsgefahr und warnten vor einer möglichen Invasion Russlands in die Ukraine. Der Kreml wies den Verdacht eines geplanten Einmarsches hingegen entschieden zurück.

In Befürchtung eines bevorstehenden Angriffs von Russland hatten westliche Politikerinnen und Politiker deutliche Warnungen in Richtung des russischen Präsidenten [Wladimir Putin](#) ausgesprochen. So drohte beispielsweise Bundeskanzler Olaf Scholz Anfang Februar mit „sehr weitreichenden, sehr harten Sanktionen“, sollte es zu einem russischen Angriff auf die Ukraine kommen. Andere westliche Verbündete und Institutionen wie die USA, das Vereinigte Königreich oder die EU-Kommission äußerten sich ähnlich.

Den Androhungen folgten schnell Taten

Diesen Worten sollten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine schnell Taten folgen. Nach der Anerkennung der Separatistengebiete [Donezk und Luhansk](#) am 22. Februar 2022 und dem anschließenden Einmarsch in diese Gebiete hat die EU bereits am 23. Februar ein Maßnahmenpaket beschlossen, das vor allem auf Beschränkungen der wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Gebieten sowie auf Beschränkungen des Zugangs von Russland zu den EU-Finanzmärkten abzielte. Nach dem Angriff auf weitere Gebiete der [Ukraine](#) am 24. Februar 2022 fand noch in der Nacht auf den 25. Februar ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs statt, bei dem in einer für die EU ungewöhnlichen Einigkeit und Geschwindigkeit ein weiteres Sanktionspaket der Europäischen Union auf den Weg gebracht wurde. Bei einem späteren Treffen der EU-Außenminister:innen wurde dieses Paket formell beschlossen. Inhalte waren weitere Strafmaßnahmen gegen Russland in den Bereichen Finanzen, Energie und Verkehr. Hinzu kamen Exportverbote bzw. -kontrollen für einzelne Güter sowie Einschränkungen bei der Visapolitik. Die Forderung, Russlands Banken komplett aus dem internationalen Finanz-Kommunikationssystem SWIFT auszuschließen, scheiterte anfänglich auch an dem Veto Deutschlands. Begründet wurde dies mit der Befürchtung größerer Kollateralschäden, wie z.B. Engpässe in der Energieversorgung, die ein Ausschluss von SWIFT nach sich ziehen könnte. Wenig später stimmte Deutschland dem Ausschluss wichtiger Banken in Russland von SWIFT dann aber doch zu. Am 27. Februar 2022 beschlossen die EU und weitere Verbündete wie die USA, das Vereinigte Königreich und Japan den Ausschluss von einigen russischen Banken vom Finanz-Kommunikationssystem. Zudem wurden die EU-Sanktionen mit einem weiteren Paket noch ausgeweitet. Sanktionen gegen die russische Zentralbank sollen verhindern, dass Russland die vorhandenen Milliardenreserven zur Stützung des [Wechselkurses des Rubels](#) nutzt. Weiter dürfen mit vielen Geschäftsbanken keine Geschäfte mehr gemacht werden, deren Vermögen wurden zudem eingefroren. Zusätzlich wurden die Sanktionen für einzelne Personen erweitert, unter ihnen der russische Präsident Putin, Außenminister Lawrow sowie mehrere Oligarchen aus dem direkten Umfeld von Putin. Dabei wurden deren Vermögen eingefroren und EU-Einreiseverbote verhängt. Am 07. und 08. April 2022 haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf das fünfte große Maßnahmenpaket geeinigt. Darin enthalten war erstmals auch ein Energieembargo, genauer wurde ein Importverbot für Kohle aus Russland verhängt. Zudem wurden Importstopps für weitere Waren wie Wodka oder Holz festgelegt, weiteren russischen Banken wurden Transaktionsverbote auferlegt und die Sanktionsliste für Individuen wurde erweitert. Im Juni wurde das sechste, im Juli das siebte, im Oktober das achte, im Dezember das neunte und im Februar das zehnte Sanktionspaket der EU verabschiedet.

Neben der EU beschlossen auch weitere Länder wie u.a. die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Japan Sanktionen gegen Russland. Zudem haben bereits eine Vielzahl von Unternehmen Konsequenzen gezogen und ihre geschäftlichen Aktivitäten in und mit [Russland](#) eingeschränkt oder eingestellt. Selbst die Schweiz gab ihre Neutralität ein Stück weit auf und hat das Vermögen russischer Oligarchen eingefroren.

Wichtige Sanktionen gegen Russland im Überblick

Die folgende Liste stellt lediglich eine Auswahl dar.

Finanzen

- Am 01. März 2022 wurde der Ausschluss von sieben russischen Banken vom internationalen [Finanz-Kommunikationssystem SWIFT](#) vollführt, um diese von den internationalen Finanzströmen abzuklemmen. Beteiligt sind neben der EU auch weitere westliche Verbündete. In späteren Sanktionspaketen kamen weitere russische Banken hinzu, so z.B. die größte russische Bank, die Sberbank. Allerdings gibt es Ausnahmen für die Gazprombank, somit sind [Importe von Erdgas](#) und anderen Rohstoffen sowie die Bezahlung dieser noch immer möglich.
- Sanktionen gegen die Zentralbank sollen verhindern, dass die Milliardenreserven Russlands genutzt werden können, um den Rubel-Wechselkurs zu stützen. Dafür wurden Teile der Reserven geblockt.
- Durch das Verbot von Geschäften mit russischen Geschäftsbanken sollen diese von den EU-Finanzmärkten abgeschnitten werden, sodass diese sich in der EU kein Geld mehr leihen oder verleihen können. Weiter wird verhindert, dass sich Staatsunternehmen in der EU refinanzieren können, deren Vermögen werden zudem eingefroren. Der Handel mit russischen Staatsanleihen wird eingeschränkt.
- Im Juli wurden durch das 7. Sanktionspaket der EU ein Importverbot für Gold aus Russland verhängt.

Energie

- Verbot der EU des Verkaufs, der Lieferung, der Weitergabe oder der Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien für die Ölveredelung. Auch Dienstleistungen in diesem Bereich werden eingeschränkt. Ziel dieser Sanktion ist die Verhinderung der Modernisierung der Ölraffinerien.
- Die USA haben am 8. März 2022 ein Verbot für [Importe von russischem Öl und Gas](#) beschlossen.
- Die EU hat am 07./08. April 2022 ein Importverbot für Kohle aus Russland verhängt, somit gibt es erstmals ein Energieembargo. Allerdings gab es ein viermonatige

Übergangsfrist. Nach Angaben der EU-Kommission bedeutet das Kohleembargo rund vier Milliarden Euro weniger Einnahmen für Russland im Jahr.

- Im Juni hat die EU ein Embargo gegen per Schiff transportiertes russisches Öl verhängt.

Verkehr

- Sperrung des EU-Luftraums für russische Flugzeuge. Auch die USA und Kanada sperren ihre Lufträume.
- Exportverbot für Güter, Technologien und Dienstleistungen im Luft- und Raumfahrtsektor.
- Zudem sind in den EU-Ländern sowohl Häfen als auch Schleusen für russische Schiffe gesperrt (dabei gibt es allerdings Ausnahmen).
- Zudem ist es russischen Kraftverkehrsunternehmen untersagt, in die EU einzureisen.

Industrie/ Technologie

- Es wurde ein Importverbot von Stahlerzeugnissen, Holz, Zement und anderen Produkten erlassen.
- Exportverbote für chemische Grundstoffe und Chemikalien, die zur Waffenherstellung genutzt werden können.
- Einschränkung des Exports von bestimmten Gütern und Technologien aus der EU und weiteren westlichen Ländern. Davon betroffen sind auch Mikrochips, Materialien zur Herstellung von Mikrochips sowie Software.
- Exportverbot aus der EU von bestimmten Halbleitern, Computern und weiterer Ausrüstung.
- Zudem wurden u.a. die Exportkontrollen für Spitzentechnologie sowie militärisch nutzbare zivile Güter verschärft.

Medien

- Die Sendetätigkeit von neun staatseigenen russischen Medien in der EU wurde ausgesetzt, dazu gehören z.B. die Staatsmedien Russia Today (RT) und Sputnik.

Oligarchen

- Die Vermögenswerte der russischen Super-Reichen in der EU, in den USA und teilweise im Vereinigten Königreich werden eingefroren. Zudem soll es Einreiseverbote für bestimmte Personen geben. Die Sanktionen gegen die Oligarchen haben das Ziel, über diese letztlich Druck auf Putin aufzubauen. Einige Oligarchen haben in der Folge bereits [empfindliche Verluste](#) hinnehmen müssen.

Dabei gibt es nicht nur von der Politik verhängte Sanktionen, Strafmaßnahmen kommen auch aus **Kultur, Sport und Wissenschaft**.

- Ausschluss der russischen und belarussischen Sportler von den Paralympics.
- Die UEFA und die FIFA suspendierten alle russischen Mannschaften von allen Wettbewerben. Die Sponsorenverträge zwischen UEFA und Gazprom wurden aufgelöst.
- Weitere Sportverbände weltweit schlossen russische und zum Teil auch belarussische Mannschaften oder Vereine von den Wettbewerben aus, darunter z.B. die Internationale Eishockeyföderation, die Europäische Handballföderation, die Internationale Eislaufunion, der Internationale Skiverband, der Welt-Radsport-Verband und noch einige mehr.
- Die Formel 1 kündigte den Vertrag mit dem Austragungsort Sotschi.
- Ausschluss Russlands vom European Song Contest.

Folgen der Sanktionen

Sanktionen treffen in der Regel auch immer diejenigen, die die Sanktionen beschlossen haben, allerdings in einer anderen Stärke. Laut einer Simulationsberechnung des IfW Kiel und des WIFO würde eine [komplette Entkoppelung Russlands zu einem Einbruch des russischen BIP](#) um 9,7 Prozent führen. Ein Handelskrieg würde Russlands Wirtschaft damit langfristig empfindlich treffen. Die USA und weitere westliche Verbündete, unter anderem Deutschland, hätten hingegen nur einen kurzfristigen und weitaus geringeren Einbruch ihrer Wirtschaftsleistung zu befürchten. Das IfW Kiel hat zudem berechnet, welche [Handelssanktionen der westlichen Verbündeten Russlands Wirtschaftsleistung](#) mittelfristig am stärksten treffen würde. Demnach würde ein Handelsstopp mit Gas das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,9 Prozent schrumpfen lassen (diese Berechnungen gelten laut IfW auch, wenn ein Gasembargo von Russland verhängt werden würde). Die Einstellung des Handels mit Rohöl würde die Wirtschaftsleistung Russlands um 1,2 Prozent zurückgehen lassen. Allerdings ist China in den letzten Jahren der [wichtigste Handelspartner für Russland](#) geworden. Die Energiepreise in Deutschland und weltweit befinden sich auf einem sehr hohen Niveau, es konnte ein deutlicher Anstieg der [Ölpreise](#) im Weltmarkt beobachtet werden. Der Krieg in der Ukraine befeuerte die kurzfristigen Ölpreisspitzen durch die damit einhergehenden Unsicherheiten der Ölversorgung noch weiter. Auch der [Weizenpreis](#) war zeitweise aufgrund des Krieges stark angestiegen. Der [DAX verlor in den letzten Tagen des Februars 2022](#) aufgrund der mit dem Krieg verbundenen Unsicherheiten deutlich.

Dieser Text stellt eine Basisinformation dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben kann nicht übernommen werden. Aufgrund unterschiedlicher Aktualisierungsrhythmen können Statistiken einen aktuelleren Datenstand aufweisen.

[Weniger anzeigen](#)


Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 17.04.2023

KEY INSIGHTS	
Einbruch des BIP von Russland bei langfristigen Handelsbeschränkungen	- 9,7 %
Branche mit größtem Einfluss auf russisches BIP im Falle eines Handelsembargos	Gas: -2,9 %
Wert deutscher Importe aus Russland 2022	35,3 Mrd. €

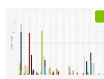
[Weitere Statistiken](#)

Empfehlungen der Redaktion


AKTUELLE STATISTIKEN ZUM THEMA



POLITIK
Sanktionen gegen Russland bis Mai 2023



POLITIK
Sanktionen gegen Russland pro Tag nach Ländern 2023



POLITIK
Sanktionen gegen Russland nach Ländern 2023

Weitere interessante Statistiken

- [Sanktionen gegen Russland bis Mai 2023](#)
- [Sanktionen gegen Russland pro Tag nach Ländern 2023](#)
- [Vergleich der Militärstärke von Russland und der Ukraine 2023](#)

Wirtschaftssanktionen gegen Russland durch Österreich 2022

Sanktionen gegen Russland nach Ländern 2023

Umfrage zu Siegchancen der Ukraine im Krieg gegen Russland unter EU-Bürgern 2022

Luftstreitkräfte von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Umfrage zur Wirksamkeit von Sanktionen gegen Russland unter EU-Bürgern 2022

Militärfahrzeuge von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Seestreitkräfte von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Reaktion von in Russland aktiven Unternehmen auf die Invasion der Ukraine 2023

Erdölförderung und Erdölverbrauch von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Truppenstärke von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Verteidigungsbudget von Russland und der Ukraine im Vergleich 2023

Besorgnis russischer Bevölkerung über Sanktionen des Westens gegen Russland 2022

Ukrainische Verluste von Ausrüstungen im Krieg gegen Russland bis Mai 2023

Umfrage zur ukrainischen Gebietsabgabe an Russland nach Parteipräferenz 2023

Wirtschaftliche Beziehungen von Österreich zu Russland und der Ukraine 2021

Einstellung zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland in der Schweiz 2022

Wirkungen von Sanktionen gegen Russland auf russisches BIP 2022

Russische Verluste von Ausrüstungen im Krieg gegen die Ukraine bis Mai 2023

Krieg in der Ukraine: Bodenkämpfe beider Armeen bis April 2023

Ukraine Krieg: Unterstützung durch schwere Waffen nach Ländern 2022/2023

Umfrage zu Unterstützung der Sanktionen gegen Russland trotz möglicher Nachteile 2022

Umfrage zu Zusammenschluss von Russland und der Ukraine Feb. 2022

Bereitschaft zur Einschränkung bei Sanktionen gegen Russland in Österreich 2022

Krieg in der Ukraine: Verteilung der Kontrolle über das Staatsgebiet im Jahr 2022

Umfrage zur Verantwortung des Krieges in der Ukraine unter EU-Bürgern 2022

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland 2023

Auswirkungen der Russland-Sanktionen in Österreich 2022

Wanderungen zwischen Deutschland und Russland, bzw. der Ukraine bis 2021

Ukraine-Krieg: Umfrage zu Verschärfungen der Sanktionen gegen Russland im April 2022

Anteil von Russland und der Ukraine am weltweiten Export von Agrarprodukten 2020

Verfahren am EGMR gegen Russland und die Ukraine 2021

Umfrage zur Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine nach Parteien 2022

Geliefertes militärisches Material von Deutschland an die Ukraine bis April 2023

Umfrage zur autonomen Entscheidung der Ukraine über Verhandlungen nach Parteien 2023

Handelsbeschränkungen mit Russland: Folgen für jährliche Wirtschaftsleistung 2022

Deutsche Unternehmen: Bewertung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland 2022

Meinung zu Maßnahmen wegen des Russland-Ukraine-Krieges in Österreich 2022

Umfrage zu Einfluss westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine im Januar 2023

Güterhandel der Europäischen Union (EU-27) mit Russland bis Februar 2023

Umfrage in Russland zu Reaktionen auf russische Militäroffensive Feb. 2022

Umfrage in der Ukraine zu Reaktionen auf russische Militäroffensive Feb. 2022

Umfrage zu möglichem Ausstieg der Ukraine aus Minsker Abkommen nach Alter 2022

Umfrage: Wahrscheinlichkeit einer russischen Invasion in die Ukraine nach Region 2022

Ukraine-Krieg - Bewertung der Ukraine-Politik von Deutschland im März 2023

Umfrage zu möglichem Ausstieg der Ukraine aus Minsker Abkommen 2022

Umfrage zu Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine gegenüber russischer Invasion 2022

Umfrage zu Verteidigungsfähigkeiten der Ukraine gegenüber russischer Invasion 2022

Verwandte Themen

Empfehlung

8

Krieg in der Ukraine Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland Russland Ukraine NATO Nord Stream 2 Kalter Krieg

Kriege und internationale Konfliktsituationen

REPORTS & STUDIEN

Die besten Reports über Ihre Branche

LÄNDER & REGIONEN
Russland

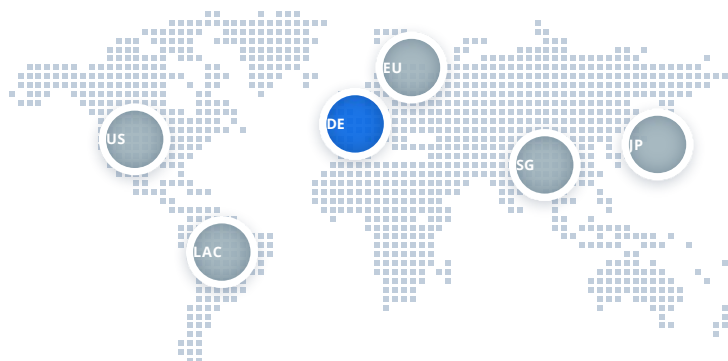
DIGITAL & TRENDS
Ölpreise

LÄNDER & REGIONEN
Ukraine

POLITIK & GESELLSCHAFT
Kriege und Konflikte

KONTAKT

Sie haben noch Fragen? Wir helfen gerne.



Jens Weitemeyer

Customer Relations

Email kundenservice@statista.com

Tel +49 40 284841-0

Mo - Fr, 9:30 - 17:00 Uhr (CET)

Onlinequelle 22

Wir verwenden Cookies, damit Sie alle Funktionen der Ratswebsite optimal nutzen können. Bestimmte Cookies werden dazu verwendet, aggregierte Statistiken über die Besuche auf unserer Website zu erhalten, damit wir diese ständig verbessern und an Ihre Bedürfnisse anpassen können. Andere Cookies werden dazu verwendet, die Leistung unserer Website zu erhöhen und deren Sicherheit zu gewährleisten.

Mit Ihrer Erlaubnis werden wir AT-Internet- und Hotjar-Cookies verwenden, um aggregierte anonyme Daten über die Navigation und das Verhalten der Besucher auf unserer Website zu erfassen. Wir werden diese Daten für ein verbessertes Besuchererlebnis unserer Website nutzen.

Weitere Informationen über Cookies sowie darüber, wie und warum wir Cookies verwenden und wie Sie Ihre Voreinstellungen ändern können, finden Sie auf der [Seite "Cookies"](#).

- [Mehr dazu](#)
- [Cookies zulassen](#)
- [Cookies ablehnen](#)

[Europäischer Rat](#)

[Rat der Europäischen Union](#)

- Menü [< Zurück](#)
- [Über uns](#)
 - **Der Europäische Rat**
 - [Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates](#)
 - [Mitglieder des Europäischen Rates](#)
 - [Festlegung der politischen Agenda der EU](#)
 - [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)
 - [Mehr](#)
 - **Der Rat der EU**
 - [Was ist der Rat?](#)
 - [Turnusmäßig wechselnder Vorsitz](#)
 - [Die Ratsformationen](#)
 - [Abstimmungsverfahren](#)
 - [Mehr](#)
 - **Euro-Gruppe**
 - [Paschal Donohoe](#)
 - [Die Arbeit der Euro-Gruppe](#)
 - [Mehr](#)
- [Themen](#)
 - **Themen**
 - [Energie](#)
 - [Russlands Krieg gegen die Ukraine](#)
 - [Klimaneutralität](#)
 - [Mehr](#)
 - **EU-Politikbereiche**
 - [Russische Invasion in die Ukraine: Reaktion der EU](#)
 - [Ernährungssicherheit und Erreichbarkeit von Nahrungsmitteln](#)
 - [Energiepreise und Versorgungssicherheit](#)
 - [Mehr](#)
 - **Schlaglichter**
 - [What does holding the presidency of the Council of the EU mean?](#)
 - [8 ways life in the EU is becoming greener](#)
 - [Food for the world: What EU countries are doing to mitigate the impact of Russia's war](#)
 - [Mehr](#)
- [Tagungen/Sitzungen](#)
 - **Tagungskalender**
 - [Künftige Tagungen](#)
 - [Bisherige Tagungen](#)
 - **EU-Gipfeltreffen**
 - [Gipfeltreffen](#)
 - [Terminplan des Präsidenten des Europäischen Rates](#)
 - **Ministertagungen und andere Sitzungen**
 - [Ministertagungen](#)
 - [Internationale Ministertagungen](#)
 - [Vorbereitende Sitzungen](#)
 - [Abstimmungsergebnisse](#)
 - [Tagesordnungen](#)
- [Nachrichten und Medien](#)
 - **Aktuelles**
 - [Pressemittelungen](#)
 - [Reden und Erklärungen des Präsidenten des Europäischen Rates](#)
 - [E-Mail- und SMS-Abonnement](#)
 - **Audiovisuelles Material**
 - [Videos und Fotos](#)
 - [Live-Streaming](#)
 - **Presseservice**
 - [Pressetermine](#)
 - [Medienakkreditierung](#)
 - [Press contacts](#)
 - [Mehr](#)
- [Recherche und Veröffentlichungen](#)
 - **Recherche**
 - [Dokumentensuche](#)
 - [Archiv](#)
 - [Offene Daten](#)
 - [PRADO](#)
 - [Mehr](#)
 - **Ressourcen**
 - [Berichte und Veröffentlichungen](#)
 - [Infografiken](#)
 - [Forschungsarbeiten des Rates](#)
 - [Lemmaterialien](#)
 - **Ratsbibliothek**
 - [Recherche in der Ratsbibliothek](#)
 - [Think Tank Review](#)
 - [Online-Informationsquellen](#)

Suche 

Suche

Suche

Suche

Suche

- [BG Български](#)
- [ES español](#)
- [CS čeština](#)
- [DA dansk](#)
- [DE Deutsch](#)
- [ET eesti](#)
- [EL Ελληνικά](#)
- [EN English](#)
- [FR français](#)
- [GA Gaeilge](#)
- [HR hrvatski](#)
- [IT italiano](#)
- [LV latviešu](#)
- [LT lietuvių](#)
- [HU magyar](#)
- [MT Malti](#)
- [NL Nederlands](#)
- [PL polski](#)
- [PT português](#)
- [RO română](#)
- [SK slovenčina](#)
- [SL slovensčina](#)
- [FI suomi](#)
- [SV svenska](#)

Menu

- [Startseite](#)
- [Politikbereiche](#)
- [Wie und wann die EU Sanktionen verhängt](#)
- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine](#)

Navigation ein-/ausblenden Bereiche

- [Wie und wann die EU Sanktionen verhängt](#)
- [Verschiedene Arten von Sanktionen](#)
- [Verfahren für die Annahme und Überprüfung von EU-Sanktionen](#)
- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine](#)
 - [Zeitleiste – restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine](#)
 - Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail
- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Belarus](#)
- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Nordkorea](#)
- [Iran: Restriktive Maßnahmen der EU](#)

Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail

Als Reaktion auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU massive und beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt.

Auf dieser Seite:

- [Welche Sanktionen hat die EU bisher beschlossen?](#)
- [Gegen wen werden Sanktionen verhängt?](#)
- [Welche Sanktionen gelten für den Handel der EU mit Russland?](#)
- [Welche EU-Dienstleistungen dürfen nicht für Russland erbracht werden?](#)
- [Was bedeutet das Ölembargo konkret?](#)
- [Wie funktioniert die Ölpreisobergrenze?](#)
- [Welche Sanktionen gelten im Verkehrssektor?](#)
- [Wie wirken sich die Sanktionen auf das russische Bankensystem aus?](#)
- [Warum hat die EU Sanktionen gegen bestimmte Medien verhängt?](#)
- [Was tun die EU-Sanktionen gegen Russland NICHT?](#)
- [Stimmt die EU die Sanktionen mit anderen Partnern ab?](#)

Infografik – EU-Sanktionen als Reaktion auf Russlands Invasion in die Ukraine

[Vollständige Infografik](#)

Seit der Anerkennung der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk durch Russland am 21. Februar 2022 und der grundlosen und ungerechtfertigten Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 hat die **EU eine Reihe neuer Sanktionen gegen Russland verhängt**.

Sie ergänzen die bestehenden Maßnahmen, die seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim und der Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen gegen Russland verhängt worden sind.

Hier finden Sie Antworten auf folgende Fragen:

- Welche Sanktionen hat die EU bisher beschlossen, gegen wen werden Sanktionen verhängt und was bedeutet das konkret für die Betroffenen?
- Was bedeuten die restriktiven Maßnahmen gegen russische Banken und die russische Zentralbank konkret?
- Welche Sanktionen gelten im Luft-, Straßen- und Seeverkehr?
- Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen der EU für den Handel der EU mit Russland und welche Arten von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sind in Kraft?
- Sind die EU-Sanktionen mit dem Völkerrecht vereinbar und mit anderen Partnern abgestimmt?

Welche Sanktionen hat die EU bisher beschlossen?

Die EU hat als Reaktion auf den **Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine**, der am 24. Februar 2022 begonnen hat, und die rechtswidrige Annexion der ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson eine Reihe massiver und beispielloser Sanktionen gegen Russland verhängt.

Sie ergänzen die bestehenden Maßnahmen, die seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim und der Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen gegen Russland verhängt worden sind.

Zu den Sanktionen gehören gezielte restriktive Maßnahmen (individuelle Sanktionen), Wirtschaftssanktionen und Visamaßnahmen.

Mit den Wirtschaftssanktionen soll dafür gesorgt werden, dass Russlands Handlungen schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen und die russischen Möglichkeiten zur Fortsetzung der Aggression wirksam vereitelt werden.

Die individuellen Sanktionen richten sich gegen Personen, die für die Unterstützung, Finanzierung oder Durchführung von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der Ukraine untergraben, verantwortlich sind oder von diesen Handlungen profitieren.

Die EU verhängte auch Sanktionen gegen:

- **Belarus** als Reaktion auf seine Beteiligung an der Invasion in die Ukraine
- **Iran** im Zusammenhang mit der Herstellung und Lieferung von Drohnen

- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine seit 2014 \(Hintergrundinformationen\)](#)
- [Zeitleiste – Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine \(Hintergrundinformationen\)](#)
- [Reaktion der EU auf die Invasion Russlands in die Ukraine \(Hintergrundinformationen\)](#)

Gegen wen werden Sanktionen verhängt?

Unter Berücksichtigung früherer Sanktionen gegen Einzelpersonen, die nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 verhängt wurden, hat die EU insgesamt 1 473 Einzelpersonen und 207 Organisationen mit Sanktionen belegt. Zu den in der Sanktionsliste aufgeführten Personen gehören:

Wladimir Putin und Sergej Lawrow

Wladimir Putin und Sergej Lawrow stehen auf der Liste der Personen, gegen die die EU Sanktionen verhängt hat – © AFP

- Russlands Präsident **Wladimir Putin**
- Russlands Außenminister **Sergej Lawrow**
- der ehemalige Präsident der Ukraine **Viktor Janukowitsch**
- Mitglieder der russischen Staatsduma (Unterhaus des Parlaments)
- Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates
- Mitglieder des Föderationsrates der Russischen Föderation
- Ministerinnen und Minister, Gouverneure und Kommunalpolitiker wie der Bürgermeister von Moskau
- hochrangige **Beamte** und Militärangehörige
- Jewgeni Prigoschin und Befehlshaber der Wagner-Gruppe
- prominente **Geschäftsleute** und Oligarchen
- krenlfreundliche und antiukrainische **Propagandisten**

Auf der Liste sind auch Personen aufgeführt, die für Folgendes verantwortlich oder daran beteiligt sind:

- Gräueltaten in Butscha und Mariupol
- Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung und kritische Infrastruktur
- Deportation und Zwangsadoptionen ukrainischer Kinder
- Rekrutierung syrischer Söldner für den Kampf in der Ukraine
- Herstellung und Lieferung von **Drohnen**

Zu den in der Sanktionsliste aufgeführten Organisationen gehören:

- **Banken** und Finanzinstitute
- Unternehmen in den Bereichen Militär und Verteidigung
- Unternehmen in den Bereichen Luftfahrt, Schiffbau und Maschinenbau
- Streitkräfte und **paramilitärische Gruppen**
- **politische Parteien**
- die Bewegung „Gesamtrussische Volksfront“
- für Propaganda und Desinformation zuständige Medienorganisationen
- die **Wagner-Gruppe**, eine in Russland ansässige private militärische Organisation
- **RIA FAN**, ein russisches Medienunternehmen

Die EU hat auch Sanktionen gegen Belarus wegen dessen Beteiligung an der russischen Invasion in die Ukraine sowie gegen Iran wegen der Lieferung von Drohnen an Russland verhängt.

- [Liste der Personen und Organisationen, gegen die die EU mit Blick auf die territoriale Unversehrtheit der Ukraine restriktive Maßnahmen erlassen hat \(Amtsblatt der EU\)](#)

Was bedeuten Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen konkret?

Sanktionen gegen Einzelpersonen umfassen **Reiseverbote** und das **Einfrieren von Vermögenswerten**. Sanktionen gegen Organisationen umfassen das **Einfrieren von Vermögenswerten**.

Ein Einreiseverbot hindert eine auf der Liste aufgeführte Person an der Einreise in und der Durchreise durch das Gebiet der EU auf dem Land-, Luft- oder Seeweg. Das Einfrieren von Vermögenswerten bedeutet, dass **alle Konten** der in der Liste aufgeführten Personen und Organisationen bei EU-Banken **eingefroren** werden. Es ist außerdem verboten, ihnen direkt oder indirekt Gelder oder Vermögenswerte zur Verfügung zu stellen.

21,5 Milliarden €

an Vermögenswerten in der EU eingefroren

300 Milliarden €

an Vermögenswerten der russischen Zentralbank in der EU und den G7-Ländern blockiert

So wird sichergestellt, dass das russische Regime nicht mehr mit ihrem Geld unterstützt werden kann und dass sie keinen sicheren Zufluchtsort in der EU finden.

Welche Sanktionen gelten für den Handel der EU mit Russland?

Die EU hat im Rahmen ihrer Wirtschaftssanktionen eine Reihe von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen gegen Russland verhängt. Dies bedeutet, dass europäische Unternehmen bestimmte Erzeugnisse nicht nach Russland verkaufen können (Ausfuhrbeschränkungen) und dass russische Unternehmen bestimmte Erzeugnisse nicht in die EU verkaufen dürfen (Einfuhrbeschränkungen).

Durch die Liste verbotener Erzeugnisse sollen die **negativen Auswirkungen der Sanktionen für die russische Wirtschaft größtmöglich ausfallen** und gleichzeitig die Folgen für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger der EU begrenzt werden. Von den Ausfuhr- und Einfuhrbeschränkungen ausgenommen sind Erzeugnisse, die in erster Linie für den Verzehr bestimmt sind, sowie gewisse Erzeugnisse für den Gesundheits-, Pharma-, Nahrungsmittel- und Agrarbereich, um der russischen Bevölkerung nicht zu schaden.

Nach Angaben der Europäischen Kommission betraf seit Februar 2022 das Ausfuhrverbot der EU Waren im Wert von 43,9 Mrd. € und das Einfuhrverbot Waren im Wert von 91,2 Mrd. €. Das bedeutet, dass im Vergleich zu 2021 derzeit 49 % der Ausfuhren und 58 % der Einfuhren Sanktionen unterliegen.

43,9 Mrd. €

Wert der mit Sanktionen belegten Ausfuhren nach Russland

91,2 Mrd. €

Wert der mit Sanktionen belegten Einfuhren aus Russland

Die Verbote werden von den Zollbehörden der EU umgesetzt.

Darüber hinaus hat die EU in Zusammenarbeit mit anderen gleichgesinnten Partnern eine Erklärung angenommen, mit der sie sich das Recht vorbehält, Russland den Meistbegünstigungsstatus im Rahmen der WTO abzuerkennen. Die EU hat beschlossen, dies nicht in Form einer Erhöhung der Einfuhrzölle umzusetzen, sondern vielmehr über eine Reihe restriktiver Maßnahmen, die unter anderem bestimmte Güter mit einem Ein- oder Ausfuhrverbot belegen. Die EU und ihre Partner haben ferner jegliche Arbeiten im Zusammenhang mit dem Beitritt von Belarus zur WTO ausgesetzt.

Infografik – Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft

[Vollständige Infografik](#)

Welche Güter dürfen nicht aus der EU nach Russland ausgeführt werden?

Auf der Liste der Erzeugnisse, für die Sanktionen gelten, stehen unter anderem:

- **Spitzentechnologie** (z. B. Quantencomputer und fortgeschrittene Halbleiter, elektronische Komponenten und Software)
- bestimmte Arten von Maschinen und **Fahrzeugen**
- spezielle Güter und Technologien, die zur **Erdölraffination** benötigt werden
- Ausrüstung, Technologien und Dienstleistungen für die **Energiewirtschaft**
- Güter und Technologien für die **Luft- und Raumfahrtindustrie** (z. B. Luftfahrzeuge, Flugzeugtriebwerke, Ersatzteile oder Ausrüstungen aller Art für Flugzeuge und Hubschrauber, Flugturbinenkraftstoff)
- Güter der **Seeschifffahrt** und Funkkommunikationstechnologie
- eine Reihe von **Gütern mit doppeltem Verwendungszweck** (Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden könnten), wie Drohnen und Software für Drohnen oder Chiffriergeräte
- **Luxusgüter** (z. B. Luxusautos und -uhren und Schmuck)
- zivile Feuerwaffen und sonstige Armeeausrüstung

Welche Güter dürfen nicht aus Russland in die EU eingeführt werden?

Auf der Liste der Erzeugnisse, für die Sanktionen gelten, stehen unter anderem:

- **Rohöl** (seit Dezember 2022) und **raffinierte Erdölerzeugnisse** (ab Februar 2023), bis auf einige wenige Ausnahmen
- **Kohle** und andere feste fossile Brennstoffe
- **Stahl**, Stahlerzeugnisse und Eisen
- **Gold** und Schmuck

- Zement, Asphalt, Holz, Papier, synthetischer Kautschuk und Kunststoffe
- Meeresfrüchte und Spirituosen (z. B. Kaviar, Wodka)
- Zigaretten und Kosmetika

Welche EU-Dienstleistungen dürfen nicht für Russland erbracht werden?

Um die russische Wirtschaft, die in hohem Maße von der Einfuhr von Dienstleistungen europäischer Unternehmen abhängig ist, zu treffen, hat die EU die Erbringung bestimmter unternehmensrelevanter Dienstleistungen für die russische Regierung oder für in Russland niedergelassene juristische Personen wie Unternehmen und sonstige Organisationen oder Einrichtungen verboten.

Seit dem 4. Juni 2022 ist es verboten, unmittelbar oder mittelbar Dienstleistungen in den Bereichen **Wirtschaftsprüfung** (einschließlich Abschlussprüfung), Buchführung und Steuerberatung sowie Unternehmens- und Public-Relations-Beratung zu erbringen. Lobbyarbeit könnte Public-Relations-Dienstleistungen darstellen und fällt daher unter das Verbot.

Um den Druck auf die Industriekapazität Russlands noch weiter zu erhöhen, hat die EU im Oktober 2022 beschlossen, die Palette der Dienstleistungen, die nicht mehr für Russland erbracht werden dürfen, auf **IT-Beratung, Rechtsberatung sowie Architektur- und Ingenieurdienstleistungen** auszuweiten.

Im Dezember 2022 wurde zusätzlich ein Verbot der Erbringung von **Werbediensten, Markt- und Meinungsforschungsdiensten** sowie Produktprüfungen und technischen Inspektionen verhängt.

In der EU niedergelassene Einrichtungen, einschließlich Tochtergesellschaften von in Russland niedergelassenen Unternehmen, sind durch die EU-Sanktionen gebunden.

Was bedeutet das Ölembargo konkret?

Ölraffinerie mit brennender Fackel vor einem blauen Himmel mit einigen Wolken.

Das Ölembargo der EU betrifft nahezu 90 % der russischen Öleinfuhren nach Europa – © AFP

Im Juni 2022 hat der Rat ein sechstes Paket von Sanktionen angenommen, das unter anderem **den Erwerb, die Einfuhr oder die Weiterleitung von Rohöl und bestimmten Erdölzerzeugnissen auf dem Seeweg aus Russland in die EU verbietet**. Die Beschränkungen gelten ab dem 5. Dezember 2022 für Rohöl und ab dem 5. Februar 2023 für andere Erdölzerzeugnisse.

Für die Einfuhr von über Pipelines geliefertes Rohöl an diejenigen Mitgliedstaaten, die aufgrund ihrer geografischen Lage in besonderem Maße von Lieferungen aus Russland abhängig sind und über keinerlei tragfähige Alternativen verfügen, **ist eine vorübergehende Ausnahme vorgesehen**.

Ferner werden insbesondere Bulgarien und Kroatien von befristeten Ausnahmeregelungen profitieren, die die Einfuhr von russischem Rohöl, das auf dem Seeweg transportiert wird, und Vakuum-Gasöl betreffen.

Da der Großteil des russischen Öls, das in die EU geliefert wird, auf dem Seeweg transportiert wird, **wird dieses Embargo bis Ende 2022 fast 90 % der russischen Öleinfuhren nach Europa betreffen**. Dadurch werden sich die Handelsgewinne Russlands erheblich verringern.

Wie funktioniert die Ölpreisobergrenze?

Die Preisobergrenze gilt für Rohöl, Erdöl und Öl aus bituminösen Mineralien, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden. Die Preisobergrenze ist festgelegt auf

- 60 \$ je Barrel für Rohöl
- 45 \$ je Barrel für weniger hochwertige Erdölzerzeugnisse
- 100 \$ je Barrel für hochwertige Erdölprodukte

Die EU-Länder haben die Höhe der Obergrenze in enger Zusammenarbeit mit der Koalition für eine Preisobergrenze („Price Cap Coalition“) festgelegt. Die Obergrenze gilt seit dem 5. Dezember 2022 für Rohöl und seit dem 5. Februar 2023 für Erdölzerzeugnisse und kann im Laufe der Zeit angepasst werden, um Marktentwicklungen und technischen Änderungen Rechnung zu tragen.

Damit werden **starke Preissteigerungen** aufgrund außergewöhnlicher Marktbedingungen **begrenzt**; außerdem werden die **Einnahmen aus Erdöl drastisch verringert, die Russland bislang erwirtschaftet hat**, nachdem es seinen rechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine entfesselt hat. Sie wird auch dazu dienen, die globalen Energiepreise zu stabilisieren und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die Energieversorgung von Drittländern abzumildern.

Die Obergrenze ergänzt das EU-Einfuhrverbot für Rohöl und Erdölzerzeugnisse auf dem Seeweg aus Russland und die entsprechenden Verbote anderer G7-Partner.

Die EU hat die **Beförderung von russischem Rohöl** und von Erdölzerzeugnissen **durch EU-Schiffe in Drittländer verboten**. Sie hat auch die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen im Zusammenhang damit verboten. Dieses Verbot gilt nicht, wenn das Rohöl oder die Erdölzerzeugnisse zu einem Preis erworben werden, der der Preisobergrenze entspricht oder darunter liegt.

Welche Sanktionen gelten im Verkehrssektor?

Straßenverkehr

Die EU hat russischen und belarussischen Kraftverkehrsunternehmen die Einreise in die EU untersagt; betroffen sind auch Transitgüter.

Mit dieser Sanktion soll es **der russischen Industrie erschwert werden, wichtige Güter zu erwerben, und Handelslieferungen im Straßenverkehr** sowohl nach Russland als auch aus Russland **sollen beeinträchtigt werden**. Die EU-Länder können jedoch **Ausnahmeregelungen** gewähren für

- den Transport von Energie
- den Transport von pharmazeutischen, medizinischen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie von Lebensmitteln
- humanitäre Hilfslieferungen
- Transporte im Zusammenhang mit der Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Russland oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen
- die Verbringung oder die Ausfuhr von Kulturgütern als Leihgabe nach Russland im Rahmen der offiziellen kulturellen Zusammenarbeit mit Russland

Das Verbot betrifft nicht Postdienste und Güter im Transitverkehr zwischen der Region Kaliningrad und Russland.

Luftverkehr

Ein Aeroflot-Flugzeug im Landeanflug.

Der Überflug des EU-Lufttraums ist allen russischen Luftfahrzeugen untersagt – © AFP

Im Februar 2022 sperrte die EU die Flughäfen und den Luftraum der EU für **alle russischen Luftfahrtunternehmen, für die somit ein Überflugverbot gilt**. Dies bedeutet, dass in Russland oder anderswo registrierte Flugzeuge, die von einem russischen Bürger oder einer russischen Organisation gechartert oder gemietet werden, auf keinem Flughafen der EU landen und die EU-Mitgliedstaaten nicht überfliegen dürfen. Privatflugzeuge, z. B. private Geschäftsflugzeuge, fallen ebenfalls unter das Verbot.

Außerdem hat die EU die **Ausfuhr von in der Luft- und Raumfahrtindustrie verwendeten Gütern und Technologien nach Russland verboten**.

Versicherungs- und Wartungsdienstleistungen sowie technische Hilfe im Zusammenhang mit diesen Gütern und Technologien sind ebenfalls verboten. Die Vereinigten Staaten, Kanada und das Vereinigte Königreich haben ähnliche Restriktionen verhängt.

Dies bedeutet, dass russische Fluggesellschaften keine Luftfahrzeuge, Ersatzteile oder Ausrüstungen für ihre Flotte kaufen und die erforderlichen Reparaturen oder technischen Inspektionen nicht durchführen können. **Da drei Viertel der derzeitigen kommerziellen Luftfahrflotte Russlands in der EU, den USA oder Kanada hergestellt wurden**, dürfte das Verbot im Laufe der Zeit dazu führen, dass ein erheblicher Teil der russischen zivilen Luftfahrflotte nicht mehr eingesetzt werden kann, nicht einmal für Inlandsflüge.

- [Restriktive Maßnahmen der EU gegen Russland \(Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit\)](#)

Seeverkehr

Die EU hat **ihre Häfen für die gesamte russische Handelsflotte** mit über 2 800 Schiffen **geschlossen**. Die Maßnahme gilt jedoch nicht für Schiffe, die Folgendes befördern:

- Energie
- pharmazeutische, medizinische und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Lebensmittel
- humanitäre Hilfslieferungen
- Kernbrennstoff und andere Güter, die für das Funktionieren ziviler nuklearer Kapazitäten erforderlich sind
- Kohle

Die Maßnahme gilt auch **nicht für Schiffe, die Hilfe benötigen und einen Notliegeplatz suchen**, oder bei einem Nothafenanlauf aus Gründen der maritimen Sicherheit oder zur Rettung von Menschenleben auf See.

Das Verbot gilt allerdings für Schiffe, die versuchen, die Sanktionen zu umgehen, indem sie ihre russische Flagge wechseln oder sich in einem anderen Staat registrieren lassen. Die Hafenbehörden können einen Versuch, umzuflaggen oder die Registrierung zu ändern, erkennen, wenn sie die IMO-Schiffsnummer (die im Namen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation vergebene eindeutige Kennnummer) überprüfen.

Die EU hat die **Beförderung von russischem Rohöl** (ab dem 5. Dezember 2022) **und von Erdölzerzeugnissen** (ab dem 5. Februar 2023) **auf dem Seeweg in Drittländer verboten**. Sie hat auch die Bereitstellung von technischer Hilfe, Vermittlungsdiensten, Finanzmitteln oder Finanzhilfen im Zusammenhang damit verboten. Dieses Verbot gilt nicht, wenn das Rohöl oder die Erdölzerzeugnisse zu einem Preis erworben werden, der der Preisobergrenze entspricht oder darunter liegt.

Wie wirken sich die Sanktionen auf das russische Bankensystem aus?

Ausschluss russischer und belarussischer Banken vom SWIFT-System

Der Ausschluss verhindert, dass zehn russische und vier belarussische Banken über SWIFT internationale Zahlungen tätigen oder erhalten können.

Ein Verbotssymbol mit der russischen Flagge vor einer Bank. Auf der Bankabbildung ist „SWIFT“ zu lesen.

Zehn russischen und vier belarussischen Banken ist die Nutzung von SWIFT untersagt.

SWIFT ist ein Nachrichtendienst, der den Informationsaustausch zwischen Banken und anderen Finanzinstituten erheblich erleichtert. Über SWIFT sind weltweit mehr als 11 000 Einrichtungen vernetzt.

Folglich können diese **Banken weder Fremdwährungen erhalten** (da ein Transfer von Fremdwährungen zwischen zwei Banken in der Regel wie eine Überweisung ins Ausland unter Beteiligung einer zwischengeschalteten ausländischen Bank bearbeitet wird), **noch Vermögenswerte ins Ausland transferieren**. Dies wirkt sich negativ auf die russische und die belarussische Volkswirtschaft aus.

Theoretisch könnten Banken internationale Transaktionen auch ohne SWIFT tätigen, aber dies ist kostspielig, komplex und erfordert gegenseitiges Vertrauen zwischen den Finanzinstituten. Zahlungen werden dann wie früher getätigt, als jede Transaktion noch per Telefon oder Fax bestätigt wurde.

Sanktionen gegen die russische Zentralbank

Die Europäische Union hat **alle Transaktionen mit der russischen Zentralbank** im Zusammenhang mit der Verwaltung von Reserven und Vermögenswerten der russischen Zentralbank **untersagt**. Infolge des Einfrierens der Vermögenswerte der Zentralbank hat diese keinen Zugang mehr zu ihren bei Zentralbanken und privaten Institutionen in der EU verwahrten Vermögenswerten.

Im Dezember 2022 hat die EU die Russian Regional Development Bank in die Liste der staatseigenen oder staatlich kontrollierten Einrichtungen Russlands aufgenommen, die einem vollständigen Transaktionsverbot unterliegen.

Im Februar 2022 beliefen sich die internationalen Reserven Russlands auf 643 Mrd. \$ (579 Mrd. €). Unter anderem besteht der Zweck von Reserven in Fremdwährungen darin, dass sie dazu beitragen, den Wechselkurs der eigenen Währung des Landes stabil zu halten.

Aufgrund des Verbots von Transaktionen aus der EU und anderen Ländern sind **schätzungsweise mehr als die Hälfte der russischen Reserven eingefroren**. Das Verbot wurde auch von anderen Ländern (wie den USA, Kanada und dem Vereinigten Königreich) verhängt, die ebenfalls einen Teil der russischen Währungsreserven verwahren.

Folglich kann Russland diesen Puffer an ausländischen Vermögenswerten nicht nutzen, um seine Banken mit Mitteln zu versorgen und so die Auswirkungen anderer Sanktionen abzumildern. Aufgrund der internationalen Sanktionen gegen russische Unternehmen dürfte es selbst schwieriger sein, die in Russland gelagerten Goldreserven zu verkaufen.

Die EU hat auch den **Verkauf, die Lieferung, die Verbringung und die Ausfuhr von auf Euro lautenden Banknoten** nach Russland verboten. So soll der Zugang der russischen Regierung, ihrer Zentralbank sowie natürlicher und juristischer Personen in Russland zu Euro-Bargeld beschränkt werden, um die Umgehung von Sanktionen zu verhindern.

Für Belarus gelten ähnliche Sanktionen.

Warum hat die EU Sanktionen gegen bestimmte Medien verhängt?

Die Russische Föderation hat eine systematische internationale Kampagne der Desinformation, Informationsmanipulation und Verfälschung von Fakten unternommen, um ihre Strategie der Destabilisierung sowohl ihrer Nachbarländer als auch der EU und deren Mitgliedstaaten zu intensivieren.

Ein Journalist präsentiert die Nachrichten im Fernsehen. Auf dem Bildschirm hinter ihm ist das Logo von Russia Today zu sehen.

Die Sendetätigkeit von fünf staatseigenen russischen Medien in der EU wird ausgesetzt – © AFP

Um dem entgegenzuwirken, hat die EU die Sendetätigkeit und Rundfunklizenzen mehrerer vom Kremel unterstützter Desinformationsquellen ausgesetzt:

- Sputnik und Tochtergesellschaften
- Russia Today und Tochtergesellschaften
- Rossiya RTR / RTR Planeta
- Rossiya 24 / Russia 24
- Rossiya 1
- TV Centre International
- NTV/NTV Mir
- REN TV
- Pervyi Kanal

Russland nutzt all diese Medien, um gezielt Propaganda zu verbreiten und Desinformationskampagnen durchzuführen, unter anderem über seine militärische Aggression gegen die Ukraine.

Sie erfassen **alle Übertragungs- und Verbreitungsmethoden, die in den EU-Mitgliedstaaten verwendet oder an sie gerichtet werden**, einschließlich Kabel, Satellit, IP-TV, Plattformen, Websites und Anwendungen.

Im Einklang mit der Charta der Grundrechte hindern diese Maßnahmen diese Medien und ihr Personal nicht daran, andere Tätigkeiten als Sendetätigkeiten in der EU auszuführen, wie etwa Recherche und Interviews.

Die EU hat auch Sanktionen gegen Medienorganisationen und Einzelpersonen verhängt, die für Propaganda und Desinformation verantwortlich sind.

Was tun die EU-Sanktionen gegen Russland NICHT?

Die Sanktionen verhindern weder die Ausfuhr von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch Transaktionen in diesem Zusammenhang.

Auf der Tagung des Europäischen Rates vom 23./24. Juni 2022 betonten die EU-Führungsspitzen, dass **Russland für die weltweite Nahrungsmittelkrise allein verantwortlich ist** und dass die EU-Sanktionen Nahrungsmittel und Agrarerzeugnisse nicht betreffen. Ernährungssicherheit und die Erreichbarkeit von Nahrungsmitteln haben oberste Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten.

Die EU-Sanktionen wirken sich nicht auf die Ernährungssicherheit aus und betreffen nur den bilateralen Handel zwischen der EU und Russland – nicht den internationalen Handel.

Nahrungsmittel und Düngemittel sind von den EU-Sanktionen ausdrücklich ausgeschlossen: **Es gibt keine Sanktionen gegen russische Nahrungsmittelausfuhren auf die Weltmärkte**. Es ist jedem gestattet, mit aus Russland stammenden Nahrungsmitteln und Düngemitteln zu handeln und diese anzukaufen, zu befördern und ihre Erlangung sicherzustellen.

Die Beschränkungen für die Einfuhr bestimmter Kalidüngemittel im Rahmen der EU-Sanktionen gelten nur für in die EU eingeführte Erzeugnisse und betreffen nicht ihre Ausfuhr in die Ukraine aus der EU oder aus Russland.

Die EU hat in ihren Sanktionen auch Ausnahmen vorgesehen: Obgleich der europäische Luftraum für russische Luftfahrzeuge geschlossen ist, können EU-Mitgliedstaaten russischen Luftfahrzeugen den Überflug in ihrem Luftraum gestatten, wenn dies für humanitäre Zwecke erforderlich ist. Die EU-Mitgliedstaaten sind ferner befugt, Schiffen unter russischer Flagge Zugang zu EU-Häfen zu gewähren und russischen Kraftverkehrsunternehmen die Einreise in die EU zum Zweck der Einfuhr oder Beförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Düngemitteln und Weizen, zu gestatten, die keinen Beschränkungen unterliegen.

- [Europäischer Rat, 23./24. Juni 2022](#)
- [Ernährungssicherheit und Erreichbarkeit von Lebensmitteln \(Hintergrundinformationen\)](#)

Stimmt die EU die Sanktionen mit anderen Partnern ab?

Sanktionen sind wirksamer, wenn sich ein breites Spektrum internationaler Partner daran beteiligen. Die **EU hat in den letzten Wochen eng mit gleichgesinnten Partnern wie den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet, um die Sanktionen abzustimmen**.

Die EU arbeitet mit der Weltbankgruppe, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und anderen internationalen Partnern zusammen, um zu verhindern, dass Russland Finanzmittel von solchen Institutionen erhält.

Zur Koordinierung dieser internationalen Bemühungen kann die EU im Rahmen der neu gebildeten REPO-Taskforce (Russian Elites, Proxies, and Oligarchs) mit den G7-Ländern – Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten – sowie mit Australien zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Sanktionen umgesetzt werden.

Obgleich die EU mit vielen Partnern eng zusammenarbeitet, entscheidet jedes dieser Nicht-EU-Länder für sich, welche Sanktionen es verhängt.

Fallen die EU-Sanktionen unter das Völkerrecht?

Ja. Alle Sanktionen der EU stehen in **vollem Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Völkerrecht** und achten die Menschenrechte und die Grundfreiheiten.

Sobald die EU-Mitgliedstaaten eine politische Einigung erzielt haben, werden die erforderlichen Rechtsakte vom Europäischen Auswärtigen Dienst und/oder der Europäischen Kommission ausgearbeitet und dem Rat zur Annahme vorgelegt.

Verordnungen und Beschlüsse des Rates sind als Rechtsakte mit allgemeiner Geltung für alle Personen und Einrichtungen, die der Rechtshoheit der EU unterliegen, verbindlich. Das heißt, sie gelten für alle Personen und Einrichtungen in der EU, alle Bürgerinnen und Bürger der EU unabhängig von ihrem Aufenthaltsort und alle nach dem Recht eines EU-Mitgliedstaats gegründete Unternehmen und Organisationen.

Siehe auch

- [EU-Sanktionen gegen Russland nach Invasion in der Ukraine \(Europäische Kommission\)](#)
- [Reaktion der EU auf die Invasion Russlands in die Ukraine \(Hintergrundinformationen\)](#)
- [Sanktionen der Europäischen Union \(Europäischer Auswärtiger Dienst\)](#)

Themen:

- [Russlands Krieg gegen die Ukraine](#)
- [Auswärtige Angelegenheiten und internationale Beziehungen](#)
- [Sicherheit und Verteidigung](#)
- [Wirtschaft und Finanzen](#)
- [Handel](#)
- [Energie](#)

Teilen [Diese Seite auf Facebook teilen](#) [Diese Seite auf Twitter teilen](#) [Diese Seite auf LinkedIn teilen](#) [URL in Ihre Zwischenablage kopieren](#) URL in Ihre Zwischenablage kopieren <https://europa.eu/!3rkYct> [Kopieren](#) [Kopieren](#) [Kopieren](#)

Zuletzt überprüft am 14. April 2023

[Gibt es Fehler auf dieser Seite?](#)



Gibt es Fehler auf dieser Seite?

Das Sekretariat

- [Vergabe öffentlicher Aufträge](#)
- [Karriere](#)
- [Praktika](#)
- [Mehr](#)

Arbeitsweise

- [Datenschutz](#)
- [Transparenz](#)
- [Mehr](#)

Kontakt

- [Standort und Anfahrt](#)
- [Haben Sie eine Frage?](#)
- [Besuch beim Rat](#)
- [Mehr](#)

E-Mail-Abo

Anmeldung für E-Mail- und SMS-Benachrichtigungen

[Anmeldung](#)

Über diese Website

Dies ist die offizielle Website des Rates der EU und des Europäischen Rates. Für die Redaktion verantwortlich ist das Generalsekretariat des Rates, das den Rat der EU und den Europäischen Rat unterstützt.

Folgen Sie uns

-
-
-
-
-
- [Wegweiser](#)
- [Über diese Website](#)
- [Datenschutzerklärung und rechtlicher Hinweis](#)
- [Sprachenpolitik](#)
- [Barrierefreier Webzugang](#)
- [Urheberrechtshinweis](#)
- [Cookies](#)

Onlinequelle 23

Hinweis: Die Redaktion ist zurzeit nur per E-Mail erreichbar unter redaktion@zbw-workspace.eu.



Konjunkturschlaglicht

102. Jahrgang, 2022 · Heft 5 · S. 411–412 · JEL: E31, N70, O13

Inflation nicht nur energiegetrieben

Von **Klaus-Jürgen Gern, Jan Reents, Ulrich Stolzenburg**



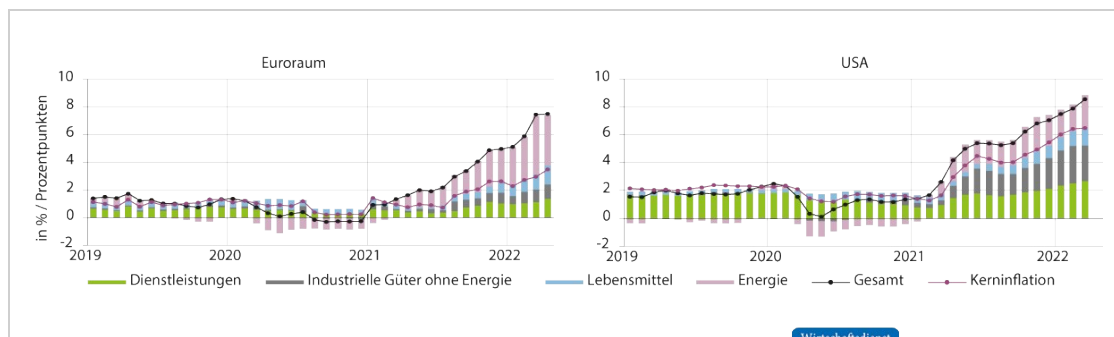
Die Verbraucherpreise haben in den vergangenen Monaten weltweit stark angezogen. In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden langjährige Höchststände erreicht. Im März 2022 betrug die Inflation in den USA 8,5 %, im Euroraum 7,4 % und in Großbritannien 7 %. In Deutschland wurde mit 7,3 % die höchste Inflationsrate seit 1981 verzeichnet. Die bereits vorliegenden Zahlen für den April deuten auf einen ähnlich hohen Preisanstieg hin.

Der Inflationsschub ist mit dem Ukrainekrieg in Verbindung zu bringen. Die Preise für Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte stiegen nach der Invasion nochmals stark an. Speziell erhöhte sich der Ölpreis nach dem Kriegsausbruch deutlich, auf mehr als 100 US-\$ je Barrel der Sorte Brent, und die Preise für Erdgas in Europa und Flüssiggas weltweit legten stark zu. Kräftig gestiegen sind auch die Preise für einige Industrierohstoffe und vor allem für Nahrungsmittel. Russland und die Ukraine sind bedeutende Exporteure von Getreide und Pflanzenöl. Der Krieg hat die Verfügbarkeit dieser Güter am Weltmarkt verringert und die Unsicherheit über die Größe der kommenden Ernte massiv erhöht. Zudem haben kriegsbedingte Ausfälle bei der ukrainischen Industrieproduktion und Rückgänge im Handel mit Russland das Problem der Lieferengpässe wieder verschärft, nachdem es um die Jahreswende Anzeichen für eine allmähliche Entspannung gegeben hatte. Allerdings erfolgte der größere Teil der Inflationsbeschleunigung bereits vor dem Ukrainekrieg. Schon seit dem Frühjahr 2021 werden zunehmende Inflationsraten verzeichnet, und die Produzentenpreise waren im Februar 2022 – also vor Kriegsbeginn – in den USA bereits um mehr als 10 % höher als ein Jahr zuvor, im Euroraum sogar um 30 %. Ein wesentlicher Teil des Preisauftriebs resultierte dabei zwar aus den gestiegenen Energiepreisen, doch auch die Kernrate (Inflation ohne Energie und Lebensmittel) hat sich stark beschleunigt.

Im Vergleich zwischen den USA und dem Euroraum zeigen sich einige Unterschiede. So ist der Anteil an der Inflation, der von den Energiepreisen herrührt, im Euroraum deutlich größer als in den USA (vgl. Abbildung 1). Dies liegt vor allem daran, dass die Erdgaspreise in Europa in den vergangenen Monaten drastisch gestiegen sind, während sie in den USA bis zum Frühjahr nur moderat zugenommen hatten.

Abbildung 1

Verbraucherpreisinflation nach Güterarten



Monatsdaten, saisonbereinigt; Gesamtinflation und Kernrate: Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %, sonst: Beitrag zur Inflationsrate in Prozentpunkten; Kerninflation: ohne Energie und Lebensmittel; Euroraum: Daten bis April 2022, USA: bis März 2022.

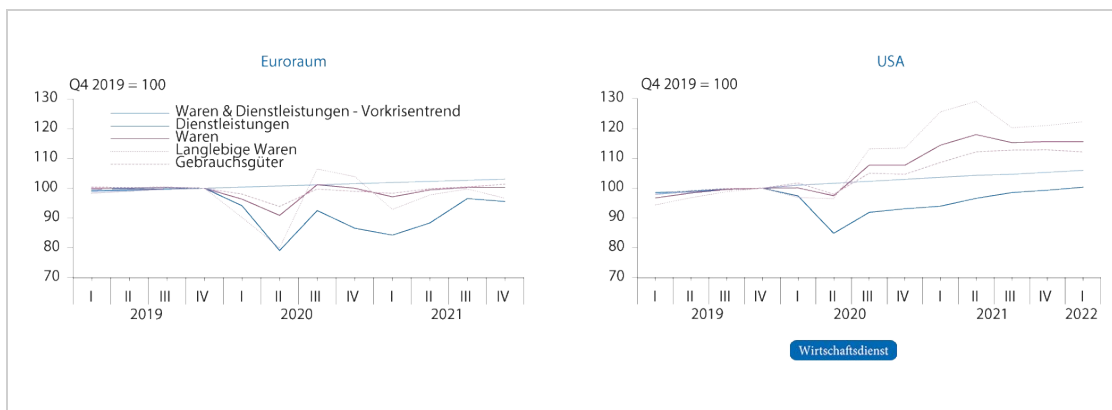
Quelle: Eurostat, Refinitiv, Berechnungen des IfW Kiel.

Hingegen ist der Beitrag der Preise von Waren ohne Energie zur Gesamtinflation in den USA relativ groß, sodass sich der Preisauftrieb in den USA schon im Frühjahr 2021 stark beschleunigt hat, während die Inflation im Euroraum nur langsam zunahm. Auch der Preisanstieg bei den Dienstleistungen verstärkte sich in den USA früher; der über den gesamten Zeitraum höhere Beitrag der Dienstleistungen zur Inflation in den USA ist auch dem größeren Gewicht dieser Gruppe im Warenkorb des Verbraucherpreisindex geschuldet. Relativ ähnlich verlief die Preisentwicklung bei Lebensmitteln in den USA und im Euroraum, deren Beitrag zur Gesamtinflation sich seit einigen Monaten merklich erhöht hat.

Viel spricht dafür, dass die Unterschiede in der Inflation zwischen den USA und dem Euroraum auch eine Folge der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung nach dem starken Einbruch infolge der Coronapandemie im Frühjahr 2020 sind. Zwar erholte sich die Wirtschaft in beiden Regionen im Sommer 2020 schnell; in den USA setzte sich die Erholung jedoch fort, während das BIP im Euroraum auch danach noch durch die Pandemie gebremst wurde. Speziell der private Konsum war in den USA rasch wieder gestiegen. Er überschritt bereits im ersten Quartal 2021 das Vorkrisenniveau und lag zuletzt rund 5 % darüber. Im Euroraum hat er hingegen bis Ende 2021 seinen pandemiebedingten Rückgang noch nicht wieder aufgeholt. Der kräftige Konsum in den USA resultierte daraus, dass der Konsum von Waren – speziell von langlebigen Konsumgütern – deutlich stärker zunahm als in den Vorjahren. Im Euroraum wurde der Warenkonsum hingegen nicht stärker ausgeweitet als im längerfristigen Trend (vgl. Abbildung 2). Die Dienstleistungen waren auch in den USA nur eingeschränkt konsumierbar und blieben unter ihrem Vorkrisentrend, wenn auch in geringerem Ausmaß als im Euroraum.

Abbildung 2

Private Konsumausgaben nach Güterarten



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal. Der Vorkrisentrend wurde unter Annahme der durchschnittlichen Zuwachsrates der Güter und Dienstleistungen zwischen 2015 und 2019 extrapoliert. Euroraum geschätzt als Summe von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Eurostat; Berechnungen des IfW Kiel.

Zu den Unterschieden im Konsumverhalten haben zum einen die finanzpolitischen Unterstützungsmaßnahmen während der Pandemie beigetragen. Zwar stützten die öffentlichen Haushalte auch im Euroraum die Einkommen der privaten Haushalte und im zweiten Halbjahr 2020 wurden die Verkäufe von langlebigen Konsumgütern durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung in Deutschland vorübergehend angeregt. In den USA wurden die Einkommen aber im Rahmen von zwei massiven Programmen sogar deutlich gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöht. Eines wurde zu Pandemiebeginn und ein zweites Anfang 2021 aufgelegt, als sich die Konjunktur bereits deutlich auf Erholungskurs befand. Zum anderen entwickelte sich die Sparquote in den beiden Wirtschaftsräumen unterschiedlich. Während sie in den USA nur in kurzen Phasen stark anstieg und bis zum ersten Quartal 2022 wieder unter ihren Vorkrisenwert sank, war sie im Euroraum seit Ausbruch der Pandemie durchgehend stark erhöht und lag auch zuletzt noch erkennbar über ihrem Vorkrisenniveau. Hierin dürften sich sowohl strengere Eindämmungsmaßnahmen im

Euroraum als auch ein vorsichtigeres Verhalten der Verbrauchenden in der EU während der jüngsten Coronawellen widerspiegeln.

Der größere finanzpolitische Impuls in den USA dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Inflationsdruck in den USA derzeit noch bedrohlicher wirkt als im Euroraum. So liegt die Kernrate der Inflation mit 6,5 % deutlich höher, und anders als im Euroraum hat sich der Lohnanstieg ebenfalls auf eine Rate von zuletzt 5,5 % (durchschnittliche Stundenlöhne) erheblich verstärkt. Aber auch im Euroraum hat sich die Kernrate zuletzt deutlich erhöht – im April lag sie bei 3,5 % und damit weit über dem Notenbankziel von 2 %. Auch in den kommenden Monaten dürfte der Inflationsdruck hoch bleiben, da die enormen Anstiege bei den Erzeugerpreisen einige Zeit brauchen, um auf die Verbraucherebene durchzuwirken (Boysen-Hogrefe, 2022). Angesichts der hohen Inflation dürfte sich auch die Lohnentwicklung im Euroraum nach und nach verstärken, zumal die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern wieder in die Nähe ihrer historischen Tiefstände gesunken ist.

Die US-Notenbank hat mit Zinsanhebungen begonnen und die Märkte erwarten nun, dass in den kommenden Monaten rasch weitere Zinsschritte erfolgen. Die EZB hat bislang nur angekündigt, ihre Anleihekaufprogramme demnächst auslaufen zu lassen und einen ersten Zinsschritt für den Sommer in Aussicht gestellt. Die bislang zögerliche Straffung ist einerseits verständlich angesichts der zurückliegenden langen Phase sehr niedriger Inflationsraten und hoher Unsicherheit über die Auswirkungen des Kriegs auf Preise und Konjunktur. Andererseits könnte die späte und vorsichtige Reaktion der Notenbank dazu führen, dass sich der Inflationsdruck weiter verstärkt und schließlich eine stark restriktive Geldpolitik erforderlich wird, um die Inflationserwartungen zu reduzieren.

Klaus-Jürgen Gern, Jan Reents, Ulrich Stolzenburg

Kiel Institut für Weltwirtschaft


Literatur

Boysen-Hogrefe, J. (2022), Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise, *Kiel Insight*, 2022.01.

© Der/die Autor:in 2022

Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

 Springer Link

DOI: 10.1007/s10273-022-3198-0

Fachinformationen über EconBiz

EconBiz unterstützt Sie bei der Recherche wirtschaftswissenschaftlicher Fachinformationen.

Mehr zu diesem Thema im Wirtschaftsdienst

[Die Entwicklung der Rohstoffpreise seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine](#)

Marina Eurich

[Importierte Inflation und Zinswende: Herausforderungen für die EZB](#)

[Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln](#)

Silke Tober

[Preisschübe beim Grundbedarf – Umverteilung erforderlich](#)

Irene Becker

[Inflationausblick – Kosten des Krieges treiben Inflation in neue Höhen](#)

Johannes Mayr

[Jetzt anmelden](#)

Der Wirtschaftsdienst, herausgegeben von der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, ist die anerkannte Zeitschrift für aktuelle Debatten zur deutschen Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsdienst publiziert Beiträge von namhaften Autor:innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, die aktuell diskutiert werden. Mit seinen Inhalten bildet er eine Brücke zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis.

Die Redaktion mit Sitz in Hamburg erstellt auch [Intereconomics – Review of European Economic Policy](#) über europäische Wirtschaftspolitik.

[Mehr über uns](#)

[Startseite](#)

[Veranstaltungen](#)

[Über uns](#)

[Aktuelle Ausgabe](#)

[Manuskript einreichen](#)

[Jahrgänge](#)

[Bezugsinfo](#)

[Autor:innen](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Barriere melden](#)



ZBW Leibniz-Informationszentrum
Wirtschaft
Leibniz Information Centre
for Economics

Leibniz
Leibniz
Gemeinschaft

 sciencedo

Onlinequelle 24

WIKI < < **INFLATION**



INFLATION

Die **Inflation** beschreibt den stetigen Anstieg des Preisniveaus einer Volkswirtschaft. Der Wert des Geldes sinkt bei der Inflation und Sie können sich für den gleichen Betrag weniger kaufen als zuvor. Die **Deflation** meint das Gegenteil. Der Geldwert steigt also an.

DEFINITION INFLATION UND DEFLATION – WAS IST DAS?

Unter **Inflation** versteht man die gesteigerte Geldmenge im Umlauf und das damit zusammenhängende steigende Preisniveau. Die Preise sämtlicher Güter steigen also kontinuierlich an und man kann sich für einen Euro weniger kaufen als zuvor. Ein Euro ist somit also weniger wert.

Die **Deflation** ist das Gegenteil einer Inflation. Hier sinken die Preise für Waren und Dienstleistungen langfristig und der Geldwert steigt an. Die Deflation hat wie die Inflation negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, was daran liegt, dass Unternehmen auf die sinkenden Preise reagieren müssen, indem sie z.B. ihren Einkaufsprozess optimieren, stärker bei Zulieferern verhandeln müssen, ggf. Arbeitskräfte entlassen, Löhne senken, die Produktion reduzieren und insgesamt wohl weniger Gewinn machen.

Verbraucher reagieren ebenfalls auf die Deflation und zwar mit weniger Konsum, da

sie ständig auf einen günstigeren Preis hoffen. Weitere Folgen sind, dass Banken weniger Kredite herausgegeben und der Wert der Schulden ansteigt.

URSACHE UND ENTSTEHUNG VON INFLATION

Die Entstehung der Inflation kann verschiedene Ursachen haben. Zum einen kann es zur Inflation kommen, wenn die Zentralbank die Liquidität auf dem Markt erhöhen möchte. Da dadurch dann mehr Geld ausgegeben werden kann, erhöht sich die Nachfrage. Das führt wiederum zu einem Preisanstieg, weil sich die Geldmenge schneller als die vorhandenen Güter vermehrt. Die Nachfrage ist größer als das Angebot.

Eine weitere mögliche Ursache sind Erhöhungen der Produktionskosten, wie zum Beispiel Lohnsteigerungen oder steigende Rohstoffpreise. Da die Unternehmen nach wie vor Gewinn erwirtschaften möchten, erhöhen sie ihre Preise, wodurch der Wert des Geldes sinkt.

VORTEILE

Zum einen können auch Notenbanken Einfluss auf die Inflation ausüben, indem sie den Leitzins erhöhen. Das führt dazu, dass die Vergabe von Krediten unattraktiver und das Geld gleichzeitig knapper wird. Die Knappheit wiederum führt zu einem steigenden Geldwert und niedriger Inflation.

Zum anderen ist die Politik teilweise in der Lage Inflation zu steuern, indem beispielsweise Steuern oder Preis- und Gehaltsbindungen verändert beziehungsweise festgelegt werden.

So ist die Inflation, solange sie nicht zu groß wird, oftmals auch gewollt. Dies ist der Fall, wenn zum Beispiel Preise in eine andere Richtung gelenkt werden sollen oder Staatsschulden abgebaut werden müssen.

NACHTEILE

Besonders für Sparer ist die Inflation ein großer Nachteil, da auch die Sparanlagen

der Geldentwertung unterliegen.

Aber auch für Arbeitnehmer bedeutet eine starke Inflation viele Nachteile, weil die Kaufkraft ihres Lohnes abnimmt und der Lohn in der Regel nicht direkt der Inflation angepasst wird. Zudem entstehen Nachteile für Gläubiger. Denn der reale Wert der Darlehen mindert sich, wenn das Geld an Wert verliert.

MESSUNG

In Deutschland sowie in vielen anderen Ländern wird die Inflation mit Hilfe eines sogenannten Warenkorb gemessen. In diesem Warenkorb befinden sich ausgewählte Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres von dem deutschen Durchschnittshaushalt konsumiert werden. Oftmals ändern sich die Preise von Jahr zu Jahr, sodass man die Preise des Warenkorbs eines Jahres mit dem vorherigen Jahr vergleichen und die Inflationsrate errechnen kann.

INFLATIONSARTEN

Die Arten der Inflation werden einerseits nach der Erkennbarkeit der Preissteigerung und andererseits nach der Geschwindigkeit unterschieden.

DIE ERKENNBARKEIT DER PREISSTEIGERUNG:

- 1 **Offene Inflation:** Der Preisanstieg und die Geldentwertung sind für jeden erkennbar.
- 2 **Verdeckte Inflation:** Die Preise bleiben konstant, doch die Qualität der Güter verschlechtert sich, wodurch der eigentliche Geldwert sinkt.
- 3 **Zurückgestaute Inflation:** Das Preisniveau wird vom Staat durch Höchstpreise künstlich stabil gehalten.

DIE GESCHWINDIGKEIT DER INFLATION

- 1 **Schleichende Inflation:** Die Preissteigerung ist gering und geschieht nahezu unbemerkt, aber konstant.
- 2 **Trabende Inflation:** Hiermit ist eine mittlere Preissteigerung gemeint.

- Galoppierende Inflation:** Das Preisniveau erhöht sich deutlich, was eine Gefahr für die Wirtschaft darstellt.
- Hyperinflation:** Hier handelt es sich aufgrund einer sehr hohen Preissteigerung um einen Extremfall.

FÜR PROJEKTENTWICKLER

Wir helfen Ihnen bei der Finanzierung Ihrer Immobilienprojekte.

Rufen Sie uns an:

+49 (0) 40 / 210 91 73 00

Weitere Infos finden Sie hier!

[EXPORO](#) 

[PRESSE & MEDIEN](#) 

[MAGAZIN](#) 

[INVESTOREN](#) 



©2020 EXPORO AG

[PFLICHTANGABEN](#)

[IMPRESSUM](#)

[AGB](#)

[DATENSCHUTZ](#)



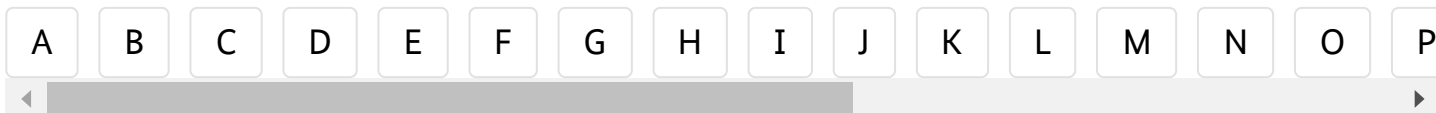
Onlinequelle 25



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Lexikon der Entwicklungspolitik



Wald 

Wanderarbeiterkonvention 





Wasser 

Wasserstoff 






WCD 

Weibliche Genitalverstümmelung 

Weltbank 

Die Weltbank wurde im Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen  in Bretton Woods (USA) zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF)  gegründet. Sie ist wie der IWF eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Ursprünglich war ihr Ziel, nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau zu fördern und in Zusammenarbeit mit dem IWF stabile Währungen zu schaffen. Seit den 1960er Jahren ist es ihre Hauptaufgabe, die Armut  in der Welt zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern  zu verbessern. So trägt sie zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele bei.

Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Organisationen:

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) 
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) 
- Internationale Finanz-Corporation (IFC) 
- Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA) 
- Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) 


Die Weltbank im engeren Sinne umfasst nur die die IBRD und die IDA.

Informationen über die Zusammenarbeit des BMZ mit der Weltbank finden Sie [hier](#).


Externer Link: [Website der Weltbankgruppe \(englisch\)](#)

Welternährungsprogramm (WFP) 

Weltgesundheitsorganisation (WHO) 

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 

Welthandel 

Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) 

Welthandelsorganisation (WTO) 

Weltstaudammkommission (WCD) 

Wertschöpfungsketten 

WFP 

WHO 

Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) 

WSK-Rechte 

WTO 

Onlinequelle 26

RENTE

Grundrente



Seit 1. Januar 2021 ist das Gesetz zur Grundrente in Kraft. Wer jahrzehntelang mit einem unterdurchschnittlichen Verdienst gearbeitet und verpflichtend Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, kann als Anerkennung der Lebensleistung eine höhere Rente erhalten. Rund 1,1 Mio. Rentenzahlungen werden zum Stichtag 31. Dezember 2022 durch einen individuell berechneten Zuschlag aufgestockt.

Wer hat einen Anspruch auf die Grundrente?

Anspruch auf einen vollen Grundrentenzuschlag besteht, wenn mindestens 35 Jahre Grundrentenzeiten vorhanden sind. Das sind vor allem Pflichtbeiträge aus Beschäftigung oder Selbständigkeit sowie

anerkannte Zeiten der Kindererziehung und Pflege. Der Verdienst muss bezogen auf das gesamte Versicherungsleben im Durchschnitt unter 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten in Deutschland betragen haben. Im Einstiegsbereich ab 33 Jahren Grundrentenzeiten wird ein aufwachsender Zuschlag berechnet; der durchschnittliche Verdienst muss hier entsprechend niedriger liegen.

Muss ich einen Antrag stellen?

Um den Grundrentenzuschlag zu erhalten, muss kein Antrag gestellt werden, die Überprüfung der Grundrentenberechtigung läuft automatisch. Die Rentenversicherung hat bis Ende 2022 bei rund 26 Mio. Renten geprüft, ob ein Grundrentenzuschlag zu zahlen ist. Die Umsetzung des Grundrentengesetzes ist damit bis auf wenige Einzelfälle – zum Beispiel, weil eine Rente ins Ausland gezahlt wird – abgeschlossen. Wer Anspruch auf Zahlung eines Grundrentenzuschlags hat, wurde bzw. wird im Rahmen der Entscheidung über seinen Rentenanspruch entsprechend informiert.



Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Grundrente

Hier finden Sie weitere Informationen zur Berechnung, Anspruchsprüfung und Auszahlung der Grundrente.


➞ MEHR ERFAHREN

Weitere Informationen zur Grundrente

- ⑤ Gesetz zur Einführung der Grundrente
- ➞ Broschüre der Deutschen Rentenversicherung (DRV) zur Grundrente

Weitere Informationen

 Ren te & Al ters vor sor ge

 Deut sche Ren ten ver si che rung

RENTE

GRUNDRENTE



NACH OBEN

Onlinequelle 27 a

Suchbegriff

Suchen

Startseite > Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Energiepreisentwicklung hat die Bundesregierung beschlossen, dass auch Rentnerinnen und Rentner entlastet werden und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten.

(Stand: 27.03.2023)

Wer bekommt die Energiepreispauschale?

Die Energiepreispauschale erhält, wer am 1. Dezember 2022 Bezieherin oder Bezieher einer laufenden Rente der gesetzlichen Rentenversicherung ist. Hierbei ist unerheblich, ob die Rente befristet oder unbefristet geleistet wird. Anspruch besteht nur bei einem Wohnsitz im Inland. Die Zahlung erfolgt unabhängig vom Personenstand. Im Falle eines Ehepaares können beide die Energiepreispauschale erhalten, wenn auch beide eine Rente beziehen. Soweit von einer Person mehrere Renten bezogen werden (z.B. Altersrente und Witwenrente), wird die Energiepreispauschale nur einmal gezahlt.

Muss die Energiepreispauschale beantragt werden?

Wann wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?

Wer zahlt die Energiepreispauschale aus?

Auf welches Konto wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?

Unterliegt die Energiepreispauschale der Besteuerung?

Muss die Energiepreispauschale in der Einkommensteuererklärung 2022 eingetragen werden?

Müssen für die Energiepreispauschale Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden?

Wird die Energiepreispauschale bei einkommensabhängigen Sozialleistungen angerechnet?

Kann die Energiepreispauschale gepfändet werden?

Wie ist zu verfahren, wenn ich die Energiepreispauschale als Rentnerin oder Rentner erhalte, obwohl ich die Energiepreispauschale für Erwerbstätige oder als Empfängerin oder Empfänger von Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Wohngeld, Grundsicherung, einmaliger Heizkostenzuschuss) erhalten habe?

Sind Doppelauszahlung der Energiepreispauschale bei gleichzeitigem Bezug von Rente und Pension ausgeschlossen?

Erfolgt bei einer Doppelzahlung der Energiepreispauschale eine Rückforderung?

Ich wohne in Deutschland und beziehe meine Rente aus dem Ausland. Bekomme ich auch die Energiepreispauschale?

Was kann ich tun, wenn ich die Energiepreispauschale trotz Anspruch nicht erhalten habe?



Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten die Energiepreispauschale?



Wie hoch sind die Kosten der an Rentnerinnen und Rentner zu zahlenden Energiepreispauschale?



Wird die Energiepreispauschale aus Beitragsmitteln der Rentenversicherung bezahlt?



An wen kann ich mich bei Fragen wenden?



Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

MO - DO, 07:30 - 19:30, FR, 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**

 **Persönliche Beratung**

 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber &
Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für
Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

© Deutsche
Rentenversicherung 2023



Kontakt



Onlinequelle 27 b

Suchbegriff

Suchen

Startseite > Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Energiepreisentwicklung hat die Bundesregierung beschlossen, dass auch Rentnerinnen und Rentner entlastet werden und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten.

(Stand: 27.03.2023)

Wer bekommt die Energiepreispauschale?



Muss die Energiepreispauschale beantragt werden?



Wann wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?



Wer zahlt die Energiepreispauschale aus?



Auf welches Konto wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?



Unterliegt die Energiepreispauschale der Besteuerung?



Muss die Energiepreispauschale in der Einkommensteuererklärung 2022 eingetragen werden?



Nein. Eine im Jahr 2022 durch den RentenService der Deutschen Post AG oder durch die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ausgezahlte Energiepreispauschale muss in der Einkommensteuererklärung für das Jahr 2022 nicht eingetragen werden.

Der zuständige Rentenversicherungsträger übermittelt automatisch eine elektronische Mitteilung an das für die steuerpflichtige Person zuständige Finanzamt. Dieses wird die Energiepreispauschale in der Einkommensteuerveranlagung berücksichtigen.

Sollten Sie bei der Überprüfung Ihres Einkommensteuerbescheides 2022 feststellen, dass die Energiepreispauschale nicht in Ihrem Steuerbescheid enthalten ist, wenden Sie sich bitte an Ihr zuständiges Finanzamt, damit Ihr Steuerbescheid überprüft werden kann.

Müssen für die Energiepreispauschale Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden?



Wird die Energiepreispauschale bei einkommensabhängigen Sozialleistungen angerechnet?



Kann die Energiepreispauschale gepfändet werden?



Wie ist zu verfahren, wenn ich die Energiepreispauschale als Rentnerin oder Rentner erhalte, obwohl ich die Energiepreispauschale für Erwerbstätige oder als Empfängerin oder Empfänger von Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Wohngeld, Grundsicherung, einmaliger Heizkostenzuschuss) erhalten habe?



Sind Doppelauszahlung der Energiepreispauschale bei gleichzeitigem Bezug von Rente und Pension ausgeschlossen?



Erfolgt bei einer Doppelzahlung der Energiepreispauschale eine Rückforderung?



Ich wohne in Deutschland und beziehe meine Rente aus dem Ausland. Bekomme ich auch die Energiepreispauschale? 

Was kann ich tun, wenn ich die Energiepreispauschale trotz Anspruch nicht erhalten habe? 

Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten die Energiepreispauschale? 

Wie hoch sind die Kosten der an Rentnerinnen und Rentner zu zahlenden Energiepreispauschale? 

Wird die Energiepreispauschale aus Beitragsmitteln der Rentenversicherung bezahlt? 

An wen kann ich mich bei Fragen wenden? 

Kostenloses Servicetelefon

 0800 1000 4800

MO - DO 07:30 - 19:30, FR 07:30 - 15:30

 Nachricht schreiben

 Persönliche Beratung

 Alle Kontaktmöglichkeiten

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber & Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

© Deutsche Rentenversicherung 2023



Kontakt



Onlinequelle 27 c

Suchbegriff

Suchen

Startseite > Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Energiepreisentwicklung hat die Bundesregierung beschlossen, dass auch Rentnerinnen und Rentner entlastet werden und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten.

(Stand: 27.03.2023)

Wer bekommt die Energiepreispauschale?



Muss die Energiepreispauschale beantragt werden?



Wann wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?



Wer zahlt die Energiepreispauschale aus?



Auf welches Konto wird die Energiepreispauschale ausgezahlt?



Unterliegt die Energiepreispauschale der Besteuerung?



Muss die Energiepreispauschale in der Einkommensteuererklärung 2022 eingetragen werden?



Müssen für die Energiepreispauschale Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden?



Wird die Energiepreispauschale bei einkommensabhängigen Sozialleistungen angerechnet?



Kann die Energiepreispauschale gepfändet werden?



Wie ist zu verfahren, wenn ich die Energiepreispauschale als Rentnerin oder Rentner erhalte, obwohl ich die Energiepreispauschale für Erwerbstätige oder als Empfängerin oder Empfänger von Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Wohngeld, Grundsicherung, einmaliger Heizkostenzuschuss) erhalten habe?



Sind Doppelauszahlung der Energiepreispauschale bei gleichzeitigem Bezug von Rente und Pension ausgeschlossen?



Erfolgt bei einer Doppelzahlung der Energiepreispauschale eine Rückforderung?



Ich wohne in Deutschland und beziehe meine Rente aus dem Ausland. Bekomme ich auch die Energiepreispauschale?



Was kann ich tun, wenn ich die Energiepreispauschale trotz Anspruch nicht erhalten habe?



Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten die Energiepreispauschale?



Insgesamt haben rund 19,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner die Energiepreispauschale erhalten.

Wie hoch sind die Kosten der an Rentnerinnen und Rentner zu zahlenden Energiepreispauschale?



Wird die Energiepreispauschale aus Beitragsmitteln der Rentenversicherung bezahlt?



An wen kann ich mich bei Fragen wenden?



Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

MO - DO, 07:30 - 19:30, FR, 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**

 **Persönliche Beratung**

 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber &
Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für
Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

© Deutsche
Rentenversicherung 2023



Kontakt



Onlinequelle 27 d

Startseite > Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Energiepreisentwicklung hat die Bundesregierung beschlossen, dass auch Rentnerinnen und Rentner entlastet werden und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten.

(Stand: 27.03.2023)

Wer bekommt die Energiepreispauschale? +

Muss die Energiepreispauschale beantragt werden? +

Wann wird die Energiepreispauschale ausgezahlt? +

Wer zahlt die Energiepreispauschale aus? +

Auf welches Konto wird die Energiepreispauschale ausgezahlt? +

Unterliegt die Energiepreispauschale der Besteuerung? -

Ja. Bei der Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner handelt es sich um steuerpflichtige Einkünfte (§ 22 Nummer 1 Satz 3 Buchstabe c Einkommensteuergesetz). Ob es tatsächlich zu einer Steuerfestsetzung oder einer höheren steuerlichen Belastung kommt, hängt von den individuellen Verhältnissen im Einzelfall ab. Eine Einkommensteuererklärung für das Jahr 2022 oder 2023 wäre im Einzelfall erstmalig erforderlich, wenn die Einkünfte der steuerpflichtigen Person – anders als in den Vorjahren – im Jahr 2022 oder 2023 den Grundfreibetrag überschreiten (2022: 10.347 Euro/ 2023: 10.908 Euro). Bei einer Zusammenveranlagung gelten jeweils die doppelten Beträge.

Muss die Energiepreispauschale in der Einkommensteuererklärung 2022 eingetragen werden? +

Müssen für die Energiepreispauschale Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden? +

Wird die Energiepreispauschale bei einkommensabhängigen Sozialleistungen angerechnet? +

Kann die Energiepreispauschale gepfändet werden? +

Wie ist zu verfahren, wenn ich die Energiepreispauschale als Rentnerin oder Rentner erhalte, obwohl ich die Energiepreispauschale für Erwerbstätige oder als Empfängerin oder Empfänger von Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Wohngeld, Grundsicherung, einmaliger Heizkostenzuschuss) erhalten habe? +

Sind Doppelauszahlung der Energiepreispauschale bei gleichzeitigem Bezug von Rente und Pension ausgeschlossen? +

Erfolgt bei einer Doppelzahlung der Energiepreispauschale eine Rückforderung? +

Ich wohne in Deutschland und beziehe meine Rente aus dem Ausland. Bekomme ich auch die Energiepreispauschale? +

Was kann ich tun, wenn ich die Energiepreispauschale trotz Anspruch nicht erhalten habe?



Wie viele Rentnerinnen und Rentner erhalten die Energiepreispauschale?



Wie hoch sind die Kosten der an Rentnerinnen und Rentner zu zahlenden Energiepreispauschale?



Wird die Energiepreispauschale aus Beitragsmitteln der Rentenversicherung bezahlt?



An wen kann ich mich bei Fragen wenden?



Kostenloses Servicetelefon

 **0800 1000 4800**

MO - DO, 07:30 - 19:30, FR, 07:30 - 15:30

 **Nachricht schreiben**

 **Persönliche Beratung**

 **Alle Kontaktmöglichkeiten**

Folgen und Teilen



Facebook



Twitter



Teilen

Top-Themen

Prävention

Reha

Rente

Online-Dienste

Services

Formularsuche

Mediathek

Beratung

Broschüren

Bankverbindungen

Barriere melden

Experten

Arbeitgeber &
Steuerberater

Infos für Ärzte

Infos für Reha-Anbieter

Infos für
Reha-Einrichtungen

Verwaltung & Gerichte

Werte der Rentenversicherung

Kennzahlen zur Finanzentwicklung

Statistiken und Berichte

DRV Regional

Die DRV besteht aus 16 regionalen Rentenversicherern. Wechseln Sie hier direkt zur Seite Ihres Rentenversicherers:

Rentenversicherer wählen 

Meinen Rentenversicherer finden 

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[CERT](#)

[Barrierefreiheit](#)

© Deutsche
Rentenversicherung 2023



Kontakt



Onlinequelle 28

Armut

Das Wort "Armut" beschreibt eine Situation des Mangels und der Bedürftigkeit. Dieser Mangel kann sowohl soziale als auch wirtschaftliche Bedürftigkeiten umfassen. Eine allgemein verbindliche Definition von Armut gibt es jedoch nicht. Das liegt daran, dass Armut nicht nur von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig ist. Sie wird ebenso von herrschenden Wertvorstellungen bestimmt sowie von der Wahrnehmung des jeweiligen Betrachters.

Veranstaltungstipp



© tom9802 auf Pixabay CC0 1.0

16.05.2023, 18:00 Uhr

Armut in Deutschland und ihre Folgen

Gespräch und Diskussion

Eine Veranstaltung von: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

[ZUM VERANSTALTUNGSKALENDER](#)

Die Wissenschaft unterscheidet grundsätzlich zwischen absoluter und relativer Armut. Auch gibt es Abgrenzungen zwischen subjektiver und objektiver Armut. Für die weitere Beschreibung von Zuständen von Armut gibt es Unterscheidungen zwischen temporärer, das heißt zeitweiliger, und permanenter, das heißt dauerhafter, Armut. Auch von materieller und immaterieller sowie primärer und sekundärer Armut ist die Rede. Die Begrifflichkeiten zeigen, wie vielfältig die Aspekte von Armut sind.

Aussagen über Armut in Deutschland beruhen zumeist auf Angaben des Statistischen Bundesamtes oder des Sozio-oekonomischen Panels am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin. (SOEP). Für Europa gibt es eine Gemeinschaftsstatistik (EU-SILC), für die Erfassung der Armut weltweit die Statistiken verschiedener Institutionen. Die Zahlen werden von den jeweiligen Autoren aber oft völlig unterschiedlich berechnet und bewertet.

Eine grundlegende Unterscheidung von absoluter und relativer Armut ist hilfreich, weil sie eng mit dem Grundverständnis über das gesellschaftliche Miteinander zusammen hängt. Wie geht ein reiches Land wie Deutschland zum Beispiel mit Armut um und wer ist überhaupt arm?

Der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwegge sieht eine enge Verbindung zwischen dem

Je entwickelter eine Gesellschaft ist, desto weiter sollte ihr Armutsverständnis sein, fördert ein hoher Lebensstandard doch die soziale Ausgrenzung von Menschen, deren Einkommen nicht hinreicht, um selbst bei 'normalem' Alltagskonsum mithalten zu können und sich gleichberechtigt am sozialen, kulturellen und politischen Leben zu beteiligen".

Wer ist arm?

Absolut arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann. Dazu gehören überlebensnotwendige Dinge wie etwa Nahrung, Trinkwasser, klimatisch angemessene Kleidung, ein Dach über dem Kopf, Geld für Heizung und Energie und eine medizinische Grundversorgung. Man spricht hier auch von extremer oder existenzieller Armut.

Bin ich arm?

Die Statistik kennt verschiedene Methoden, Armut zu messen. Mit dem [Armutsrechner](#) finden Sie heraus, ob eine davon auf Sie zutrifft.

Relativ arm hingegen ist, wer sich nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann, weil er nicht über die entsprechenden Mittel verfügt. Die Wissenschaft hat dafür den Begriff vom soziokulturellen Existenzminimum geprägt. Bei dieser Form von Armut geht es um einen Mangel an Teilhabe. In allen westlichen Ländern dreht sich die gesellschaftliche Debatte vor allem um diese Art von Armut.

Ein Mensch, der relativ arm ist, ist von kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen, die für die Gesellschaft, in der er lebt, normal sind. Das können Konzertbesuche, der Besuch von Privatschulen, Klassenfahrten, aber auch der eingeschränkte Zugang zu Informationen sein.

Nach EU-Definition gelten Menschen als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens der Gesamtbevölkerung ihres Landes oder ihrer Region zur Verfügung haben. Wer weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens hat, ist arm.

Externer Inhalt

An dieser Stelle befindet sich ein von unserer Redaktion empfohlener externer Inhalt. Beim Laden werden Daten an externe Dienstleister hergestellt. „Inhalt laden“ lädt den Inhalt einmalig. Weiteres finden Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Inhalt laden

im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.234 Euro im Monat. Abweichend von diesen Durchschnittswerten legen die einzelnen Bundesländer landesspezifische Zahlen vor. So galt in Brandenburg ein Einkommen von 959 Euro (2017) für einen Ein-Personen-Haushalt als Armutsgefährdungsgrenze. Hier setzt sich unter anderen die Landesarmutskonferenz für die Senkung von Armut ein.

Ursachen und Folgen von Armut

Die Ursachen für Armut sind vielfältig. Als wichtigste Ursachen von Armut in Deutschland gelten Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslose sind betroffen, geringe Bildung und der Umstand, dass Väter oder Mütter alleinerziehend sind.

Die Folgen von Armut für den Einzelnen und die Gesellschaft können verheerend sein. Studien haben gezeigt, dass gerade sozial schwächere Schichten der Bevölkerung sich aus politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen wie zum Beispiel Wahlen stärker zurückziehen als einkommensstärkere Gruppen.

Für demokratische Gesellschaften, in denen das Volk eine ganz zentrale, bestimmende Rolle einnimmt, geht es dabei um den Kern des Selbstverständnisses. Je weniger Menschen sich an der Demokratie beteiligen oder die Möglichkeit dazu haben, um so mehr steht die "Herrschaft des Volkes" in Frage, aber auch grundlegende Themen wie soziale Gleichheit und Gerechtigkeit.

Externer Inhalt

An dieser Stelle befindet sich ein von unserer Redaktion empfohlener externer Inhalt. Beim Laden werden Daten an externe Dienstleister hergestellt. „Inhalt laden“ lädt den Inhalt einmalig. Weiteres finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

Inhalt laden

Zukunftsvertrag für die Welt

2015 trafen sich Vertreter der Vereinten Nationen in New York und verabschiedeten einen Zukunftsvertrag für die Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sieht vor, die extreme Armut in allen Formen zu beseitigen. Die Zahl der Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, ist seit 1990 weltweit zurück gegangen. Jedoch ist ihre Zahl mit 795 Millionen weiterhin hoch. Nach Berechnungen der Weltbank lebt heute noch rund 9,6 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut.

Hunger ist das größte Gesundheitsrisiko der Welt. 98 Prozent der Hungernden lebt in Entwicklungsländern (70 Prozent in Afrika und Südasien), über drei Viertel von ihnen im ländlichen Raum.

Durchschnittlich sind mehr Frauen und Mädchen arm oder armutsgefährdet als Männer und Jungen. Kinder und Jugendliche sind überproportional von Armut betroffen.

Der 17. Oktober erinnert als "Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut" daran, dass es nicht reicht, Armut in der Welt anzuprangern, sondern dass es konkreter Maßnahmen bedarf, sie auch zu beseitigen.

LD, Januar 2017 (zuletzt bearbeitet von BLPB im März 2020)

Linktipps

[Der Paritätische Gesamtverband](#)

Der Verband gibt jährlich vielbeachtete Armutsberichte heraus.

[Armut in Deutschland auf Rekordniveau](#)

Die Corona-Folgen werden zunehmend sichtbar: Noch nie gab es soviel Armut in Deutschland wie zur Zeit. In Berlin ist fast jeder Fünfte betroffen, im Speckgürtel um die Hauptstadt sieht es besser aus. (rbb, 29.06.22)

[Institut der Deutschen Wirtschaft](#)

Webseite des Kölner arbeitgebernahen Instituts mit Beiträgen zum Thema Armut

[Das Klischee vom armen Osten ist überholt](#)

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Eine Studie zeigt: Besonders hoch ist das Risiko in westdeutschen Großstädten. (Süddeutsche, 5.12.16)

Schlagworte

Soziale Ungleichheit Armut

NEUEN KOMMENTAR HINZUFÜGEN


Ihr Name

Betreff

Kommentar

[Hilfe zum Textformat](#) 

- Erlaubte HTML-Tags: `<a href hreflang>` `` `` `<cite>` `<blockquote cite>` `<code>` `<ul type>` `<ol start type>` `` `<dl>` `<dt>` `<dd>` `<h2 id>` `<h3 id>` `<h4 id>` `<h5 id>` `<h6 id>`
- Zeilenumbrüche und Absätze werden automatisch erzeugt.
- Website- und E-Mail-Adressen werden automatisch in Links umgewandelt.

Teilen auf **Kompakt erklärt**

Wichtige Begriffe aus Politik und Gesellschaft.

A B C D E F G
H I J K L M N
O P Q R S T U
V W X Y Z

Videotipp

Externer Inhalt



Was ist Armut?

Was ist relative, was absolute Armut?

Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#)

Einverstanden!

Onlinequelle 29



[kurz&knapp](#) > [Lexika](#) > [Das Lexikon der Wirtschaft](#) > [H](#) > [Hyperinflation](#)

[< Das Lexikon der Wirtschaft](#)

Hyperinflation

eine Inflation mit gigantischen Preissteigerungen. Die Inflationsraten liegen mindestens bei 50 %, meist sogar höher. Bei Hyperinflation nimmt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ständig zu, da jeder sein Geld möglichst sofort für Güter ausgibt, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Die Folge ist eine immer schnellere Nachfrage und immer schnellere Preissteigerungen, bis schließlich das Vertrauen der Bevölkerung in die inländische Währung total verloren geht. Spätestens in dieser Situation weicht die Bevölkerung auf wertbeständiges ausländisches Geld oder auf knappe Sachgüter als Ersatzwährung aus (z. B. amerikanische Zigaretten nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland), um sich auf dem Schwarzmarkt mit notwendigen Gütern zu versorgen.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

[< Hundesteuer](#)

[Hypothek >](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 30

Altenpflege & Wohnen im Alter / Pflegeheim / Altenheim /

Pflegeheim-Kosten

Pflegeheim-Kosten – Was kostet ein Platz im Pflegeheim?



von **Claudia Flöer**



EIN SERVICE VON PFLGE.DE

Einfach, schnell und kostenlos zum persönlichen Ergebnis

Pflegegrad berechnen

Ein Umzug ins Pflegeheim ist ein großer Schritt für einen Menschen, der langfristig auf Hilfe angewiesen ist. Aber abgesehen von der Veränderung im persönlichen Umfeld, kommen auch hohe Kosten auf die Betroffenen zu. pflge.de erklärt, wie sich die Kosten für einen Pflegeheimplatz zusammensetzen und mit welchem Eigenanteil Sie rechnen müssen.

Inhaltsverzeichnis

- Pflegeheimkosten im Detail** ↓
- Pflegekosten** ↓
- Kosten für Unterkunft und Verpflegung** ↓
- Investitionskosten** ↓
- Taschengeld im Pflegeheim** ↓
- Schonvermögen / Vermögen** ↓
- Sozialhilfe & Sozialamt** ↓
- Häufigste Fragen & Antworten** ↓
- So setzen sich Pflegeheimkosten zusammen** ↓

Pflegeheim-Preise: Die monatlichen Kosten

Die Kosten für einen Platz in einem Pflegeheim setzen sich auf mehreren Faktoren zusammen. Die größten Posten für eine Unterbringung in einem [Pflegeheim](#) sind:

- 1. Pflege**
- 2. Unterkunft & Verpflegung**
- 3. Investitionskosten**

Gelegentlich finden Sie auf der Rechnung auch Zuschläge zur Ausbildungsvergütung (für Auszubildende, die in der Einrichtung beschäftigt werden) sowie eventuelle Zusatzleistungen, wie etwa die Versorgung mit Inkontinenzartikeln.

Im Allgemeinen können Sie davon ausgehen, dass die Pflegeheim-

Zuzahlung – also der Eigenanteil, den Sie selbst monatlich aufbringen müssen – bei monatlich rund **2.411 Euro** liegt (Bundesdurchschnitt 2023). Voraussetzung dafür ist, dass der Versicherte einen anerkannten [Pflegegrad](#) ab 2 hat. ⁽¹⁾

Die folgende Tabelle gibt Ihnen eine Übersicht über den durchschnittlichen, monatlichen Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz in den einzelnen Bundesländern. Beachten Sie bitte, dass es sich hierbei nur um den durchschnittlichen Eigenanteil handelt. Dabei wurden nicht die Leistungszuschläge berücksichtigt, die sich nach der Aufenthaltsdauer der Bewohner richten. Die tatsächlichen Preise verhandeln die Pflegeheime direkt mit den Pflegekassen und sind von vielen Faktoren abhängig.

Beispiel für den durchschnittlichen Eigenanteil unter Berücksichtigung des Leistungszuschlages für das Bundesland Baden – Württemberg:

- Durchschnittlicher Eigenanteil ohne Leistungszuschlag: 2.845 Euro
- Erstes Jahr mit 5 % Leistungszuschlag: 2.773 Euro
- Zweites Jahr mit 25 % Leistungszuschlag: 2.484 Euro
- Drittes Jahr mit 45 % Leistungszuschlag: 2.194 Euro
- ab dem 4. Jahr 70 % Leistungszuschlag: 1.833 Euro

Bundesland	Eigenbeteiligung ohne prozentualen Leistungszuschlag zum pflegebedingten Eigenanteil.
Baden Württemberg	2.845 Euro
Bayern	2.394 Euro
Berlin	2.451 Euro
Brandenburg	2.078 Euro
Bremen	2.296 Euro
Hamburg	2.343 Euro
Hessen	2.391 Euro
Mecklenburg-Vorpommern	2.162 Euro
Niedersachsen	2.242 Euro
Nordrhein-Westfalen	2.767 Euro
Rheinland-Pfalz	2.499 Euro
Saarland	2.847 Euro
Sachsen	2.241 Euro
Sachsen-Anhalt	1.868 Euro
Schleswig-Holstein	2.406 Euro
Thüringen	2.075 Euro

(Stand: Januar 2023) ⁽¹⁾

EIN SERVICE VON PFLEGE.DE

24-Stunden-Pflegekraft ganz einfach legal anstellen

Finden und vergleichen



INFO

Die Qualität von Pflegeheimen wird geprüft

Mit der [indikatorengestützte Qualitätsprüfung](#) bewerten

Gutachter die Pflegequalität in Pflegeheimen. Die Ergebnisse sind öffentlich zu finden, zum Beispiel beim [AOK Pflegenavigator](#). Sie können sich vorab die Bewertung eines Pflegeheimes ansehen und vergleichen.

RATGEBER

Bewertung von Pflegeheimen: Der Pflege-TÜV

[Mehr lesen](#)

Die Kosten für die pflegerische Versorgung im Heim

In den meisten Fällen übersteigen die tatsächlichen monatlichen Pflegekosten die Leistungen der Pflegekasse. Aus diesem Grund müssen Sie einen Teil der Pflegekosten aus eigener Tasche tragen.

In der Tabelle sehen Sie die monatlichen Leistungen der Pflegekasse für die **pflegerische Versorgung**. Diese Beträge werden direkt mit dem Pflegeheim verrechnet.

Pflegegrad	Leistungen der Pflegekasse pro Monat
Pflegegrad 1	125 € (als Entlastungsbetrag , der für die Erstattung von Betreuungs- und Entlastungsleistungen genutzt werden kann)
Pflegegrad 2	770 €
Pflegegrad 3	1.262 €
Pflegegrad 4	1.775 €
Pflegegrad 5	2.005 €

(Stand: Januar 2023) ⁽²⁾

Entlastungen beim Eigenanteil der Pflegekosten seit Beginn 2022

Seit Januar 2022 gibt es je nach Aufenthaltsdauer im Pflegeheim höhere Zuschüsse für den zu zahlenden **Eigenanteil der Pflegekosten**. Je länger die Aufenthaltsdauer im Pflegeheim, desto höher der sogenannte Leistungszuschlag.

Die Entlastung erfolgt durch gestaffelte Zuschläge, die von der Aufenthaltsdauer im Pflegeheim abhängen:

- 5 Prozent im ersten Jahr,
- 25 Prozent im zweiten Jahr,
- 45 Prozent im dritten Jahr und
- 70 Prozent ab dem vierten Jahr.

INFO

Höhere Zuschläge ab 2024

Wird der aktuelle Gesetzesentwurf für das [Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz \(PUEG\)](#) umgesetzt, dann steigen zum 01.01.2024 die Zuschläge zum Eigenanteil deutlich an. Und zwar in den ersten 12 Monaten von 5 auf 15 Prozent, im zweiten Jahr von 25 auf 30 Prozent, im dritten Jahr von 45 auf 50 Prozent und ab dem vierten Jahr von 70 auf 75 Prozent.

KOMMERZIELLER ANBIETERVERGLEICH

Der Notrufplotse - Geräte, Anbieter & Preise vergleichen!

[Jetzt starten](#)

RATGEBER

Das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz

Sonderfall: Pflegeheim-Kosten ohne Pflegegrad

Die **Altenpflege** im Heim ohne Pflegegrad zu finanzieren, liegt alleine beim Pflegebedürftigen oder deren Angehörigen, denn die Pflegekasse oder das Sozialamt zahlen außer den **Entlastungsbetrag** in Höhe von 125 Euro nichts dazu. Die Kosten für ein Pflege- oder Altenheim ohne Pflegegrad sind daher sehr hoch und variieren stark. Sprechen Sie am besten mit jemandem aus der Einrichtung und holen Sie verschiedene Angebote ein, wenn Sie oder Ihr Angehöriger noch keinen Pflegegrad haben.

EIN SERVICE VON PFLEGE.DE



Pflegegrad Rechner

Jetzt Pflegegrad berechnen!

Der Pflegegradrechner zeigt Ihnen auf Basis Ihrer Angaben eine erste Einschätzung des Pflegegrads auf.

- ✓ Detaillierte Erfassung der Situation
- ✓ Am Begutachtungsverfahren orientiert
- ✓ Einfach & kostenlos

Jetzt berechnen

Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung im Pflegeheim

Ein Zimmer oder ein Apartment in einem Pflegeheim sind vergleichbar mit einem Hotelzimmer mit Vollpension. Daher gehören auch Unterkunft und Verpflegung zu den monatlichen Pflegeheimkosten. Diese Kosten gehören zum Eigenanteil, den Versicherte selbst tragen müssen.

Die Unterkunftskosten setzen sich folgendermaßen zusammen:

- Reinigung des Zimmers und der Gemeinschaftsräume
- Wartung und Unterhalt des Gebäudes
- Wäscheversorgung
- Müllentsorgung
- Heizung und Strom
- Veranstaltungen und Programme zur Förderung körperlicher und geistiger Aktivitäten

Die Pflegeheimkosten für Unterkunft und Verpflegung sind abhängig von der Zimmergröße, Belegung mit einer oder zwei Personen und den Leistungen, die das Pflegeheim bietet. Sie liegen bei mehreren hundert Euro und sind zudem abhängig von der Region und der Einrichtung.

Kosten für Verpflegung, Unterkunft, Investitionen und Komfortleistungen können je nach Einrichtung sehr unterschiedlich ausfallen, deswegen ist es ratsam, dass Sie sich bei der Auswahl eines Heims ausführlich darüber informieren.

INFO

Unterschiedliche Zimmer kosten unterschiedlich viel Geld

Bei der Unterkunft haben Sie oft Wahlmöglichkeiten. Es ist etwa so wie auf dem Mietwohnungsmarkt: Es gibt Zimmer mit verschiedenen Ausstattungen. Manche haben einen Balkon und liegen hinaus zum ruhigen Hinterhof, andere vielleicht direkt an einer vielbefahrenen Straße. Die unterschiedliche Lage kann sich auch auf die Kosten des Zimmers auswirken.

BONUS

Exklusive Checkliste für die Pflegeheim-Besichtigung

- ✓ Alles, auf was Sie achten sollten auf einen Blick
- ✓ Die wichtigsten Kriterien zusammengefasst
- ✓ Einfach ausdrucken & Einrichtungen vergleichen

Jetzt kostenlos erhalten

Die Investitionskosten im Pflegeheim

Ein wichtiger Teil der monatlichen Kosten sind die **Investitionskosten im Pflegeheim**, die jedes Pflegeheim erhebt und anteilig auf die Bewohner umlegt. Vergleichbar sind diese Investitionskosten für das Pflegeheim mit der Instandhaltungsrücklage, wie Sie sie zum Beispiel aus Ihrer Mietwohnungsabrechnung oder Ihrer Eigentumswohnung kennen. Auch ein Pflegeheim ist letztlich ein Mehrparteienhaus und muss instandgehalten werden. Ob nun das Dach undicht ist oder neue Fenster eingesetzt werden müssen – der Betreiber darf die tatsächlich entstehenden Kosten auf alle Bewohner umlegen.



Zu den Pflegeheim-Investitionskosten gehören:

- Bau- oder Erwerbskosten der Einrichtung
- Instandhaltungskosten
- Miet- und Pachtzahlungen, die der Betreiber zu zahlen hat oder Abschreibungen und Darlehenszinsen
- Kosten für Gemeinschaftsräume und -flächen, Küchen, Pflegebäder und deren Ausstattung

Wird ein Pflegeheim aber gefördert, so müssen die Bewohner gemäß Paragraph 82 Abs. 3 und 4 **§ SGB XI** folgende Kosten nicht bezahlen:⁽⁴⁾

- Aufwendungen für den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken
- Aufwendungen für den Anlauf oder die innerbetriebliche Umstellung von Pflegeeinrichtungen
- Aufwendungen für die Schließung von Pflegeeinrichtungen oder ihre Umstellungen auf andere Aufgaben
- Aufwendungen, die bereits durch öffentliche Fördermittel gedeckt sind (keine Doppelfinanzierung).

Früher wurden Pflegeheime stärker öffentlich gefördert und die Bewohner mussten sich deshalb nicht an allen Investitionskosten beteiligen. Aber die öffentliche Förderung findet – wegen klammer kommunaler Kassen – heute kaum noch statt. Dennoch ist es sinnvoll, sich vorab darüber zu informieren, ob Ihr Pflegeheim öffentlich gefördert wird.



TIPP

Pflegeheim-Investitionskosten sind unterschiedlich hoch – Achten Sie daher auf Alter und Zustand des Pflegeheims

Nicht nur der Standort des Pflegeheimes hat Einfluss auf die Investitionskosten. Einrichtungen in großen Städten wie etwa Hamburg oder München sind immer teurer als Heime in eher ländlichen Gegenden wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern. Seit Januar 2017 gilt das sogenannte „Tatsächlichkeitsprinzip“. Der Träger der Einrichtung muss nachweisen, für welchen Zweck die Gelder ausgegeben werden.

RATGEBER

Ambulante Pflege

Mehr lesen

Pflegewohnung in Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein einen Pflegeheim-Platz für Ihren Angehörigen suchen, gibt es einen kleinen Zuschuss zu den Kosten: das Pflegewohngeld. Die Höhe variiert je nach Bundesland und ist abhängig vom Einkommen und Vermögen des Pflegebedürftigen. Den Betrag erhält die Einrichtung, nicht der Antragsteller. Anspruch hat jeder, wenn er vor dem Umzug in das Pflegeheim in einem der entsprechenden Bundesländer wohnhaft war. Es kann vorkommen, dass Bewohner auch dann Pflegewohngeld beanspruchen können, wenn lediglich ein Verwandter des ersten oder zweiten Grades „Landeskind“ ist und am Pflegeort wohnt. Hier gibt es in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen.

Pflegewohngeld: In 3 Schritten zum Zuschuss

Den Antrag auf Pflegewohngeld müssen Sie jedes Jahr neu einreichen. Das geschieht wie folgt:

1. Erkundigen Sie sich – gegebenenfalls über die Pflegeheimverwaltung – welche Vermögensgrenzen eingehalten werden müssen, um Ansprüche auf das Pflegewohngeld zu haben.
2. Fordern Sie das Pflegeheim auf, einen entsprechenden Antrag beim zuständigen Sozialamt zu stellen.
3. Stellt das Heim keinen Antrag, können Sie das selbst tun.

Neu: Wohngeld für Pflegeheimbewohner – Wohngeld-Plus-Gesetz

Am 1. Januar 2023 ist mit der neuen Wohngeldreform das **Wohngeld Plus** in Kraft getreten. Aufgrund der steigenden Energiekosten und Inflation steigen auch die Pflegeheimkosten, die nicht alle tragen können. Mit der neuen Regelung erhalten nun **Pflegeheimbewohner** einen finanziellen Zuschuss für die Heimkosten.⁽³⁾



INFO

Was ist Wohngeld?

Vor der Wohngeldreform diente das Wohngeld lediglich dazu, Menschen zu entlasten, die ihre Miete oder den Kredit für eine Immobilie nicht bezahlen könnten. Mit dem Wohngeld erhalten sie einen Zuschuss, um einen Teil der Kosten zu decken.

Wer hat Anspruch auf Wohngeld Plus?

Menschen, die **dauerhaft** in Pflegeheimen leben, können das Wohngeld Plus beantragen. Der Anspruch besteht allerdings, sofern sie **keine weiteren Transferleistungen** für ihre Unterkunft beziehen. Dazu zählen beispielsweise:

- [Grundsicherung im Alter](#)
- Erwerbsminderung und [Hilfe zur Pflege](#)

Höhe des Wohngelds für Pflegeheimbewohner

Wie hoch der Anspruch für Pflegeheimbewohner ist, richtet sich nach dem **Mietniveau** der Region des Pflegeheims und nicht nach den individuellen Mietkosten. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen bietet einen [Rechner](#) an, der den Anspruch auf Wohngeld schätzt.

Antrag auf Wohngeld stellen

Um Wohngeld zu beantragen, wenden Sie sich an Ihre **örtliche Wohngeldbehörde**. Oftmals können Sie den Antrag auch online auf der jeweiligen Seite stellen. Für einen vollständigen Wohngeldantrag für Pflegeheimbewohner müssen Sie folgende Unterlagen beifügen:

- Bestätigungsantrag der Heimleitung und Heimvertrag
- Rentenbescheide
- Aktuelle Kontoauszüge
- Nachweise über Vermögen, Kapital, Einnahmen über Mieten oder Pachten sowie weitere Einnahmen
- Schwerbehindertenausweis, falls vorhanden
- Betreuerausweis, falls vorhanden

EIN SERVICE VON PFLEGE.DE

Stundenweise Betreuung -
Liebevoller Hilfe im Alltag

[Betreuung finden](#)

Taschengeld im Pflegeheim – das Sozialamt hilft

Neben Kost, Logis und der Teilnahme an heiminternen Veranstaltungen bleiben natürlich auch bei Pflegebedürftigen noch kleine Wünsche offen. In vielen stationären Einrichtungen gibt es deswegen Kioske für Zeitungen oder eine Tafel Schokolade oder das hauseigene Café, in dem man mit dem Besuch gemütlich zusammensitzen kann.

Daneben brauchen Bewohner aber auch neue Kleidung oder möchten an Sonderaktivitäten teilnehmen, die extra bezahlt werden müssen. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist und für diese Dinge nicht genug eigenes Vermögen hat, erhält für die kleinen Wünsche des Alltags einen Barbetrag (früher: Taschengeld) in Höhe von mindestens **135,54 Euro** pro Monat. (Stand Januar 2023) So regelt es Paragraf 27b im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII).⁽⁵⁾ Der Betrag umfasst mindestens 27 Prozent der Regelbedarfsstufe eins. Der Regelbedarf wird gemäß Paragraf 28 SGB XII als Ergebnis bundesweiter Einkommens- und Verbrauchsstichproben ermittelt.⁽⁶⁾

RATGEBER

SGB XII im Alter: Sozialhilfe

[Mehr lesen](#)

Schonvermögen und Vermögen im Pflegeheim

Um den Eigenanteil für die Kosten im Pflegeheim zu decken, müssen die Bewohner auch ihr Vermögen in Form von Haus, Aktien und sonstigem Eigentum zur Bezahlung der Heimkosten verwenden, falls sie keine anderen finanziellen Rücklagen mehr haben. Was ihnen noch bleibt, ist das sogenannte Schonvermögen: Pflegebedürftigen steht ein **Schonbetrag von 10.000 Euro** (Stand: Januar 2023) zu, den sie nicht für die Finanzierung der Pflege verwenden müssen, der gleiche Betrag wird auch beim Ehepartner verschont. Besitzt der Pflegebedürftige eine Immobilie, die vom Ehepartner bewohnt wird, wird diese zum Schonvermögen gezählt – sofern sie als angemessen anzusehen ist.⁽¹¹⁾

Sozialhilfe und Sozialamt im Pflegeheim – Was tun, wenn Rente und Vermögen nicht reichen?

Die Kosten für einen Platz im Pflegeheim sind sehr viel höher als die [Pflegeleistungen](#) der Pflegeversicherung. Gut, wenn Ihre Rente für den Eigenanteil ausreicht. Übrigens: Ihre Rente müssen Bewohner – maximal bis auf ein Taschengeld von **135,54 Euro** (Stand Januar 2023) – zur Deckung der Heimkosten verwenden.

Ist **das Vermögen aufgebraucht und reicht die Rente nicht**, bleibt der Antrag auf [„Hilfe zur Pflege“](#), wie er in Paragraf 61 SGB XII formuliert wurde. Die Hilfe zur Pflege steht grundsätzlich jedem Pflegebedürftigen zu.⁽⁸⁾ Denn Sozialhilfe für den Eigenanteil für die Pflegeheimkosten in Anspruch zu nehmen ist nicht nur möglich, sondern oft auch unumgänglich.

RATGEBER

Hilfe zur Pflege

[Mehr lesen](#)

RATGEBER

Plötzlich Pflegefall – Was tun?

[Mehr lesen](#)



TIPP

Beantragen Sie rechtzeitig

Stellen Sie diesen Antrag auf Sozialhilfe im Pflegeheim unbedingt rechtzeitig. Nämlich bereits dann, wenn Sie absehen können, dass Ihre Rente oder Ihr eigenes Vermögen und Unterhaltsverpflichtung etwaiger Gatten/Kinder die Heimkosten nicht decken können. Die Hilfe zur Pflege wird nicht rückwirkend ausgezahlt, sondern erst, wenn das Sozialamt über die Bedarfslage informiert wurde.

Elternunterhalt im Pflegeheim: Wann müssen Kinder für ihre Eltern zahlen?

Wenn die Eltern pflegebedürftig werden und nicht genügend finanzielle Mittel aus Rente und Vermögen für den Heimplatz zur Verfügung stehen, springt das **Sozialamt** ein und verpflichtet gegebenenfalls die Kinder in Form des sogenannten **Elternunterhalts** zu Unterhaltszahlungen. Seit Inkrafttreten des Angehörigen-



Entlastungsgesetzes am 01.01.2020 gibt es dafür aber eine Einkommensgrenze: Nur Angehörige (Eltern oder Kinder) mit einem Einkommen von mehr als 100.000 Euro brutto im Jahr können für die Pflegeheim-Kosten herangezogen werden. Das Jahresbruttoeinkommen bezieht sich dabei auf ein einzelnes Kind. Vorhandenes Vermögen ist ausgeschlossen.⁽⁹⁾

Das Angehörigen-Entlastungsgesetz soll Angehörige (Eltern und Kinder) finanziell entlasten.

RATGEBER

Elternunterhalt » Wann Kinder zahlen müssen

[Mehr lesen](#)

Pflegekosten durch den Hausverkauf decken

Laut VDEK beträgt der durchschnittliche Eigenanteil, den pflegebedürftige Bewohner eines Heims selbst tragen müssen, im Jahr 2023 pro Monat 2.394 Euro.⁽¹²⁾ Wenn Vermögen und Rente zur Deckung dieser Ausgaben nicht ausreichen, ist der Verkauf des Eigenheims eine Option, auf die viele Menschen zurückgreifen müssen. Das verlangt oft auch das Sozialamt, wenn die Rente für den Eigenanteil nicht ausreicht.

Wird die Immobilie allerdings noch von Ehepartner, minderjährigen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen bewohnt, bleibt es verschont.

INFO



Schenkungen müssen gegebenenfalls rückgängig gemacht werden

Wenn der nun Pflegebedürftige innerhalb der letzten zehn Jahre Vermögenswerte per Schenkung an den Partner oder die Kinder übertragen hat, so müssen diese Schenkungen eventuell rückgängig gemacht werden.

BONUS

Ihre Packliste für den Einzug ins Pflegeheim

- ✓ Diese Dinge sollten Sie unbedingt mitnehmen
- ✓ Übersichtliche Auflistung
- ✓ Einfach ausdrucken und abhaken

[Packliste kostenlos erhalten](#)

Häufig gestellte Fragen

Wie hoch ist der Eigenanteil im Pflegeheim? ∨

Wer zahlt den Eigenanteil im Pflegeheim? ∨

Wer übernimmt die Pflegeheim-Kosten? ∨

Was passiert, wenn ich mein Pflegeheim nicht mehr bezahlen kann? ✓

Bekommen Pflegeheimbewohner Wohngeld? ✓

Wer hat Anspruch auf Wohngeld Plus? ✓

Wie hat Ihnen der Artikel gefallen?

★★★★★ 4.3 / 5 772 Bewertungen

Erstelldatum: 15.03.2016 | Zuletzt geändert: 19.05.2023

- (1) VDEK (2023): Finanzielle Belastung (Eigenanteil) einer/eines Pflegebedürftigen in der stationären Pflege nach Bundesländern
https://www.vdek.com/presse/daten/f_pflegeversicherung.html (letzter Abruf am 31.01.2023)
- (2) Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) - Soziale Pflegeversicherung - § 43 Inhalt der Leistung
www.gesetze-im-internet.de/sgb_11/___43.html (letzter Abruf am 31.01.2023)
- (3) Bundesregierung: Wohngeld Plus für zwei Millionen Haushalte (2023)
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland/wohngeldreform-2125018> (letzter Abruf am 18.01.2023)
- (4) Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) - Soziale Pflegeversicherung - § 82 Finanzierung der Pflegeeinrichtungen
www.gesetze-im-internet.de/sgb_11/___82.html (letzter Abruf am 21.12.2022)
- (5) BIVA Pflegeschutzbund: Wie viel „Taschengeld“ steht einem Bewohner im Pflegeheim zu? (2022)
<https://www.biva.de/aus-unserer-beratungsarbeit/wie-viel-taschengeld-steht-einem-bewohner-im-pflegeheim-zu/#:~:text=Der%20Barbetrag%20umfasst%20mindestens%2027,Voraussetzungen%20ist%20eine%20Erh%C3%B6hung%20m%C3%B6glich> (letzter Abruf am 21.12.2022)

weitere Quellenangaben ✓

Weiterlesen im Magazin

Interview

So setzen sich
Pflegeheimkosten
zusammen

INTERVIEW

Erstelldatum: 26. September 2019 | Zuletzt geändert: 27. September 2019

So setzen sich Pflegeheimkosten zusammen



In Deutschland werden die meisten Pflegebedürftigen zuhause von ihren Angehörigen versorgt. In vielen Fällen ist ein Umzug ins Pflegeheim aber eine gute Alternative. Doch was kostet das Leben in einem Pflegeheim und wie setzen sich diese Kosten genau zusammen? Rechtsanwältin Ulrike Kempchen vom Pflegeschutzbund BIVA spricht mit pflege.de über die Zusammensetzung der Pflegeheimkosten und macht deutlich, worauf Bewohner und ihre Angehörigen achten sollten.

Frau Kempchen, als Rechtsanwältin beim BIVA-Pflegeschutzbund setzen Sie sich für die Rechte von Pflegebedürftigen ein und sind Expertin im Heimrecht. Für viele Pflegebedürftige und Angehörige, die sich erstmals mit der stationären Versorgung auseinandersetzen, sind vor allem die Kosten unbekanntes Terrain. Mit welchen Ausgaben müssen Senioren bzw. deren Familien rechnen?

An sich gibt es fünf Komponenten:



Im Interview

Ulrike Kempchen
Rechtsanwältin

Ulrike Kempchen ist Rechtsanwältin, arbeitet seit 2010 bei der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen e.V. ([BIVA-Pflegeschutzbund](#)) und leitet seit 2014 den rechtlichen Bereich des Vereins. Sie ist Expertin zum Thema Heimrecht.

1. Kosten für die Pflege
2. Unterkunft
3. Verpflegung
4. Investitionskosten
5. Ausbildungskosten

Die Kosten für **Pflege, Unterkunft und Verpflegung (1, 2 und 3)** werden zwischen dem Leistungserbringer, also dem [Pflegeheim](#), und dem [Kostenträger](#), sprich den [Pflegekassen](#) und Sozialhilfeträgern, für die Betroffenen verhandelt. Von den verhandelten Pflegekosten sind die Zuschüsse der Pflegekassen je nach [Pflegegrad](#) des Betroffenen abzuziehen. Den Rest der anfallenden Pflegekosten zahlt der Pflegebedürftige selbst, ebenso wie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Die **Investitionskosten (4)** hängen hingegen stark von der Region ab. Sie sind z. B. in Nordrhein-Westfalen sehr hoch, während sie in den neuen Bundesländern im Verhältnis niedriger sind. Das hat vor allem mit dem Bau und der Entstehung der Einrichtung zu tun. Die Investitionskosten sind grundsätzlich von den Bewohnern selbst zu zahlen.

Die **Ausbildungskosten (5)** werden entweder auch mit den jeweiligen Landesbehörden verhandelt oder durch einen Umlagefonds finanziert. Auch sie sind von den Bewohnern zu tragen. Die durchschnittlichen Kosten für einen Heimplatz belaufen sich auf rund 3.500 Euro pro Monat. Das kann aber tatsächlich auch bis über 4.000 Euro hinaus gehen oder, wie in den neuen Bundesländern, darunter liegen.

Wer muss für die Kosten aufkommen, wenn die Rente des Pflegebedürftigen die Pflegekosten nicht deckt?

Bei vielen Menschen reicht die Rente nicht für einen Heimplatz aus. Es gibt dann die Möglichkeit der [Hilfe zur Pflege](#), bei welcher der Sozialhilfeträger die Kosten übernimmt. In Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gibt es zudem die Möglichkeit des Pflegewohngeldes, welches die Investitionskosten decken soll, wenn das eigene Einkommen bzw. Vermögen nicht dafür ausreicht.



Das Pflegewohngeld wird in der Regel von der stationären Pflegeeinrichtung selbst beantragt und dann auch direkt vom Sozialamt an das Pflegeheim gezahlt.

Ulrike Kempchen



Der Sozialhilfeträger schaut natürlich generell immer, ob er das Geld, welches im Rahmen von Hilfe zur Pflege gewährt wurde, wiederbekommen kann und geht dann im Rahmen des [Elternunterhalts](#) auf die Kinder zu. Die Einkommensgrenzen sind hier jedoch relativ hoch und es gibt Freibeträge.

Unterscheidet sich der zu leistende Eigenanteil je nach Pflegegrad des Bewohners oder bezahlen alle den gleichen Anteil?

Seit 2017 bezahlen alle Pflegebedürftigen den gleichen Eigenanteil im Pflegeheim. Die Kosten für die Pflege werden natürlich anhand des Pflegebedarfs kalkuliert. Mit steigendem Pflegebedarf steigen auch die Kosten, weil z. B. mehr Leistungen erbracht werden müssen und mehr Personaleinsatz erforderlich ist. Dadurch entstehen für Personen, die z. B. [Pflegegrad 4](#) haben, höhere Kosten als bei einer Person mit [Pflegegrad 2](#). Aber damit Personen, die ohnehin schon von einer schweren [Pflegebedürftigkeit](#) betroffen sind, nicht zusätzlich mit höheren Kosten belastet werden, hat man sich im Rahmen des [zweiten Pflegestärkungsgesetzes \(PSG II\)](#) für den **einrichtungseinheitlichen Eigenanteil** entschieden.

Das bedeutet, vereinfacht ausgedrückt, dass eine Art Mittelwert der Bewohner in dem Heim gebildet wird. Damit bezahlen nach Abzug des jeweiligen Zuschusses der Pflegeversicherung alle den gleichen Betrag für die Pflege. Das hat natürlich auch zur Folge, dass jemand mit Pflegegrad 2 im Verhältnis mehr für die Pflege bezahlt als jemand, der schwerstpflegebedürftig ist. Der Vorteil dabei: Ändert sich der Pflegebedarf, kann eine Leistungsanpassung einfacher erfolgen, weil sich der Eigenanteil nicht ändert.

Müssen Bewohner in einem Pflegeheim eine Mietsicherheit zahlen?

Grundsätzlich kann auch eine Pflegeeinrichtung eine Sicherheit verlangen. Die Einrichtungen wissen in der Regel aber, dass die Pflegeversicherung für einen Teil der Kosten aufkommt und der Rest über die Rente oder die Hilfe zur Pflege gedeckt wird. Von daher ist es eher unüblich, dass eine Kautions genommen wird. Diese Situation kommt eher in den hochpreisigen [Seniorenresidenzen](#) vor.

Darf der Betreiber die Heimkosten jederzeit erhöhen? Was sind die Voraussetzungen für eine Preiserhöhung?

Grundsätzlich kann jede Kostenkomponente erhöht werden, wenn sich die sog. Berechnungsgrundlage verändert, also wenn ersichtlich wird, dass die bis dato erhobenen Entgelte nicht ausreichen, um die bestehenden Kosten zu decken. Das bedeutet nicht, dass ein Betreiber die Kosten willkürlich erhöhen darf, aber es gibt auch keine Kappungsgrenzen. So kann es durchaus auch zu einer Entgelterhöhung von größerem Ausmaß kommen, wenn das gerechtfertigt ist.

Da die Entgelte für Pflege, Unterkunft und Verpflegung im Rahmen von Pflegesatzverhandlungen vereinbart werden, prüfen die Kostenträger die Angemessenheit der Veränderung. Hinsichtlich der Investitionskosten gibt es, wenn die Einrichtungen gefördert werden, nach Landesrecht ebenfalls Prüfbehörden, welche die Kosten genehmigen müssen.



Kommt es zu einer Erhöhung, gibt es immer ein Sonderkündigungsrecht. Deshalb müssen Entgelterhöhungen auch mindestens vier Wochen vorher angekündigt und begründet werden.

Ulrike Kempchen



In manchen Heimverträgen wird ein sog. Schuldbeitritt vereinbart. Damit verpflichtet sich der Angehörige, bei Forderungen des Heimbetreibers mit seinem Vermögen zu haften. Sollte ich als pflegender Angehöriger diese Erklärung unterschreiben?

Grundsätzlich sollte man wissen, dass man nicht dazu gezwungen werden kann, einen Schuldbeitritt zu unterschreiben. Die Frage ist jedoch, ob man den Heimplatz auch bekommt, wenn man diesen Beitritt nicht unterschreibt. Es gibt bestimmte Umstände, bei denen ein Schuldbeitritt „in Ordnung“ ist, z. B. wenn er auch wirklich in den Vertrag eingebettet und in der Höhe begrenzt ist. Aber es gibt auch viele Ausführungen, die nicht rechtens sind. Und da sollte man sich auch zwingend davor hüten, diese zu unterzeichnen und sich beraten lassen.

Bei einigen Verträgen wird zusätzlich eine Rentenüberleitung vereinbart, mit der die Rente des Bewohners direkt an das Pflegeheim übermittelt wird. Ist es empfehlenswert, diese abzuschließen?

Eine Rentenüberleitung ist für eine Einrichtung natürlich sehr praktisch, da diese sofort einen Teil des Entgeltes bekommt und man sich nicht selbst darum kümmern muss. Entweder reicht die Rente dann genau, um die Heimkosten zu begleichen oder die Rente reicht nicht aus und es wird geregelt, wer die Differenz bezahlt. Man sollte sich als Verbraucher oder Angehöriger immer fragen, ob man sich komplett in die Hände der Einrichtung begeben und seine eigenen Verhältnisse offenlegen möchte.

Wenn man vom Sozialhilfeträger unterstützt wird, ist es tatsächlich häufig so, dass die Rente automatisch an die Einrichtung geht. Dies bietet sich vor allem an, da sich Änderungen, wie z. B. Rentenanpassungen sofort widerspiegeln und es dann keine Probleme mit der [Sozialhilfe](#) gibt. Zahlt man die Differenz dagegen selber, ist es auch möglich und üblich, diesen Betrag vom Konto abbuchen zu lassen, ohne dass automatisch die Rente übergeleitet wird.

Vielen Dank für das Interview, Frau Kempchen.

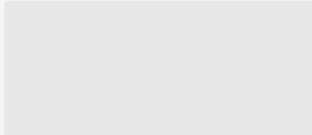
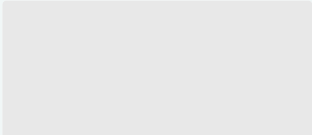
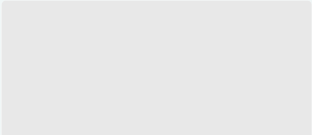
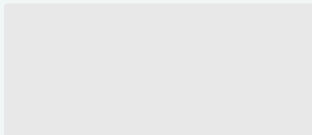
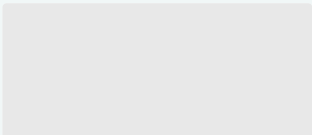
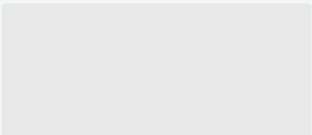
Erstelldatum: 26.09.2019 | Zuletzt geändert: 27.09.2019

Quellenangaben ^

- (1) Bildquelle
©istock.com/cigdemhizal

^ [Nach oben](#)

Das könnte Sie auch interessieren

 <p>Betreuungs- und Heimverträge Betreuungs- und Heimverträge: Tipps & Rat</p>	 <p>Badewanneneinsatz / Badewannenverkürzer Badewanneneinsätze: Infos & Modelle</p>	 <p>Urinalkondome Urinalkondome bei Inkontinenz</p>
 <p>Hebehilfen / Umsetzhilfen Hebehilfe oder</p>	 <p>Qualitätsprüfung von Heimen Bewertung von</p>	 <p>Inkontinenzmaterial Inkontinenzmaterial »</p>



Immer informiert mit dem pflege.de Newsletter

Profitieren Sie wie über 400.000 andere Abonnenten von exklusiven Inhalten und Informationen zur häuslichen Pflege.

E-Mail-Adresse *

Noch Fragen?

Erreichen Sie uns jederzeit per [E-Mail](#) oder auf [Facebook](#).
Wir helfen Ihnen gerne persönlich weiter.

Über pflege.de

Unternehmen

Karriere

Newsletter

Autoren & Experten

Partner und Presse

Presse

Affiliate-Programm

Unsere Partner

Kontakt

Datenschutzerklärung

Impressum

Pflichtangaben (HWG und Biozide)

AGB Partner



© 2023 web care LBJ GmbH

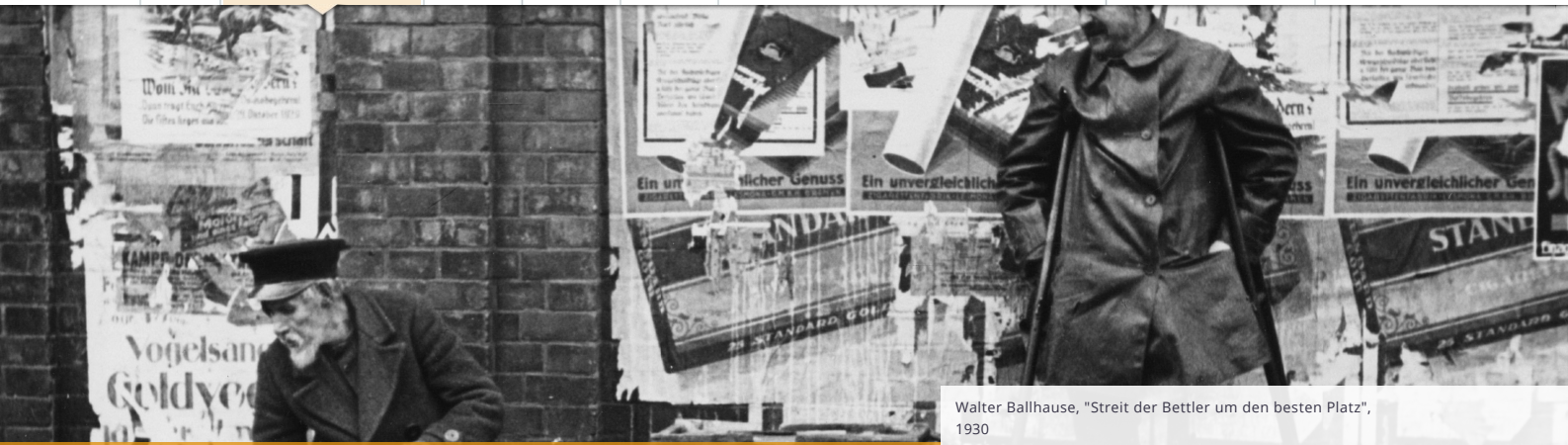
Pflege betrifft alle Menschen und somit auch jedes Geschlecht. Unser Ziel ist es, alle Menschen gleichermaßen anzusprechen. Damit Sie unsere Inhalte leichter lesen können, verzichten wir allerdings auf zusätzliche Satzzeichen für eine geschlechtergerechte Schreibweise. Alle personenbezogenen Bezeichnungen auf pflege.de sind somit als geschlechtsneutral zu verstehen.

[Inhaltsverzeichnis](#)



Onlinequelle 31

1. Weltkrieg	Weimarer Republik	NS-Regime	2. Weltkrieg	Nachkriegsjahre	Geteiltes Deutschland	Deutsche Einheit	Globalisierung
1914	1918	1933	1939	1945	1949	1989	2001



Walter Ballhaus, "Streit der Bettler um den besten Platz", 1930

> Weimarer Republik > Industrie und Wirtschaft
Die Weltwirtschaftskrise

Im Winter 1929/30 geriet Deutschland in den Strudel der sich aus dem [Zusammenbruch der New Yorker Börse](#) im Oktober 1929 entwickelnden Weltwirtschaftskrise. Der Kapitalstrom nach Deutschland versiegt, als die für die deutsche Wirtschaft so dringend benötigten ausländischen Kredite abgezogen wurden. In den USA und in Europa setzte sich zunehmend nationaler Protektionismus durch, das Welthandelsvolumen fiel von 1929 bis zum Tiefpunkt der Rezession 1932 um 25 Prozent. Der deutsche Warenexport sank in demselben Zeitraum von 13,5 auf 5,7 Milliarden Reichsmark, da der [Außenhandel](#) ebenso rapide zurück ging wie die Industrieproduktion des Deutschen Reichs, die um circa 40 Prozent fiel.

Firmenzusammenbrüche, Bankenschließungen und Massenarbeitslosigkeit waren die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Zwischen September 1929 und Anfang 1933 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland von 1,3 auf über sechs Millionen. Das Realeinkommen sank um ein Drittel, Armut und Kriminalität nahmen sprunghaft zu. Massenverelendung kennzeichnete in der Wirtschaftskrise das [Alltagsleben](#) breiter Bevölkerungsschichten. Die verbreitete Resignation und Verzweiflung vieler Millionen Menschen drückten [Walter Ballhaus](#) in seinen Fotografien und Karl Josef Weinmair (1906-1944) in seinen Grafiken eindrucksvoll aus. Hoffnungslosigkeit kennzeichnete die Lage der Dargestellten. Für ältere Menschen bestand keinerlei Hoffnung auf eine Anstellung. Auch jüngere Arbeitslose mussten jede Chance eines kleinen Verdienstes ergreifen, um dem gefürchteten sozialen Abstieg und der Obdachlosigkeit zu entgehen. Viele Menschen erkannten nur im Freitod einen Ausweg aus ihrer existenziellen Not. Andere versuchten, durch Heimarbeit, Hausieren und Tauschgeschäfte den täglichen Überlebenskampf zu gewinnen oder zogen als Straßenmusikanten von Haus zu Haus.

Deflationspolitik

Die dramatische Verelendung war auch eine Folge der harten Sparpolitik durch Reichskanzler [Heinrich Brüning](#) ([Zentrum](#)) als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise. Durchgesetzt wurde sie auf der Grundlage der vom Reichspräsidenten [Paul von Hindenburg](#) gewährten [Notverordnungen](#), wirtschaftspolitisch entsprach sie dem Konsens der Zeit. Es wurden etliche Steuern und Abgaben erhöht sowie neue Steuern eingeführt, öffentliche Ausgaben reduziert und eingestellt, Gehälter und Renten gekürzt, Versicherungsleistungen eingeschränkt. Die Regierung setzte zudem darauf, das Preisniveau in Deutschland herabzusetzen, um beispielsweise den Export von Waren zu stimulieren, mehr Devisen zu erwirtschaften und letztlich eine positive Konjunktorentwicklung zu bewirken. Dieser Plan ging nicht auf, der Export brach im Verlauf der Krise zusammen.

Staatskrise

Die allgemeine Katastrophenstimmung veränderte zunehmend die politischen Rahmenbedingungen. Aus der Wirtschaftskrise wurde eine Staatskrise. Mit Erfolg entfesselten die Gegner der Weimarer Republik von rechts und links eine beispiellose Agitation gegen die demokratische Ordnung. Der seit den Landtagswahlen 1929 eingesetzte Aufwärtstrend der [NSDAP](#) verstärkte sich mit den [Reichstagswahlen im September 1930](#) und, nach Brünings Entlassung, im [Juli 1932](#). Auch die [KPD](#) profitierte bei den Wahlen von der allgemeinen Missstimmung gegen die Weimarer Republik und ihrer Wirtschaftsordnung. Die liberale [DDP](#) als Vertreterin des parlamentarischen Systems hingegen versank in der politischen Bedeutungslosigkeit.

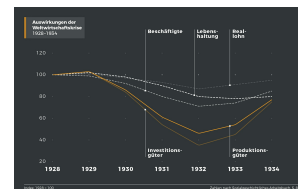


KAPITELÜBERBLICK

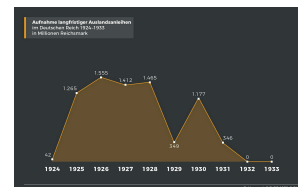
JAHRESCHRONIKEN



Walter Ballhaus: "Die Verzweifelte", 1932

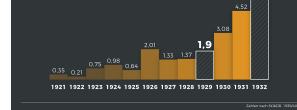


Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1928-1934



Auslandsanleihen 1924-1933





Arbeitslose in Deutschland 1921-1932

Walter Ballhause: Schlange von Arbeitslosen im Hof des Arbeitsamtes Hannover, Mai 1932

Oliver Schweinoch, Arnulf Scriba
© Deutsches Historisches Museum, Berlin
2. Dezember 2022
[Text: CC BY-NC-SA 4.0](#)

KAPITELÜBERBLICK

[Kontakt](#) [Impressum](#) 

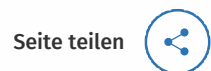


Onlinequelle 32

Bevölkerung

Ältere Menschen

Die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen ab 65 Jahren



Die zunehmende Zahl älterer Menschen in Deutschland ist ein wichtiger Faktor im demografischen Wandel. Ergebnisse der Bevölkerungsforschung zeigen, dass die Zahl der 65-Jährigen und Älteren seit 1991 von 12 Millionen auf 18,4 Millionen im Jahr 2021 deutlich gestiegen ist. Da jüngere Geburtsjahrgänge zugleich sinkende Personenzahlen aufweisen, stellen die ab 65-Jährigen im Zeitverlauf auch einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Er stieg von 15 % im Jahr 1991 auf 22 % im Jahr 2021.

Der demografische Wandel und die damit verbundene Alterung der deutschen Gesellschaft stehen seit längerem im Fokus von Öffentlichkeit und Politik. Auch in Zukunft wird der demografische Wandel eine gesellschaftliche Kernherausforderung in Deutschland sein. Dies stellt auch der [Sachverständigenrat zur Beobachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) in seinem Jahresgutachten für 2018/19 fest. Die Bevölkerungsentwicklung zeigt diese Alterung sehr deutlich: Während die gesamte Bevölkerung zwischen 1991 und 2021 um etwa 3 Millionen Personen gewachsen ist, ist die Zahl der 65-Jährigen und Älteren seit 1991 von 12 Millionen auf 18,4 Millionen im Jahr 2021 deutlich schneller gestiegen. Da jüngere Geburtsjahrgänge zugleich sinkende Personenzahlen aufweisen, stellen die ab 65-Jährigen im Zeitverlauf auch einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung. Er stieg von 15 % im Jahr 1991 auf 22 % im Jahr 2021.

Hochbetagte: Personen ab 85 Jahren

Eine besonders stark wachsende Gruppe älterer Menschen sind die Hochbetagten. Zu den Hochbetagten ab 85 Jahren zählten 1991 knapp 1,2 Millionen Menschen. Ihre Zahl stieg bis 2021 insgesamt auf 2,6 Millionen. Sie hat sich damit verdoppelt und wuchs relativ betrachtet deutlich stärker als die der älteren Menschen ab 65 Jahren insgesamt (+ 53 %).

Durch diese Veränderungen rücken ältere Menschen immer mehr in den Fokus von Politik und Gesellschaft, und Fragen zu ihrer Lebenssituation gewinnen an Bedeutung: Wie entwickelt sich die Erwerbstätigkeit älterer Personen? Wie verteilen sich die Geschlechter auf diese Bevölkerungsgruppe? Wie gestaltet sich das Zusammenleben älterer Menschen? Wie häufig leben sie in einer Partnerschaft? Mit wie vielen Generationen leben Ältere in einem Haushalt? Die Beiträge auf unserer Seite sollen diese und weitere Fragen aus Sicht der amtlichen Statistik beantworten.

Veränderungen der Altersstruktur und Sterblichkeit im

Pandemiejahre 2020 und 2021

Die Gruppe der älteren Menschen wuchs nach Angaben der Bevölkerungsfortschreibung in den Jahren 2020 und 2021 sowohl zahlenmäßig als auch anteilmäßig. Im Vergleich zu 2019 stieg die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren von rund 18 Millionen um 350 000 auf 18,4 Millionen, während die Gruppe der hochbetagten Personen ab 85 Jahren von 2,4 Millionen Menschen in 2019 um 250 000 auf 2,6 Millionen in 2021 anstieg.

Aufgrund des zunehmenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung wird derzeit von Jahr zu Jahr mit einer steigenden Zahl der Sterbefälle in Deutschland gerechnet. Durch den Effekt der Alterung und bei einem Anstieg der Lebenserwartung sind die Sterbefallzahlen vor Beginn der Pandemie jährlich um durchschnittlich 1 bis 2 % gestiegen. Mit dem Einsetzen der Pandemie änderte sich dies: Bereits 2020 war der Anstieg im Vergleich zum letzten Vorpandemiejahr 2019 stärker ausgeprägt (+5 %). Ausgehend von 2019 wäre für 2021 dann eine Sterbefallzahl von 960 000 bis 980 000 erwartbar gewesen, also ein Anstieg um 2 bis 4 %. Tatsächlich ist die Zahl der Sterbefälle von 2019 auf 2021 allerdings um 8 % gestiegen und die Lebenserwartung ist zurückgegangen (siehe Pressemitteilung Nr. 313 vom 26. Juli 2022).

Weiterführende Themen



Bevölkerungsstand



**Bevölkerungsvorausbe-
rechnung**



Haushalte und Familien



**Migration und Integrati-
on**



Geburten



**Sterbefälle und Lebens-
erwartung**



**Eheschließungen, Ehe-
scheidungen und Leben-
spartnerschaften**



Wanderungen



[ZURÜCK ZU: BEVÖLKERUNG](#)



Unsere Themen

[Themen](#)

[Methoden](#)

[Presse](#)

[Hilfe und Service](#)

[Über uns](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)


Folgen Sie uns!



[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

©  Statistisches Bundesamt (Destatis) | 2023



Onlinequelle 33

Armutsgefährdungsquote in Deutschland bis 2021

Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 05.05.2023

Im Jahr 2021 betrug die Armutsgefährdungsquote in Deutschland 16,6 Prozent. Im gleichen Jahr waren in Westdeutschland rund 16,3 Prozent der Menschen von [Armut](#) bedroht. In [Ostdeutschland](#) waren es rund 17,9 Prozent. Besonders hoch war die [Armutsgefährdungsquote im Bundesland](#) Bremen - hier lag sie bei 28 Prozent. Am wenigsten von Armut bedroht waren im gleichen Jahr die Menschen, die in Baden-Württemberg und Bayern lebten.

Was ist die Armutsgefährdungsquote?

Die Armutsgefährdungsquote ist laut Quelle ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und ist definiert als Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Es wird herangezogen, um die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen und ergibt sich aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird, der üblicherweise anhand der "neuen OECD-Äquivalenzskala" bestimmt wird. Die Armutsgrenze liegt bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten.

[Weniger anzeigen](#)

Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2021



Merkmal	Armutsgefährdungsquote
2021 ³	16,6%
2020 ²	16,2%
2019	15,9%
2018	15,5%
2017	15,8%
2016	15,7%
2015	15,7%
2014	15,4%

Merkmal



Armutsgefährdungsquote



2013	15,5%
2012	15%
2011 ¹	15%
2010	14,5%
2009	14,6%
2008	14,4%
2007	14,3%
2006	14%
2005	14,7%

Es werden die Daten 1 bis 17 angezeigt von insgesamt 17

© Statista 2023

[Kostenlos herunterladen](#)

Quelle

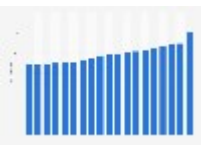
Weitere Infos

WEITERE STATISTIKEN ZUM THEMA

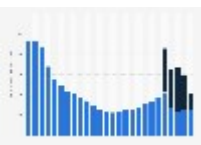
[Armut in Deutschland](#)



Empfänger von Arbeitslosengeld II/ Bürgergeld bis 2023



Höhe des Bürgergelds- bzw. Hartz-IV-Regelsatzes in Deutschland bis 2023



Anzahl der Wohnungslosen in Deutschland bis 2020



Empfänger von ALG II und Sozialgeld / Bürgergeld bis 2023

Mehr Statistiken zu diesem Thema

STATISTIKEN ZUM THEMA: ARMUT IN DEUTSCHLAND

Armutsquote und Armutsgefährdungsquote

8

Kinder- und Altersarmut

8

Soziale Mindestsicherung

8

Obdach- und Wohnungslosigkeit

8

Weitere verwandte Statistiken

18

Statista-Accounts: Zugriff auf alle Statistiken. **588 € / Jahr**

Preisdetails anzeigen

Erfahren Sie mehr über unseren **Professional Account**

Alle Inhalte, alle Funktionen.
Veröffentlichungsrecht inklusive.

Webinar vereinbaren

[Startseite](#)

[Über Statista](#)

[Karriere](#)

[Kontakt](#)

[Hilfe & FAQ](#)

[Fehler melden](#)

[Unsere Medienpartner](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

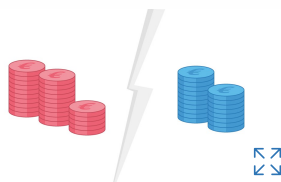
Onlinequelle 34

Presse

Gender Pension Gap: Alterseinkünfte von Frauen 2021 fast ein Drittel niedriger als die von Männern



Pressemitteilung Nr. N 015 vom 7. März 2023



- **Frauen ab 65 bezogen Alterseinkünfte von rund 17 800 Euro brutto im Jahr, Männer von rund 25 400 Euro**
- **Jede fünfte Frau ab 65 war armutsgefährdet, bei den Männern ab 65 waren es 17,5 %**
- **15 % der Frauen ab 65 durch Wohnkosten überbelastet, 11 % der gleichaltrigen Männer**

WIESBADEN – Frauen sind hinsichtlich ihres durchschnittlichen Einkommens schlechter gestellt als Männer – auch bei den Alterseinkünften. Nach den Ergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) 2021 bezogen Frauen, die 65 Jahre und älter waren, in Deutschland Alterseinkünfte in Höhe von 17 814 Euro brutto im Jahr. Bei Männern der gleichen Altersgruppe waren es 25 407 Euro brutto. Zu den Alterseinkünften zählen Alters- und Hinterbliebenenrenten und -pensionen sowie Renten aus individueller privater Vorsorge. Einkommensreferenzjahr ist das Vorjahr der Erhebung. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) aus Anlass des Internationalen Frauentages mitteilt, lag damit das geschlechtsspezifische Gefälle bei den Alterseinkünften, auch Gender Pension Gap genannt, bei 29,9 %. Die Alterseinkünfte von Frauen waren damit durchschnittlich knapp ein Drittel niedriger als die von Männern. **Die Ursachen für dieses Gefälle sind vielfältig:** So erwerben Frauen im Laufe ihres Erwerbslebens im Schnitt geringere Rentenansprüche, weil sie teilweise in schlechter bezahlten Branchen arbeiten als Männer. Frauen arbeiten zudem häufiger in Teilzeit, nehmen häufiger und längere Auszeiten für Care-Arbeit und sind seltener in Führungspositionen tätig.

Ohne Berücksichtigung von Hinterbliebenenrenten ist das Rentengefälle noch deutlich größer

Rund 29 % der Frauen ab 65 Jahren erhielten Alterseinkünfte aus einer Hinterbliebenenrente, sogenannte abgeleitete Ansprüche. Bei den Männern trifft dies auf nur gut 5 % zu. Werden diese abgeleiteten Ansprüche auf Altersversorgung, die von der Erwerbstätigkeit des Ehepartners beziehungsweise der Ehepartnerin abhängen, bei der Betrachtung ausgeklammert, resultiert ein noch höherer Gender Pension Gap von 42,6 %. Somit ist die geschlechtsspezifische „Rentenlücke“ größer, wenn nur die eigenen Ansprüche auf Altersversorgung betrachtet werden.

Jede fünfte Frau ab 65 Jahren gilt als armutsgefährdet

Aufgrund ihres geringeren Einkommens sind Frauen im Alter wesentlich häufiger armutsgefährdet als Männer. So fiel die Armutsgefährdungsquote bei Frauen ab 65 Jahren im Jahr 2021 mit 20,9 % höher aus als bei den gleichaltrigen Männern mit 17,5 %. Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. 2021 lag der Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 14 968 Euro netto im Jahr (1 247 Euro netto im Monat). Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen des Vorjahres herangezogen und nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) auf die Personen des Haushalts verteilt.

Frauen ab 65 häufiger durch Wohnkosten überbelastet als Männer

Auch von Wohnkosten sind Frauen ab 65 Jahren stärker belastet. 15,4 % der Frauen ab 65 Jahren lebten in Haushalten, die durch ihre Wohnkosten überbelastet sind. Das heißt, dass diese Haushalte mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgaben. Bei Männern derselben Altersgruppe betrug dieser Anteil nur 11,0 %.

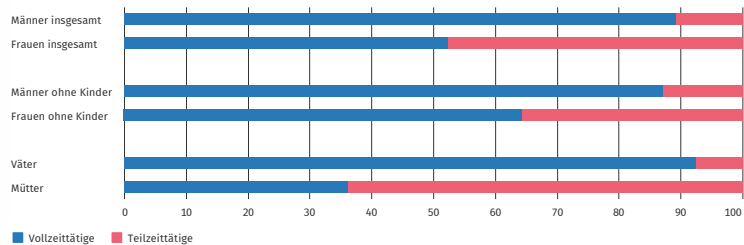
Auch der Anteil erheblich materiell und sozial deprivierter Personen war bei den Frauen der Altersgruppe ab 65 Jahren etwas höher (2,9 %) als bei den gleichaltrigen Männern (2,5 %). Diese Menschen können beispielsweise ihre Rechnungen nicht rechtzeitig zahlen, ihre Wohnung nicht angemessen heizen oder sind finanziell nicht in der Lage, unerwartet anfallende Ausgaben aus eigenen Mitteln zu bestreiten oder abgetragene Kleidungsstücke durch neue zu ersetzen.

Teilzeitquote bei Frauen fast fünfmal so hoch wie bei Männern

Auch bei den aktuell Erwerbstätigen ist für die Zukunft ein geschlechtsspezifisches Gefälle bei den Alterseinkünften zu erwarten. Dafür spricht unter anderem die unterschiedliche Teilzeitquote von Männern und Frauen. Hier schlagen sich Geschlechtsunterschiede besonders deutlich nieder: 2021 gingen nach Ergebnissen des Mikrozensus 47,4 % der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren einer Teilzeittätigkeit nach, aber nur 10,6 % der gleichaltrigen Männer. Bei Erwerbstätigen, die mit Kindern im gemeinsamen Haushalt leben, verstärkt sich dieser Unterschied: So betrug hier die Teilzeitquote bei Müttern 63,6 %, bei Vätern lediglich 7,3 %.

Voll- und Teilzeitquoten 2021

unter erwerbstätigen Männern und Frauen in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Auch unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger als Männer. Beim **Elterngeld** beispielsweise betrug der Väteranteil 2021 lediglich 25,3 %. Gleichzeitig war die von Männern angestrebte Bezugsdauer mit durchschnittlich 3,7 Monaten deutlich kürzer als die von Frauen mit 14,6 Monaten.

Methodische Hinweise:

Beim Gender Pension Gap wird die einzelne Person betrachtet, nicht der Haushalt als ökonomische Einheit. Rückschlüsse auf die tatsächliche Versorgungslage der älteren Frauen lassen sich vom Gender Pension Gap dementsprechend nicht ableiten.

Bei den Angaben zur Armutsgefährdung, zur Wohnkostenüberbelastung sowie zur materiellen und sozialen Deprivation handelt es sich um Ergebnisse der europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). EU-SILC ist die amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armutsgefährdung und Lebensbedingungen auf Bundesebene in Deutschland sowie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Erhebung ist in Deutschland seit dem Erhebungsjahr 2020 als Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert. Aufgrund der mit dieser Integration verbundenen umfangreichen methodischen Änderungen ist ein Vergleich der Ergebnisse ab Erhebungsjahr 2020 mit den Vorjahren nicht möglich.

Damit zwischen dem Ende des Erhebungsjahres und der Ergebnisbereitstellung möglichst wenig Zeit vergeht, werden seit dem Erhebungsjahr 2020 zunächst Erstergebnisse und mit einigem zeitlichen Abstand Endergebnisse veröffentlicht. Bei den hier erwähnten Ergebnissen für 2021 handelt es sich um Endergebnisse.

Ausführliche Informationen zu den methodischen Änderungen sowie deren Auswirkungen auf EU-SILC sind auf einer [Sonderseite](#) verfügbar.

Bei den Teilzeitquoten für Männer und Frauen sowie Mütter und Väter handelt es sich um Endergebnisse des Mikrozensus 2021 für die Bevölkerung in Familien beziehungsweise Lebensformen in Hauptwohnsitzhaushalten. Dargestellt sind die Ergebnisse für Männer und Frauen beziehungsweise Mütter und Väter im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Für Kinder gelten keine Altersbegrenzung. Daher können sich auch nur noch volljährige Kinder im Haushalt befinden.

Weitere Informationen:

Weitere Ergebnisse der Erhebung EU-SILC 2021 sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes auf den Themenseiten [Lebensbedingungen und Armutsgefährdung](#) sowie [Wohnen](#) veröffentlicht.



Kontakt
für weitere
Auskünfte

Pressestelle
Telefon: +49 611 75 3444

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Zum Thema

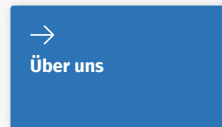
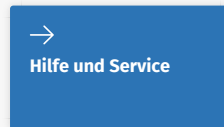
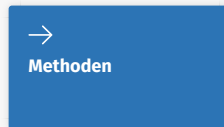
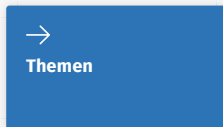
→ [Haushalte und Familien](#)

→ [Lebensbedingungen und Armutsgefährdung](#)

→ [Arbeitsmarkt](#)



Weiterführende Themen



[← ZURÜCK ZU: START SEITE](#)



Unsere Themen

[Themen](#)

[Presse](#)

[Über uns](#)

[Methoden](#)

[Hilfe und Service](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



[Im press-
um](#)

[Da ten-
schutz](#)

[In halts ver zeich-
nis](#)

© Statistisches Bundesamt (Destatis) 2023



Onlinequelle 35

Elternzeit in der DDR

Eine Studie zum Weltkindertag zeigt: Menschen, deren Eltern in der DDR von der Elternzeitverlängerung profitiert haben, sind im Erwachsenenalter zufriedener.

31.05.2021 · Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften · ifo Institut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. · News · Forschungsergebnis

Eine längere bezahlte Elternzeit in der DDR hat zu einer höheren Zufriedenheit der Kinder im Erwachsenenalter geführt. Das geht hervor aus einer Studie des ifo Instituts zum Weltkindertag. Die Autorinnen Katharina Heisig und Larissa Zierow beziffern den Anstieg der Lebenszufriedenheit auf 9,3 Prozent.

In der Studie analysierten Heisig und Zierow die in der Elternzeitforschung bisher unbeachteten Reformen der DDR in den Jahren 1976 und 1986, die das sogenannte „Babyjahr“ einführten. Damit wurde die bezahlte Elternzeit von 5 auf 12 Monate verlängert. Ab 1976 durften Mütter mit mehr als einem Kind das bezahlte Babyjahr nehmen. Ab 1986 konnten dies dann auch Mütter mit ihrem erstgeborenen Kind. „Die Zeitpunkte und die unterschiedlichen Antragsberechtigungen ermöglichen es uns, die Folgen einer verlängerten Elternzeit schätzen zu können“, sagen die Autorinnen.

Darüber hinaus heben sie die Besonderheiten in der DDR hervor, mit ihrer sehr hohen Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere von Müttern, sowie ihrem stark ausgebauten Krippenangebot. Dadurch ist das Alternativ-Szenario zur Elternzeit klar: „Wir vergleichen die Lebenszufriedenheit von Kindern, die ihre ersten 12 Lebensmonate zusammen mit ihrer Mutter verbracht haben, mit der Lebenszufriedenheit von Kindern, die nach dem 5. Lebensmonat in eine Krippe kamen, während ihre Mutter wieder arbeitete“, sagen die Autorinnen.

Den vollständigen Aufsatz von Katharina Heisig und Larissa Zierow mit dem Titel „Parental Leave and Long-term Life Satisfaction of Children – Quasi-experimental Evidence from Former East Germany“ finden Sie unter diesem [Link](#).

Publikation

Heisig, Katharina / Zierow, Larissa (2020): [Elternzeitverlängerung in der DDR: Langfristig höhere Lebenszufriedenheit der Kinder](#). Aus: ifo Dresden berichtet, 2020, 27, Nr. 2, 07-09.

Weitere Informationen und Kontakt

 [WWW.IFO.DE](http://www.ifo.de)

Onlinequelle 36



☰ Lange Wege der Deutschen Einheit

Kitas und Kindererziehung in Ost und West

Sabine Böttcher Ronald Gebauer
18.08.2020 / 14 Minuten zu lesen



Vollversorgung und Einflussnahme versus Unterangebot und konzeptionelle Vielfalt: Was unterschied die Kinderbetreuung in Ost und West? Und welche Herausforderungen gilt es heute gemeinsam zu meistern?



Kinder in einer Krippe in Frankfurt (Oder) sitzen an einem Tisch und essen. In den ostdeutschen Bundesländern dominiert die Ganztagsbetreuung mit sechs bis zehn Betreuungsstunden. (© dpa)

Zu den Inhalten springen

- ↓ **Ausgangspunkt 1989/1990: historische Einordnung**
- ↓ **Die Finanzierung der Kinderbetreuung**
- ↓ **Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und seine landesspezifische Ausgestaltung**
- ↓ **Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen**
- ↓ **Fazit**

Ausgangspunkt 1989/1990: historische Einordnung

Die Ausgangsfrage lautet: Wie gestaltete sich öffentliche (außerhäusliche) Kinderbetreuung in Ost- und Westdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung (1989/1990) und wie hat sie sich seitdem verändert?

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung unterschieden sich die Systeme der öffentlichen Kinderbetreuung in Ost- und Westdeutschland deutlich. In der alten Bundesrepublik gehörte die öffentliche Kinderbetreuung in den Sektor der Kinder- und Jugendhilfe. Sowohl politisch als auch gesellschaftlich wurde die Betreuung von Vorschulkindern vorrangig in der Privatheit der Familie verortet, Kinder wurden von den Müttern zu Hause betreut. Das System der öffentlichen Kinderbetreuung war deshalb nicht vergleichbar mit dem der DDR auf- und ausgebaut und verfolgte über die Betreuung und Beschäftigung der Kinder hinaus keinen offiziellen Auftrag. Trotzdem kennzeichnete die öffentliche Kinderbetreuung in der BRD schon damals eine höhere Träger- und Konzeptvielfalt.

Die Kosten für die Betreuung waren von den Eltern zu tragen. Eine Mittagsversorgung war eher selten, da das System der öffentlichen Kinderbetreuung in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur DDR – stark an einer Halbtagsbetreuung orientiert war. Die Mitarbeit und Mitsprache der Eltern war ausdrücklich erwünscht, in den Einrichtungen der Elterninitiativen, wie z.B. den Kinderläden, sogar Voraussetzung für die Aufnahme der Kinder.

In der DDR war die öffentliche Kinderbetreuung dem Bildungssektor zugeordnet und damit als unterste Stufe Bestandteil des staatlichen Bildungssystems. Sie hatte als staatliches Angebot für alle Eltern einen klar definierten Erziehungsauftrag, nämlich die Förderung der Ausbildung einer allseitig entwickelten, sozialistischen Persönlichkeit zu erfüllen und enthielt kein Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht der Eltern.

Die Kinderbetreuung in Krippen und Kindergärten war für die Eltern kostenfrei, sie hatten nur einen geringen Verpflegungsbeitrag zu tragen. Das System der öffentlichen Kinderbetreuung war auf die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit ausgerichtet, um Frauen fest als Arbeitskräfte ins Wirtschaftssystem integrieren zu können und sollte sich per Gesetz an den Arbeitszeiten der Mütter orientieren. So waren die Krippen und Kindergärten zumeist von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet und damit auf eine Ganztagsbetreuung ausgelegt.

Die Kindereinrichtungen waren vorrangig staatliche (86%) oder betriebliche Einrichtungen (12%), nur ein geringer Anteil von drei Prozent waren konfessionelle Einrichtungen [1]. Eine Konzeptvielfalt gab es aufgrund der staatlichen Aufgaben- und Umsetzungs festlegung nicht. Neben dem klaren Erziehungsauftrag und der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sollte das Kinderbetreuungssystem der DDR auch die Umsetzung des Rechtes

der Kinder auf sozialen Schutz, Bildung und Erziehung sowie auf Gleichstellung der Geschlechter in Familie und Beruf fördern.[2]

Mit der Wiedervereinigung fiel die vorher staatlich organisierte Kinderbetreuung der DDR in die Verantwortung der neuen ostdeutschen Länderregierungen. Die bis dahin auf dem Gebiet der DDR geltenden Rechtsvorschriften und der staatliche Erziehungs- und Bildungsauftrag entfielen.

Mit der Verordnung über Tageseinrichtungen für Kinder vom 18. September 1990 wurden einheitliche Rechtsvorschriften für die öffentliche Kinderbetreuung in Deutschland geschaffen. Mit dieser Verordnung wurde die öffentliche Kinderbetreuung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR aus dem Bildungsbereich herausgenommen und gesetzlich der Kinder- und Jugendhilfe zugeordnet.

Trotz dieser Zuordnung verfolgt das – seither gesamtdeutsche - System der Kindertagesbetreuung auch einen Bildungsansatz. Frühkindliche Bildung wird dabei als erste Stufe im deutschen Bildungssystem vor allem durch Kinderbetreuungsangebote in Verantwortung der jeweiligen Bundesländer umgesetzt. Gesamtgesellschaftlich betrachtet obliegen der Betreuung in Kindertagesstätten 4 verschiedene Funktionen [3]:

- eine Betreuungsfunktion, die vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer stärker an Bedeutung gewinnt;
- eine Erziehungsfunktion, die vor allem auf das Erlernen sozialer Normen in Gruppen abzielt;
- eine Bildungsfunktion, die für die Chancengleichheit von hoher Bedeutung ist und auch Inklusion frühzeitig fördern soll; sowie schließlich
- eine familien- und bevölkerungspolitische Funktion, die vor allem mit Blick auf die Entwicklung der Geburtenraten zu sehen ist.

Mit und nach der Wiedervereinigung kam es sowohl in den ost- als auch in den westdeutschen Bundesländern zu gravierenden Veränderungen im System der öffentlichen Kinderbetreuung.

Während in den westdeutschen Bundesländern – spätestens mit der Festschreibung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz im Jahr 1996 [4] bzw. 2013 [5] – ein deutlicher Ausbau der Kinderbetreuungsangebote erfolgte, standen in den ostdeutschen Bundesländern strukturelle und inhaltliche Veränderungen im Vordergrund. Strukturell dominierten in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung recht massive Schließungen von Kindereinrichtungen, vor allem aus zwei Gründen: Die Umstrukturierung, der Verkauf und der Konkurs vieler DDR-Konzerne und -Großbetriebe im Zuge der Abwicklung des DDR-Systems zogen auch die Schließung der jeweiligen betrieblichen Kindereinrichtungen nach sich. Zusätzlich bewirkte der massive Einbruch der Geburtenzahlen, auch verursacht durch den Weggang vieler junger Frauen aus Ostdeutschland, einen deutlichen Rückgang der Kinderzahlen, so dass kapazitätsbedingt Ende der 1990er Jahre weitere Schließungen von Kindereinrichtungen folgten. Mit der Stabilisierung der Geburtenziffern und dem wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern übersteigt seit einigen Jahren der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen die noch vorhandenen Kapazitäten (etwa in Berlin, Leipzig, Jena), und neue Kindereinrichtungen werden errichtet.

Die inhaltlichen Veränderungen im ostdeutschen Kinderbetreuungssystem gründen einerseits in der Loslösung vom staatlichen Erziehungsauftrag und einer relativen Freiheit in der Konzeptwahl in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. Sie wurden andererseits in den Jahren danach durch die Entwicklung, Einführung und Umsetzung länderspezifischer Bildungsprogramme für die Vorschulkindbetreuung in landesspezifische Bahnen gelenkt. Mit der Neuorientierung der öffentlichen Kinderbetreuung in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung ist auch eine Zunahme der Träger- und Konzeptvielfalt verbunden.

Die Finanzierung der Kinderbetreuung

In der DDR war die Kinderbetreuung für die Eltern kostenlos, nur für die Mittagsversorgung war ein geringer Beitrag (1,70 Mark/Tag Kinderkrippe, 0,35 Mark/Tag Kindergarten, 0,55Mark/Tag Schule) zu entrichten.[6] Nach der Wiedervereinigung wurden auch in den neuen Bundesländern für die Kinderbetreuung Elternbeiträge erhoben. In Westdeutschland war dies schon immer der Fall gewesen. Dort waren die anteiligen Kosten (und sind es teilweise heute noch) bei kommunalen Trägern häufig geringer als bei freien Trägern.

Die **Ausgaben der öffentlichen Haushalte** der Bundesländer für Kindertagesbetreuung, gemessen an ihrem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 1), lagen 2018 zwischen 0,6 Prozent (Bayern) und 1,4 Prozent (Brandenburg). Gegenüber 1995 haben sich diese Anteile in Westdeutschland verdoppelt und in Ostdeutschland um die Hälfte erhöht. Insgesamt ist der Anteil in den neuen Bundesländern fast durchweg höher als in den alten Bundesländern.

Die Finanzierung erfolgt vor allem über staatliche und kommunale Gelder, wobei sich die jeweiligen Beteiligungen und Anteile sehr unterscheiden. Die Beteiligung der Gemeinden in den Landkreisen der Flächenländer schwankt 2018 zwischen 51,4 Prozent (Bayern) und 74,4 Prozent (Hessen). Ost-West-Unterschiede gibt es nicht, der Anteil der Gemeinden an der Finanzierung liegt bei 58 Prozent. Gegenüber 1995 hat sich die Beteiligung bzw. die Anteilshöhe der beiden Finanzierungsträger unterschiedlich entwickelt. So gab es in Baden-Württemberg und Brandenburg keine Veränderungen (und in anderen Bundesländern Anteilsverschiebungen zu einer höheren staatlichen Beteiligung von über zehn Prozent (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz) bzw. über 20 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein). In den übrigen Bundesländern beträgt die Anteilszunahme weniger als zehn Prozent. Insgesamt ist die Anteilsverschiebung zu mehr staatlicher Beteiligung in Ostdeutschland deutlich stärker als in Westdeutschland.

In einigen Bundesländern werden auch die Zweckverbände an der Finanzierung beteiligt, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Der höchste Anteil liegt 2018 bei 0,6 Prozent (Baden-Württemberg).

Die **Elternbeiträge** für die Kinderbetreuung sind in Deutschland äußerst unterschiedlich, denn sie sind nicht bundeseinheitlich festgesetzt, sondern jede Gemeinde kann die Beitragshöhe und Kriterien für Beitragsfreiheit [7] selbst definieren. Sie sind abhängig von verschiedenen Faktoren, vor allem vom elterlichen Einkommen, von der Betreuungszeit und der Anzahl der (Geschwister-)Kinder, die pro Familie eine Kindertagesbetreuung einschließlich Hort besuchen. Eine Vergleichbarkeit ist nicht gegeben, da z.B. die Betreuungszeit stundenweise oder pauschal als Halb- oder Ganztagsbetreuung einberechnet wird. Darüber hinaus gibt es zwischen den Bundesländern verschiedene Regelungen zur Beitragsfreiheit von Geschwister-kindern oder im vorletzten und/oder letzten Kita-Jahr.

Zumeist richtet sich der Elternbeitrag nach dem Wohnort der Familie und nicht nach dem Betreuungsort bzw. Standort der Kindertageseinrichtung. Eine bundesweite Erfassung der Elternbeiträge und ihrer Bemessungskriterien gibt es nicht. Valide Aussagen über den Anteil der Elternbeiträge am Haushaltseinkommen sind daher schwierig. Für das Jahr 1996 wiesen Kreyenfeld u.a. (2000) [8] auf einen Anteil von zwei bis vier Prozent und zusätzlich darauf, dass das untere Einkommensfünftel mit 4,1 Prozent durch die Kinderbetreuungskosten fast doppelt so stark belastet ist wie das höchste Einkommensfünftel, bei dem der Anteil der Kinderbetreuungskosten am Haushaltseinkommen nur 2,3 Prozent beträgt. Auch wenn die Kinderbetreuungskosten heute für Familien mit niedrigerem Einkommen oder SGB II-Bezug durch das Jugendamt übernommen werden (können), ist die Haushaltbelastung durch die Kinderbetreuungskosten eher gestiegen als gesunken, wie auch die Ergebnisse von Bock-Famulla 2014 unterstreichen: Gemittelt über das gesamte Bundesland lag der Anteil am Haushaltseinkommen 2014 zwischen neun Prozent (Berlin) und 27 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.[9]

Auch der Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten [10] der Finanzierung ist sehr unterschiedlich. So lag er z.B. im Jahr 2016 [11] bei sechs Prozent in Berlin und bei 34 Prozent in Sachsen-Anhalt. Gegenüber 2005 verzeichnen alle Bundesländer mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Reduzierung des Anteils der Elternbeiträge an den Gesamtkosten zwischen 0,4 Prozent (Brandenburg) und 9,9 Prozent (Nordrhein-Westfalen). In Thüringen stieg der Anteil um acht und in Sachsen-Anhalt um 11,5 Prozent.

Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Kinderbetreuung 1995-2018 und Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten 2005-2016

Angaben in Prozent

	Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Kinderbetreuung am Bruttoinlandsprodukt				Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten		
	1995	2005	2018	Veränderung 1995 - 2018	2005	2016	2016 zu 2005
Baden-Württemberg	0,3	0,4	0,7	0,4	17,2	16,5	-0,70
Bayern	0,4	0,4	0,6	0,2	18,6	15,8	-2,80
Berlin	0,0	0,9	1,3	1,3	11,0	6,0	-5,00
Brandenburg	1,4	0,9	1,4	0,0	17,4	17,0	-0,40
Bremen	0,2	0,4	0,9	0,7	14,6	-	-
Hamburg	0,0	0,4	0,7	0,7	15,8	6,6	-9,20
Hessen	0,4	0,4	0,8	0,4	20,4	13,8	-6,60
Mecklenburg-Vorpommern	0,6	0,8	1,2	0,6	24,9	21,2	-3,70
Niedersachsen	0,4	0,4	0,8	0,4	25,8	15,9	-9,90
Nordrhein-Westfalen	0,4	0,5	0,8	0,4	11,7	9,6	-2,10
Rheinland-Pfalz	0,5	0,6	1,0	0,5	13,1	-	-
Saarland	0,3	0,4	0,7	0,4	16,2	-	-
Sachsen	0,5	0,8	1,2	0,7	17,1	13,2	-3,90
Sachsen-Anhalt	0,6	0,8	1,3	0,7	22,2	33,7	11,50
Schleswig-Holstein	0,2	0,3	1,0	0,8	27,4	20,8	-6,60
Thüringen	1,0	0,8	1,0	0,0	16,9	24,9	8,00

Die Evaluation des ifo-Instituts [12] zu den Auswirkungen der staatlichen Mitfinanzierung des Kinderbetreuungssystems kommt zu dem Schluss, dass einerseits sowohl die Arbeitsmarktbeiträge der Mütter positiv gefördert wird als auch Mütter mit Betreuungsplatz mehr verdienen als Mütter ohne Betreuungsplatz und sich andererseits die Kosten fast vollständig refinanzieren, da den einzusetzenden Kosten für die Kinderbetreuung höhere staatliche Einnahmen durch höhere Rückflüsse aus Lohnsteuer und Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteilen an der Sozialversicherung sowie geringere Ausgaben für die Existenzsicherung von Familien im SGB II-Bezug entgegenzustellen sind.

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und seine landesspezifische Ausgestaltung

Der seit 1996 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab drei Jahren wurde 2013 auf Kinder ab einem Jahr ausgeweitet. Die Ausgestaltung und Umsetzung dieses Rechtsanspruchs ist Ländersache. Die länderspezifischen Regelungen variieren zum Teil erheblich. Einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab der Geburt hat nur Sachsen-Anhalt.[13]

Mit den garantierten Betreuungsstunden pro Tag werden in den länderspezifischen Regelungen – durchaus traditionell bedingte – Unterschiede sichtbar: So dominiert in den ostdeutschen Bundesländern die Ganztagsbetreuung mit sechs bis zehn Betreuungsstunden und in den westdeutschen Bundesländern eine eher an der traditionellen Halbtagsbetreuung orientierte Betreuungsgarantie über vier bis sieben Stunden pro Wochentag.[14]

Eine Mittagsversorgung wird nicht in allen Kindertageseinrichtungen angeboten, wie Abbildung 1 illustriert. Bei der Mittagsversorgung zeigt sich abermals der ursprüngliche, traditionelle Zielansatz öffentlicher Kinderbetreuung und mit Ausnahme Hamburgs wird die regionale Ost-West-Trennung sichtbar. In Baden-Württemberg erhalten nur 38 Prozent der Kinder ab 3 Jahren in den Kindereinrichtungen eine Mittagsversorgung, der niedrigste Wert deutschlandweit, in Mecklenburg-Vorpommern sind es fast 100 Prozent.



Keine Mittagsversorgung heißt zumeist, dass die Kinderbetreuungsangebote vor dem Mittagessen enden bzw. erst nach dem Mittag beginnen oder über die Mittagszeit unterbrochen werden. Solche Kinderbetreuungsangebote erschweren Erwerbstätigkeit und erfordern entweder eine Beschäftigung in kurzer Teilzeit oder ein unterstützendes familiäres Netz zur angrenzenden Kinderbetreuung, welches zumeist von den Großeltern getragen wird [15].

Abbildung 1: Kinder mit Mittagsversorgung in Kindertageseinrichtungen 2017 (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Eine niedrigstündige Betreuungsgarantie ohne Mittagsversorgung und insbesondere die Unterbrechung der Betreuungszeit über die Mittagszeit schränken die Möglichkeiten von Müttern auf eine Erwerbstätigkeit extrem ein und begrenzen damit auch erheblich die Gleichstellung der Geschlechter im Arbeits- und Familienleben. Ein solches Betreuungsangebot muss heute als nicht vereinbar mit einer regulären Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt eingeschätzt werden.

Große Unterschiede zeigen sich auch in den aktuellen Finanzierungsregelungen für die Eltern: In Hamburg und Berlin werden alle Kinder ab einem Jahr gebührenfrei betreut, in Rheinland-Pfalz Kinder ab 2 Jahren, in Hessen, Niedersachsen und Bremen (seit August 2019) Kinder ab 3 Jahren. Das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung ist für Eltern in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen kostenfrei, zum Teil auch im Saarland. In Sachsen-Anhalt müssen Gebühren nur für das jeweils älteste in Krippe und Kita betreute Kind gezahlt werden, in Mecklenburg-Vorpommern sind Geschwisterkinder gebührenfrei und im Freistaat Sachsen entstehen keine Kosten ab dem dritten betreuten Kind einer Familie. Langfristig strebt auch Schleswig-Holstein eine Beitragsfreiheit an. Keine landesweite Beitragsfreiheit planen nach aktuellem Stand Baden-Württemberg und Bayern.

Das Gute-Kita-Gesetz 2019 will als Bundesgesetz die Verbesserung der Kindertagesbetreuung auf Landesebene erreichen. Es ist als "Instrumentenbaukasten"[16] aufgebaut und umfasst zehn Handlungsfelder, aus denen die Bundesländer die für sie wichtigsten auswählen können. Die Handlungsfelder sind:

- 1 "Bedarfsgerechte Angebote" zur besseren Betreuung von Kindern und Familien,
- 2 "Gute Betreuungsschlüssel" für mehr Zeit für das Kind,
- 3 "Qualifizierte Fachkräfte" zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Berufswahl, Ausbildung und Praxisalltag,
- 4 "Starke Kitaleitung" zur Verbesserung der Ausbildung, Weiterbildungsangebote und Zeitstruktur im Arbeitsalltag von Leitungspersonal,
- 5 "Kindgerechte Räume" zur kreativitäts-, bewegungs- und entspannungsfördernden Gestaltung der Betreuungsräume,
- 6 "Gesundes Aufwachsen" zur Förderung ausgewogener Ernährung, mehr Bewegung und Gesundheitsbildung,
- 7 "Sprachliche Bildung",
- 8 "Starke Kindertagespflege" zur Verbesserung der professionellen Qualifizierung und der Arbeitsbedingungen von Tagesmüttern und -vätern,
- 9 "Netzwerk für mehr Qualität", um Akteure vor Ort einzubinden und Kooperationen zu fördern sowie
- 10 "Vielfältige pädagogische Arbeit" zur Entwicklung, Umsetzung und Förderung passgenauer, individueller kindbezogener Maßnahmen.

Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt auch in dem erstmalig, eben durch die Gesetzesform unterstrichenen nachhaltigen Bekenntnis der Bundesregierung, dass gute Kinderbetreuung und die davon abhängende gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht allein Ländersache sind.

Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen

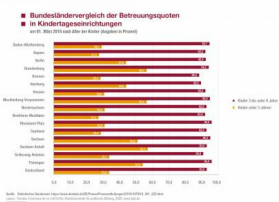


Abbildung 2: Bundesländervergleich der Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen am 01. März 2018 nach Alter der Kinder (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Am 1. März 2018 besuchten deutschlandweit 34 Prozent der unter 3-jährigen Kinder und 93 Prozent der Kinder ab 3 Jahren eine öffentliche Kinderbetreuungseinrichtung (Abbildung 2). Der vergleichende Blick auf die Bundesländer offenbart zum Teil deutliche Unterschiede, die einerseits den unterschiedlichen traditionellen Prägnungen folgen und andererseits die zunehmende Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie bzw. Kinderbetreuung und Beruf auch in den westdeutschen Bundesländern unterstreichen. So markieren die Unterschiede in der Betreuung unter 3-jähriger Kinder die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. In der Betreuung der Kinder ab 3 Jahren ist diese klare Trennung zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr zu erkennen. Mit Ausnahme von Bremen und Hamburg besuchen in allen Bundesländern mehr als 90

Prozent letzterer Altersgruppe eine Kindertageseinrichtung. Somit kann für die Tagesbetreuung der 3- bis unter 6-jährigen Kinder deutschlandweit (fast) von einer außerhäuslichen Vollbetreuung gesprochen werden.

Der Blick auf die Entwicklung seit dem Jahr 2006 [17] offenbart (Abbildung 3), dass es – gemäß den Prognosen Anfang der 90er Jahre – zu einer Angleichung der **Kinderbetreuungsquoten der ab 3-Jährigen** zwischen Ost- und Westdeutschland gekommen ist: Die westdeutsche Kinderbetreuungsquote ist deutlich gestiegen (+15 % seit 2006) und hat mit 93 Prozent im Jahr 2018 die ostdeutsche Betreuungsquote von 94 Prozent nahezu erreicht.

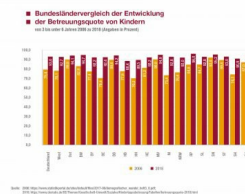


Abbildung 3: Bundesländervergleich der Entwicklung der Betreuungsquote von Kindern von 3 bis unter 6 Jahren 2006 zu 2018 (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Bei den unter 3-Jährigen (Abbildung 4) zeigt sich diese Angleichung der Betreuungsquoten zwischen Ost- und Westdeutschland nicht. Zwar sind auch hier die Betreuungsquoten deutschlandweit gestiegen, aber zu einer Angleichung ist es aufgrund der deutlichen Steigerungen in Ostdeutschland (noch) nicht gekommen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind groß und lassen sich nicht mehr allein mit traditionellen Familien- und Erziehungsbildern erklären.



Abbildung 4: Bundesländervergleich der Entwicklung der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren 2006 zu 2018 (Grafik zum Download)

In allen ostdeutschen Bundesländern wird 2018 mehr als jedes zweite Kind unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung betreut. Deutschlandweit am höchsten ist die Betreuungsquote mit 57 Prozent im Freistaat Sachsen. Gegenüber 2006 ist hier die Betreuungsquote mit 17 Prozent auch am stärksten gestiegen. In Westdeutschland bewegen sich die Betreuungsquoten für Kinder dieser Altersgruppen zwischen 27 Prozent in Nordrhein-Westfalen, dem deutschlandweit niedrigsten Wert, und 44 Prozent in Hamburg und Bremen. Die stärkste Zunahme der Betreuungsquote findet sich mit 26 Prozent in Niedersachsen, gefolgt von 25 Prozent in Schleswig-Holstein.

Die Daten zeigen auf, dass die Mehrheit der Kinder, die 2017 eine Kindereinrichtung besuchen, mehr als fünf Stunden täglich in den Einrichtungen verbringen, die jüngeren unter ihnen zum Teil sogar länger als die älteren Kinder, u.a. ein möglicher Hinweis für einen größeren Vereinbarkeitsbedarf von Familie und Beruf bei den Eltern, für eine höhere Erwerbsquote der Mütter.

Die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit in Deutschland beträgt für 39 Prozent der unter 3-Jährigen 45 und mehr Stunden pro Woche, d.h. (über) 9 Stunden täglich. Bei den 3- bis 6-Jährigen überwiegt mit 38 Prozent eine Betreuungszeit von mehr als 25 und weniger als 35 Stunden wöchentlich, was einer Zeit von 6 bis unter 7 Stunden pro Tag entspricht.

Der Blick auf die vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten der einzelnen Bundesländer (Abbildung 5) offenbart einerseits, dass insbesondere in den westdeutschen Bundesländern Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein die unter 3-jährigen Kinder deutlich länger die Kindertageseinrichtungen besuchen als die 3-jährigen und älteren Kinder. In den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind die Unterschiede deutlich geringer und in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen besuchen sie weniger lange die Kindertagesstätten als die ab 3-Jährigen. Andererseits wird auch eine sehr unterschiedliche Struktur der Betreuungszeiten sichtbar, die insbesondere durch das Angebot an Öffnungszeiten der Kindertagesstätten beeinflusst wird. Lange Betreuungszeiten von mehr als 7 Stunden überwiegen in Berlin und allen

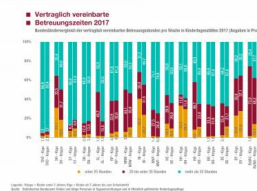


Abbildung 5: Vertraglich vereinbarte Betreuungszeiten 2017 (Grafik zum Download) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

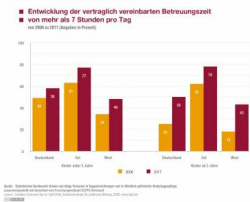


Abbildung 6: Entwicklung der vertraglich vereinbarten Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden pro Tag ([Grafik zum Download](#)) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](#)

Die Entwicklung der vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten von mehr als 7 Stunden pro Tag von 2006 zu 2017 (Abbildung 6) zeigt eine deutliche Zunahme dieser langen, fast an einer Vollarbeitszeit orientierten Betreuungszeit sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.

Das Angebot an Kindertagesbetreuung entspricht nicht dem Bedarf, der von den Eltern angezeigt wird, wie der nachfolgende Vergleich zwischen Betreuungswunsch und Betreuungswirklichkeit des Ländermonitors Frühkindliche Bildung der Bertelsmann Stiftung verdeutlicht.

Deutschlandweit verweisen 12 Prozent der Eltern von unter 3-jährigen und 3 Prozent der Eltern von Kindern ab 3 Jahren auf einen aktuell nicht befriedeten

Betreuungsbedarf. Während sich die Betreuungsbedarfe

der ab 3-Jährigen zwischen Ost- und Westdeutschland kaum unterscheiden, sind sie bei den unter 3-Jährigen in Ostdeutschland mit 7 Prozent fast nur halb so groß wie in Westdeutschland mit 13 Prozent.

Aufschlussreich ist auch der Vergleich zwischen den Bundesländern; Deutlich sichtbar sind große Differenzen zwischen Betreuungsbedarf und -Wirklichkeit für alle Kinder im Vorschulalter in Bremen und in Schleswig-Holstein. Bremen verzeichnet die größte Differenz sowohl bei den unter 3-jährigen als auch bei den ab 3-jährigen Kindern. Für Schleswig-Holstein werden der dritthöchste Bedarf bei den jüngeren und der zweit-höchste Bedarf bei den älteren Vorschulkindern angezeigt. Nachfolgend zeigen sich deutliche Bedarfe für unter 3-Jährige auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie bei den ab 3-Jährigen im Freistaat Bayern.

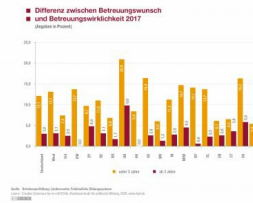


Abbildung 7: Differenz zwischen Betreuungswunsch und -Wirklichkeit 2017 ([Grafik zum Download](#)) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](#)

Fazit

Seit der Wiedervereinigung hat sich öffentliche oder außerhäusliche Kinderbetreuung in Ost- und Westdeutschland stark verändert. Ursächlich für diese Veränderungen sind neben dem Systembruch, der zu einer inhaltlichen und strukturellen Umgestaltung des ostdeutschen Kinderbetreuungssystems führte, auch die steigenden Bedarfe westdeutscher Eltern nach ganztägigen Betreuungsangeboten. Diese zunehmende Nachfrage nach ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten in Westdeutschland gründet sich vor allem auf einer gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen und damit verbunden wachsenden Erwartungen einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Selbstverständlichkeit, mit der für ostdeutsche Frauen mehrheitlich eine eigene Erwerbstätigkeit neben dem Kinderwunsch steht, und ihre damit verbundene wirtschaftliche Unabhängigkeit hat Veränderungen in der Einstellung westdeutscher Männer und Frauen sowohl zur Frauenerwerbstätigkeit als auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewirkt. Diese Entwicklung wird ausführlicher im Artikel "Nachholende Modernisierung im Westen: Der Wandel der Geschlechterrolle und des Familienbildes" beleuchtet).

Quellen / Literatur

Fußnoten



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0 - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](#)" veröffentlicht.
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.
[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)

< Vorheriger Inhalt



Der Wandel an den Hochschulen seit 1990 in Ostdeutschland ☆

Nächster Inhalt >



Nachholende Modernisierung im Westen: Der Wandel der Geschlechterrolle und des Familienbildes ☆



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

Onlinequelle 37



☰ Datenreport 2021

Übergang in Altersrente bei Frauen in Ost- und West-deutschland

Tino Krickl Tatjana Mika
10.03.2021 / 3 Minuten zu lesen



Frauen der Geburtsjahrgänge 1941 bis 1951 hatten die Möglichkeit, ab 60 die sogenannte Altersrente für Frauen zu beziehen und damit auch ohne vorangehende Arbeitslosigkeit früher aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Die Frühverrentung war daher für Frauen, wenn sie ab dem 40. Lebensjahr überwiegend erwerbstätig waren, hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten leichter zugänglich als für Männer. Für die Geburtsjahrgänge ab 1952 wurde diese Rentenart abgeschafft (siehe [Abbildung 4](#)).

In Westdeutschland zeigt sich im Geburtsjahrgang 1941 eine Zweiteilung. Fast die Hälfte der Frauen nahm eine Rente in Anspruch, die längere Versicherungszeiten erfordert, davon der größte Teil die Altersrente für Frauen. Die andere Hälfte (44 %) konnte dagegen nur eine späte Regelaltersrente beantragen. Die Rente für schwerbehinderte Menschen spielte mit einer Inanspruchnahme von 5 % eine geringe Rolle. Im Vergleich der Geburtskohorten bis 1951 stieg der Anteil der Frauen, die nur die Voraussetzungen für die späteste Rentenart erfüllen, sogar noch an und erreichte beim Jahrgang 1946 mehr als die Hälfte (52 %), um dann wieder leicht abzunehmen. Mit der Ausweitung der Kindererziehungszeiten wurde die Schwelle für die Wartezeit von fünf Jahren für die Regelaltersrente von noch mehr westdeutschen Frauen erfüllt, sodass es in den erstmals beschiedenen Renten mehr Fälle von Frauen gab, die in ihrem gesamten Leben sehr wenig oder gar nicht erwerbstätig waren. Deshalb gibt es einen stabilen Anteil von Frauen, die ausschließlich die Regelaltersrente in Anspruch nehmen können. Auf der anderen Seite konnte beinahe jede vierte Frau in Westdeutschland (24 %) im Geburtsjahrgang 1952 eine Versicherungsbiografie von 45 oder mehr Jahren nachweisen und damit die Rente für besonders langjährig Versicherte beziehen.

In Ostdeutschland wurde die frühe Verrentungsmöglichkeit durch die Altersrente für Frauen im Geburtsjahrgang 1941 von fast allen Frauen (89 %) in Anspruch genommen. Nur jeweils etwa 5 % nahmen in diesem Jahrgang die Rente für schwerbehinderte Menschen oder die Regelaltersrente in Anspruch. Für die nachfolgenden Jahrgänge ist die Altersrente für Frauen mit mehr Abschlägen berechnet worden und wurde damit zunehmend unattraktiver. Damit stieg der Anteil von Frauen, die eine Rente für langjährig Versicherte anstreben, die ihnen nach 35 Versicherungsjahren zur Verfügung steht. Zugleich erhöhte sich auch der Anteil von Frauen, die die Regelaltersgrenze als späteste Option wählen, auf etwa ein Fünftel. Mit der Einführung der Rente für besonders langjährig Versicherte wird auch erkennbar, wie viele Frauen in Ostdeutschland 45 Versicherungsjahre und mehr aufweisen können. Mit der Abschaffung der Altersrente für Frauen wird dem Geburtsjahrgang 1952 die früheste Altersrente genommen. In der Folge stieg der Anteil der Frauen, die nach 45 und mehr Versicherungsjahren als besonders langjährig Versicherte ohne Abzüge in Rente gehen, auf über ein Drittel. Ein weiteres Drittel der Frauen dieses Jahrgangs konnte 35 Versicherungsjahre für die Rente für langjährig Versicherte vorweisen. Durch die Reformen wurde im Ergebnis erreicht, dass vor allem Frauen des Geburtsjahrgangs 1952 in Ostdeutschland länger auf die Altersrente warten, aber auch seltener Abzüge für vorzeitige Rente in Kauf nehmen mussten.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0 - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](#)" veröffentlicht. Autor/-in: Tino Krickl Tatjana Mika für bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 38



Menü

Startseite > Politik > Deutschland > Ostdeutsche erhalten im Schnitt 12.000 Euro wen



Mehr Arbeit, weniger Geld

Ostdeutsche erhalten im Schnitt 12.000 Euro weniger als Kollegen im Westen

Im Jahr 2020 verdienten Beschäftigte in Ostdeutschland im Schnitt 12.000 Euro weniger als ihre Kollegen im Westen – trotz höherer Wochenarbeitszeit. Allerdings sind nach wie vor die Kosten für die Lebenshaltung in den neuen Bundesländern niedriger.

24.01.2022, 11.55 Uhr



Beschäftigte in den ostdeutschen Bundesländern haben im Jahr 2020 rund 12.000 Euro weniger als Beschäftigte in westdeutschen Bundesländern erhalten. Das geht aus einer Antwort des Statistischen Bundesamtes auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervor, über die die Zeitungen der Funke-Mediengruppe berichten.


Demnach verdienten ostdeutsche Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Jahr 2020 durchschnittlich 39.462 Euro brutto und erhielten im Schnitt 2642 Euro an Sonderzahlungen. In den Bundesländern der früheren Bundesrepublik erhielten die Beschäftigten demnach 48.974 Euro brutto und 5096 Euro an Sonderzahlungen.

ANZEIGE

WERBUNG



Lebenshaltungskosten in den alten Bundesländern niedriger als Ostdeutschland

Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland im Schnitt noch niedriger als im Westen. Nach einer Übersicht des [Statistischen Bundesamtes](#)  hatte ein privater Haushalt im Jahr 2020 in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) Lebenshaltungskosten von 2155 Euro im Monat, in den alten Bundesländern waren es 2600 Euro.

ANZEIGE



Der Hybridbrief: Das Beste aus zwei Welten

Einfach, günstig, klimafreundlich: digitale Erstellung der Briefe, mit klassischer Auslieferung durch den Postboten.

Während die Haushalte im Westen Deutschlands für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Bekleidung nur geringfügig mehr ausgaben als die Menschen im Osten, unterschieden sich die Kosten für Wohnraum deutlich. Schlugen letztere in den alten Bundesländern durchschnittlich mit 967 Euro pro Haushalt und Monat zu Buche, waren es in den neuen Bundesländern 757 Euro.

Lohngefälle nimmt kaum ab

Damit verdienten Beschäftigte in Ostdeutschland im Schnitt 11.967 Euro weniger als die Beschäftigten in Westdeutschland. Zugleich war die bezahlte durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Osten im Jahr 2020 mit 38,6 Stunden höher als im Westen mit 37,9 Stunden. Im Vor-Pandemiejahr 2019 war die Differenz den Daten zufolge mit 12.354 Euro noch größer, der Arbeitszeitunterschied lag bei 0,5 Stunden (39,6 Stunden im Osten und 39,1 Stunden im Westen).

Die Linke forderte eine Angleichung der Löhne. "Mehr arbeiten und deutlich weniger verdienen? Die Unterschiede zwischen Ost und West sind inakzeptabel", sagte der Linken-Fraktionschef **Dietmar Bartsch** (63) den Funke-Zeitungen. Er fordert gleichwertige Lebensverhältnisse und Leistungsgerechtigkeit ein. "Ostdeutsche kommen deutlich zu kurz. Das muss sich dringend ändern", mahnte Bartsch. **m**

rei/AFP

Feedback

Outbrain ▶

ANZEIGE



testsieger-geldanlagen.com

Festgeld 4,45% p.A - inkl. Einlagensicherung

ANZEIGE



Hausfrage

Solar-Experte: Das ist der teuerste Fehler, den Sie machen können

ANZEIGE



RAID: Shadow Legends

Bist Du über 46 Jahre alt? Dann ist dieses Spiel ein Muss!

ANZEIGE



Care by Volvo

Einen Volvo online abonnieren. Nur eine transparente Monatsrate.

ANZEIGE



AQON Pure Entkalkungsanlage ohne Salz

Kampf dem Kalk: Neuartige Lösung bei Kalk im Leitungswasser

Nachhaltige Logistik
Schritt für Schritt zum Klima-

ANZEIGE



Champion

Nachhaltigkeit gewinnt in der Logistikbranche zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Händle...



Moderner Briefversand

Emissionsvermeidung durch Insetting

Mit sogenannten Hybridbriefen bietet die Deutsche Post Geschäftskunden eine klimafreundliche Alternative zum klassischen Briefversand – dank GoGreen Plus eine echte Innovation im deutschen Postmarkt.

Vor dem G7-Gipfel

G7 und EU wollen russische Gas-Pipelines dauerhaft stilllegen

Vor dem G7-Gipfel in Japan ist ein zentrales Thema bereits durchgesickert: Die dauerhafte Sperrung russischer Gas-Pipelines. Zum ersten Mal seit Beginn des Ukrainekriegs wollen die G7- und EU-Staaten Sanktionen beschließen, die auf Moskaus Gasexporte abzielen.



Finanzielle Zeitenwende

Schuld sind Putin und die Boomer

Wall Street Premier

Diese KI-Aktie wird die Lebensmittelbranche revolutionieren

ANZEIGE

Urlaub in Österreich

Das Pitztal in Österreich: Perfekte Bergfreiheit

Mehr vom manager magazin

Eine neue Weltordnung

Joe Bidens globale Vision ist zu zaghaft und pessimistisch

Produktion mit russischem Öl

EU will Umgehung der Russland-Sanktionen durch Indien unterbinden

Der Indien-Hype

"Diese Euphorie ist höchst gefährlich"

ANZEIGE

www.globus-baumarkt.de

Aktuelle Knallerangebote bei Globus Baumarkt, jetzt online bestellen!

[Jetzt kaufen](#)

ANZEIGE

AQON Pure Entkalkungsanlage ohne Salz

Kalk im Wasser: Wann sich Enthärtungsanlagen lohnen

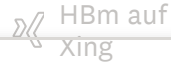
ANZEIGE

Brutto-Netto-Rechner
Kurzarbeitergeld-Rechner

Börse
Wirtschaftsbücher
Versicherungen

Bücher bestellen
Ferientermine
Gutscheine
Reisegepäck
Spiele

DER SPIEGEL
The Economist



Wo Sie uns noch folgen können

m+ **1 Monat für 0,99 Euro**



Onlinequelle 39

Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas

13.04.2022 / 8 Minuten zu lesen



In den vergangenen Jahren ist der Anteil von russischen Gaslieferungen nach Deutschland im Verlauf gestiegen. Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist eine verstärkte Debatte um die Abhängigkeit von Gasimporten entstanden.



In der Verdichterstation in Mallnow wird das Erdgas der Pipeline „Jagell“ nahe der deutsch-polnischen Grenze verdichtet. Solche Verdichterstationen sind nötig, um den Druck konstant und das Erdgas transportfähig zu halten. (© picture-alliance, dpa/dpa-Zentralbild | Patrick Pleul)

Hinweis

Zu den Inhalten springen

- ↓ Gas als einer der wichtigsten Energieträger in Deutschland
- ↓ Energieversorgung in Deutschland
- ↓ Gasimporte bereits aus der Sowjetunion
- ↓ Keine amtlichen Zahlen zu deutschen Gasimporten
- ↓ Bau der Nord-Stream-Pipelines
- ↓ Gasexporte als politisches Druckmittel
- ↓ Debatte um Gas-Embargo
- ↓ Mehr zum Thema

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat am 30. März die Frühwarnstufe für den so genannten "Notfallplan Gas" ausgerufen. Demnach treten nun erste Vorsorgemaßnahmen in Kraft. Gasversorger und Betreiber der Leitungen werden etwa verpflichtet, regelmäßig die Lage einzuschätzen. Vonseiten der Gashändler und -lieferanten sowie Leitungsbetreibern sollen marktbasierende Maßnahmen wie der Rückgriff auf Gasspeicher oder die flexible Beschaffung eingeleitet werden. Noch greift der Staat aber nicht ein. Ein "Krisenteam Gas", das aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie der Bundesnetzagentur, des Marktgebietsverantwortlichen Gas und der Fernleitungsnetzbetreiber besteht, tagt nun täglich. Unterstützt wird es von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer.

Grund für die Ausrufung der Frühwarnstufe ist die Sorge vor einer Eskalation mit Russland, die die Versorgungssicherheit gefährden könnte. Vorangegangen war die Ankündigung der russischen Regierung, bei Gaslieferungen nur noch die Bezahlung in Rubel zu akzeptieren. Aus Sicht des BMWK stellt dies ein Bruch der bestehenden Lieferverträge dar. Bereits am 28. März hatten die G7-Staaten erklärt, Gaslieferungen weiterhin in Euro oder Dollar zu bezahlen. Russland besteht auf eine Zahlung in Rubel. Der russische Präsident Putin erklärte, er habe ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Die Bundesregierung stellte klar, dass Gaslieferungen nur in westlichen Währungen bezahlt werden, prüft nun aber, ob der von Russland angebotene Weg auch den geltenden Richtlinien entspricht.

Was ist der Notfallplan Gas?

Gas als einer der wichtigsten Energieträger in Deutschland

Erdgas zählt neben Mineralöl zu den wichtigsten Energieträgern für den deutschen Primärenergieverbrauch und wird hierzulande vor allem für die Wärmeversorgung genutzt. Parallel zu den befürchteten Importengüssen steigen auch die Verbraucherpreise für Gas, denn importiertes Erdgas war im Februar 2022 dreieinhalb Mal so teuer wie ein Jahr zuvor. Ein Grund dafür war das einsetzende Wirtschaftswachstum in vielen Regionen der Welt nach den pandemiebedingten Einbrüchen in den Jahren 2020 und 2021 und der folgenden raschen Erholung der Wirtschaft. Zusätzlich verschärfte der geringe Füllstand der deutschen Gasspeicher die Lage – Anfang April lag er bei rund 27 Prozent. Der Krieg in der Ukraine hat die Preise noch einmal ansteigen lassen.

Energieversorgung in Deutschland

Die deutsche Bruttoenergieerzeugung betrug im [Jahr 2021 insgesamt 579 Milliarden Kilowattstunden](#). In Deutschland werden laut Umweltbundesamt (UBA) etwa 29 Prozent des Primärenergieverbrauchs inländisch gewonnen. Primärenergie bezeichnet die Energie, die direkt in Energieträgern vorhanden ist und noch nicht – etwa in Strom – umgewandelt wurde. Hierzulande entfielen von der Bruttoenergieerzeugung 59 Prozent auf konventionelle Energieträger und 41 Prozent auf erneuerbare Energien.

■ Primärenergieverbrauch

Anteil der Energieträger in Deutschland 2021

Grafik: bpb • Quelle: AG Energiebilanzen e. V. • [Daten](#) • [Grafik herunterladen](#)



Erdgas soll laut dem Bundeswirtschaftsministerium einen klimaschonenden Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien ermöglichen, da sie im Vergleich zu anderen Energieträgern weniger CO₂-Emissionen verursachen. Steinkohle hat laut Berechnungen des UBA beispielsweise einen um [40 Prozent höheren CO₂-Faktor](#) als Erdgas. Nach dem bereits 2011 beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft bietet die Verwendung von Erdgas nach Ansicht der Bundesregierung die Möglichkeit, auch den Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Kohle zu vollziehen. Diesen will sie [laut Koalitionsvertrag](#) "idealerweise" bis 2030 durchsetzen, gesetzlich festgelegt ist der Ausstieg bis spätestens 2038. Zudem kommt Gas bei der Energieversorgung eine besondere Rolle zu: Während die Erzeugung von Wind- und Solarenergie von äußeren Umständen abhängig ist, die tagesbedingt sehr unterschiedlich ausfallen können, werden Gaskraftwerke rund um die Uhr betrieben. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, da sie die so genannte "Grundlast" im deutschen Stromnetz garantieren – also die Mindestmenge an Strom, die zu jeder Tageszeit nachgefragt wird.

Gasimporte bereits aus der Sowjetunion

Die BRD importierte bereits während des Kalten Krieges Erdgas aus der Sowjetunion. Trotz des Widerstandes der US-Regierung unter Ronald Reagan, unterzeichnete die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) 1980 ein Abkommen über eine langfristige wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit. Kurze Zeit später begannen Verhandlungen über ein erstes Pipelineprojekt. Obwohl Reagan sich unter Androhung eines US-Embargos auf Technologielieferungen entschieden gegen die Pipeline stellte, gab es nach langen Verhandlungen schließlich eine Einigung. Die westeuropäischen Regierungen hatten Kompromissbereitschaft gezeigt, indem sie beispielsweise die Reduktion der Rohrleistung und eine restriktivere Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion zusagten. Ende der 1980er-Jahre deckten sowjetische Importe bereits etwa die [Hälfte des Gasbedarfs der BRD](#).

Keine amtlichen Zahlen zu deutschen Gasimporten

[Zwar gab es über die Jahre Schwankungen](#)

, in den vergangenen zehn Jahren ist die Abhängigkeit von russischem Gas jedoch gestiegen. Russland profitierte nicht zuletzt von dem Anstieg des deutschen Erdgasbedarfs. Die Datenlage ist bei Erdgas-Importe allerdings weniger transparent als beispielsweise bei Erdöl, für das ein Gesetz die Meldung der Im- und Exporte vorsieht. Zwar erheben das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und die Bundesnetzagentur Daten zu Erdgaslieferungen, diese würden laut einer Recherche des Bayerischen Rundfunks aber teilweise auf freiwilligen Angaben der Gasunternehmen basieren.

Im Jahr 2007 lag der Anteil der russischen Gasimporte laut dem Mineralölkonzern BP bei 43 Prozent. Bis 2015 kletterte der Anteil auf 45 Prozent und liegt heute bei über der Hälfte des deutschen Bedarfs. Gleichzeitig ist die Gesamtimportmenge an Erdgas stetig gewachsen, von etwa 84 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2007 auf 102 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2020. Deutschland selbst verfügt nur über minimale Gasreserven, lediglich fünf Prozent des deutschen Verbrauchs wird durch einheimische Produktion gedeckt. Damit ist die Bundesrepublik abhängig von Importen. Russische Lieferungen deckten 2020 etwa 55 Prozent des deutschen Gasimports. Mit weitem Abstand dahinter folgen Norwegen und die Niederlande als Energielieferanten.

■ Erdgasimporte (ohne Flüssiggas)

Von diesen Ländern bezog Deutschland Erdgas im Jahr 2020

Von dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Bundesnetzagentur existieren keine amtlichen Zahlen, daher wird auf Zahlen des britischen Ölkonzerns BP zurückgegriffen. Grafik: bpb • Quelle: BP • [Daten](#) • [Grafik herunterladen](#)



Bau der Nord-Stream-Pipelines

Die Bundesregierung hat über Jahre bewusst auf Russland als einen der Hauptenergielieferanten für Deutschland gesetzt. Im Jahr 2005 unterzeichnete die Regierung aus SPD und den Grünen unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) eine Absichtserklärung für den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 1. Die Trasse sollte durch die Ostsee führen und direkt russisches Gas nach Deutschland leiten. Im Jahr 2011 wurde Nord Stream 1 in Betrieb genommen. Die Große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vereinbarte 2015, ein Jahr nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, den Bau einer weiteren Pipeline auf der Ostsee-Trasse: Nord Stream 2. Im gleichen Jahr kaufte der staatliche russische Energiekonzern Gazprom rund ein Viertel der deutschen Erdgasspeicher von dem Chemiekonzern BASF. Dazu gehörte auch der größte deutsche Erdgasspeicher im niedersächsischen Rehden, der eine zentrale Bedeutung für die Krisenvorsorge hat. Da der Kauf über eine deutsche Tochterfirma erfolgte, [erklärte das damals von der SPD geführte Bundeswirtschaftsministerium](#), dass es für die Übernahme keinen Prüfungsbedarf gegeben habe.

Gasexporte als politisches Druckmittel

International wurde besonders der Bau der Nord-Stream-Pipelines kritisiert. Bis dato wurden russische Gasexporte über Pipelines abgewickelt, die durch das Territorium anderer osteuropäischer Länder führten wie zum Beispiel Polen oder die Ukraine. Abgeordnete in diesen Ländern sahen in den Nord-Stream-Projekten deswegen auch ein geopolitisches Druckmittel gegen ihre eigenen Länder.

Viele Staaten, die selbst nur im geringen Maße Erdgas fördern können, sind besonders stark auf russisches Erdgas angewiesen. Dazu zählen etwa Finnland, die baltischen Länder, Ungarn, die Slowakei, Tschechien und Österreich. Im Schnitt bestreiten die EU-Staaten knapp 40 Prozent ihres Erdgasverbrauchs durch Importe aus Russland. Allerdings macht Erdgas in Ländern wie Finnland nur fünf Prozent des Primärenergieverbrauchs aus. In Deutschland liegt dieser Wert bei 27 Prozent, was die Abhängigkeit erhöht.

■ Russische Exporte 2020 (ohne Flüssiggas) in Milliarden Kubikmeter

Von dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und der Bundesnetzagentur existieren keine amtliche Zahlen, daher wird auf Zahlen des britischen Ölkonzerns BP zurückgegriffen.
Grafik: bpb • Quelle: BP • [Daten](#) • [Grafik herunterladen](#)



Der Kreml hat Erdgasexporte bereits häufiger als politisches Druckmittel gegen andere Länder eingesetzt. Die bislang schwerste Krise entstand infolge der Orangen Revolution in der Ukraine und der Hinwendung des Landes zum Westen. Uneinigkeiten bei einem Anschlussvertrag zwischen der Ukraine und Russland führten zur Einstellung der Gaslieferungen an die Ukraine im Januar 2009. Da die Ukraine ein wichtiges Transitland für Gaslieferungen ist, kam es vor allem in südosteuropäischen Staaten Bulgarien, Moldau und Serbien zu erheblichen Engpässen. Unter Vermittlung der Bundesregierung und der EU konnte der Gasstreit Ende Januar beigelegt werden – vor dem Hintergrund der Drucksituation sehen Expertinnen und Experten darin einen unvorteilhaften Gasvertrag für die Ukraine.

Debatte um Gas-Embargo

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich eine Debatte um ein Embargo gegen Gasimporte aus Russland entwickelt. Befürworterinnen und Befürworter eines Embargos sagen, dass Russland durch die Einnahmen aus den Rohstoffexporten den Krieg mitfinanziere. Die Bundesregierung lehnt ein schnelles Embargo bisher ab, unter anderem auch deswegen, weil dadurch der Energiebedarf für die deutsche Industrie gefährdet sei. Dies könnte letztlich auch zu einem "Wohlstandsverlust" führen, wie Finanzminister Christian Lindner (FDP) sagte. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) plädiert dafür, die Bundesrepublik schrittweise unabhängig von russischem Gas zu machen.

Parallel arbeitet die Bundesregierung daran, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Bereits jetzt sei der Anteil der Importe aus Russland laut Bundeswirtschaftsministerium auf 40 Prozent gesunken. Wirtschaftsminister Habeck sagte Ende März, dass ein vollständiger Ausstieg aus russischem Erdgas bis Sommer 2024 gelingen könnte. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte Ende Februar angekündigt, Flüssiggasterminals (Liquefied Natural Gas-Terminals) bauen lassen zu wollen. Diese sogenannten LNG-Terminals sollen eine Gasversorgung abseits des bestehenden, mit gasförmigen Erdgas belieferten russischen Pipelinenetzes möglich machen, indem flüssiges Erdgas aus anderen Staaten nach Deutschland importiert werden kann. Für den Export soll flüssiges Gas, das für die Verflüssigung auf minus 162 Grad Celsius heruntergekühlt werden muss, mit Schiffen in deutsche Häfen gebracht werden. An den mobilen LNG-Terminals können sie entladen und weiterverteilt werden. Bislang ist Deutschland auf die LNG-Terminals der Nachbarstaaten wie den Niederlanden, Frankreich oder Belgien angewiesen. Die Verflüssigung des Erdgases ist energieintensiver als das Pipeline-Gas, da Emissionen bei Verflüssigung, Transport und Regasifizierung anfallen.

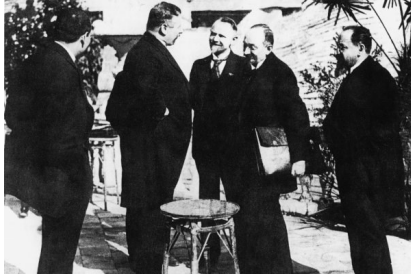
Wirtschaftsminister Habeck hat indes eine langfristige "Energiepartnerschaft" mit Katar angekündigt. Das Land ist einer der größten Flüssiggasexporteure der Welt, steht aber gleichzeitig wegen der dortigen Menschenrechtslage in der Kritik. Zuvor war bereits das Genehmigungsverfahren für die Pipeline Nord Stream 2 gestoppt worden.

Mehr zum Thema

- [Nord Stream 2 vorerst gestoppt](#)
- [Donbas-Konflikt/Ukrainisch-Russische Energiebeziehungen/Interview Oleh Senzow](#)
- [Roland Götz: Analyse: Die "Lex Nord Stream 2": Ein energierechtliches oder außenpolitisches Projekt?](#)

■ *Korrekturhinweis: Im Teaser haben wir die Formulierung "stetig" durch "im Verlauf" ersetzt, da es Schwankungen in den Importmengen aus Russland gegeben hat.*

< Vorheriger Inhalt



Vor 100 Jahren: Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo ☆

Nächster Inhalt >



Das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen ☆

Weitere Inhalte



Ukraine

Erdgastransit und Stromsektor

 ☆

Die Infrastruktur für Gas- und Stromversorgung in der Ukraine wird sich in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Die aktuellen Ukraine-Analysen zeigen auf, welche Folgen daraus entstehen können.



Länder-Analysen

Erdgashandel

 ☆

Ein Viertel des deutschen Energiebedarfs wird mit Erdgas gedeckt, was zu großen Teilen aus Russland stammt. Die aktuellen Russland-Analysen befassen sich damit, welche Auswirkungen dieses Verhältnis...



Themenseite

Krieg in der Ukraine

 ☆

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen Krieg gegen die gesamte Ukraine. Hier finden Sie fortlaufend ergänzt ausgewählte Angebote der bpb zum Thema.



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Sitemap](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



Onlinequelle 40



HINTERGRUND Umstellung bei Energiequellen

Woher Deutschland nun sein Gas bekommt

Stand: 23.08.2022 14:04 Uhr

Deutschland bezieht viel weniger russisches Erdgas als noch vor einem halben Jahr. Ein anderes Land ist inzwischen größter Lieferant. Woher kommt mittlerweile das Gas - und wie wird es künftig sein?

Von Notker Blechner, tagesschau.de

Ob Norwegen, Katar, Israel oder die Niederlande - seit Wochen befinden sich deutsche Politiker, allen voran Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, und deutsche Energiemanager auf "Shopping-Tour". Sie suchen händeringend nach alternativen Energielieferanten, um den anhaltend hohen Gasbedarf zu decken und das russische Erdgas zu ersetzen. Die Bundesregierung will in der Energiekrise mehrere Milliarden Euro in die Hand nehmen, um die negativen Folgen der stark reduzierten russischen Gaslieferungen so weit wie möglich zu kompensieren.

Laut dem "Dritten Fortschrittsbericht Energiesicherheit" kamen Ende Juni noch 26 Prozent des von Deutschland importierten Erdgases aus Russland. Durch die mehrtägige Wartung von Nord Stream 1 und die neuerliche Gasdrosselung ist der

Anteil inzwischen sogar auf unter zehn Prozent gefallen. Vor dem Ukraine-Krieg waren es noch mehr als 50 Prozent. Die weggefallenen russischen Mengen wurden zuletzt durch höhere Liefermengen aus Norwegen und den Niederlanden ausgeglichen.



FAQ 27.07.2022

Russland verknappt Energie

Was sind die Folgen der Gasdrosselung?

Norwegen liefert viel mehr Gas als Russland

Nach neuesten Statistiken hat Norwegen mittlerweile Russland als größten deutschen Gasimporteure abgelöst. Im August kletterte der Anteil auf 38,3 Prozent. Das geht aus den Zahlen des Verbands der Europäischen Fernleitungsnetzbetreiber für Gas ENTSOG und der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber FNB hervor.



Dieses Element enthält Daten von 23degrees.io. Sie können die Einbettung solcher Inhalte auf unserer [Datenschutzseite](#) blockieren.

Seit dem Sommer hat Norwegen seine Lieferungen ausgeweitet. "Mittlerweile macht Norwegen einen Anteil von rund 26 Prozent der europäischen Gasnachfrage aus und füllt damit die Lücke an russischem Gas", sagt Energie-Analyst Andreas Schröder von ICIS. Auch nach Deutschland liefere Norwegen etwas mehr als zuvor. "Der Anteil an allen deutschen Gasimporten lag zuletzt im Juli bei etwa 40 Prozent", hat Schröder ermittelt. "Norwegen liefert nach Europa gegenwärtig so viel wie es die Produktionskapazitäten hergeben", erklärt Andreas Goldthau, Experte für Energiesicherheit an der Uni Erfurt.

Niederlande zweitgrößter deutschen Gaslieferant

Die drittichtigste Gasquelle Deutschlands waren bislang die Niederlande. Laut ENTSOG steuerten sie im Juni 21,2 Prozent des hiesigen Gasbedarfs bei. Im August ist - aufgrund der reduzierten russischen Gasmengen in Nord Stream 1 - der Anteil weiter gestiegen auf 24,1 Prozent. Damit sind die Niederlande zum zweitichtigsten Herkunftsland deutscher Gasimporte aufgestiegen.



27.07.2022

Nord Stream 1

Russland drosselt Gasfluss auf 20 Prozent

Die Niederlande könnten theoretisch die Fördermengen in Groningen noch stärker erhöhen, sagt Experte Goldthau. Allerdings sei dies politisch (noch) nicht durchzusetzen, da es großen Widerstand in der Bevölkerung gebe. Das einst größte Gasfeld der Welt in Groningen nahe der deutsch-niederländischen Grenze sollte eigentlich ab dem Herbst dieses Jahres nicht weiter betrieben werden, weil es in der Region nach Bohrungen vermehrt zu kleinen Erdbeben und Schäden an Häusern gekommen ist. Wegen des Energienotstands hat die Regierung in Den Haag den Betrieb nun aber verlängert. Das Groninger Feld soll nun mindestens bis

zum Oktober 2023 laufen.

Darüber hinaus bezieht Deutschland einen kleinen Teil seines Erdgases auch aus Belgien. Das über Grenzübergangspunkte importierte Erdgas kann aber oft nicht eindeutig einzelnen Herkunftsländern zugeordnet werden. Grund dafür ist die teilweise enge Vermaschung des europäischen Pipelinenetzes, wodurch sich die Erdgasarten unterschiedlicher Herkunft vermischen, heißt es vom Verband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft BDEW.

Nur fünf Prozent des deutschen Gases wird hier produziert

Aus Deutschland selbst kommt kaum noch Gas. Die heimische Gasproduktion wurde deutlich heruntergefahren - wegen zu Ende gehender Vorräte und immer aufwändigerer Genehmigungsverfahren. Waren es 2001 noch 21 Prozent, sind es jetzt nur noch gut fünf Prozent des Gasverbrauchs in Deutschland, die hierzulande gefördert werden. Derzeit wird diskutiert, ob und wie der Anteil erhöht werden kann. So gibt es Pläne, in der Nordsee ein neues Feld anzuzapfen. Die Ampelkoalition in Berlin hat sich aber gegen eine weitere Exploration der Nordsee ausgesprochen. Der von manchen Experten empfohlene verstärkte Einsatz von Fracking stößt in der Politik ebenfalls auf Widerstand.

Mittelfristig liegt das größte Potenzial für neue Gasquellen im LNG, dem unter hohem Druck tiefgekühlten per Schiff transportierten Flüssigerdgas. Bisher importiert Deutschland vor allem LNG aus den USA. "Die USA sind in diesem Jahr zum weltweit größten LNG-Exporteur geworden, und sie haben insbesondere nach Europa geliefert", sagt Energie-Experte Hans-Werner Schiffer.

05.05.2023

Aktuelle Meldungen zur Energiekrise



Hoffnungsträger LNG

Künftig sollen die LNG-Lieferungen deutlich diversifiziert werden. Es gibt

Gespräche mit Katar, Australien, Algerien und Nigeria. Auch aus Kanada könnte Deutschland perspektivisch LNG beziehen. Hier ist aber keine schnelle Lösung zu erwarten, weil es bisher noch keine LNG-Exportterminals an der kanadischen Ostküste gibt. Kurzfristig ließe sich aber mit Hilfe der anderen Lieferländer etwa ein Drittel der russischen Gasmenge durch LNG ersetzen, schätzen Experten. Das Flüssiggas soll über die Häfen in Niederlande und Belgien ankommen und dann ins Erdgasnetz eingespeist werden. Über das europäische Leitungsnetz kommt es dann nach Deutschland. "Die deutschen Gasimporte aus Belgien und Niederlande sind schon jetzt zu einem Großteil regasifiziertes LNG aus den Seehäfen Rotterdam und Zeebrugge", sagt Energie-Analyst Schröder. Belgien und Niederlande machen, so Schröder, derzeit etwa 20 Prozent der deutschen Gasimporte aus.

Noch hat Deutschland keine eigenen LNG-Terminals. Das soll sich aber bald ändern. Bereits im bevorstehenden Winter sollen zwei schwimmende LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel einsatzbereit sein. Weitere Anladestellen sollen folgen.

19.07.2022

Flüssig-Erdgas

Weitere LNG-Terminals in Stade und Lubmin



Aserbaidshon als neuer Gaslieferant?

Mit Hochdruck arbeitet auch die EU an neuen Gaslieferanten. So haben die Brüsseler Vertreter Gespräche mit den USA, Katar, Norwegen, Algerien und Israel geführt. Aserbaidshon hat zugesagt, seine Liefermengen um 50 Prozent auszuweiten.

Sollte es im nächsten Winter zur Gaskrise in Europa kommen, können sich die EU-Länder gegenseitig unterstützen. Die SOS-Verordnung sieht mögliche bilaterale Solidaritätsabkommen vor. Bisher aber sind kaum solche Abkommen geschlossen worden. Deutschland hat lediglich mit dem energieautarken Dänemark und mit Österreich Vereinbarungen unterzeichnet. Angesichts der Erfahrungen aus der

Corona-Krise ist es indes fraglich, ob sich die EU-Staaten in der Krise wirklich gegenseitig helfen oder ob jeder seine eigene Versorgung sichert.



26.07.2022

Energiekrise

EU-Minister einigen sich auf Gas-Sparplan

Andere EU-Länder noch unabhängiger von russischem Gas

Tatsächlich haben sich schon jetzt einige EU-Länder schneller unabhängig gemacht von russischem Gas als Deutschland. Italien zum Beispiel hat mit Algerien, Katar und Aserbaidschan Abkommen über Gaslieferungen geschlossen. Dadurch sank der Anteil russischer Gasimporte auf 21 Prozent des italienischen Energiebedarfs.

Noch besser stehen Spanien und Portugal da, sie sind weitgehend unabhängig von russischem Gas und liefern sogar Gas an andere EU-Länder. [Im europäischen LNG-Markt spielt Spanien eine zunehmend wichtige Rolle](#). Auf der iberischen Halbinsel befinden sich sechs LNG-Terminals. Frankreich hat ebenfalls vorgesorgt. Die "grande nation" verfügt über drei LNG-Terminals. Bisher importiert Frankreich den Großteil seines Erdgases aus Norwegen - über eine direkte Nordsee-Pipeline nach Dunkerque. Dänemark und Schweden können sich größtenteils autark selbst mit Energie versorgen.

Gasverbrauch

Gasversorgung

Nordstream 1

LNG

Fracking

Energiekrise

Dieses Thema im Programm:

Über dieses Thema berichtete tagesschau24 am 23. August 2022 um 11:00 Uhr.



MEHR ZUM THEMA



19.08.2022 • 20:26 Uhr

Wartung an Nord Stream 1

Gazprom unterbricht Gaslieferung erneut



16.08.2022 • 13:38 Uhr

Absichtserklärung unterzeichnet

Fahrplan für die LNG-Terminals steht



03.08.2022 • 21:28 Uhr

Abschluss der Nordamerika-Reise

Baerbock dankt Kanada für Gas-Turbine



27.07.2022 • 14:56 Uhr

Gasspeicher in Deutschland

Betreiber halten 90 Prozent Füllstand für machbar

EUROPAMAGAZIN 06.08.2022 • 17:02 Uhr

Niederlande

Kein Gas mehr aus Groningen - oder doch?



FAQ 27.07.2022 • 08:56 Uhr

Russland verknappt Energie

Was sind die Folgen der Gasdrosselung?



19.07.2022 • 18:11 Uhr

Flüssig-Erdgas

Weitere LNG-Terminals in Stade und Lubmin



11.07.2022 • 17:06 Uhr

Problem der Infrastruktur

Eigentlich gibt es Gas im Überfluss



27.07.2022 • 13:03 Uhr

Nord Stream 1

Russland drosselt Gasfluss auf 20 Prozent



25.07.2022 • 20:34 Uhr

Nord-Stream-1-Pipeline

Gazprom halbiert Gaslieferung



21.07.2022 • 11:42 Uhr

Nord Stream 1

So viel Gas wie vor der Wartung



05.06.2022 • 13:00 Uhr

LNG für Europa

Spaniens Schlüsselrolle beim Gas



20.05.2022 • 16:31 Uhr



Zur Startseite



Service



tagesschau.de



ARD Angebote



Rundfunkanstalten



Impressum

Kontakt

Datenschutzerklärung

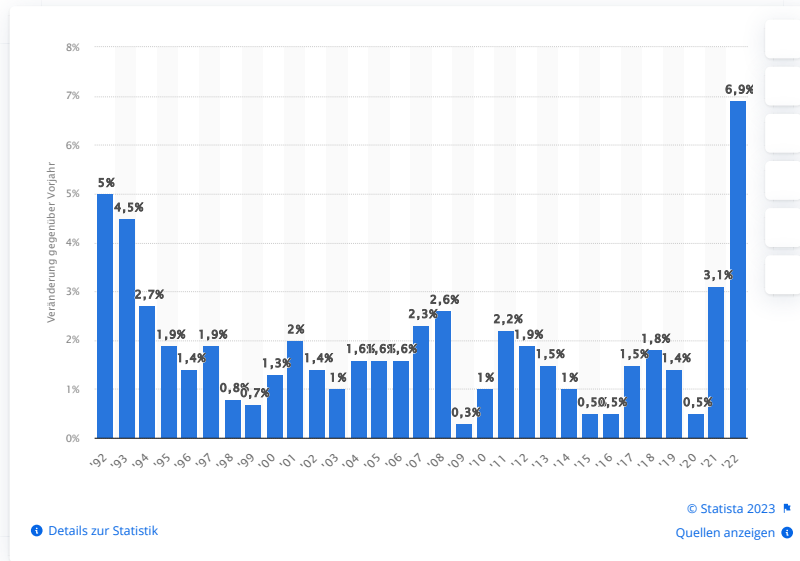
Bildrechte

Onlinequelle 41

Wirtschaft & Politik > Konjunktur & Wirtschaft

Inflationsrate in Deutschland von 1992 bis 2022

(Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr)



DOWNLOAD



Quelle

Statistisches Bundesamt
[Weitere Quellenangaben anzeigen](#)
[Veröffentlichungsangaben anzeigen](#)
[Ask Statista Research nutzen](#)

Veröffentlichungsdatum

Februar 2023

Region

Deutschland

Erhebungszeitraum

1992 bis 2022

Hinweise und Anmerkungen

Die Inflationsrate zeigt die Steigerung des Verbraucherpreisindex. Werte von 1992 bis 2022 basieren auf dem Indexjahr 2020 (Index 2020 =

Inflationsrate in Deutschland bis 2022

Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 10.03.2023

Im Jahr 2022 sind die Verbraucherpreise in Deutschland nach korrigierten Angaben des Statistischen Bundesamtes um 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Durch den [Krieg in der Ukraine](#) stiegen die [Energiepreise in Deutschland](#) auf Rekordniveau an, dadurch stiegen die Produktions- und Lebenshaltungskosten spürbar an und sorgten für die höchste jährliche Inflationsrate seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Was ist Inflation?

Mit dem Begriff Inflation wird die Geldentwertung, also das Absinken des Geldwertes, bezeichnet. Verbraucher und Unternehmen bemerken diese Entwertung durch ein Ansteigen des Preisniveaus für Endprodukte wie Konsumgüter (z.B. Nahrungsmittel) oder Investitionsgüter. Der [Verbraucherpreisindex](#) bildet die Preisentwicklung für die privaten Verbrauchsausgaben ab und zeigt bei einer Steigerung des Indexes die aktuelle Höhe der Inflation an (siehe auch die [jährliche Inflationsrate](#)).

Wie wird die Inflationsrate ermittelt?

Die Inflationsrate errechnet sich aus dem [Preisanstieg bestimmter Waren und Dienstleistungen](#), für die ein durchschnittlicher Endverbraucher in Deutschland im Jahresverlauf Geld ausgibt. Dieser zugrunde liegende Produktwarenkorb wird durch das Statistische Bundesamt definiert. Hierin enthalten sind unter anderem Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Strom, Telekommunikation, Freizeitausgaben und Rohstoffe (bspw. Benzin, Heizöl) sowie staatliche Gebühren und Steuern.

[Weniger anzeigen](#)

WEITERE STATISTIKEN ZUM THEMA

[Inflation](#)

<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Monatliche Inflationsrate in Deutschland bis April 2023</p>	<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Verbraucherpreisindex in Deutschland - Monatswerte bis April 2023</p>
<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Prognose der Inflationsrate in Deutschland bis 2024</p>	<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Verbraucherpreisindex in Deutschland bis 2022</p>

Statista-Accounts: Zugriff auf alle Statistiken. 588 € / Jahr

<p>Basis-Account Zum Reinschnuppern</p> <p>Zugriff nur auf Basis-Statistiken. Kostenlos anmelden</p>	<p>Starter Account Der ideale Einstiegsaccount für Einzelpersonen</p> <p>Sofortiger Zugriff auf 1 Mio. Statistiken</p> <p>Download als XLS, PDF & PNG</p> <p>Detaillierte Quellenangaben</p>	<p>Professional Account Komplettzugriff</p> <p>Unternehmenslösung mit allen Features. Anfrage senden</p>
---	---	---

69€ **49 €** / Monat * [Jetzt bestellen](#)

Führende Unternehmen vertrauen Statista:

Google

OTTO

PayPal

P&G

SAMSUNG

T . .

Verwandte Studien: Direkter Download als PDF oder PPTX



Inflation und Verbraucherpreise

48 Seiten | Deutsch | PPTX | Detaillierte Quellenangaben

Das ganze Thema "Inflation und Verbraucherpreise" in einem Dokument: Redaktionell und in übersichtlichen Kapiteln aufbereitet. Inklusive detaillierter Quellenangaben.

[Zum Dossier](#)

WEITERE REPORTS & DOSSIERS

[Lebenshaltungskosten](#)

[Marktprognosen Deutschland](#)

[Deutschland](#)

[Konjunktur in Deutschland](#)

Ich habe noch nie schneller eine Präsentation mit aussagekräftigen Fakten unterlegt.



Dr. Felix Wunderer

VP Business Communication Products,
Deutsche Telekom AG

Statistiken zum Thema: " Inflation und Verbraucherpreise "

Monatliche Inflation	Die wichtigsten Statistiken
Jährliche Inflation	
Inflationsprognose	
International	
Ausgewählte Staaten	

- Inflationsrate in Deutschland bis 2022
- Verbraucherpreisindex in Deutschland bis 2022
- Jährliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen in 2022
- Inflationsrate in Deutschland von 1950 bis 2022
- Verbraucherpreisindex in Deutschland von 1948 bis 2022
- Entwicklung der Inflationsrate und der Leitzinsen bis 2022

Statista entdecken

Statistiken, Prognosen und Umfragen finden

[Statista-Suche](#)

Brauchen Sie Hilfe bei der Recherche mit Statista? [Tutorials und erste Schritte](#)

Weitere Inhalte: Das könnte Sie auch interessieren

STATISTIKEN

- [Inflationsrate in Baden-Württemberg bis 2022](#)
- [Verbraucherpreisindex im Saarland bis 2022](#)
- [Inflationsrate in Syrien bis 2010](#)
- [Verbraucherpreisindex in Mecklenburg-Vorpommern bis 2022](#)
- [Verbraucherpreisindex in Thüringen bis 2022](#)
- [Verbraucherpreisindex in Hessen bis 2022](#)
- [Verbraucherpreisindex in Brandenburg bis 2022](#)
- [Verbraucherpreisindex in Schleswig-Holstein bis 2022](#)

THEMEN

- [Inflation](#)
- [Lebenshaltungskosten](#)
- [Einkommen](#)
- [Preisentwicklung](#)
- [Rohstoffpreise](#)



Haben Sie Fragen zu unseren Unternehmenslösungen?

Wir senden Ihnen umgehend detaillierte Informationen zum Professional Account.

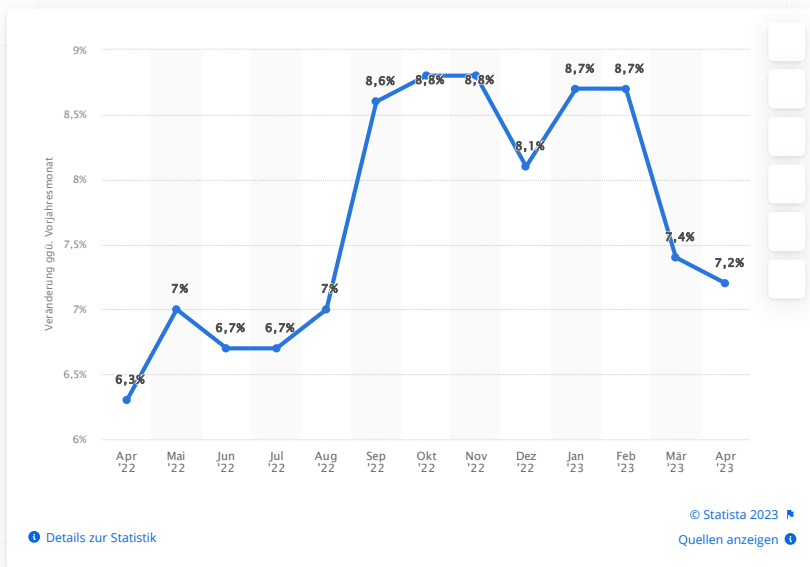
[Jetzt kontaktieren](#)

Onlinequelle 42

Wirtschaft & Politik > Konjunktur & Wirtschaft

Inflationsrate in Deutschland von April 2022 bis April 2023

(Steigerung des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat)



DOWNLOAD

PDF XLS PNG PPT

Quelle

Statistisches Bundesamt
[Weitere Quellenangaben anzeigen](#)
[Veröffentlichungangaben anzeigen](#)
[Ask Statista Research nutzen](#)

Veröffentlichungsdatum

Mai 2023

Region

Deutschland

Erhebungszeitraum

April 2022 bis April 2023

Besondere Eigenschaften

Basisjahr 2020 = 100

Hinweise und Anmerkungen

Die Inflationsrate zeigt die Steigerung des

Monatliche Inflationsrate in Deutschland bis April 2023

Veröffentlicht von [Statista Research Department](#), 10.05.2023

Im April 2023 sind die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,2 Prozent gestiegen. Damit ist die Inflationsrate im Vergleich zum Vormonat erneut gesunken und befindet sich auf dem tiefsten Stand seit August 2022, aber noch immer auf einem sehr hohen Niveau. Seit Juli 2021 befindet sich die Inflation in Deutschland auf Rekordniveau. Verantwortlich dafür sind unter anderem Basiseffekte, die auf die coronabedingte Senkung der Mehrwertsteuer in der zweiten Jahreshälfte 2020 und den damit einhergehenden sinkenden Preisen bei vielen Gütern zurückzuführen sind. Im Vergleich zum Vorjahr sind zudem die Preise für Mineralölprodukte und andere energieerzeugende Rohstoffe stark gestiegen, diese Entwicklung wird durch den [Krieg in der Ukraine](#) weiter verstärkt.

Was ist Inflation?

Mit dem Begriff Inflation wird die Geldentwertung, also das Absinken des Geldwertes, bezeichnet. Verbraucher und Unternehmen bemerken diese Entwertung durch ein Ansteigen des Preisniveaus für Endprodukte wie Konsumgüter (z.B. Nahrungsmittel) oder Investitionsgüter (wie z.B. Maschinen). Der [Verbraucherpreisindex](#) bildet die Preisentwicklung für die privaten Verbrauchsausgaben ab und zeigt bei einer Steigerung des Indexes die aktuelle Höhe der Inflation an (siehe auch die [jährliche Inflationsrate](#)).

Wie wird die Inflationsrate ermittelt?

Die Inflationsrate errechnet sich aus dem [Preisanstieg bestimmter Waren und Dienstleistungen](#), für die ein durchschnittlicher Endverbraucher in Deutschland im Jahresverlauf Geld ausgibt. Dieser zugrunde liegende Produktwarenkorb wird durch das Statistische Bundesamt definiert. Hierin enthalten sind unter anderem Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Strom, Telekommunikation, Freizeitausgaben und Rohstoffe (bspw. Benzin, Heizöl) sowie staatliche Gebühren und Steuern. **Weitere Informationen zur Entwicklung der Inflation** erfahren Sie in unserem [DossierPlus zum Thema](#).

Weniger anzeigen

WEITERE STATISTIKEN ZUM THEMA

[Inflation](#)

<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Verbraucherpreisindex in Deutschland - Monatswerte bis April 2023</p>	<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Inflationsrate in Deutschland bis 2022</p>
<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Prognose der Inflationsrate in Deutschland bis 2024</p>	<p>KONJUNKTUR & WIRTSCHAFT Verbraucherpreisindex in Deutschland bis 2022</p>

Statista-Accounts: Zugriff auf alle Statistiken. 588 € / Jahr

<p>Basis-Account Zum Reinschnuppern</p> <p>Zugriff nur auf Basis-Statistiken. Kostenlos anmelden</p>	<p>Starter Account Der ideale Einstiegsaccount für Einzelpersonen</p> <p>Sofortiger Zugriff auf 1 Mio. Statistiken</p> <p>Download als XLS, PDF & PNG</p> <p>Detaillierte Quellenangaben</p>	<p>Professional Account Komplettzugriff</p> <p>Unternehmenslösung mit allen Features. Anfrage senden</p>
--	--	--

69 € **49 €** / Monat *
im ersten Vertragsjahr

Jetzt bestellen

* Alle Preise verstehen sich zzgl. der gesetzlichen MwSt; Mindestlaufzeit 12 Monate

Führende Unternehmen vertrauen Statista:

Google

OTTO

PayPal

P&G

SAMSUNG

T...

Verwandte Studien: Direkter Download als PDF oder PPTX



Inflation und Verbraucherpreise

48 Seiten | Deutsch | PPTX | Detaillierte Quellenangaben

Das ganze Thema "Inflation und Verbraucherpreise" in einem Dokument: Redaktionell und in übersichtlichen Kapiteln aufbereitet. Inklusive detaillierter Quellenangaben.

Zum Dossier

WEITERE REPORTS & DOSSIERS

Lebenshaltungskosten

Internationale Konjunkturindikatoren

Lebensmittelpreise

Folgen des Ukraine-Krieges für die Lebens...

Konjunktur in Deutschland

Ich habe noch nie schneller eine Präsentation mit aussagekräftigen Fakten unterlegt.



Dr. Felix Wunderer

VP Business Communication Products,
Deutsche Telekom AG

Statistiken zum Thema: " Inflation und Verbraucherpreise "

Monatliche Inflation

Jährliche Inflation

Inflationsprognose

International

Ausgewählte Staaten

Die wichtigsten Statistiken

Monatliche Inflationsrate in Deutschland bis April 2023

Verbraucherpreisindex in Deutschland - Monatswerte bis April 2023

Preissteigerung von Waren und Dienstleistungen im April 2023

Monatliche Inflationsrate in Deutschland nach Bundesländern im April 2023

Haushaltsspezifische Inflationsbeiträge nach Haushaltstypen im März 2023

Corona- und Finanzkrise - Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Vergleich

Statista entdecken

Statistiken, Prognosen und Umfragen finden

Statista-Suche

Brauchen Sie Hilfe bei der Recherche mit Statista? [Tutorials und erste Schritte](#)

Weitere Inhalte: Das könnte Sie auch interessieren

STATISTIKEN

Verbraucherpreisindex in Niedersachsen bis 2022

Verbraucherpreisindex in Sachsen-Anhalt bis 2022

Verbraucherpreisindex in Bayern bis 2022

Verbraucherpreisindex in Mecklenburg-Vorpommern bis 2022

Verbraucherpreisindex in Thüringen bis 2022

Verbraucherpreisindex in Baden-Württemberg bis 2022

Verbraucherpreisindex in Schleswig-Holstein bis 2022

Verbraucherpreisindex in Hessen bis 2022

THEMEN

Inflation

Lebenshaltungskosten

Einkommen

Preisentwicklung

Rohstoffpreise



Haben Sie Fragen zu unseren Unternehmenslösungen?

Wir senden Ihnen umgehend detaillierte Informationen zum Professional Account.

[Jetzt kontaktieren](#)

Onlinequelle 43

☰ **Datenreport 2021**

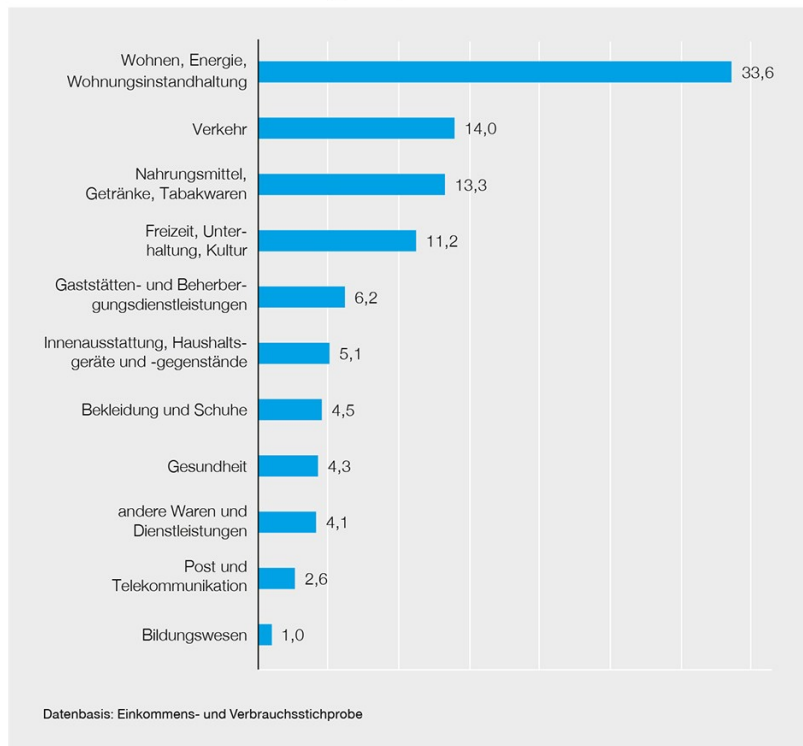
Struktur der Konsumausgaben

Michael Ziebach Kristina Kott Susanna Geisler Sylvia Behrends
10.03.2021 / 3 Minuten zu lesen



Wofür verwendeten die privaten Haushalte 2018 ihre monatlichen Konsumausgaben von durchschnittlich 2.704 Euro? Den größten Teil ihres Konsumbudgets (knapp 34 % beziehungsweise 908 Euro) gaben die Haushalte für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus. Die Ausgaben für Verkehr – dazu zählen beispielsweise die Ausgaben für Autos, Kraft- und Fahrräder, Reparaturen und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – lagen mit 379 Euro bei einem Anteil von 14 %. Nur knapp danach folgten die anteiligen Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches mit gut 13 % (360 Euro). Die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur machten anteilig gut 11 % (304 Euro) aus. Für Kleidung und Schuhe gaben die Privathaushalte knapp 5 % (122 Euro) ihres Budgets aus, die Ausgaben für das Bildungswesen betragen 1 % (28 Euro).

► **Abb 6** Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2018 – in Prozent



Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2018 – in Prozent (bpb) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

► **Tab 3** Konsumausgaben privater Haushalte 2018

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	Neue Länder und Berlin
je Haushalt und Monat in Euro			
Private Konsumausgaben	2 704	2 802	2 329
in %			
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	33,6	34,0	32,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,3	13,1	14,2
Verkehr	14,0	14,2	13,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,2	10,9	12,6
Bekleidung, Schuhe	4,5	4,5	4,5
Sonstige ¹	23,3	23,3	23,4
↳ Bildungswesen	1,0	1,0	0,9

¹ Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Konsumausgaben privater Haushalte 2018 (bpb) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen sich bei den Konsumausgaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten Konsumausgaben tätigten im Jahr 2018 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3.832 Euro, gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 3.189 Euro monatlich. Die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (2.208 Euro) und Alleinlebenden (1.706 Euro) lagen weit unter dem Bundesdurchschnitt von 2.704 Euro im Monat. Die sonstigen Haushalte kamen 2018 auf Konsumausgaben in Höhe von 3.813 Euro.

► Tab 4 Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp 2018

	Haushalte insgesamt	Paare		Alleinerziehende	Alleinlebende	Sonstige Haushalte ¹
		mit Kind(ern)	ohne Kind			
je Haushalt und Monat in Euro						
Private Konsumausgaben	2 704	3 832	3 189	2 208	1 706	3 813
in %						
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	33,6	30,6	32,4	35,3	38,8	31,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	13,3	14,0	13,0	15,1	12,4	14,3
Verkehr	14,0	15,3	13,8	11,0	11,7	16,7
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	11,2	11,0	11,9	10,9	11,0	10,7
Bekleidung, Schuhe	4,5	5,3	4,2	5,8	3,9	5,0
Sonstige ²	23,3	23,8	24,6	21,9	22,3	22,1
↳ Bildungswesen	1,0	2,7	0,4	1,9	0,5	1,1

¹ Beispielsweise Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, Mehrgenerationenhaushalte, Wohngemeinschaften.
² Inneneinrichtung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
 Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Konsumausgaben privater Haushalte nach Haushaltstyp 2018 (bpb) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Für den Ausgabenblock "Wohnen, Ernährung und Bekleidung" wendeten alleinerziehende Mütter oder Väter mit 56 % den größten Teil ihres Konsumbudgets auf. Am niedrigsten war dieser Anteil bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) und ohne Kind (je 50 %). In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Bereiche Wohnen, Ernährung und Bekleidung weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) 14 % und Alleinerziehende 15 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches ausgaben, waren es bei den Alleinlebenden nur rund 12 %. Diese hatten aber mit 39 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 35 % und den Paaren ohne Kind (32 %). Paarhaushalte mit Kind(ern) und die sonstigen Haushalte hatten einen Wohnkostenanteil von jeweils rund 31 %.

Für den Bereich Verkehr verwendeten Paarhaushalte mit Kind(ern) 15 % ihrer Ausgaben, Paare ohne Kind knapp 14 %, Alleinlebende knapp 12 % und Alleinerziehende 11 %. Die sonstigen Haushalte kamen auf einen Anteil von 17 %. Bei den Ausgaben für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es zwischen den einzelnen Haushaltstypen kaum Unterschiede. Paare ohne Kind wendeten dafür anteilig knapp 12 % auf, bei allen anderen Haushalten waren es 11 %.

Bei den Ausgaben für das Bildungswesen machen die Aufwendungen für die Kinderbetreuung den größten Anteil aus. Daraus ergibt sich der Unterschied zwischen dem Ausgabenanteil von Paaren mit Kind(ern) (3 %) und Alleinerziehenden (2 %) und den Bildungsausgaben kinderloser Haushalte, deren Anteile unter 0,5 % lagen.

Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

Je mehr Geld den Haushalten monatlich zum Ausgeben zur Verfügung steht, umso höher sind auch deren Konsumausgaben. Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro gaben im Jahr 2018 durchschnittlich 1.059 Euro im Monat für den privaten Konsum aus. Mehr als viermal so viel (4.657 Euro) wendete die Haushaltsgruppe mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen von 5.000 Euro und mehr für ihren Konsum auf.

► Tab 5 Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018

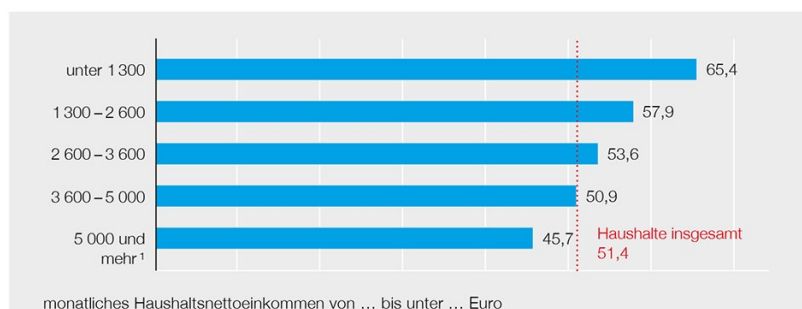
	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... Euro				
	unter 1 300	1 300–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000 und mehr ¹
in Euro					
Private Konsumausgaben	1 059	1 761	2 551	3 253	4 657
in %					
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	44,5	38,5	35,4	33,0	29,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	17,4	15,1	13,9	13,3	11,6
Verkehr	8,2	11,0	13,2	14,6	16,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	8,2	10,5	11,2	11,4	12,0
Bekleidung, Schuhe	3,5	4,2	4,3	4,5	4,9
Sonstige ²	18,2	20,8	22,1	23,0	26,0
↳ Bildungswesen	0,6	0,7	0,8	1,0	1,4

¹ Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, wurden nur berücksichtigt, wenn sie ausnahmsweise im Berichtsquartal über dieser Einkommensgrenze lagen (siehe Info 1).
² Inneneinrichtung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Bildungswesen sowie andere Waren und Dienstleistungen.
 Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018 (bpb) Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/

Für Wohnen, Ernährung und Bekleidung gaben die Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1.300 Euro im Durchschnitt 693 Euro monatlich aus; das waren 65 % ihrer gesamten Konsumausgaben. Haushalte mit Einkommen über 5.000 Euro wendeten dafür mit 2.126 Euro mehr als dreimal so viel auf. Ihr Anteil an den Konsumausgaben für diesen Bereich war mit 46 % aber deutlich geringer. Im Durchschnitt gaben die privaten Haushalte etwas mehr als die Hälfte (51 %) ihrer Konsumausgaben für Wohnen, Ernährung und Bekleidung aus.

► Abb 7 Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Wohnen, Ernährung und Bekleidung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2018 – Anteil an den Konsumausgaben in Prozent



¹ Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, wurden nur berücksichtigt, wenn sie ausnahmsweise im Berichtsquartal über dieser Einkommensgrenze lagen (siehe Info 1).

Mit steigendem Einkommen nehmen die Ausgabenanteile für Wohnen, Ernährung und Bekleidung ab, dafür nehmen die Anteile der anderen Konsumbereiche mit steigendem Einkommen zu. Besonders deutlich ist dies bei den Verkehrsausgaben: Mit 762 Euro im Monat (16 %) gaben die Haushalte der höchsten Einkommensgruppe mehr als das Achtfache der Haushalte der niedrigsten Einkommensgruppe aus (87 Euro, 8 %). Der weitaus größte Anteil dieser Ausgaben entfällt auf den Kauf von Fahrzeugen. Bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe waren das 44 %; bei den Haushalten der niedrigsten Einkommensgruppe 25 %. Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die Haushalte mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Sechsfache (557 Euro beziehungsweise 12 %) dessen aus, was die Haushalte mit einem Einkommen unter 1.300 Euro monatlich dafür aufwendeten (86 Euro beziehungsweise 8 %).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International" veröffentlicht. Autor/-in: Susanna Geisler Sylvia Behrends für [bpb.de](https://www.bpb.de)

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz [CC BY-NC-ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern



Onlinequelle 44

Wohnsituation in der Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2022

Suche: Einträge: 13

Merkmal	Eigenes Haus	Eigentumswohnung	Miete	Wohngemeinschaft*
Anteil der 14- bis 19-Jährigen in Prozent	48,6	4,1	46,7	7,1
14- bis 19-Jährige in Millionen	2,24	0,19	2,16	0,33
Anteil der 20- bis 29-Jährigen in Prozent	20,7	2,4	76,7	14
20- bis 29-Jährige in Millionen	1,93	0,23	7,15	1,3
Anteil der 30- bis 39-Jährigen in Prozent	28,7	5,7	65,4	8,5
30- bis 39-Jährige in Millionen	3,05	0,6	6,97	0,91
Anteil der 40- bis 49-Jährigen in Prozent	42,3	6,8	50,5	6,2
40- bis 49-Jährige in Millionen	4,18	0,67	4,99	0,61
Anteil der 50- bis 59-Jährigen in Prozent	46,6	7,3	45,9	5,6
50- bis 59-Jährige in Millionen	6,11	0,96	6,02	0,74
Anteil der 60- bis 69-Jährigen in Prozent	51,5	8,4	39,5	4,3
60- bis 69-Jährige in Millionen	5,49	0,89	4,21	0,46
Anteil der über 69-Jährigen in Prozent	46,1	9,8	43,8	2,2

Es werden die Daten 1 bis 13 angezeigt von insgesamt 14
[Vorherige](#) [Nächste](#)

© Statista 2023
[Quellen anzeigen](#)

DOWNLOAD

PDF XLS PNG PPT

Quelle
[Quellenangaben anzeigen](#)
[Veröffentlichungsangaben anzeigen](#)
[Ask Statista Research nutzen](#)

IN KOOPERATION MIT
IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

Veröffentlichungsdatum
 Juni 2022

Region
 Deutschland

Erhebungszeitraum
 2022

Altersgruppe
 ab 14 Jahre

Umfrage in Deutschland zur Wohnsituation nach Altersgruppen 2022

Veröffentlicht von [V. Pawlik](#), 27.07.2022

Im Jahr 2022 wohnten rund 6,02 Millionen Personen im Alter von 50 bis 59 Jahre zur Miete, was einem Anteil von rund 45,9 Prozent in dieser Altersgruppe entspricht.
 Die Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse, kurz AWA genannt, ermittelt auf breiter statistischer Basis Einstellungen, Konsumgewohnheiten und Mediennutzung der Bevölkerung in Deutschland.

WEITERE STATISTIKEN ZUM THEMA

[Jugendliche](#)

<p>DEMOGRAPHIE Bevölkerung Deutschlands nach relevanten Altersgruppen 2021</p>	<p>BILDUNG & FORSCHUNG Anzahl der Studenten an deutschen Hochschulen bis 2022/2023</p>
<p>DEMOGRAPHIE Durchschnittliches Alter beim Auszug aus dem Elternhaus in der EU 2021</p>	<p>ARBEIT & BERUF Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland nach Bundesländern im April 2023</p>

Statista-Accounts: Zugriff auf alle Statistiken. 588 € / Jahr

<p>Basis-Account Zum Reinschnuppern</p> <p>Zugriff nur auf Basis-Statistiken. Diese Statistik ist in diesem Account nicht enthalten.</p>	<p>Starter Account Der ideale Einstiegsaccount für Einzelpersonen</p> <p>Sofortiger Zugriff auf 1 Mio. Statistiken</p> <p>Download als XLS, PDF & PNG</p> <p>Detaillierte Quellenangaben</p>	<p>Professional Account Komplettzugriff</p> <p>Unternehmenslösung mit allen Features. Anfrage senden</p>
--	---	---

69 € **49 €** / Monat *
 im ersten Vertragsjahr

[Jetzt bestellen](#)

Führende Unternehmen vertrauen Statista:

Google

OTTO

PayPal

P&G

SAMSUNG

T...

Verwandte Studien: Direkter Download als PDF oder PPTX



Soziale Ungleichheit

51 Seiten | Deutsch | PPTX | Detaillierte Quellenangaben

Das ganze Thema "Soziale Ungleichheit" in einem Dokument: Redaktionell und in übersichtlichen Kapiteln aufbereitet. Inklusive detaillierter Quellenangaben.

[Zum Dossier](#)

WEITERE REPORTS & DOSSIERS

Jugendliche in Deutschland

Ich habe noch nie schneller eine Präsentation mit aussagekräftigen Fakten unterlegt.



Dr. Felix Wunderer

VP Business Communication Products,
Deutsche Telekom AG

Statistiken zum Thema: "Jugendliche in Deutschland "

Demographie

Einstellungen

Finanzen, Sparverhalten

Konsumverhalten

Interessen und Freizeitverhalten

Internet- und Mediennutzung

Die wichtigsten Statistiken

Bevölkerung Deutschlands nach relevanten Altersgruppen 2021

Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung der EU-Staaten 2022

Bildungsstand - Bevölkerung in Deutschland nach Alter und Schulabschluss 2022

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Deutschland nach Ausbildungsbereichen 2021

Anzahl der Studenten an deutschen Hochschulen bis 2022/2023

Jugend Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Bundesländern im April 2023

Umfrage in Deutschland zur Wohnsituation nach Altersgruppen 2022

Durchschnittliches Alter beim Auszug aus dem Elternhaus in der EU 2021

Statista entdecken

Statistiken, Prognosen und Umfragen finden

[Statista-Suche](#)

Brauchen Sie Hilfe bei der Recherche mit Statista? [Tutorials und erste Schritte](#)

Weitere Inhalte: Das könnte Sie auch interessieren

STATISTIKEN

Umfrage zur aktuellen und gewünschten Wohnform von Umzugswilligen in der Schweiz 2016

Umfrage unter Jugendlichen in Deutschland zur (bevorzugten) Wohnsituation 2013

Umfrage zur Wohnsituation in Österreich nach Haus und Mietwohnung im Jahr 2013

Umfrage zur angestrebten Wohnsituation in Österreich nach Haus und Mietwohnung 2013

Umfrage unter Schweizern zu besonders wichtigen Aspekten beim Wohnen im Alter 2015

Umfrage zur Wohnsituation in Österreich nach Stadt und Land im Jahr 2013

Umfrage zur angestrebten Wohnsituation in Österreich nach Stadt und Land im Jahr 2013

THEMEN

Jugendliche

Millennials

Bevölkerung

Ausbildung

Familie



Haben Sie Fragen zu unseren Unternehmenslösungen?

Wir senden Ihnen umgehend detaillierte Informationen zum Professional Account.

[Jetzt kontaktieren](#)

Onlinequelle 45

Deutscher Mittelstands-Bund (DMB) > Themen > Hohe Energiepreise: Bundeskabinett beschließt erstes Entlastungspaket

17.03.2022

Nachricht

Hohe Energiepreise: Bundeskabinett beschließt erstes Entlastungspaket

Am 16. März 2022 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes beschlossen. Mit den Maßnahmen will die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger bei den erheblich gestiegenen Energiepreisen entlasten. Laut Bundesfinanzminister Christian Lindner soll ein weiteres Entlastungspaket demnächst folgen.

Die Maßnahmen im Detail:

- **Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags auf 1200 Euro**
Arbeitnehmer*innen werden unmittelbar und zeitnah steuerlich entlastet indem Werbungskosten bei der Einkommensteuer ohne Sammlung von Belegen in Höhe von 1200 Euro pauschal anerkannt werden. Diese Vereinfachung gilt rückwirkend zum 1. Januar 2022.
- **Anhebung des Grundfreibetrags für 2022 auf 10 347 Euro**
Die weitere Anhebung des Grundfreibetrages dient dem teilweisen Ausgleich der kalten Progression entsprechend der tatsächlichen Inflationsrate 2021 bzw. der geschätzten Inflationsrate 2022. Damit werden alle Einkommensteuerpflichtigen entlastet, wobei die relative Entlastung für die Bezieher niedriger Einkommen höher ist.
- **Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent für Fernpendler*innen**
Für Pendler*innen ab dem 21. Kilometer wird die bis 2026 befristete Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent bereits auf das Jahr 2022 vorgezogen. Gleichfalls wirkt die Anhebung über die Mobilitätsprämie als Entlastung für Geringverdienende.

Quelle: *BMF*

Weitere Informationen

Beitrag teilen:



Drucken

Ihre Meinung

Geben Sie uns Ihre Meinung zum Artikel.



Ergänzender Kommentar

Ihre E-Mail (optional)

Abbrechen

Bitte beachten Sie die [Inhalte](#)

Einkaufsgemeinschaft

Mitgliederbereich

Mehr zu diesen Themen

Bundesregierung | Strompreis | Energiepreise | Finanzen | Steuer

Themen

Energiekrise
Arbeit & Bildung
Digitalisierung
Energiewende
Finanzen
Internationalisierung
Nachfolge
Widerstandsfähigkeit

Politik

Moderne Mittelstandspolitik
MittelstandsMonitoring+
Branchenvielfalt
Soziale Marktwirtschaft
Bundestagswahl 2021

Verband

Profil
Ansprechpartner
Mitgliedervertreter
Themenkreise
Verbandspartner
MittelstandsWirtschaft
Stimmen für den Mittelstand
Satzung
Karriere im DMB

Termine

Turmgespräch des Mittelstandes
EuroMinds Wirtschaftsgipfel
Wirtschaftsforum
ZEIT für Unternehmer
Flotte! Der Branchentreff

Presse

Pressemitteilungen
Statements
Medienpräsenz
Media-Kit
Social Media
Pressekontakt

Mitgliedschaft

Mitglied werden
Vorteile der Mitgliedschaft
Einkaufsgesellschaft
Mitgliedsantrag
Info-Paket
Häufige Fragen
Mitglieder werben Mitglieder

Rechtliches

Impressum
Datenschutz

Kontakt

Deutsche
(DMB) e.V.
Grafenbe
40237 D
Tel. +49
info@mit

Social



Onlinequelle 46

Entlastungspaket II

Weitere Erleichterungen auf dem Weg

Die Bundesregierung entlastet Bürgerinnen und Bürger deutlich – denn die Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität sind gestiegen. Bundestag und Bundesrat haben unter anderem dem Neun-Euro-Ticket und der temporären Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe zugestimmt.



Entlastungspaket 2

Einmalige Energiepreispauschale

300 Euro für alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen

Einmaliger Kinderbonus

100 Euro pro Kind

9-Euro-Monatsticket

ÖPNV-Tarif von Juni bis August

Weniger Energiesteuer auf Kraftstoffe:

von Juni bis August auf nach Europarecht möglichen Mindestbetrag

Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen

verdoppelt auf 200 Euro, für Bezieher von Arbeitslosengeld 100 Euro

Die Bundesregierung entlastet die Bürgerinnen und Bürger.

+ [Barrierefreie Beschreibung anzeigen](#)

Foto: Bundesregierung

Um die steigenden Energiepreise abzufedern, hat die Bundesregierung weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gebracht. Diese kommen zusätzlich zu den bereits beschlossenen umfangreichen Maßnahmen aus dem [ersten Entlastungspaket](#).

Um welche Maßnahmen geht es?

Bundestag und Bundesrat beschlossen die Umsetzung folgender, milliardenschwerer Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger:

- **Energiepreispauschale:** Erwerbstätige, Selbstständige und Gewerbetreibende erhalten eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro. Die Auszahlung erfolgt über die Lohnabrechnung des Arbeitgebers. Selbstständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung.
- **Kinderbonus:** Für jedes Kind, für das Anspruch auf Kindergeld besteht, gibt es einen Einmalbonus von 100 Euro. Die Zahlung erfolgt ab Juli 2022 und wird – wie in der Vergangenheit – auf den steuerlichen Kinderfreibetrag angerechnet.
- **Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen:** Die bereits beschlossene Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen wird auf 200 Euro verdoppelt.

- **9-Euro-Ticket:** Bus und Bahn sind eine umweltfreundliche Alternative zum Auto. Deshalb bietet die Bundesregierung ein ÖPNV-Ticket für neun Euro im Monat an. Die Maßnahme gilt bundesweit für die Monate Juni bis August 2022.
- **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe:** Ebenfalls für die Monate Juni bis August wird die Energiesteuer auf Kraftstoffe auf das europäische Mindestmaß abgesenkt. Die Steuerentlastung für Benzin beträgt damit 30 Cent je Liter, für Diesel 14 Cent je Liter.

Die Beschlüsse gehen zurück auf die Einigung des [Koalitionsausschusses](#) vom 23. Februar 2022 zum weiteren Umgang mit den hohen Energiekosten.

Welche Gesetzentwürfe wurden beschlossen?

Zur Umsetzung des zweiten Entlastungspakets für Bürgerinnen und Bürger wurden folgende Gesetze beschlossen oder geändert:


Energiepreispauschale und Familienzuschuss (Kinderbonus) werden mit dem Steuerentlastungsgesetz 2022 umgesetzt. Die Verdoppelung der Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen fließt in das Sofortzuschlags- und Einmalzahlungsgesetz ein.





Die Finanzierung des „9 für 90“-Tickets wird mit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes gewährleistet und die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe mit dem Energiesteuersenkungsgesetz.

Was sieht das erste Entlastungspaket vor?

Die Bundesregierung hatte angesichts steigender Energiepreise bereits einen umfangreichen Katalog von Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen. So steigen die Entfernungspauschale, der Grundfreibetrag und der Arbeitnehmerpauschbetrag. Es wird ein Heizkostenzuschuss vor allem für Wohngeldempfänger und Studierende mit BAföG gezahlt und die EEG-Umlage für Stromkunden fällt bereits zum 1. Juli 2022 weg.

Freitag, 20. Mai 2022

 Seite drucken

Beitrag teilen    

SCHLAGWÖRTER

Kabinett

Gesetzesvorhaben Neuregelungen


Finanzen, Steuern und Zoll

Energie

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

 Bundesregierung bringt zweites Entlastungspaket auf den Weg

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

 Mehr Unterstützung für Hilfebedürftige

Newsletter und Abos

Publikationen

Regierungs-App

Kontakt

Folgen Sie uns    

[KONTAKT](#)  [ERKLÄRUNG ZUR BARRIEREFREIHEIT](#)  [BARRIERE MELDEN](#)  [GEBÄRDENSPRACHE](#) [ENGLISH](#) [FRANÇAIS](#)
 [LEICHTE SPRACHE](#) [NAVIGATIONS-HINWEISE](#)

© 2023 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [IMPRESSUM](#) [DATENSCHUTZHINWEIS](#) [ÜBERSICHT](#) [DATENSCHUTZEINSTELLUNGEN](#)



Onlinequelle 47

16.12.2022

Schnelle und spürbare Entlastungen in Milliardenhöhe

Die Bundesregierung hat angesichts der stark steigenden Preise drei Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Allein das dritte Entlastungspaket umfasst rund 65 Milliarden Euro und wird sehr zügig umgesetzt. Dazu kommen Schritte zur Vermeidung schleichender Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der Inflation. Mit einem umfassenden Abwehrschirm werden darüber hinaus die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abgedeckt.



Quelle: Getty/Westend61, Ezra Bailey, ArtistGNDphotography, Westend61

Um die finanziellen Auswirkungen der stark gestiegenen Energiekosten für die Menschen und die Wirtschaft abzumildern, hat die Bundesregierung 2022 insgesamt drei Entlastungspakete im Gesamtvolumen von rund 100 Milliarden auf den Weg gebracht. Mit dem Abbau der sogenannten kalten Progression werden Bürgerinnen und Bürger auch vor inflationsbedingt höherer Besteuerung geschützt.

Ein wirtschaftlicher Abwehrschirm der Bundesregierung gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges soll darüber hinaus die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abfedern. Er umfasst unter anderem die Einführung einer Gas- und Wärmepreisbremse sowie einer Strompreisbremse und Finanzmittel in Höhe von bis zu 200 Milliarden [Euro](#). Hinzu kommt ein gesondertes Maßnahmenpaket, das von den Sanktionen oder dem Kriegsgeschehen betroffene Unternehmen unterstützt.

Meine
+ **Entlastung**
berechnen



Damit könnt
ihr **rechnen**

Unser großer Entlastungsrechner

Seit 1. Januar gelten weitere steuerliche Entlastungen. Berechnen Sie mit unserem Entlastungsrechner selbst, womit Sie 2023 rechnen können.

→ MEHR ERFAHREN

Damit könnt ihr rechnen

Unsere Entlastungen kommen an. Wir federn für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft die Mehrkosten ab, die durch hohe Energiepreise und Inflation entstanden sind, und vermeiden steuerliche Mehrbelastungen.

→ MEHR ERFAHREN

Drittes Entlastungspaket

Das [dritte Entlastungspaket \[pdf, 120KB\]](#) enthält unter anderem folgende Maßnahmen, die größtenteils mit dem Jahressteuergesetz 2022 umgesetzt wurden. Der Bundestag hat das Jahressteuergesetz 2022 am 2. Dezember 2022 verabschiedet, der Bundesrat hat dem Gesetz am 16. Dezember 2022 zugestimmt.

- **Vorgezogener vollständiger Sonderausgabenabzug von Altersvorsorgeaufwendungen:** Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung können [bereits ab 2023 vollständig als Sonderausgaben berücksichtigt werden](#). Das entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2023 um rund 3,2 Milliarden Euro und 2024 um 1,8 Milliarden Euro.
- **Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags** zum 1. Januar 2023 auf 1.230 Euro.
- **Erhöhung des Sparer-Pauschbetrags** von 801 Euro auf 1.000 Euro: Damit wird die private Altersvorsorge gestärkt – damit sich Sparen und Investieren lohnt.
- **Entfristen und Verbessern der Homeoffice-Pauschale:** Damit wird an bis zu 210 Homeoffice-Tagen ein Werbungskostenabzug bei der Einkommensteuer von je 6 Euro möglich, maximal 1.260 Euro pro Jahr.
- **Inflationsausgleichsprämie:** Arbeitgeber sollen ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis Ende 2024 eine [steuer- und abgabenfreie Prämie von bis zu 3.000 Euro](#) zukommen lassen können.
- **Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende:** Zum 1. Januar 2023 steigt der Betrag um 252 Euro auf 4.260 Euro.
- **Fördern des Ausbaus von Photovoltaikanlagen:** Nullsteuersatz bei der Umsatzsteuer für Lieferung und Installation von Photovoltaikanlagen, Ertragsteuerbefreiung für bestimmte Photovoltaikanlagen.
- **Spitzenausgleich für energieintensive Unternehmen** bei Strom- und Energiesteuern wird um ein weiteres Jahr verlängert.



Rückblick: Erstes und Zweites Entlastungspaket

Das **erste und zweite Entlastungspaket** umfasst insbesondere folgende Maßnahmen:

- **EEG-Umlage** entfällt seit 1. Juli 2022
Verbraucherinnen und Verbraucher werden damit bei den Stromkosten um insgesamt 6,6 Milliarden Euro entlastet.
- Einmaliger **Heizkostenzuschuss**
Beziehende von Wohngeld erhielten 270 Euro (bei einem Haushalt mit zwei Personen: 350 Euro, je weiterem Familienmitglied zusätzliche 70 Euro). Azubis und Studierende im Bafög-Bezug 230 Euro.
- **Einmalige Energiepreispauschale** in Höhe von 300 Euro für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen.
- **Kinderbonus 2022** als zusätzliche Einmalzahlung für Familien von 100 Euro pro Kind.
- **Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen** in Höhe von 200 Euro.
- **Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld 1** in Höhe von 100 Euro.
- **Energiesteuer auf Kraftstoffe** wurde für drei Monate vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 gesenkt. Für Benzin reduzierte sich der Energiesteuersatz um 29,55 Cent/Liter, für Dieselmotorkraftstoff um 14,04 Cent/Liter.
- **Neun-Euro-Ticket** für den [ÖPNV](#) im Zeitraum vom 1. Juni 2022 bis 31. August 2022.

Rückwirkend zum 1. Januar 2022:

- Der **Arbeitnehmer-Pauschbetrag** ist um 200 Euro auf 1.200 Euro gestiegen.
- Der **Grundfreibetrag** ist um 363 Euro auf 10.347 Euro gestiegen.
- Die **Entfernungspauschale** für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) sowie die Mobilitätsprämie ist auf 38 Cent gestiegen.



Wirtschaftlicher Abwehrschirm

Mit einem [umfassenden Abwehrschirm \[pdf, 161KB\]](#) sollen die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen abgefedert werden. Er umfasst insbesondere:

- Maßnahmen zur **Ausweitung des Angebots sowie Senkung des Verbrauchs** von Energie.
- Einführung einer **Strompreisbremse** für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie alle Unternehmen.
- Schnellstmögliche Einführung einer **Gaspreisbremse**.
- Reaktivierung und Neuausrichtung des **Wirtschaftsstabilisierungsfonds**.
- **EU-Solidarabgabe** für Unternehmen im Energiebereich.
- **Reduzierung des Umsatzsteuersatzes** auf Gas und Fernwärme.
- **Vermeidung unverhältnismäßiger Bürokratie**.

Das [Bundesfinanzministerium und die obersten Landesfinanzbehörden haben sich darüber hinaus darauf verständigt](#), die gestiegenen Energiekosten im Interesse betroffener Steuerpflichtiger zu berücksichtigen. Ohne strenge Nachweispflichten sollen von Finanzämtern im Einzelfall auf Antrag fällige Steuern gestundet, Vorauszahlungen zur Einkommen- oder [Körperschaftsteuer](#) angepasst werden sowie Vollstreckungsaufschub gewährt werden.



Wirtschaftspaket

Um gezielt Unternehmen zu unterstützen, die infolge des russischen Angriffskrieges von den Sanktionen oder dem Kriegsgeschehen betroffen sind, stellt die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket bereit.

Es enthält Maßnahmen, um Unternehmen kurzfristig Liquidität zu sichern. Folgende Programme sind bereits startklar:

- [KfW-Kreditprogramm für kurzfristige Liquidität](#)
- [Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme](#)
- [Finanzierungsprogramm für durch hohe Sicherheitsleistungen \(Margining\) gefährdete Unternehmen](#)
- [Hilfsprogramm für energieintensive Industrie](#)

Mit dem Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen ermöglicht der Bund zudem, dass die [KfW](#) kurzfristig Kreditlinien für Energieversorgungs- und Energiehandelsunternehmen zur Verfügung stellen kann, damit deren Liquidität gesichert bleibt.

Details haben [Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck am 8. April 2022 vorgestellt](#).



Mehrbelastungen vermeiden

Der Bundestag hat am 10. November 2022 das Inflationsausgleichsgesetz verabschiedet. Es schließt die mit der kalten Progression verbundenen ungewollten Steuerbelastungen aus: Für rund 48 Millionen Bürgerinnen und Bürger wird die Steuerlast an die Inflation angepasst, um Mehrbelastungen zu vermeiden. Zudem werden Familien gezielt steuerlich unterstützt.

Das Gesetz beinhaltet insbesondere folgendes:

- Anheben des **Grundfreibetrags** ab dem 1.1.2023 um 561 Euro auf 10.908 Euro und ab dem 1.1.2024 um weitere 696 Euro auf insgesamt 11.604 Euro.
- Verschieben der **Tarifeckwerte** entsprechend der Inflation. Der Spitzensteuersatz wird damit bei 62.810 statt bisher 58.597 Euro greifen. Für 2024 wird er ab einem Jahreseinkommen von 66.761 Euro erhoben.
- Besonders hohe Einkommen (nach sogenanntem **Reichensteuersatz**) ab 277.826 Euro sind ausdrücklich von dieser Anpassung ausgenommen.
- Erstmals seit der Teilabschaffung des **Solidaritätszuschlags** wird der Freibetrag von bisher 16.956 Euro auf 18.130 Euro beziehungsweise auf 36.260 Euro (bisher 33.912 Euro) bei Zusammenveranlagung angehoben.

Zudem werden Familien gezielt unterstützt:

- Das **Kindergeld** wird ab 1.1.2023 einheitlich auf jeweils 250 Euro pro Kind erhöht.
- Der **Kinderfreibetrag** wird rückwirkend zum 1.1.2022 um 160 Euro erhöht. Zum 1. Januar 2023 wird er um weitere 404 Euro erhöht und zum 1.1.2024 um weitere 360 Euro.
- Außerdem wird der **Unterhaltshöchstbetrag** für 2022 angehoben.

Details zum [Inflationsausgleichsgesetz](#)

Videos



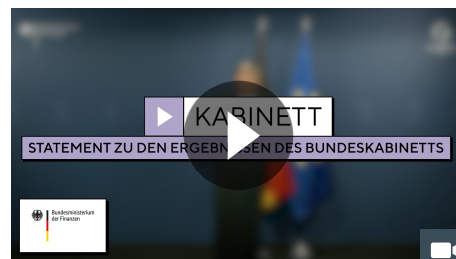
Rede von Staatssekretär Florian Toncar zur Reaktivierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds

→ MEHR ERFAHREN



Gemeinsame Pressekonferenz zur Energieversorgung in Deutschland

→ MEHR ERFAHREN



Christian Lindner zu den Ergebnissen des Bundeskabinetts

→ MEHR ERFAHREN

Mehr zum Thema

FAQ
„Umsatzsteuerliche
Maßnahmen zur
Förderung des
Ausbaus von
Photovoltaikanlagen“

Wirtschaftlicher
Abwehrschirm und
Gaspreisbremse: mit
Entschlossenheit
durch die Energiekrise
(aus dem BMF-
Monatsbericht)

BMF-Schreiben
„Berücksichtigung der
gestiegenen
Energiekosten als
Folge des
Angriffskrieges
Russlands gegen die
Ukraine“

Wirtschaftlicher
Abwehrschirm gegen
die Folgen des
russischen
Angriffskrieges

Wu
Unt
Entl
(aus
Mor



PDF|40KB



PDF|161KB




Folgen Sie uns

 [Twitter](#)

 [Instagram](#)

 [LinkedIn](#)

 [YouTube](#)

Beliebte Inhalte

- [FAQ](#)
- [Damit könnt ihr rechnen](#)
- [BMF-Schreiben](#)
- [Publikationen](#)
- [Newsletter](#)
- [Monatsbericht](#)
- [Umsatzsteuer-Umrechnungskurse](#)
- [AfA-Tabellen](#)
- [Gesetze und Gesetzesvorhaben](#)
- [Mediathek](#)

Rechner

- [Entlastungsrechner 2023](#)
- [Lohn- und Einkommensteuerrechner](#)
- [Kfz-Steuer-Rechner](#)

Themenportale

- ↗ [DRH 360°](#)
- ↗ [Bundeshaushalt](#)
- ↗ [AML A in Frankfurt](#)
- ↗ [Amtliche Handbücher](#)
- ↗ [Ausschuss für Finanzstabilität](#)
- ↗ [Datenportal](#)



Onlinequelle 48

Startseite → Presse → 3,7 % weniger Haushalte bezogen im Jahr 2021 Wohngeld

Presse

3,7 % weniger Haushalte bezogen im Jahr 2021 Wohngeld



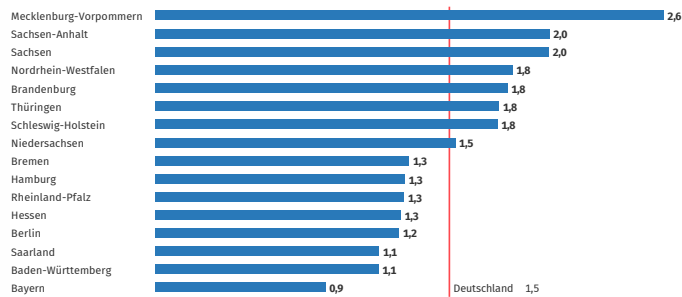
Pressemitteilung Nr. 514 vom 5. Dezember 2022

- **Rund 595 300 Haushalte bezogen am Jahresende 2021 Wohngeld, Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern waren am häufigsten darauf angewiesen**
- **Durchschnittlicher monatlicher Anspruch bei reinen Wohngeldhaushalten im Vorjahresvergleich um 15 Euro gestiegen**
- **Ausgaben für Wohngeld um 7 % auf rund 1,4 Milliarden Euro gestiegen**

WIESBADEN – Am Jahresende 2021 haben rund 595 300 Haushalte in Deutschland Wohngeld bezogen. Das waren 1,5 % aller privaten Hauptwohnsitzhaushalte. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, ist die Zahl der Wohngeld beziehenden Haushalte damit gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % oder rund 22 900 gesunken. Am Jahresende 2020 hatten noch rund 618 200 Haushalte Wohngeld bezogen.

Wohngeldhaushalte 2021

Anteil an den Hauptwohnsitzhaushalten in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Wohngeld wird einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese sich angemessenen und familiengerechten Wohnraum leisten können. Die Höhe des Wohngeldanspruchs hängt von der Höhe des Einkommens, der Miete und der Zahl der Haushaltsmitglieder ab. Zum 1. Januar 2021 ist zusätzlich die sogenannte CO₂-Komponente eingeführt worden. Abhängig von der Haushaltsgröße werden die Wohngeldbeträge um die CO₂-Komponente aufgestockt. Dies soll Wohngeldhaushalte bei den Heizkosten entlasten. Die Einführung der CO₂-Komponente hat Einfluss auf den durchschnittlichen monatlichen Wohngeldanspruch sowie die Wohngeldausgaben des Bundes und der Länder.

Mit der Anfang 2020 in Kraft getretenen Wohngeldreform wurden regelmäßige Erhöhungen entsprechend der Mieten- und Einkommensentwicklung beschlossen. Zum 1. Januar 2022 wurde das Wohngeld erstmals automatisch angepasst. Wie sich diese Anpassung sowie die kürzlich beschlossene Wohngeldreform, die am 1. Januar 2023 in Kraft tritt, in der Statistik niederschlägt, werden erst künftige Veröffentlichungen zeigen.

Ziel der Wohngeldreform 2020 war es, mehr Haushalte zum Wohngeld zu berechtigen. Dies hatte dazu geführt, dass die Zahl der Haushalte, die Ende 2020 Wohngeld bezogen, gegenüber dem Jahresende 2019 um 22,6 % anstieg. Zuvor war die Zahl der wohngeldberechtigten Haushalte seit der Wohngeldreform 2016 stetig zurückgegangen.

Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern am häufigsten auf Wohngeld angewiesen

Im Ländervergleich waren private Haushalte mit Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern Ende 2021 anteilig am häufigsten auf Wohngeld angewiesen. Dort bezogen 2,6 % der Haushalte Wohngeld. In Bayern war der Anteil mit 0,9 % am geringsten.

Durchschnittlicher monatlicher Anspruch bei reinen Wohngeldhaushalten bei 192 Euro

Ende 2021 hatten in rund 96 % der Wohngeldhaushalte alle Haushaltsmitglieder einen Anspruch auf Wohngeld (sogenannte reine Wohngeldhaushalte). Rund 4 % der Wohngeldhaushalte waren sogenannte wohngeldrechtliche Teilhaushalte, in denen Personen mit und ohne Wohngeldanspruch wohnten. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch betrug Ende 2021 bei reinen Wohngeldhaushalten 192 Euro, bei wohngeldrechtlichen Teilhaushalten 177 Euro. Zum Vergleich: Vor Einführung der CO₂-Komponente lag Ende 2020 der Wohngeldanspruch reiner Wohngeldhaushalte bei 177 Euro und der Anspruch wohngeldrechtlicher Teilhaushalte bei 167 Euro.

Ausgaben des Bundes und der Länder für Wohngeld um 94,6 Millionen Euro gestiegen

Nach Angaben des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gaben Bund und Länder im Jahr 2021 zusammen rund 1,406 Milliarden Euro für Wohngeld aus. Das waren rund 7 % oder 94,6 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2020 hatten die Ausgaben für Wohngeld 1,311 Milliarden Euro betragen. Dieser Anstieg der Wohngeldausgaben bei einer sinkenden Zahl an Wohngeldhaushalten lässt sich vermutlich auf die Einführung der CO₂-Komponente zurückführen.

Wohngeldhaushalte am 31.12.2021 und Wohngeldausgaben 2021 nach Bundesländern

Land	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Anteil an den Hauptwohnsitzhaushalten ¹		Im Jahr 2021 gezahlte Wohngeldbeträge insgesamt ²
			%		
Baden-Württemberg	59 880	-7,0		1,1	155,3
Bayern	54 880	-3,0		0,9	134,3
Berlin	24 535	-2,5		1,2	55,6
Brandenburg	22 450	-3,8		1,8	40,4
Bremen	4 635	-8,5		1,3	12,5
Hamburg	12 505	-5,4		1,3	35,2
Hessen	38 430	-4,5		1,3	113,1
Mecklenburg-Vorpommern	21 305	-5,6		2,6	36,0
Niedersachsen	59 455	-4,5		1,5	145,7
Nordrhein-Westfalen	157 850	-2,1		1,8	402,5
Rheinland-Pfalz	24 540	-7,6		1,3	56,4
Saarland	5 450	-6,1		1,1	13,5
Sachsen	42 635	-4,7		2,0	74,6
Sachsen-Anhalt	22 390	-2,1		2,0	38,0
Schleswig-Holstein	25 290	6,5		1,8	59,6
Thüringen	19 060	-6,3		1,8	33,0
Deutschland	595 290	-3,7		1,5	1 405,8
nachrichtlich:					
Westdeutschland	442 920	-3,5		1,4	1 128,2
Ostdeutschland einschl. Berlin	152 370	-4,2		1,8	277,6

1: Berechnung mit der Anzahl der Hauptwohnsitzhaushalte im Jahresdurchschnitt auf Grundlage des Mikrozensus 2021. (Erstergebnisse, erschienen am 05.04.2022)
2: Datenquelle: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB).

Weitere Informationen:

Detaillierte Informationen sind in den Tabellen zu [Haushalte mit Wohngeld \(22311\)](#) in der GENESIS-Online Datenbank und im Themenbereich [Wohngeld](#) abrufbar.



Kontakt
für weitere Auskünfte

Pressestelle
Telefon: +49 611 75 3444

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Zum Thema

→ [Wohngeld](#)



→
Themen

→
Methoden

→
Hilfe und Service

→
Über uns

← [ZURÜCK ZU: START SEITE](#)

Seite teilen 

Unsere Themen

[Themen](#)

[Presse](#)

[Über uns](#)

[Methoden](#)

[Hilfe und Service](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)



Folgen Sie uns!



Im press-
um

Da ten-
schutz

In halts ver zeich-
nis

©  Statistisches Bundesamt (Destatis) 

Onlinequelle 49

FRAGE AN DAS GEHIRN

Wieso nimmt die Reaktionsfähigkeit im Alter ab?

Fragesteller/in: Elfriede H fragt
Veröffentlicht: 04.07.2021

Wenn wir älter werden, können wir oft nicht mehr so schnell auf neue Reize oder Situationen reagieren. Woran liegt das eigentlich?

Die Antwort der Redaktion lautet:

Anja Opehy, Psychologin an der Uniklinik Köln: Diese Frage können wir aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und viele Faktoren haben einen Einfluss. Schauen wir zunächst auf die Ursache im Gehirn: Unsere Nervenleitbahnen sind umhüllt von sogenannten Myelinscheiden, die für eine schnelle Weiterleitung der Reize im Gehirn und im peripheren Nervensystem sorgen. Im Alter werden diese Myelinscheiden jedoch abgebaut, was die Reizweiterleitung verlangsamt.

Dazu kommt, dass altersbedingt im ganzen Gehirn Nervenzellen absterben. Die graue Substanz und die Verbindungen zwischen den Zellen nehmen ab, und die Verarbeitungsprozesse verändern sich. Bei manchen Prozessen muss das Gehirn kompensieren, was wiederum mehr Energie kostet. Auch dadurch führen wir dann komplexere Aufgaben langsamer oder mit schlechteren Ergebnissen aus.

Oft ist es schwierig, normale Alterungsprozesse von pathologischen abzugrenzen. Denn nicht nur neurodegenerative Erkrankungen beeinträchtigen unsere Reaktionszeit. Auch beispielsweise Diabetes und Bluthochdruck spielen eine Rolle für den Stoffwechsel des Gehirns. Stimmt etwa die Durchblutung nicht, wird es nicht ausreichend mit Sauerstoff versorgt und wir reagieren ebenfalls langsamer.

Um auf Reize oder Situationen zu reagieren, müssen wir zudem mehrere Dinge tun: Erst einmal einen Reiz wahrnehmen, dann eine entsprechende Reaktion auswählen und sie daraufhin ausführen. Dabei kann uns auch unsere Sinneswahrnehmung bremsen. Wer nicht gut sieht oder hört, reagiert im Straßenverkehr langsamer (oder gar nicht), selbst wenn die Person sonst noch sehr fit ist. Umgekehrt können kognitive Fähigkeiten wie die Aufmerksamkeit oder das Gedächtnis abnehmen und unsere Handlungen verlangsamen, obwohl die Augen und Ohren einwandfrei funktionieren. Oder es hängt an der Motorik, wenn sich der Körper nicht mehr so schnell zu bewegen vermag, wie wir es gerne hätten.

Welche Faktoren eine Rolle spielen, ist also individuell sehr verschieden. Die gute Nachricht ist: Wir können tatsächlich etwas gegen den Abbau unternehmen. Das fängt ganz einfach an mit einem aktiven Lebensstil. Für manche mag das bedeuten, jeden Tag eine Stunde lang spazieren zu gehen. Andere bevorzugen es vielleicht, sich oft mit Freund*innen zu treffen oder Bücher zu lesen. Alle Arten von Stimulation sind hilfreich, ob kognitiv oder motorisch. Dazu kommt eine gesunde Ernährung und Stress-Resilienz – alles, was unserer Gesundheit zuträglich ist.

Wir können aber auch weiter gehen, denn es gibt mittlerweile Interventionen, etwa in Form von gezieltem Aufmerksamkeits- und Gedächtnistraining, mit deren Hilfe sich die kognitive Leistungsfähigkeit trainieren lässt. Das klappt sowohl bei gesunden Menschen als auch bei verschiedenen Patient*innen-Gruppen. Praktisch ist, dass es einige digitale Angebote gibt, die wir uns teils sogar als Privatperson nach Hause holen können. In Studien hat sich gezeigt, dass die positiven Effekte selbst noch nach fünf bis zehn Jahren anhalten.

Aufgezeichnet von Stefanie Uhrig.

dasGehirn.info

- 3D-Gehirn
- Glossar
- Suche

Themen

- Einstieg
- Grundlagen
- Wahrnehmen
- Denken
- Handeln
- Entdecken
- Krankheiten

Mediathek

- Video
- Interaktiv
- Grafik & Foto
- Audio

Über uns

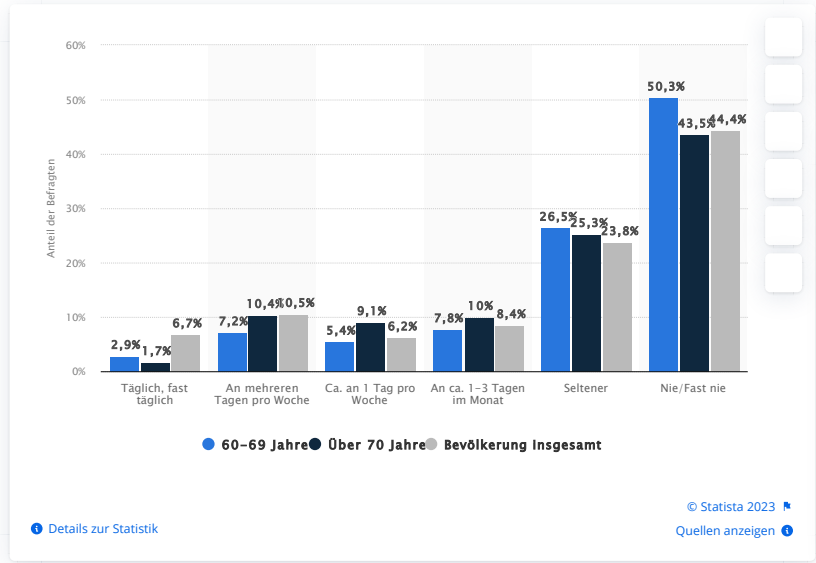
- Die Idee
- Das Team
- Die Berater
- Die Partner
- Förderverein
- Spenden

Aktuell

- Frage an das Gehirn
- FoxP2
- Hirnschau

Onlinequelle 50

Generation 60plus in Deutschland zur Nutzungshäufigkeit Verkehrsmittel/Fortbewegungsmittel Bus oder Straßenbahn im Jahr 2021



DOWNLOAD

PDF XLS PNG PPT

Quelle

Quellenangaben anzeigen
 Veröffentlichungsangaben anzeigen
 Ask Statista Research nutzen

IN KOOPERATION MIT

VuMA
 IFAK
 forsa marplan

GIM | RELEVANCE COUNTS.
 Kantar

Veröffentlichungsdatum
 November 2021

Region
 Deutschland

Umfrage Generation 60plus zur Nutzungshäufigkeit Verkehrsmittel/Fortbewegungsmittel

Veröffentlicht von [V. Pawlik](#), 07.12.2022

Im Jahr 2021 gaben rund 7,2 Prozent der Befragten im Alter zwischen 60 und 69 Jahren an, dass sie an mehreren Tagen pro Woche öffentliche Verkehrsmittel wie Bus oder Straßenbahn in der Region benutzen. Bei den Befragten über 70 Jahren nutzten dagegen rund 10,4 Prozent an mehreren Tagen pro Woche öffentliche Verkehrsmittel.

Die Verbrauchs- und Medienanalyse (VuMA) bietet Informationen zu mehr als 1.000 Marken und nahezu allen in den Medien beworbenen Produkten. Die Studie liefert Daten zu Verwendungs- und Kaufverhalten, zur Mediennutzung sowie zu Einstellungen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren.

[Weniger anzeigen](#)

WEITERE STATISTIKEN ZUM THEMA

[Senioren](#)

DEMOGRAPHIE
Bevölkerung Deutschlands nach relevanten Altersgruppen 2021

DEMOGRAPHIE
Lebenserwartung in Deutschland nach Geschlecht und Altersgruppen laut Sterbetafel

VERSICHERUNGEN
Monatliche Standardrente der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2022

DEMOGRAPHIE
Anteil der Bevölkerung ab 65 in EU-Ländern im Jahr 2022

Statista-Accounts: Zugriff auf alle Statistiken. 588 € / Jahr

Basis-Account
Zum Reinschnuppern

Zugriff nur auf Basis-Statistiken. Diese Statistik ist in diesem Account **nicht enthalten**.

Starter Account
Der ideale Einstiegsaccount für Einzelpersonen

Sofortiger Zugriff auf 1 Mio. Statistiken

Download als XLS, PDF & PNG

Detaillierte **Quellenangaben**

49 € / Monat *
im ersten Vertragsjahr

Jetzt bestellen

Professional Account
Komplettzugriff

Unternehmenslösung mit allen Features.

[Anfrage senden](#)

* Alle Preise verstehen sich zzgl. der gesetzlichen MwSt; Mindestlaufzeit 12 Monate



Senioren in Deutschland

52 Seiten | Deutsch | PPTX | Detaillierte Quellenangaben

Das ganze Thema "Senioren in Deutschland" in einem Dokument: Redaktionell und in übersichtlichen Kapiteln aufbereitet. Inklusive detaillierter Quellenangaben.

[Zum Dossier](#)

Ich habe noch nie schneller eine Präsentation mit aussagekräftigen Fakten unterlegt.



Dr. Felix Wunderer
VP Business Communication Products,
Deutsche Telekom AG

Statistiken zum Thema: "Senioren in Deutschland "

Kennzahlen	Die wichtigsten Statistiken
Lebenseinstellungen und Partnerschaft	Umfrage zum persönlichen Interesse an verschiedenen Themen Deutschland 2022 (Alter)
Freizeitverhalten	Umfrage der Generation 60plus zu beliebtesten Freizeitaktivitäten in Deutschland 2021
Mediennutzung	Umfrage der Generation 60plus zur Mitgliedschaft in einem Verein in Deutschland 2021
Finanzen	Umfrage in Deutschland zum Alter von Ehrenamtlichen 2021
	Umfrage Generation 60plus zur Nutzungshäufigkeit Verkehrsmittel/Fortbewegungsmittel
	Umfrage zur Freizeit-Beschäftigung "Handarbeiten" nach Lebensphase 2021
	Umfrage zu "Oper/Klassikkonzert/Theater/Ballett besuchen" nach Lebensphase 2021

Statista entdecken

Statistiken, Prognosen und Umfragen finden

[Statista-Suche](#)

Brauchen Sie Hilfe bei der Recherche mit Statista? [Tutorials und erste Schritte](#)

Weitere Inhalte: Das könnte Sie auch interessieren

STATISTIKEN

- Umfrage Generation 60plus zur Nutzungshäufigkeit Verkehrsmittel/Fortbewegungsmittel
- Bevorzugte soziale Netzwerke in der Generation 50plus nach Alter in Österreich 2019
- Prognose zum Anteil der Senioren, die das Internet nutzen bis 2015
- Motive zur Nutzung des Internets bei Senioren in Deutschland 2013
- Zufriedenheit mit der Nutzung ausgewählter Verkehrsmittel in Hamburg 2017
- Auf Arbeitsweg, Schulweg genutzte Verkehrsmittel 2010
- Stickoxid-Emissionen im deutschen Personenverkehr nach Verkehrsmitteln 2014

THEMEN

- Senioren
- Mediennutzung von Senioren
- Armut in Deutschland
- Geburten
- Lebenserwartung



Haben Sie Fragen zu unseren Unternehmenslösungen?

Wir senden Ihnen umgehend detaillierte Informationen zum Professional Account.

[Jetzt kontaktieren](#)

Onlinequelle 51



Schiene Deutschland im Länder-Ranking hinten

pro Schiene

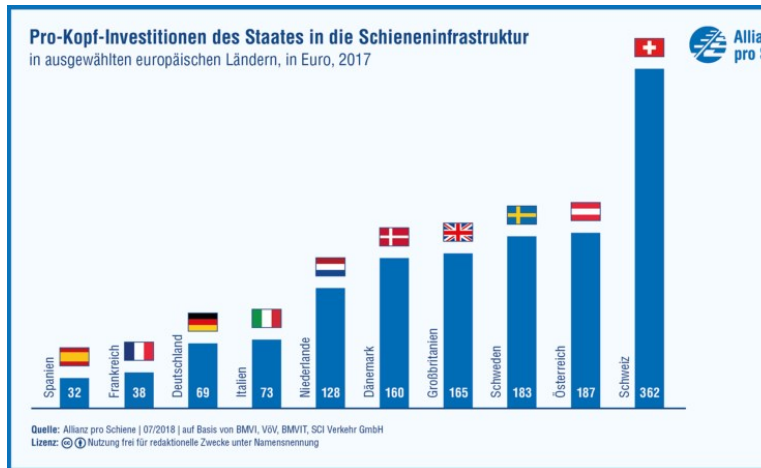
Rückstand bei Pro-Kopf-Invest / Österreich und Schweiz mit „Schiene vor Straße“

12. Juli 2018



Mehr Geld fürs Netz? Ja, aber Deutschland investierte auch 2017 mehr in Straßen als in Schienen. Eine Verkehrswende gelingt so nicht. Andere Europäer machen's anders, zeigt der EU-Vergleich.

Berlin, den 12. Juli 2018. Während viele europäische Länder ihre Schienennetze für das künftige Verkehrswachstum ausbauen, steckt Deutschland trotz Rekordinvestitionen immer noch zu wenig Geld in seine Eisenbahninfrastruktur. Im Vergleich zu ausgewählten europäischen Ländern erreicht die Bundesrepublik auch 2017 nur einen der hinteren Ränge im Europa-Invest-Ranking, während nach einer Aufstellung der Allianz pro Schiene und der Unternehmensberatung SCI Verkehr wichtige europäische Wirtschaftsnationen auf dreistellige Pro-Kopf-Summen bei ihren staatlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur kommen. Spitzenreiter Schweiz gab 362 Euro pro Bürger aus, gefolgt von Österreich mit 187 Euro pro Einwohner. Beide Alpenländer stecken seit Jahren höhere Summen in ihre Schienennetze als in ihre Straßeninfrastruktur. Doch auch in anderen europäischen Ländern brummt der Netzausbau: Schweden investiert 183 Euro pro Bürger, Großbritannien lässt sich sein Netz 165 Euro kosten und die Niederlande wenden 128 Euro auf. Italien gibt 73 Euro für die Ertüchtigung der Schiene aus, während Deutschland mit 69 Euro pro Bundesbürger den Abstand zu potenten Ländern in Europa immer noch nicht aufgeholt hat. Obwohl Deutschland im Vergleich zu 2016 (64 Euro) bereits ein deutliches Plus bei den Schieneninvestitionen auf Bundesebene verzeichnen konnte, investierten unter den betrachteten Ländern im Jahr 2017 lediglich Spanien (32 Euro pro Kopf) und Frankreich (38 Euro) weniger in ihre Eisenbahninfrastruktur.

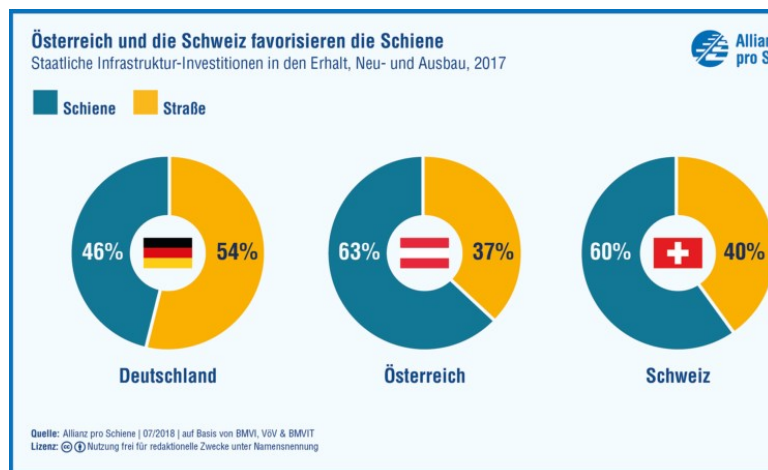


Deutsches Schienennetz braucht 80 Euro pro Bürger

„Die mageren Jahre hat unser Schienennetz zwar hinter sich, aber von einer echten Trendwende des Bundes lässt sich trotz der Rekordinvestitionen für 2017 immer noch nicht sprechen“, sagte der Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, Dirk Flege am Donnerstag in Berlin. „Obwohl die Politik parteiübergreifend eine dynamische und zukunftsweisende Bahnpolitik will, reichen die Aufwendungen nicht für eine Verkehrswende“, bilanzierte Flege. Während Deutschland 2014 nur 49 Euro pro Bürger ins Schienennetz gesteckt hatte, waren es 2015 schon 56 und 2016 bereits 64 Euro. Die Summe allerdings, die statt der aktuell 69 Euro in absoluten Zahlen nötig wäre, um den Erhalt zu sichern und auch beim Neu- und Ausbau nennenswert voranzukommen, bezifferte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer auf rund 80 Euro pro Kopf. „Für die Digitalisierung des Netzes, den Deutschland-Takt, für die im Koalitionsvertrag angepeilte Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2030 oder für eine systematische Güterverlagerungspolitik, die der Masterplan Schienengüterverkehr des Bundesverkehrsministeriums vorsieht: Wir brauchen es beim Netzausbau schon zwei Nummern größer“, sagte Flege.

Falsche Weichenstellung: Zuviel Geld für die Straße

Die Allianz pro Schiene mahnte vor allem einen Wechsel bei den Prioritäten an: Seit Jahren fließt in Deutschland deutlich mehr Geld in den Straßenbau als in die Schieneninfrastruktur, kritisierte Flege. „Die Transitländer Schweiz und Österreich begleiten die Verkehrsverlagerung im Sinne eines umweltverträglichen Verkehrs ganz gezielt mit Investitionen in ihre Eisenbahnnetze, während Deutschland seine straßenlastige Weichenstellung immer weiter fortschreibt und sich dann wundert, warum es seine Umweltziele verpasst.“



„Weil der Bund die Trassenpreise im Güterverkehr noch für das Jahr 2018 gesenkt hat, um mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, bekommt der Netzausbau sogar eine noch größere Dringlichkeit“, sagte Flege und erinnerte daran, dass amtliche Verkehrsprognosen den Güterbahnen in den nächsten Jahrzehnten ein gewaltiges Wachstum vorhersagen. „Um dafür gerüstet zu sein, sollte der Bund ab sofort mit der Schweiz und Österreich gleichziehen und seine Prioritäten auf die Schiene umstellen. Beschleunigte Planungsverfahren, Digitalisierung und die Ertüchtigung des Netzes für 740 Meter lange Güterzüge müssen ganz vorne auf die Agenda. Genauso wichtig: Die Engpassbeseitigung für den Deutschland-Takt und ehrgeizige Elektrifizierungsprogramme mit Strecken in allen Bundesländern, damit wir 2025 auf einen Elektrifizierungsgrad von 70 Prozent kommen.“

SCI: Wir verspüren Rückenwind bei den Investitionen

Die Geschäftsführerin von SCI Verkehr, Maria Leenen, schloss sich der Einschätzung an, dass Deutschland eine Investitionssumme von 80 Euro pro Bürger ins Schienennetz anstreben sollte. „Das reiche Deutschland leistet sich weniger Schiene als viele unserer europäischen Nachbarn“, sagte Leenen. „Damit bremst Deutschland nicht nur den innerdeutschen Güterverkehr aus, sondern steht auch bei den europäischen Korridoren auf der Bremse.“ Leenen verwies darauf, dass die Schweiz wegen der Streckensperrung in Rastatt 2017 spürbare Einbußen beim Marktanteil des Schienengüterverkehrs zu verkraften hatte. „Wir brauchen in Deutschland dringend mehr Redundanzen im Netz, damit im Störfall nicht noch einmal eine Magistrale für ganz Europa blockiert ist“, sagte Leenen.

Europas Schienennetz: Es fehlt an Koordination beim grenzüberschreitenden Ausbau

Dennoch begrüßte die SCI-Geschäftsführerin die jüngsten Weichenstellungen der deutschen Investpolitik. „Wir spüren Rückenwind. Die Botschaft, dass die Eisenbahninfrastruktur jahrelang dramatisch unterfinanziert war, ist bei der Politik angekommen.“ Leenen mahnte zugleich einen gesamthafter europäischen Ansatz beim Ausbau der nationalen Schienennetze an. So hatte der EU-Rechnungshof Ende Juni kritisiert, dass die Hochgeschwindigkeitsnetze der Staatsbahnen oft ein „Flickenteppich“ seien und der grenzüberschreitende Ausbau der Strecken keine Priorität habe. Erst kürzlich habe die Allianz pro Schiene auf den unzureichenden Ausbauzustand der Grenzübergänge im Schienengüterverkehr hingewiesen, sagte Leenen. „Von 57 deutschen Eisenbahn-Grenzübergängen sind lediglich 25 mit einer Oberleitung ausgestattet. Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die jetzt ins Auge gefassten Engpassbeseitigungen auch grenzüberschreitend mitdenken.“

Weitere Informationen:

[Alle Grafiken zum Download](#)

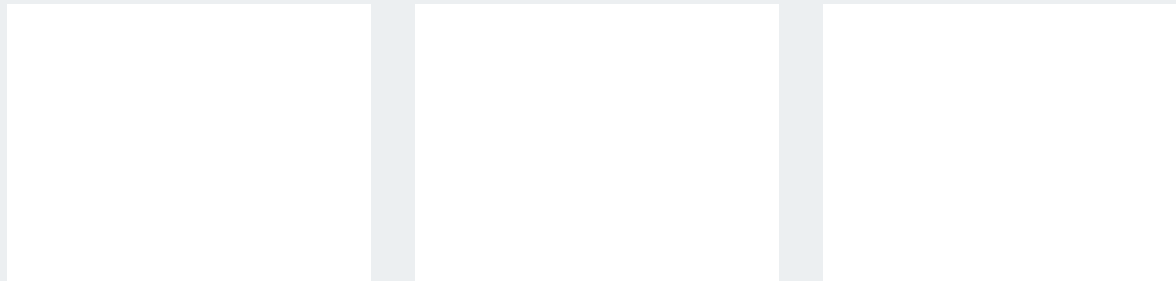
[Der EU-Rechnungshofbericht](#)

[Karte zu Elektrifizierungsmängeln an Deutschlands Grenzübergängen](#)



Drucken

Weitere Beiträge



Wissings Verkehrsprognose 2051 im Faktencheck

Faktenbasierte Politik oder politisches Wunschdenken? Wir haben die Verkehrsprognose 2051 analysiert.

Aktuell | 17. Mai 2023

Newsletter April 23

Stark koffeinhaltige Sitzungen, Pakete ohne Schiene und tierische Abschreckung. Der April Newsletter der Allianz pro Schiene.

Newsletter | 3. April 2023

Ergebnisse Koalitionsausschuss: „Riesenfortschritt für die Schiene“

Allianz pro Schiene begrüßt zusätzliche Milliardeninvestitionen durch aufgebrochenen Finanzierungskreislauf der Lkw-Maut

Pressemitteilungen | 29. März 2023

Sie finden uns auch hier:



Unterstützen Sie die Allianz pro Schiene

[mehr erfahren →](#)

[Geschäftsstelle](#)

[Karriere](#)

[Drittmittelprojekte](#)

[Glossar](#)

[Publikationen](#)

[Mediathek](#)

© Allianz pro Schiene e. V.

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Datenschutzeinstellungen](#)

[Kontakt](#)

[English](#)

Onlinequelle 52

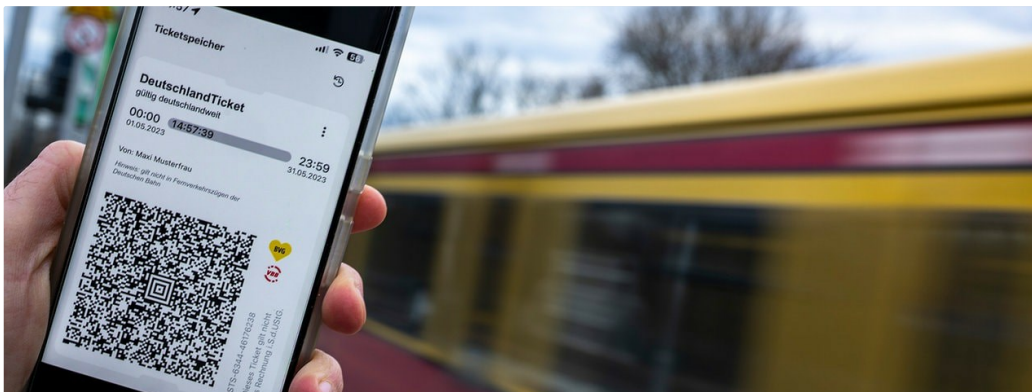
DEUTSCHLANDTICKET

Wo es beim Kauf des 49-Euro-Tickets noch Probleme gibt

VORLESEN

von André Seifert, MDR AKTUELL

Stand: 28. April 2023, 14:30 Uhr



Für manche Menschen gibt es digitale Hürden, das Deutschlandticket zu erwerben.

Bildrechte: dpa

Ab kommender Woche gilt das Deutschlandticket. Kaufen kann man es ganz einfach online, doch das läuft nicht immer reibungslos ab. Die Verkehrsunternehmen sind trotzdem zuversichtlich, dass am Ende sowohl Neukunden als auch Menschen, die bereits ein Monats-Abo haben, das Ticket nutzen können.

TEILEN VIA

[Facebook](#) [Twitter](#) [Pinterest](#) [Email](#)

- Das Deutschlandticket ist **online zu erwerben**, doch das funktioniert nicht immer reibungslos.
- Für Menschen ganz ohne Internetzugang **bieten manche Verkehrsbetriebe Ausnahmen** an.
- Bestandskunden, die **auf das D-Ticket wechseln** wollen, müssen etwas Geduld mitbringen.

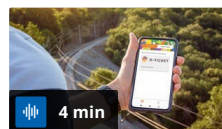
Chipkarte für Deutschlandticket fehlt: Bestellbestätigung vorerst als Ersatz →

Lange Wartezeiten vor Kundencentern der Verkehrsbetriebe

Vor den Kundencentern mancher Verkehrsbetriebe **bilden sich zurzeit Schlangen**. Leute warten, weil sie Fragen zum Deutschlandticket haben oder eins kaufen wollen. In Leipzig stellt sich ein älterer Herr eine Dreiviertelstunde an, weil er das Ticket lieber nicht auf der Webseite der Leipziger Verkehrsbetriebe kaufen wollte: "Ich traue den Onlinediensten nicht, da gibt es ja mehrere solche Knüller, die da schon passiert sind."

► AUDIO

Den Artikel zum Nachhören



Wer das D-Ticket kaufen will, muss nicht zwangsläufig in der Schlange stehen. Denn das lässt sich innerhalb von Minuten online erledigen, darauf weisen viele Verkehrsbetriebe hin. Dennoch warten viele Kunden auch aus ganz anderen Gründen auf Beratung. Wegen einer **Schufa-Prüfung** zum Beispiel konnte sich ein Nutzer bei der App nicht anmelden.

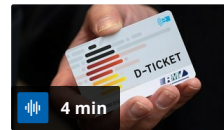
Ausnahme beim Kauf des Deutschlandtickets für ältere Kunden ohne Internetzugang

In Magdeburg stellten die MVB, wie viele Verkehrsbetriebe auch, extra Personal fürs Kundencenter ab, sagt Tim Stein von den Magdeburger Verkehrsbetrieben. So solle jeder, der ein Deutschlandticket wolle, auch eins bekommen.

Gerade ältere Leute, die mit dem Internet Probleme haben, sollten Hilfe erhalten, sagt Tim Stein. Denn das Ticket gibt es ja eigentlich nur digital oder als Chipkarte – eigentlich. In Magdeburg gibt es Stein zufolge eine Ausnahme für Menschen die gar keinen Zugang zum Internet haben und auch niemanden kennen, der helfen könnte. Im Kundenzentrum könne man dann vorbeikommen und gemeinsam mit dem MVB-Personal den Antrag ausfüllen. Das Ticket werde dann als Papierticket nach Hause geschickt, erklärt Tim Stein.

► AUDIO

Marketing beim Deutschlandticket – Top oder Flop?



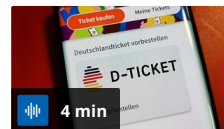
Und damit wird das digitale Ticket dann doch wieder zum Papierticket. Manche Anbieter, wie zum Beispiel der Verkehrsverbund Oberelbe, kommen auch mit dem Ausstellen der Chipkarten nicht hinterher.

Aufwendige Umstellung bei Nutzern von Monats-Abos

Großen Personalaufwand bereiteten zudem Kunden, die bereits ein Abo haben und nun mit dem Wechsel zum Deutschlandticket Geld sparen wollen, sagt Tim Stein. Denn dafür muss nicht nur ein neuer Vertrag geschlossen, sondern auch die bereits bestehende Chipkarte umprogrammiert werden. Nur wie? Diese Frage sorgt zurzeit für Verunsicherung bei Abokunden.

► VIDEO

Können alle das 49-Euro-Ticket auch als Jobticket nutzen?



Verband Deutscher Verkehrsunternehmen zufrieden mit Nachfrage

Eike Arnold vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) rät zur Geduld. Je nach Verkehrsbetrieb könne der Abowechsel eben etwas länger dauern, dann würden aber Übergangslösungen gefunden. Der VDV ist **insgesamt zufrieden**: "Wir haben die Zahl von immerhin 750.000 Menschen, die jetzt neu in das ÖPNV-Abo eingestiegen sind und zwar durch das Deutschlandticket", sagt Arnold.

► VIDEO

Mobilitätsforscherin über das 49-Euro-Ticket



Der VDV rechnet damit, dass sich insgesamt rund 16 Millionen Menschen bundesweit für ein Deutschlandticket entscheiden werden, die meisten, weil sie ohnehin ein Abo haben und einfach nur zum D-Ticket wechseln würden. Doch auch fünf Millionen **neue Kunden** seien zu erwarten.

► FAQ

"Deutschlandticket" kommt am 1. Mai - Das müssen Sie wissen



Fazit: So erfolgreich war das 9-Euro-Ticket





▶ ANGESPROCHEN - AUSGESPROCHEN

Deutschlandticket: Thüringer Forscherin fordert bundesweiten Sozialtarif



▶ DER REDAKTEUR | 24.04.2023

Deutschlandticket für Schüler: So gehen Thüringer Kommunen vor



Dieses Thema im Programm:

MDR AKTUELL | MDR AKTUELL RADIO | 28. April 2023 | 06:00 Uhr

- Politik
- Wirtschaft
- Gesellschaft
- Panorama

EURE NACHRICHTEN

HIER ABONNIEREN

Mehr aus Panorama >

▶ LANDGERICHT DRESDEN

Betrugsprozess um Grüne Gewölbe-Beute: Museumschefin berichtet als Zeugin

23.05.2023 | 21:46 Uhr



▶ HEIZEN IN DER ENERGIEWENDE

Fakten und Mythen zur Wärmepumpe

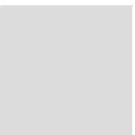
22.05.2023 | 14:37 Uhr



▶ ABSCHIED

Diese Persönlichkeiten und Prominenten sind 2023 gestorben

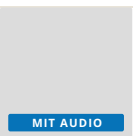
20.05.2023 | 19:43 Uhr



▶ SCHADENSILANZ 2022

Millionenschwere Unwetterschäden an Autos in Mitteldeutschland

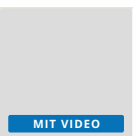
17.05.2023 | 15:34 Uhr



▶ DIY-ANLEITUNG

Basteln mit Kleiderbügeln – 3 tolle Upcycling-Ideen

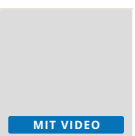
17.05.2023 | 10:00 Uhr



▶ ABIPRÜFUNGEN

Klimapolitik und Gendern – wie politisch darf das Abitur sein?

16.05.2023 | 05:00 Uhr

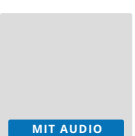


Mehr aus Deutschland >

▶ KOMMENTAR

Soziale Bindung beim Wohnraum muss dauerhaft bleiben

24.05.2023 | 09:51 Uhr



RAZZIA

Bundesweite Durchsuchungen bei "Letzter Generation"

24.05.2023 | 09:41 Uhr

MIT VIDEO

DIVERSITÄT

Welche Orte in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren am stärksten altern

24.05.2023 | 09:09 Uhr

MIT VIDEO

ERNEUERBARE ENERGIEN

Lokaler Ökostrom zunehmend wichtig für Firmen-Großansiedelung

24.05.2023 | 09:09 Uhr

MIT AUDIO

FEHLENDER SOZIALER WOHNRAUM

Mieterbund-Präsident: "Bauen allein löst das Problem nicht"

24.05.2023 | 08:28 Uhr

MIT VIDEO

ZEITARBEIT

Neue Pflegereform soll Leiharbeit eindämmen

24.05.2023 | 05:00 Uhr

MIT AUDIO



Der Mitteldeutsche Rundfunk ist Mitglied der [ARD](#).

[Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

MDR.de

- [Startseite](#) >
- [Fernsehen](#) >
- [Radioprogramme](#) >
- [Mediathek](#) >
- [ARD Audiothek](#) >
- [Hier stellen wir richtig](#) >
- [Seitenübersicht](#) >
- [Themenübersicht](#) >

Unternehmen

- [Neues aus dem MDR](#) >
- [Organisation](#) >
- [Zahlen und Fakten](#) >
- [Kommunikation](#) >
- [Karriere](#) >
- [Ausschreibungen](#) >

Service

- [Wetter](#) >
- [Verkehr](#) >
- [Empfang Fernsehen](#) >
- [Empfang Radioprogramme](#) >
- [Mitschnitt-Service](#) >
- [Aktuelle Schlagzeilen](#) >
- [Barrierefreiheit](#) >
- [Nachrichten in Leichter Sprache](#) >
- [Sprachassistenten](#) >



Onlinequelle 53

Do, 20.04.2023, 15:43 Uhr / ⏮ 02:25

Gute Reise – Ein Herz für Rentner stellt das 49-Euro Ticket für Seniorinnen und Senioren

Das Deutschland Ticket kostet 49 Euro ist schon jetzt ein Verkaufsschlager.

Die Fahrkarte gilt ab 1. Mai im öffentlichen Nahverkehr und das im ganzen Land.

Der Verein Ein Herz für Rentner übernimmt die Ticket-Kosten für bedürftige Senioren.

So sollen auch sie die Möglichkeit bekommen mal wieder die Enkel zu besuchen oder einen Ausflug ins Grüne zu machen.

[49-Euro-Ticket](#)[ein herz für rentner](#)[muenchen](#)[muenchen.tv](#)[München](#)[münchen.tv](#)[rentnerin](#)[Sandra Bisping](#)[Sendung](#)[Zurück](#)

Das könnte Dich auch interessieren





30. Mrz 2023 18:30 - 01:58 Min.

Startschuss-Ministerpräsident Markus Söder überreicht das erste 49-Euro-Ticket

Von München nach Berlin reisen, egal wann und wie oft: Das ist bald für nur 49 Euro möglich. Das Deutschlandticket startet ab dem 1. Mai und gilt für alle Busse, U- und S-Bahnen sowie Nah- und Regionalzüge. Bereits einige Tage vor dem offiziellen Verkaufsstart hat Ministerpräsident Markus Söder das erste Ticket an eine Münchnerin übergeben.



22. Mai 2023 16:59 - 02:20 Min.

Autos raus – in der Südlichen AU startet Projekt für mehr Grün und Freiflächen

Wo man früher parken konnte, kann man es sich ab heute gemütlich machen: Auf der Fläche von vier Parkplätzen sind in der Südlichen AU jetzt Sitzmöbel aufgebaut, Hochbeete mit Bäumen sorgen für mehr Grün in der Straße und es gibt sogar Platz zum Gärtnern. Die Aktion ist Teil eines Forschungsprojektes in München, das im Sommer



11. Mai 2023 18:00 - 02:23 Min.

Starker Zusammenhalt - Mieter der Wörthstraße 8 wollen ihr Haus selbst kaufen

Hausverkauf und Luxussanierung zwei Wörter die vielen Mietern in München den Angstschweiß auf die Stirn treiben. In der Wörth Straße 8 in Haidhausen haben sich jetzt 29 Mieter zusammengeschlossen um ihr geliebtes Zuhause behalten zu können. Um den Hausverkauf und den möglichen Verlust der eigenen Wohnung abzuwenden, will der neu gegründete Verein das Miethaus jetzt



09. Mai 2023 18:00 - 02:36 Min.

Hitzege Debatte – geplante Drag-Lesung für Kinder in Bogenhausen sorgt für Diskussion

Große Aufregung um eine geplante Veranstaltung in der Bogenhausener Stadtbibliothek. Eine Drag Queen, Ein Drag King und eine junge Trans-Jungautorin sollen dort am 13. Juni für Kinder ab vier Jahren vorlesen. Unter dem Motto „Wir lesen euch die Welt, wie sie euch gefällt“Das geplante Event sorgt nun für Schlagzeilen und hitzige Debatten. ...

Medienpartner von:



Justiz & Medien

KONSEQUENT
GEGEN
HASS

Eine Initiative des
Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und der
Bayerischen Landeszentrale
für neue Medien



[Empfang](#)

[Werbung](#)

[Kontakt](#)

[Datenschutzhinweis](#)

[Impressum](#)

[Privatsphäre](#)

Onlinequelle 54



Jetzt spenden



Obst- und Gemüsebox



Patenschaft übernehmen



Antrag auf Unterstützung



Projekte

Für Rentner

EIN HERZ FÜR RENTNER E.V. unterstützt bundesweit finanziell Rentner ab 58 Jahren, die in Deutschland gearbeitet, in die gesetzliche Rentenkasse eingezahlt haben und deren Rente dennoch für die wichtigsten Dinge im Leben nicht ausreicht. Die Einkommensgrenze liegt bei maximal 960 Euro.

Der Verein hilft ebenso Rentnern mit Erwerbsminderungs- und Erwerbsunfähigkeitsrente ab 500 Euro sowie Senioren mit Witwenrente und Rente mit aufstockender Grundsicherung im Alter.

Soforthilfe

Die Matratze ist nach 20 Jahren durchgelegen oder die Waschmaschine hat ihren Geist aufgegeben? Der Verein hilft unter anderem mit Übernahmen von Nebenkostennachzahlungen, Zuzahlungen zu Medikamenten, die von der Krankenkasse nicht übernommen werden, Brillen, Waschmaschinen, Kühlschränke, Betten, Matratzen, Schuhe, Kleidung, Fernseher, Fahrkarten, Einkaufsgutscheine, Essen auf Rädern und Hausnotrufen.

Patenschaft

Sie würden gerne einmal wieder ins Theater gehen, ein leckeres Stück Kuchen mit einem Cappuccino im Café genießen oder dem Enkel eine Kleinigkeit zum Geburtstag schenken? Mit einer Patenschaft von monatlich 38,00 Euro haben Sie die Möglichkeit, endlich mal wieder das zu tun, was Ihnen lieb ist. Die Patenschaft wird vom Verein als Dauerauftrag angelegt und zu Anfang eines jeden Monats auf Ihr Konto überwiesen.

Veranstaltungen

Rentner, die von **EIN HERZ FÜR RENTNER E.V.** finanziell unterstützt werden, haben die Möglichkeit, kostenlos an Veranstaltungen teilzunehmen. Dazu gehören Theater- und Konzertbesuche, Wanderungen, Fahrten ins Grüne, Weihnachtsfeiern und vieles mehr. Kreuzen Sie dazu einfach auf dem Antrag an, an welchen Veranstaltungen Sie interessiert und wie mobil Sie sind. Wir freuen uns auf die gemeinsame Zeit mit Ihnen.



Zum Antragsformular

Haben Sie Fragen zum Antrag oder brauchen Sie Hilfe? Wir sind gerne für Sie da.



WAS WIR FÖRDERN



Haushaltsgeräte



Kleidung



Sehhilfe



Rechnungen



Gutscheine



Medikamente



Möbel



**EIN HERZ FÜR RENTNER
E.V.**

Hauptsitz München:

Atelierstraße 14

81671 München

Rückgebäude/Bereich D

SPENDENKONTEN

MÜNCHEN

Stadtparkasse München

IBAN:

DE03701500001004659767

BIC:

Tel.: 089 / 413 22 90
Fax: 089 / 413 22 92
E-Mail:
info@einherzfuerrrentner.de

Büro NRW:

Ein Herz für Rentner e.V.
RingColonnaden
Richard-Wagner-Str. 13-17
50674 Köln
Tel.: 0221/650 78 656
E-Mail:
nrw@einherzfuerrrentner.de

SSKMDEMXX

NRW

Sparkasse KölnBonn

IBAN:

DE70 3705 0198 1934 9935 67

BIC: COLSDE33XXX

Volksbank Köln Bonn eG

IBAN:

DE10 3806 0186 4922 2720 13

BIC: GENODED1BRS

SITEMAP

[Für Rentner](#)
[Für Spender](#)
[Über uns](#)
[Blog](#)
[Antragsformular](#)
[Spendenformular](#)
[Patentformular](#)

RECHTLICHES

[Datenschutz](#)
[Impressum](#)

Onlinequelle 55



Die Tafeln: Lebensmittel retten.

Menschen helfen.

Über 960 Tafeln, eine Mission: Lebensmittel retten und armutsbetroffenen Menschen helfen. Die Tafeln retten Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden können und geben sie an Menschen in Armut weiter, die sich eine ausgewogene Ernährung nicht leisten können.

Mit 60.000 Helferinnen und Helfern sind die Tafeln eine der größten sozial-ökologischen Bewegungen in Deutschland. Pro Jahr retten sie rund 265.000 Tonnen Lebensmittel und geben sie an etwa zwei Millionen Menschen weiter. Organisiert sind die Tafeln im Dachverband Tafel Deutschland e.V.

Unterstützen Sie uns mit Zeit, Lebensmitteln oder Geld: Jede Hilfe ist wertvoll.

[MEHR ÜBER DIE TAFELN](#)

Die Tafeln vor Ort
Wo wir helfen

So finden Sie eine Tafel in Ihrer Nähe:

Geben Sie einfach den gewünschten Ort oder die gewünschte Postleitzahl in das vorgesehene Suchfeld ein und klicken Sie die Lupe, oder Sie wählen ein Bundesland aus.

Ort / PLZ 

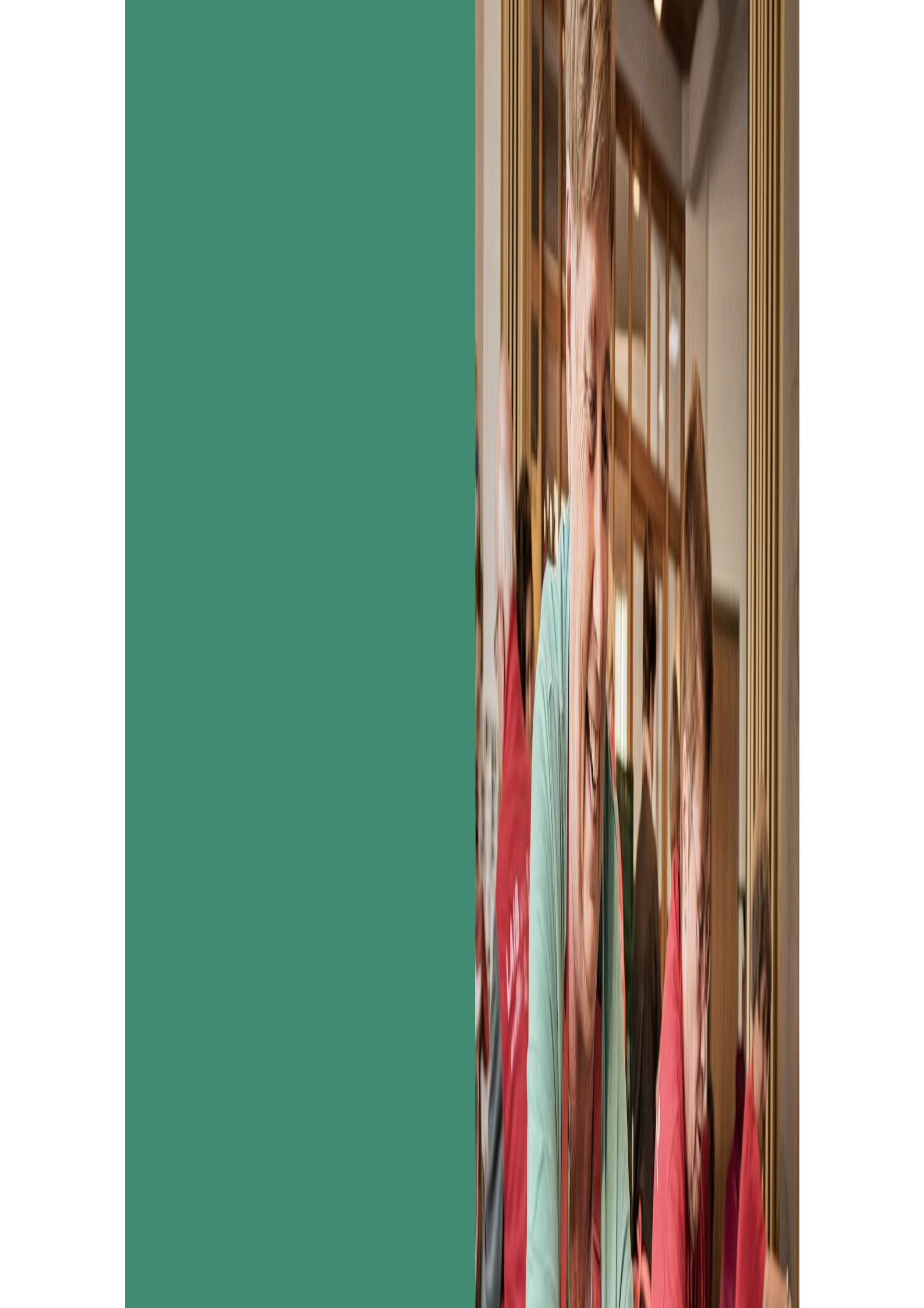
[GELD SPENDEN](#) [WAREN SPENDEN](#) [ZEIT SPENDEN](#)

Ohne Spende keine Tafel.

Um regelmäßig etwa zwei Millionen Menschen mit Lebensmitteln unterstützen zu können, sind wir selbst auf Spenden angewiesen. Helfen auch Sie uns dabei, Menschen in Not zu helfen!

[JETZT SPENDEN](#)









Onlinequelle 56



30 Jahre Tafeln in Deutschland

1993 gründete sich die erste deutsche Tafel in Berlin. Nach 30 Jahren gibt es über 960 Tafeln bundesweit. Die Tafeln sind heute die größte sozial-ökonomische Bewegung in Deutschland, die Lebensmittel rettet und an armutsbetroffene Menschen weitergibt. 30 Jahre Tafel bedeutet: Hoffnung, Zuversicht und Solidarität.

Die Initiativgruppe Berliner Frauen e.V. gründete 1993 die erste deutsche Tafel in Berlin. Die Berlinerinnen wollten vor allem die Situation der Obdachlosen der Stadt verbessern. Der Gedanke, überschüssige Lebensmittel einzusammeln und diese an Menschen in Not und soziale Einrichtungen weiterzugeben, schien einfach und sinnvoll. Durch das große Interesse der Medien verbreitete sich die Idee schnell bundesweit. 1995 gründeten die damals existierenden 35 Tafeln den Dachverband der Tafeln.



Herausfordernde Jahre

Die Corona-Pandemie stellte die Tafel-Arbeit auf den Kopf: Aus **Orten der Begegnung** wurden kontaktarme Ausgabestellen. Unsere Arbeit wurde auf ihren absoluten Kern reduziert: **Umverteilung**. Gute Lebensmittel vor dem Müll zu retten und an Menschen zu verteilen, denen es an so vielem fehlt. Früher waren das öfters Menschen, die sich etwas Anderes leisten konnten, wenn sie bei uns sehr günstig Lebensmittel bekamen. Heute sind es oftmals Menschen in **Armut**, die **sonst nicht wissen, was sie essen sollen**.

Heute haben der russische **Angriffskrieg auf die Ukraine** und die **historische Inflation** die Pandemie auf Platz Drei der Krisen verdrängt. **Mehr Krise**, mehr Herausforderungen und Probleme, mehr Arbeit, mehr Improvisation, mehr Anpassung. Aber auch: mehr öffentliche Wahrnehmung, **mehr Zuspruch und mehr Unterstützung**.

Wissen, was uns wirklich ausmacht

Die Tafeln werden in diesem Jahr 30 – und wir stehen vor gewaltigen Fragen. Was uns als Menschen ausmacht und eben auch als zivilgesellschaftliche Bewegung, das spüren wir mitunter besonders stark, wenn es fehlt. Wir wissen: Zum absoluten Kern unserer Arbeit gehört auch das **Miteinander**. Unsere Helferinnen und Helfer können und wollen nicht ohne einander, unseren Kundinnen und Kunden helfen

oftmals nicht nur die Lebensmittel, sondern eben auch der **Austausch**, der Aufenthaltsort.

Wir wissen auch: Wir übernehmen Aufgaben, die eigentlich der Sozialstaat leisten muss und nicht eine Ehrenamtswegung. Wir wollen diese Rolle nicht annehmen. Wir wollen keine Existenzhilfe leisten müssen. Lautstark fordern wir **politische Armutsbekämpfung**.

Mit unserer unmittelbaren Hilfe sind wir in dieser krisengeschüttelten Welt ein Zeichen für: **Hoffnung, Zuversicht, Solidarität**. Ein leidenschaftliches und verlässliches Zeichen dafür, dass wir als Gesellschaft und als Individuen mit Menschlichkeit durch diese Zeiten gehen. Auch darauf machen wir 2023 gemeinsam aufmerksam. Denn die Tafeln können nur weitermachen, wenn sie weiterhin unterstützt werden. **DANKE** an alle unsere unermüdlichen Helferinnen und Helfer und die zuverlässigen **Partnerinnen und Partner**.

30 JAHRE TAFELN IN DEUTSCHLAND

Unterstützen auch Sie die Tafeln!

Die Tafel-Helferinnen und -Helfer tun ihr Möglichstes, um Menschen in Not auch in Krisenzeiten schnell zu unterstützen. Helfen auch Sie: Spenden Sie haltbare Lebensmittel an **die Tafel in Ihrer Nähe, packen Sie mit an** oder **unterstützen Sie die Tafeln mit Ihrer Spende**. Vielen Dank!



DEUTSCHLAND

Tafel Deutschland e.V.
Germaniastraße 18
12099 Berlin

Telefon: (030) 200 59 76-0
Telefax: (030) 200 59 76-16
E-Mail: info(at)tafel(dot)de

ÜBER UNS
UNSER ENGAGEMENT
SPENDEN
MITMACHEN
BLOG

PRESSE
SERVICE
JOBS

Bei uns können Sie sicher
sein, dass Ihre Spende
ankommt.

Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE63 1002 0500 0001 1185 00



NEWSLETTER-ANMELDUNG

JETZT SPENDEN!



Onlinequelle 57

Tafel-Grundsätze

Präambel

Nicht alle Menschen können sich eine ausgewogene Ernährung leisten – und gleichzeitig werden Unmengen an Lebensmitteln verschwendet. Die Tafeln in Deutschland schaffen einen Ausgleich. Ziel der Tafeln ist es, qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden können, an Menschen in Not zu verteilen.

Grundsatz 1

Die Tafeln sammeln überschüssige Lebensmittel, die nach den gesetzlichen Bestimmungen noch verwertbar sind, und geben diese an armutsbetroffene Menschen ab.

Durchführungsbestimmung:

- Die Tafeln können auch Artikel des täglichen Bedarfs ausgeben.
- Der Schwerpunkt muss auf dem Einsammeln und Ausgeben von Lebensmitteln liegen.
- Die Abgabe erfolgt unentgeltlich oder gegen einen geringen Kostenbeitrag. Notwendige Kostenbeiträge sollen so gering wie möglich sein. Der Kostenbeitrag muss sich einerseits am sozialen Auftrag der Tafeln und andererseits an der prekären Situation der Empfängerinnen und Empfänger unserer Leistungen orientieren.
- Die Ermittlung der Bedürftigkeit orientiert sich an der Abgabenordnung § 53 unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und wird von jeder Tafel individuell festgelegt.
- Die Abgabe der Lebensmittel erfolgt unter Beachtung der Lebensmittelhygieneverordnung (LMHV) und des Infektionsschutzgesetzes.

Grundsatz 2

Die Arbeit der Tafeln ist grundsätzlich ehrenamtlich. Sie kann – wenn möglich und notwendig – unterstützt werden durch unterschiedlich finanzierte und geförderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Grundsatz 3

Die Arbeit der Tafeln wird durch Spenderinnen und Spender sowie Sponsorinnen und Sponsoren unterstützt. Tafeln freuen sich über Sach-, Geld- und Zeitspenden. Der Kauf von Lebensmitteln ist erlaubt, wenn er durch die Spenderin oder den Spender erfolgt und an die Tafeln weitergegeben wird (Sachspende) und/oder für Projekte und Anlässe (z.B. Kinder-, Seniorenprojekte, Weihnachtsfeier, Tafel-Tag) genutzt wird.

Grundsatz 4

Die Tafeln arbeiten unabhängig von politischen Parteien und Konfessionen. Die Tafeln helfen allen Menschen, die der Hilfe bedürfen.

Grundsatz 5

Der Name „Tafel“ ist als eingetragenes Markenzeichen durch die Tafel Deutschland e.V. rechtlich geschützt.

Durchführungsbestimmung:

- Die Bezeichnung des Vereins oder des Projekts ist grundsätzlich die Ortsbezeichnung in Verbindung mit dem vorangestellten oder nachgestellten Namen „Tafel“ und ggf. e.V., z.B. Tafel Berlin e.V. oder Berliner Tafel e.V.
- Tafeln in Trägerschaft dürfen die Bezeichnung des Trägers als Zusatzinformation verwenden.
- Davon abweichende Bezeichnungen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung der Tafel Deutschland e.V.
- Der Name „Tafel“ ist schriftlich bei der Tafel Deutschland e.V. zu beantragen und wird ausschließlich an juristische Personen für konkrete Tafel-Projekte vergeben.
- Das Logo der Tafel Deutschland e.V. sollte von der lokalen Tafel in Form und Farbe mit der jeweiligen Ortsbezeichnung ohne jede Veränderung übernommen werden.

Grundsatz 6

Die Arbeit der Tafeln steht überwiegend im lokalen Bezug. Die Tafeln respektieren den Gebietsschutz, ohne miteinander zu konkurrieren.

Durchführungsbestimmung:

- Bei Unstimmigkeiten in der regionalen Tafel-Arbeit, z. B. bei Tafel-Neugründungen oder bei bereits bestehenden Tafeln, sollte vorrangig eine einvernehmliche Lösung im Interesse der armutsbetroffenen Menschen vor Ort angestrebt werden.
- Ist dies nicht möglich, ist der zuständige Landesverband hinzuzuziehen.
- Die Tafeln tauschen regional und überregional Informationen und Erfahrungen aus.
- Die Tafeln helfen einander mit dem Ziel, die lokale Tafel-Arbeit wirkungsvoll zu unterstützen.

Grundsatz 7

Die Tafel-Grundsätze der Tafel Deutschland e.V. sind Leitlinien zur Arbeit der Tafeln in Deutschland. Die Tafel erklärt durch ihre Mitgliedschaft in der Tafel Deutschland e.V. und die Unterschrift die Anerkennung und Einhaltung der Tafel-Grundsätze.

Grundsatz 8

Die Tafel Deutschland e.V. achtet auf die Einhaltung der Tafel-Grundsätze.

Bei Nichteinhaltung der Tafel-Grundsätze beantragt die Tafel Deutschland e.V. in Abstimmung mit dem zuständigen Landesverband ein Verfahren zur Aberkennung des Namens „Tafel“ und gegebenenfalls ein Verfahren zum Ausschluss aus dem Verein Tafel Deutschland e.V.



DEUTSCHLAND

Tafel Deutschland e.V.
Germaniastraße 18
12099 Berlin

Telefon: (030) 200 59 76-0
Telefax: (030) 200 59 76-16
E-Mail: [info\(at\)tafel\(dot\)de](mailto:info(at)tafel(dot)de)

[ÜBER UNS](#)

[UNSER ENGAGEMENT](#)

[SPENDEN](#)

[MITMACHEN](#)

[BLOG](#)

[PRESSE](#)

[SERVICE](#)

[JOBS](#)

**Bei uns können Sie sicher
sein, dass Ihre Spende
ankommt.**

Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE63 1002 0500 0001 1185 00



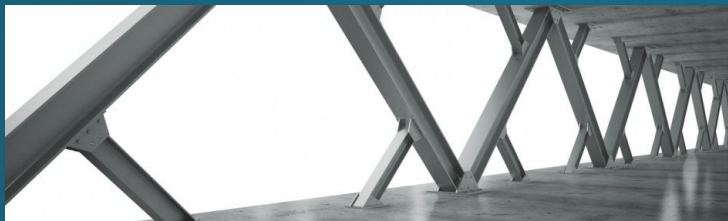
Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

[NEWSLETTER-ANMELDUNG](#)

[JETZT SPENDEN!](#)



Onlinequelle 58



[Home](#) > [Qualitativ vs. quantitativ](#)

Qualitativ vs. quantitativ

Die Unterscheidung in qualitative und quantitative Untersuchungen ist **nicht so trennscharf** wie häufig angenommen. Sinnvoller wäre vermutlich eine Abgrenzung zwischen **standardisierten und rekonstruktiven Verfahren** oder zwischen **hypothesenprüfenden und theoriebildenden Untersuchungen**. Ganz allgemein gilt, dass auch quantitative Verfahren – also alle Methoden, die mit nötigen Mindestmengen, mit Messen, Zählen und Berechnen zu tun haben, auf qualitativen Füßen stehen und umgekehrt. Wer **quantitativ** arbeitet, bedient sich vieler Annahmen oder theoretischer Setzungen, die (zumeist) nicht mehr infrage gestellt, sondern „nur“ genutzt werden. Was etwa ein **Mittelwert** oder eine **Korrelation** aussagen, muss vorab theoretisch bestimmt worden sein. Qualitative Methoden wiederum arbeiten nie ohne **Empirie** (selbst reine wissenschaftliche **Theorie** kommt in Form des Signifikanten, also in Form der Sprache, nicht wirklich ohne Empirie aus), ohne die Deutung und den Vergleich vorgefundener Materialien.

Dennoch gibt es einige Dinge, die quantitative von qualitativen Methoden unterscheiden. Die Art und Weise, wie mit Untersuchungsmaterialien kommuniziert wird, ist in der quantitativen Forschung **standardisiert** (zum Beispiel über Fragebögen oder fixierte Messmethoden). Und nach der Datenerhebung muss genau definiert werden, welche Erfahrungs- oder Beobachtungskriterien überhaupt zugelassen sind. Bei qualitativen Zugängen ist es wichtig, dass die unterschiedlichen Relevanzsysteme von Forschenden und Erforschten systematisch und kontrolliert beachtet werden. Die Kommunikation ist nicht im eigentlichen Sinn „offen“, das ist missverständlich. Das heißt, in qualitativen Studien wird darauf geachtet, wie (auch unschwellig) kommuniziert wird, was zwischen den Zeilen geschrieben steht oder gesagt wird und so weiter.

Standardisierte (quantitative) Verfahren untersuchen immer die **statistische Verteilung** bestimmter Merkmalskombinationen und deuten diese. Das wiederum können rekonstruktive (qualitative) Verfahren nicht leisten. Stattdessen erfassen diese Methoden **Strukturen** und liefern **Interpretationen**. Etwas salopp zugespitzt: Während quantitative Verfahren (vor dem Hintergrund bestimmter wissenschaftstheoretischer Annahmen) beschreiben, wie etwas ist, aber das Warum streng genommen nicht untersuchen können, nähern sich qualitative Perspektiven vorsichtig tastend solchen Fragen nach den Gründen an. Während also die einen Hypothesen (auch methodischer Art) empirisch prüfen, versuchen die anderen – ebenfalls empirisch – solche Hypothesen oder Theorien zu bilden.

Das (eigentlich nötige) Wechselspiel beider Perspektiven (**Triangulation**) funktioniert in der wissenschaftlichen Praxis leider oft nicht so gut wie nötig. Eine theoretische Kritik und Neuformulierung quantitativer Methoden ist schwierig, genauso wie eine empirische Sättigung theoretischer oder qualitativer Analysen. Aber das nur am Rande.

Hier die wichtigsten Unterschiede zwischen qualitativer und quantitativer Forschung.

Quantitative Forschungsansätze

- Vorrangiges Ziel: soziale Phänomene messbar machen und statistisch auswerten; Überprüfung von Hypothesen und Theorien
- Voraussetzungen: Vorliegen von Hypothesen und Theorien, die überprüft werden können; Wissen über statistische Verfahren und Methoden zur Datenerhebung, -auswertung und -interpretation
- Merkmale: Standardisierung
- Typische Fragestellungen: Liegen bei einer Gruppe von Personen bestimmte Einstellungen vor? Trifft auf Personen, die x haben, auch y zu? Sind die SchülerInnen im Sinne von PISA lese-/schreib-/rechenkompetent?
- Typische Verfahren der Datenerhebung: standardisierter Fragebogen; Experiment

Qualitative Forschungsansätze

- Vorrangiges Ziel: soziale Phänomene rekonstruieren; Hypothesen und Theorien generieren
- Voraussetzungen: offener, explorativer Zugriff auf das soziale Phänomen; Wissen über qualitative Verfahren und Methoden zur Datenerhebung, -auswertung und -interpretation
- Merkmale: keine Standardisierung
- Typische Fragestellungen: Welche Einstellungen liegen bei einer Gruppe von Personen vor? Gibt es weitere gemeinsame Merkmale von Personen, die x haben, und wenn ja, welche? Was heißt es, lese-/schreib-/rechenkompetent zu sein?
- Typische Verfahren der Datenerhebung: narratives Interview; Gruppendiskussion; Beobachtung

Wer tiefer einsteigen will, bekommt hier weitere Details zu beiden Blickrichtungen:

- + Allgemein
- + Zugang zu Daten und Kommunikationsverhältnis
- + **Konstrukte** und Rekonstruktion
- + **Reliabilität**/Zuverlässigkeit
- + Vergleichbarkeit
- + **Objektivität** – intersubjektive Überprüfbarkeit von Ergebnissen muss gewährleistet sein
- + Beide Verfahren haben einen theoretischen Vorlauf, der sich jedoch unterscheidet
- + Systematischer Vergleich, Unterschied: Was wird verglichen?
- + Generalisierbarkeit

+ [Literatur](#)



Allgemeines

Was sind Methoden, wozu sind sie da? Welche Probleme macht die Empirie, was unterscheidet deduktiv von induktiv und qualitativ von quantitativ?

Themen

[Was sind Methoden?](#)

[Qualitativ vs. quantitativ](#)

[Deduktion | Induktion](#)

[Der Forschungsprozess](#)

[Probleme der Empirie](#)

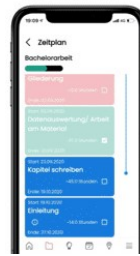
[Gütekriterien](#)

[Ethische & rechtliche Fragen](#)

[Glossar](#)



Verwalte alle Deine Schreibprojekte



[Probleme der Empirie](#)
[Gütekriterien](#)
[Ethische & rechtliche Fragen](#)
[Glossar](#)

[Gruppendiskussion](#)
[Beobachtungen](#)
[Oral History](#)
[Quellen | Dokumente](#)
[Experimente](#)
[Transkription](#)

[Grounded Theory](#)
[Inhaltsanalyse](#)
[Dokumentenanalyse](#)
[Diskursanalyse](#)
[Bildanalyse](#)

[Kontakt](#)
[How to | help](#)
[Impressum](#)

Onlinequelle 59

Hinweis: Die Redaktion ist zurzeit nur per E-Mail erreichbar unter redaktion@zbw-workspace.eu.



Konjunkturschlaglicht

102. Jahrgang, 2022 · Heft 5 · S. 411–412 · JEL: E31, N70, O13

Inflation nicht nur energiegetrieben

Von **Klaus-Jürgen Gern, Jan Reents, Ulrich Stolzenburg**



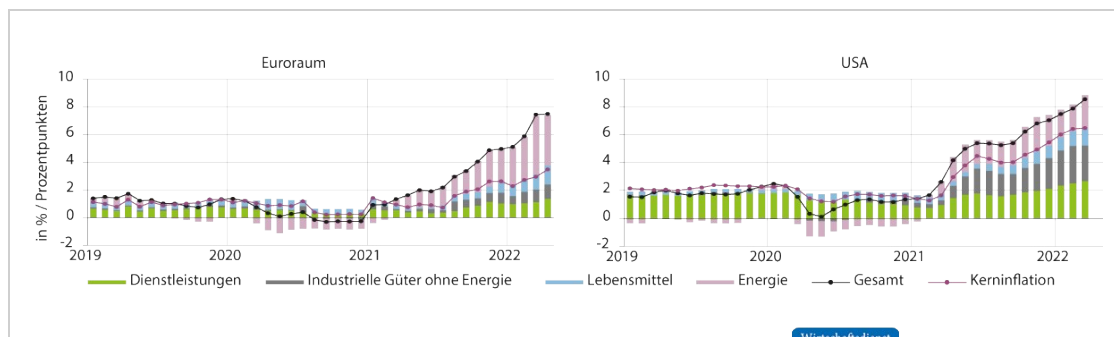
Die Verbraucherpreise haben in den vergangenen Monaten weltweit stark angezogen. In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurden langjährige Höchststände erreicht. Im März 2022 betrug die Inflation in den USA 8,5 %, im Euroraum 7,4 % und in Großbritannien 7 %. In Deutschland wurde mit 7,3 % die höchste Inflationsrate seit 1981 verzeichnet. Die bereits vorliegenden Zahlen für den April deuten auf einen ähnlich hohen Preisanstieg hin.

Der Inflationsschub ist mit dem Ukrainekrieg in Verbindung zu bringen. Die Preise für Rohstoffe und Landwirtschaftsprodukte stiegen nach der Invasion nochmals stark an. Speziell erhöhte sich der Ölpreis nach dem Kriegsausbruch deutlich, auf mehr als 100 US-\$ je Barrel der Sorte Brent, und die Preise für Erdgas in Europa und Flüssiggas weltweit legten stark zu. Kräftig gestiegen sind auch die Preise für einige Industrierohstoffe und vor allem für Nahrungsmittel. Russland und die Ukraine sind bedeutende Exporteure von Getreide und Pflanzenöl. Der Krieg hat die Verfügbarkeit dieser Güter am Weltmarkt verringert und die Unsicherheit über die Größe der kommenden Ernte massiv erhöht. Zudem haben kriegsbedingte Ausfälle bei der ukrainischen Industrieproduktion und Rückgänge im Handel mit Russland das Problem der Lieferengpässe wieder verschärft, nachdem es um die Jahreswende Anzeichen für eine allmähliche Entspannung gegeben hatte. Allerdings erfolgte der größere Teil der Inflationsbeschleunigung bereits vor dem Ukrainekrieg. Schon seit dem Frühjahr 2021 werden zunehmende Inflationsraten verzeichnet, und die Produzentenpreise waren im Februar 2022 – also vor Kriegsbeginn – in den USA bereits um mehr als 10 % höher als ein Jahr zuvor, im Euroraum sogar um 30 %. Ein wesentlicher Teil des Preisauftriebs resultierte dabei zwar aus den gestiegenen Energiepreisen, doch auch die Kernrate (Inflation ohne Energie und Lebensmittel) hat sich stark beschleunigt.

Im Vergleich zwischen den USA und dem Euroraum zeigen sich einige Unterschiede. So ist der Anteil an der Inflation, der von den Energiepreisen herrührt, im Euroraum deutlich größer als in den USA (vgl. Abbildung 1). Dies liegt vor allem daran, dass die Erdgaspreise in Europa in den vergangenen Monaten drastisch gestiegen sind, während sie in den USA bis zum Frühjahr nur moderat zugenommen hatten.

Abbildung 1

Verbraucherpreisinflation nach Güterarten



Monatsdaten, saisonbereinigt; Gesamtinflation und Kernrate: Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %, sonst: Beitrag zur Inflationsrate in Prozentpunkten; Kerninflation: ohne Energie und Lebensmittel; Euroraum: Daten bis April 2022, USA: bis März 2022.

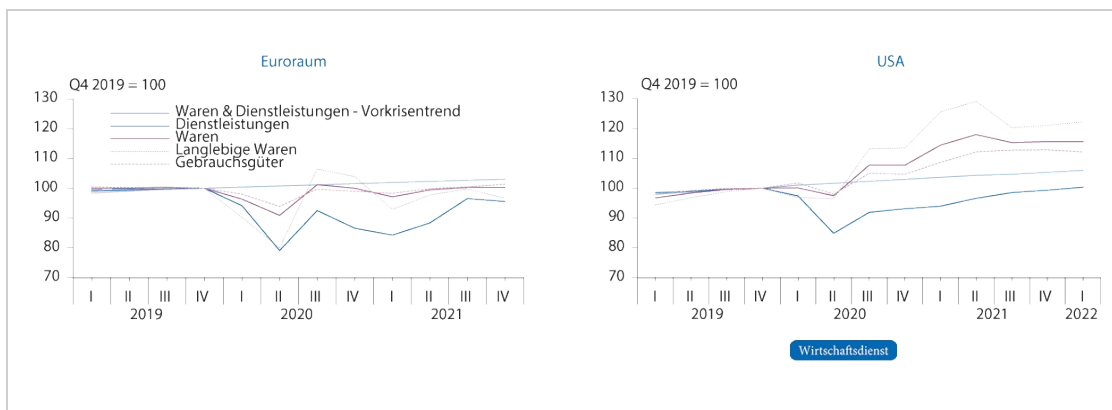
Quelle: Eurostat, Refinitiv, Berechnungen des IfW Kiel.

Hingegen ist der Beitrag der Preise von Waren ohne Energie zur Gesamtinflation in den USA relativ groß, sodass sich der Preisauftrieb in den USA schon im Frühjahr 2021 stark beschleunigt hat, während die Inflation im Euroraum nur langsam zunahm. Auch der Preisanstieg bei den Dienstleistungen verstärkte sich in den USA früher; der über den gesamten Zeitraum höhere Beitrag der Dienstleistungen zur Inflation in den USA ist auch dem größeren Gewicht dieser Gruppe im Warenkorb des Verbraucherpreisindex geschuldet. Relativ ähnlich verlief die Preisentwicklung bei Lebensmitteln in den USA und im Euroraum, deren Beitrag zur Gesamtinflation sich seit einigen Monaten merklich erhöht hat.

Viel spricht dafür, dass die Unterschiede in der Inflation zwischen den USA und dem Euroraum auch eine Folge der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung nach dem starken Einbruch infolge der Coronapandemie im Frühjahr 2020 sind. Zwar erholte sich die Wirtschaft in beiden Regionen im Sommer 2020 schnell; in den USA setzte sich die Erholung jedoch fort, während das BIP im Euroraum auch danach noch durch die Pandemie gebremst wurde. Speziell der private Konsum war in den USA rasch wieder gestiegen. Er überschritt bereits im ersten Quartal 2021 das Vorkrisenniveau und lag zuletzt rund 5 % darüber. Im Euroraum hat er hingegen bis Ende 2021 seinen pandemiebedingten Rückgang noch nicht wieder aufgeholt. Der kräftige Konsum in den USA resultierte daraus, dass der Konsum von Waren – speziell von langlebigen Konsumgütern – deutlich stärker zunahm als in den Vorjahren. Im Euroraum wurde der Warenkonsum hingegen nicht stärker ausgeweitet als im längerfristigen Trend (vgl. Abbildung 2). Die Dienstleistungen waren auch in den USA nur eingeschränkt konsumierbar und blieben unter ihrem Vorkrisentrend, wenn auch in geringerem Ausmaß als im Euroraum.

Abbildung 2

Private Konsumausgaben nach Güterarten



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal. Der Vorkrisentrend wurde unter Annahme der durchschnittlichen Zuwachsrates der Güter und Dienstleistungen zwischen 2015 und 2019 extrapoliert. Euroraum geschätzt als Summe von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Eurostat; Berechnungen des IfW Kiel.

Zu den Unterschieden im Konsumverhalten haben zum einen die finanzpolitischen Unterstützungsmaßnahmen während der Pandemie beigetragen. Zwar stützten die öffentlichen Haushalte auch im Euroraum die Einkommen der privaten Haushalte und im zweiten Halbjahr 2020 wurden die Verkäufe von langlebigen Konsumgütern durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung in Deutschland vorübergehend angeregt. In den USA wurden die Einkommen aber im Rahmen von zwei massiven Programmen sogar deutlich gegenüber dem Vorkrisenniveau erhöht. Eines wurde zu Pandemiebeginn und ein zweites Anfang 2021 aufgelegt, als sich die Konjunktur bereits deutlich auf Erholungskurs befand. Zum anderen entwickelte sich die Sparquote in den beiden Wirtschaftsräumen unterschiedlich. Während sie in den USA nur in kurzen Phasen stark anstieg und bis zum ersten Quartal 2022 wieder unter ihren Vorkrisenwert sank, war sie im Euroraum seit Ausbruch der Pandemie durchgehend stark erhöht und lag auch zuletzt noch erkennbar über ihrem Vorkrisenniveau. Hierin dürften sich sowohl strengere Eindämmungsmaßnahmen im

Euroraum als auch ein vorsichtigeres Verhalten der Verbrauchenden in der EU während der jüngsten Coronawellen widerspiegeln.

Der größere finanzpolitische Impuls in den USA dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Inflationsdruck in den USA derzeit noch bedrohlicher wirkt als im Euroraum. So liegt die Kernrate der Inflation mit 6,5 % deutlich höher, und anders als im Euroraum hat sich der Lohnanstieg ebenfalls auf eine Rate von zuletzt 5,5 % (durchschnittliche Stundenlöhne) erheblich verstärkt. Aber auch im Euroraum hat sich die Kernrate zuletzt deutlich erhöht – im April lag sie bei 3,5 % und damit weit über dem Notenbankziel von 2 %. Auch in den kommenden Monaten dürfte der Inflationsdruck hoch bleiben, da die enormen Anstiege bei den Erzeugerpreisen einige Zeit brauchen, um auf die Verbraucherebene durchzuwirken (Boysen-Hogrefe, 2022). Angesichts der hohen Inflation dürfte sich auch die Lohnentwicklung im Euroraum nach und nach verstärken, zumal die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern wieder in die Nähe ihrer historischen Tiefstände gesunken ist.

Die US-Notenbank hat mit Zinsanhebungen begonnen und die Märkte erwarten nun, dass in den kommenden Monaten rasch weitere Zinsschritte erfolgen. Die EZB hat bislang nur angekündigt, ihre Anleihekaufprogramme demnächst auslaufen zu lassen und einen ersten Zinsschritt für den Sommer in Aussicht gestellt. Die bislang zögerliche Straffung ist einerseits verständlich angesichts der zurückliegenden langen Phase sehr niedriger Inflationsraten und hoher Unsicherheit über die Auswirkungen des Kriegs auf Preise und Konjunktur. Andererseits könnte die späte und vorsichtige Reaktion der Notenbank dazu führen, dass sich der Inflationsdruck weiter verstärkt und schließlich eine stark restriktive Geldpolitik erforderlich wird, um die Inflationserwartungen zu reduzieren.

Klaus-Jürgen Gern, Jan Reents, Ulrich Stolzenburg

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Literatur

Boysen-Hogrefe, J. (2022), Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise, *Kiel Insight*, 2022.01.

© Der/die Autor:in 2022

Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

 Springer Link

DOI: 10.1007/s10273-022-3198-0

Fachinformationen über EconBiz

EconBiz unterstützt Sie bei der Recherche wirtschaftswissenschaftlicher Fachinformationen.

Mehr zu diesem Thema im Wirtschaftsdienst

[Die Entwicklung der Rohstoffpreise seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine](#)

Marina Eurich

[Importierte Inflation und Zinswende: Herausforderungen für die EZB](#)

[Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln](#)

Silke Tober

[Preisschübe beim Grundbedarf – Umverteilung erforderlich](#)

Irene Becker

[Inflationausblick – Kosten des Krieges treiben Inflation in neue Höhen](#)

Johannes Mayr

[Jetzt anmelden](#)

Der Wirtschaftsdienst, herausgegeben von der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft, ist die anerkannte Zeitschrift für aktuelle Debatten zur deutschen Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsdienst publiziert Beiträge von namhaften Autor:innen aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, die aktuell diskutiert werden. Mit seinen Inhalten bildet er eine Brücke zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis.

Die Redaktion mit Sitz in Hamburg erstellt auch [Intereconomics – Review of European Economic Policy](#) über europäische Wirtschaftspolitik.

[Mehr über uns](#)

[Startseite](#)

[Veranstaltungen](#)

[Über uns](#)

[Aktuelle Ausgabe](#)

[Manuskript einreichen](#)

[Jahrgänge](#)

[Bezugsinfo](#)

[Autor:innen](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Barriere melden](#)



ZBW Leibniz-Informationszentrum
Wirtschaft
Leibniz Information Centre
for Economics

Leibniz
Leibniz
Gemeinschaft

 sciencedo

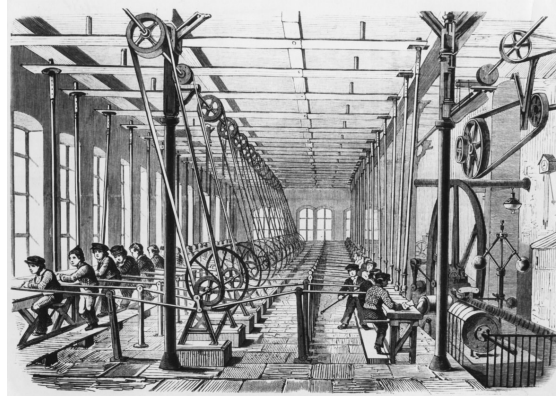
Onlinequelle 60



< Das junge Politik-Lexikon

Soziale Frage

Gerd Schneider Christiane Toyka-Seid



Kinder arbeiten in einer Papiermühle in Aschaffenburg. Das Bild entstand 1858. (© picture alliance/Heritage Images)

Viele soziale Probleme

Mit diesem Begriff werden die vielen sozialen Probleme bezeichnet, die es in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Folge der Industriellen Revolution gab. Aufgrund der rasanten technischen Entwicklungen wie zum Beispiel der Dampfmaschine wurden immer mehr Fabriken gebaut. Die verarmte Landbevölkerung drängte in die Städte, um dort Arbeit zu finden. Doch damit entstanden viele Probleme. Es gab nicht genug Arbeitsplätze für die vielen arbeitssuchenden Menschen. Und für diejenigen, die Arbeit fanden, waren die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und Bergwerken oft katastrophal und die Löhne sehr niedrig. Dazu kamen die katastrophalen hygienischen Zustände in den immer enger bevölkerten Städten. Die Folge war, dass viele Industriearbeiter wie auch Handwerker und Händler immer größere Not litten.

Lösungsversuche der Sozialen Frage

Viele Menschen machten sich Gedanken, wie man diese Probleme lösen könnte. Auch die Kirchen, Arbeiterorganisationen und Parteien entwickelten dazu Ideen. Nach und nach entstand seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die moderne Sozialpolitik. Die Menschen wurden abgesichert durch Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, durch die soziale Daseinsfürsorge der Städte und die soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände und sozial tätigen Vereine.

"Neue Soziale Frage"

In den letzten Jahren hört man öfters den Begriff „Neue Soziale Frage“. Damit sind die sozialen Probleme gemeint, die unsere heutige Gesellschaft kennzeichnen. Dazu zählen neue Formen der Armut, das Wohnungsproblem, die Ausgrenzung bestimmter Gruppen der Gesellschaft oder auch die Schwierigkeiten, die alte Menschen oder alleinstehende Mütter haben.

(Unser Tipp: Lies auch einmal nach bei den Stichworten Sozialstaat, Sozialleistung, Soziale Marktwirtschaft, Sozialversicherung.)

Quelle: Gerd Schneider / Christiane Toyka-Seid: Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2023.

< Sozialamt

Soziale Marktwirtschaft >

Weitere Inhalte



Zahlen und Fakten

Die soziale Situation in Deutschland ☆

Wie sind die sozialen Aufgaben in Deutschland verteilt? Und für welche Herausforderungen müssen Lösungen gefunden werden? Zahlreiche Grafiken,



Dossier

Verteilung von Armut + Reichtum ☆

Das Wohlstands- und Versorgungsniveau in Deutschland ist so hoch wie nie. Jedoch hat der Gegensatz der Interessen "zwischen Arm und Reich" bzw. zwischen Kapital und



Dossier

Rentenpolitik ☆

Die Alterssicherung ist quantitativ der Kernbereich des Sozialstaats und stellt einen erheblichen Anteil an der Verwendung des Sozialprodukts dar.



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Sitemap](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



Onlinequelle 61



Neu

- 25.04.2023 Fluchtgründe und Hoffnungen der Flüchtlinge
- 23.02.2023 Medien
- 23.02.2023 Wirtschaft

Gemeinschaftskunde

Navigation

Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer

Gesellschaftswissenschaftliche und philosophische Fächer

Ethik

Religionslehren

Geographie

Geschichte

Landeskunde, Landesgeschichte

Gemeinschaftskunde

Bildungsplan, Didaktik und Methodik

Materialien und Medien

Aktuelle Themen

Die BRD als Sozialstaat

Kurze Geschichte der Sozialversicherungen

Entwicklungspolitik

Europa

Frieden und Sicherheit

Globalisierung

Gesellschaft / Soziologie

Internationale Beziehungen

Materialien / Links für den Online-Unterricht

Medien

Nachhaltigkeit

Parteien

Partizipation

Rechtsordnung und Rechtsstaat

Staat und Staatsorgane

Thema Umwelt

Wirtschaft

Links zur Politik und zur politischen Bildung

Lernorte

Wirtschaft-Arbeit-Gesundheit (WAG)

Welt-Zeit-Gesellschaft (WZG)

Sprachen und Literatur

Berufliche Fächer und Lernfelder

Musische Fächer

Praktische Fächer

Berufliche Schularten

Schularten

Kurze Geschichte der Sozialversicherungen



Durch die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert wurde eine neue Gesellschaftsklasse geschaffen, die Klasse der Arbeiter. Sie waren sozial nicht abgesichert, litten bei Krankheit, Invalidität und im Alter unter großer Not. Der Unmut in der Arbeiterschaft wurde immer größer, viele schlossen sich der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, 1869 gegründet, die einen immer größeren Einfluss bekam.

1881 trug Kaiser Wilhelm I. schließlich in seiner Reichstags-Rede auf Anraten des Reichskanzlers Bismarck vor, „dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“. Bismarck wollte die Arbeiter zufrieden stellen und verhindern, dass die Arbeiterpartei noch mehr Zulauf bekam.

Durch die „Kaiserliche Botschaft“ war der Grundstein für die Gesetze zum Schutz der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und im Alter gelegt.

- 1883 verabschiedete der Reichstag das Krankenversicherungsgesetz, 1884 das Unfallversicherungsgesetz und 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Ab 1891 wurde Invalidenrenten an Versicherte gezahlt, wenn diese als „dauernd erwerbsunfähig“ eingestuft wurden. Altersrenten wurden mit Vollendung des 70. Lebensjahrs bewilligt, eine Hinterbliebenenrente gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Finanziert wurden die Renten durch gleich hohe Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber sowie einen Reichszuschuss - eine Regelung, die vom Prinzip her bis heute geblieben ist.
- 1927 wurde zudem die Arbeitslosenversicherung geschaffen, die Menschen im Falle der Arbeitslosigkeit für eine gewisse Zeit absichert und 1995 die Pflegeversicherung, die bei Pflegebedürftigkeit der Versicherten einspringt.

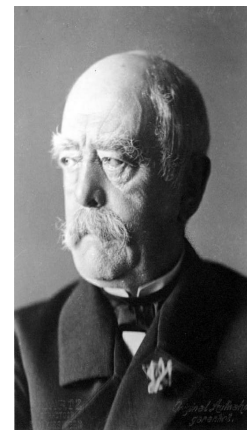


Bild: Pilartz, Jacques, Bundesarchiv
Bild 146-2005-0057, public domain

Fasse kurz zusammen, wie es zur Entstehung der Sozialversicherungen kam. Erstelle einen Zeitstrahl.

Fachredaktion Deutsch

Kontakt

Institut für Bildungsanalysen
Baden-Württemberg (IBBW)
— Landesbildungsserver —
Heilbronner Straße 172
D-70191 Stuttgart

Telefax +49 711 6642-1099
E-Mail info@mail.schule-bw.de



Rechtliche Auskünfte dürfen vom Landesbildungsserver nicht erteilt werden. Bitte wenden Sie sich bei rechtlichen Fragen an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg oder das für Sie zuständige Regierungspräsidium bzw. Staatliche Schulamt.

Über uns

Wer wir sind
Impressum
Kontakt
Datenschutzerklärung
Soziale Medien
Urheberrechtsinformationen
Qualitätskriterien
Bildungsserver in Baden-Württemberg
Partner

Onlinequelle 62

Wer darf zur Tafel? Voraussetzungen für die Zuteilung

06.12.2022 20:23 | von Sandra MacPherson

Wer zu Tafel darf, regelt jede Niederlassung in Deutschland eigenständig. Viele Vorgaben sind jedoch in allen Bundesländern gleich. Erfüllen Sie die Voraussetzungen, erhalten Sie Lebensmittel zu stark vergünstigten Preisen oder sogar kostenlos.



Die mit einem Symbol oder farbiger Unterstreichung gekennzeichneten Links sind Affiliate-Links. Kommt darüber ein Einkauf zustande, erhalten wir eine **Provision** - ohne Mehrkosten für Sie! Mehr Infos.

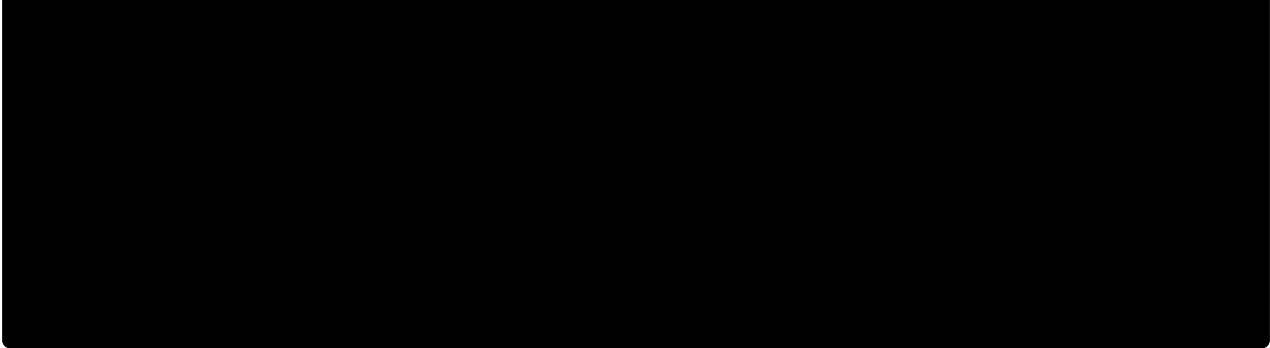
Wer darf zur Tafel? Grundsätzliche Vorgaben

Fragen Sie bei der Tafel vor Ort nach den individuellen Voraussetzungen. Grundsätzlich können Sie sich an diesen Vorgaben orientieren:

- Ihre Bedürftigkeit müssen Sie belegen. Das kann beispielsweise ein Rentenbescheid oder ein Bescheid vom Jobcenter sein. Auch wer BAföG erhält, ist meist berechtigt, bei der Tafel einzukaufen.
- Die Einkommensgrenze ist nicht einheitlich geregelt, sondern jede Tafel bestimmt die Summe individuell. Die Schwelle zur Armut liegt in Deutschland bei 1.251 Euro netto pro Monat für einen Single-Haushalt und bei 2.627 Euro netto für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren (Stand Dezember 2022). Meist wird sich an diesen Richtwerten orientiert.
- Die Tafel vor Ort prüft, ob Sie berechtigt sind, Lebensmittel abzuholen. Ist das der Fall, erhalten einen Berechtigungsschein oder Tafelausweis. Damit können Sie zu den vereinbarten Terminen die Ihnen zugewiesene Lebensmittelausgabe der Tafel nutzen.
- Die Kosten für einen Einkauf bei der Tafel variieren ebenfalls. Manche Niederlassungen geben Lebensmittel für einen Pauschbetrag um die 3 Euro an Erwachsene ab, andere wiederum verteilen die Waren kostenlos.
- Lebensmittel für Kinder sind in der Regel immer umsonst. Wieder andere Niederlassungen berechnen einen Betriebskostenzuschuss von einigen Cent je Einheit. Was genau für welche Lebensmittel abgerechnet wird, erfahren Sie von Ihrer Tafel vor Ort.

Wer zur Tafel darf, wird von den einzelnen Niederlassungen individuell festgelegt

imago images / Pressedienst Nord



Aktuell viel gesucht

Ricarda Lang: Freund, Lebenslauf, Gehalt

YouTube Downloader: Die 3 besten kostenlosen Programme

Skip-Bo spielen: Das sind die Regeln

Word: Kästchen zum Ankreuzen einfügen - so geht's

Quizfragen für Kinder: 15 Fragen mit Lösungen

Warum ist an Himmelfahrt auch Vatertag? Einfach erklärt

FritzBo Ursachen

Neueste Sparen-Tipps

- Was bringt ein Bausparvertrag? Für wen sich ein Bausparer lohnt
- Geld sparen mit der Umschlagmethode - so funktioniert's
- WLAN nachts ausschalten: So können Sie Strom sparen
- Trade Republic Sparplan: So funktioniert's
- Wer darf zur Tafel? Voraussetzungen für die Zuteilung
- Günstig Lebensmittel einkaufen: Sparen Sie mit diesen Tipps
- Sparen lernen: Die 5 besten Tipps und Tricks

Weitere neue Tipps

Beliebteste Sparen-Tipps

- Sparen für Patenkind: Diese Sparvarianten gibt's
- Die 52-Wochen-Spar-Challenge: So geht's
- Günstige Lebensmittel: Diese Lebensmittel kosten besonders wenig
- Fußbodenheizung einstellen: So können Sie Energie sparen
- DHL-Punkte: Sammeln, einlösen und Tipps für viele Punkte
- Günstig Lebensmittel einkaufen: Sparen Sie mit diesen Tipps
- Strom sparen mit der Waschmaschine: So sparen Sie beim Wäschewaschen

Weitere beliebte Tipps

Die besten Shopping-Gutscheine

- Media Markt Gutscheine
- H&M Gutscheine
- ABOUT YOU Gutscheine
- ASOS Gutscheine

Weitere Gutscheine

Das könnte Sie auch interessieren

Empfohlen von outbrain

Themen des Artikels

- Lebensmittel
- Hilfeleistung

Onlinequelle 63



☰ **Datenreport 2021**

Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Hans-Werner Freitag Frédéric Blaeschke
10.03.2021 / 2 Minuten zu lesen



Bildung ist sowohl für die Erwerbs- und Teilhabechancen der Menschen als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eine zentrale Voraussetzung. Daher ist es wichtig, dass alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland die Bildungschancen und der Bildungserfolg von Kindern stark von ihrer sozialen Herkunft und dem Migrationshintergrund abhängen (Migrationshintergrund siehe [Abschnitt 2.1.3](#)

, Info 5). Auch die Schulwahl wird in Deutschland stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioökonomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern. Informationen hierzu liefert der Mikrozensus, eine jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung (Mikrozensus siehe → [Abschnitt 2.1.1](#), Info 1).

Im Jahr 2018 hatten 45 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besuchten, mindestens einen Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Ein Sechstel (16 %) hatte einen Hauptschulabschluss als höchsten Abschluss. Rund 5 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinbildenden Schulabschluss vorweisen konnte.

► **Tab 3** Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern 2018

	Insgesamt ¹	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Eltern ²				Ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ³
		Haupt-(Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	mittlerer Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	
	in 1 000	in %				
Grundschule	2 856	14,2	2,2	28,0	49,9	5,3
Hauptschule	304	40,7	1,8	25,0	16,9	14,8
Realschule	1 134	20,8	3,5	38,0	32,2	5,0
Gymnasium	2 492	6,2	3,8	22,2	65,9	1,7
Sonstige allgemeinbildende Schule ⁴	1 673	19,2	6,2	31,8	35,0	7,2
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	47	32,7	/	30,3	20,1	11,4
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/Hochschulreife führt	275	15,8	4,5	36,9	39,0	3,6
Berufsschule	1 073	25,3	7,1	36,6	26,9	4,0
Sonstige berufliche Schule ⁵	285	22,9	8,0	33,3	28,1	7,1
Insgesamt	10 140	16,1	4,1	29,5	44,9	4,9

Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.
 1. Einschließlich 39 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss beziehungsweise keine Angabe zur Art des Abschlusses gemacht haben.
 2. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.
 3. Einschließlich Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch, beziehungsweise einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.
 4. Schulartenabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
 5. Berufsvorbereitungsjahr, Berufgrundbildungsjahr, Berufsschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, Schule für Gesundheits- und Sozialberufe, Schule für Erzieher/-innen.
 / Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
 Datenbasis: Mikrozensus

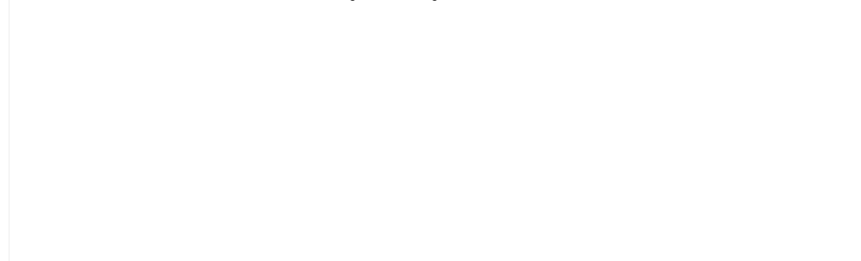
Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern 2018 (bpb) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

Betrachtet man den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie, so wuchs mehr als ein Viertel (28 %) der Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Bachelor oder Master, ein Diplom oder eine Promotion besaß. Rund 14 % der Kinder lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war.

Die Verteilung der Kinder und Jugendlichen auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeinbildende oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien. An Gymnasien fanden sich hauptsächlich Kinder, deren Eltern die Fachhochschul- oder Hochschulreife hatten (66 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 17 % vertreten. Dagegen wuchsen nur 8,0 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss als höchsten Schulabschluss oder keinen allgemeinbildenden Schulabschluss besaßen. An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler aus diesen Familien mit 55 % fast siebenmal so hoch.

Einen Migrationshintergrund wiesen 2018 insgesamt 36 % der Schülerschaft auf. Bei der Betrachtung der einzelnen Schularten sind deutliche Unterschiede zu erkennen: An Hauptschulen war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mit 57 % fast doppelt so hoch wie an Gymnasien (30 %). Insgesamt haben die meisten Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Wurzeln in der Türkei (5,8 %). Die deutlichsten Unterschiede in der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut zwischen Hauptschulen und Gymnasien: Schülerinnen und Schüler mit türkischem Hintergrund waren an Hauptschulen überdurchschnittlich vertreten (10,2 %), an Gymnasien war ihr Anteil mit 4,4 % nicht einmal halb so groß.

Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2018



Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schularzt und Migrationshintergrund 2018 (bpb) Lizenz: [cc-by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0 - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)" veröffentlicht. Autor/-in: Hans-Werner Freitag Frédéric Blaesche für bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen?](#)



Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Netiquette](#) [Sitemap](#) [Newsletter](#) [RSS](#) [Kontakt](#) [Presse](#) [Barriere melden](#) [Erklärung zur Barrierefreiheit](#)



Onlinequelle 64

Startseite → Presse → Bahntickets im Nahverkehr: Preise seit 2015 um 14 % gestiegen

Presse

Bahntickets im Nahverkehr: Preise seit 2015 um 14 % gestiegen



Pressemitteilung Nr. N 017 vom 27. Dezember 2019

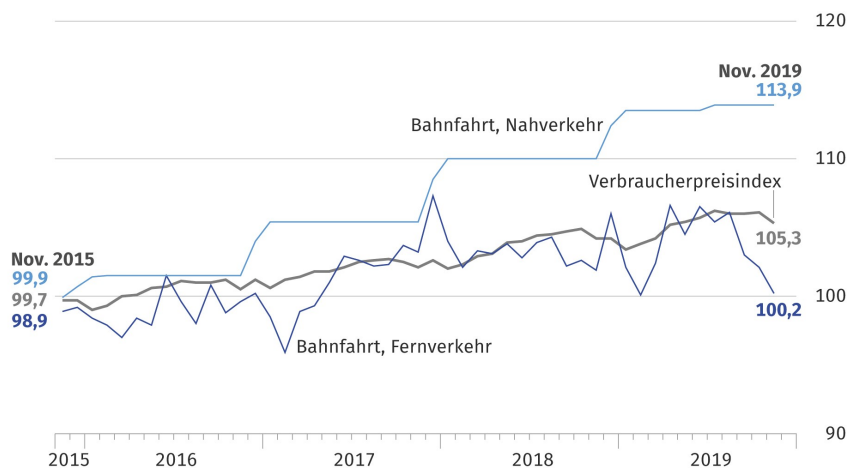
- Ticketpreise im Bahnfernverkehr sind dagegen nur um 1,3 % gestiegen (November 2019 gegenüber November 2015)
- Fernbus-Tickets haben sich mit rund 15 % im Vergleich zum Verbraucherpreisindex weit überdurchschnittlich verteuert
- Inlandsflüge sind im selben Zeitraum fast 3 % günstiger geworden
- Fernstrecken werden häufiger mit der Bahn zurückgelegt

WIESBADEN – Bahnfahren soll attraktiver werden und vor diesem Hintergrund standen die Ticketpreise für den Bahnfernverkehr in jüngster Zeit oft im Mittelpunkt der politischen Debatte. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, sind die Preise für Bahntickets im Fernverkehr seit 2015 nur leicht um 1,3 % gestiegen (November 2019 gegenüber November 2015). Bahntickets im Nahverkehr (DB-Regio-Produkte) sind dagegen im selben Zeitraum 14 % teurer geworden. Damit stiegen die Preise für Fahrten in Nahverkehrszügen noch stärker als die Fahrkartenpreise des Öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt (Bus und Bahn in Verkehrsverbänden), die sich seit 2015 um 8,1 % verteuert haben. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise insgesamt erhöhten sich im selben Zeitraum um 5,6 %.

Eine überdurchschnittliche Preissteigerung ist auch bei den Fernbus-Tickets feststellbar: Diese sind im Betrachtungszeitraum um 15,4 % gestiegen. Die Ticketpreise für Inlandsflüge haben sich gegenläufig entwickelt, sie sind seit November 2015 um 2,9 % günstiger geworden.

Preisentwicklung ausgewählter Verkehrsdienstleistungen

Verbraucherpreisindex, 2015=100

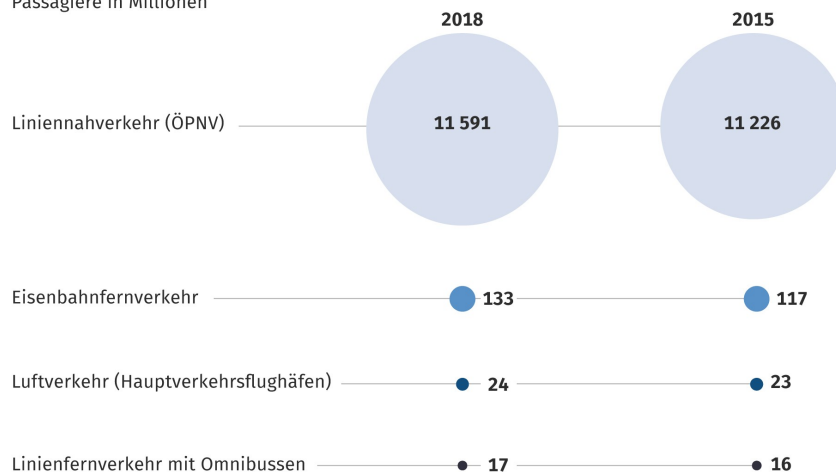


Immer mehr Menschen legen Fernstrecken mit der Bahn zurück

Ab 1. Januar 2020 wird ein Mehrwertsteuersatz von 7 % anstelle von 19 % für Bahnfahrkarten im Fernverkehr gelten. Die Gesetzesänderung als Teil des Klimapakets wurde von Bundestag und Bundesrat im Dezember verabschiedet. Die Deutsche Bahn AG gab bekannt, dass sie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes direkt an die Kundinnen und Kunden weitergeben will. Als Effekt erwartet das Unternehmen jährlich fünf Millionen zusätzliche Reisende im Fernverkehr. Damit würde sich die Zunahme bei den Reisenden im Eisenbahnfernverkehr fortsetzen: Im Jahr 2018 nutzten fast 133 Millionen Fahrgäste den innerdeutschen Bahnfernverkehr, das waren fast 14 % mehr als im Jahr 2015 (fast 117 Millionen).

Verkehrsaufkommen (Inland)

Passagiere in Millionen



Fahrten und Flüge von und ins Ausland sind nicht enthalten.

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

Fast 38 Milliarden Personenkilometer wurden 2018 im inländischen Bahnfernverkehr zurückgelegt und damit 18,2 % mehr als 2015. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 sind mehr als doppelt so viele Personenkilometer im Bahnfernverkehr erbracht worden als bei Inlandsflügen und im Busfernverkehr zusammen. Die mit Abstand meisten Personenkilometer wurden 2018 jedoch mit Bahnen und Bussen des ÖPNV zurückgelegt: 111 Milliarden Personenkilometer (fast 11,6 Milliarden Passagiere).

Beförderungsleistung im Personenverkehr (Inland)

	2018	2017	2016	2015	Veränderung 2018 gegenüber 2015
	Personenkilometer in Millionen				in %
Eisenbahnfernverkehr	37 837	35 637	34 656	32 006	+18,2
Linienfernverkehr mit Omnibussen	4 483	4 647	4 941	4 485	0,0
Linienahverkehr (ÖPNV)	111 307	109 854	109 993	109 766	+1,4
Luftverkehr (Hauptverkehrsflughäfen)	10 289	10 361	10 453	10 134	+1,5

Methodische Hinweise:

- Um die Leistung im Personenverkehr zu bestimmen, berechnet die Verkehrsstatistik die sogenannten Personenkilometer (Pkm). Dafür werden die zurückgelegten Kilometer mit der Zahl der Reisenden multipliziert. Fahren zum Beispiel in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.
- Beim innerdeutschen Verkehr werden generell die Beförderungen innerhalb Deutschlands nachgewiesen, bei denen also Start- und Ziel in Deutschland liegen. Verkehre von und ins Ausland sind hier nicht enthalten.



Kontakt
für weitere
Auskünfte

Pressestelle

ZUM KONTAKTFORMULAR

Zum Thema

→
[Themen](#)

→
[Verbraucherpreisindex und
Inflationsrate](#)

→
[Personenverkehr](#)



Weiterführende Themen

→
[Themen](#)

→
[Methoden](#)

→
[Hilfe und Service](#)

→
[Über uns](#)

← [ZURÜCK ZU: START SEITE](#)

Seite teilen

Unsere Themen

[Themen](#)

[Presse](#)

[Über uns](#)

[Methoden](#)

[Hilfe und Service](#)

[Newsletter](#)

Kontakt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)

Folgen Sie uns!



Im pres-
sum

Da ten-
schutz

In halts ver zeich-
nis

© Statistisches Bundesamt (Destatis)



Onlinequelle 65

zdf.de > Nachrichten > Panorama > 9-Euro-Ticket: Übervolle Züge und Überstunden

Bilanz von Bahn-Betriebsrat 9-Euro-Ticket: Übervolle Züge und Überstunden

07.06.2022 03:30 Uhr

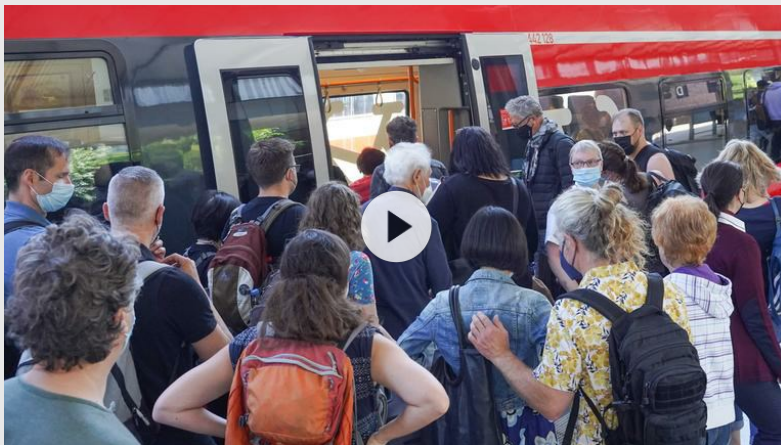
Zum Pfingstweekende haben viele Bahnreisende das 9-Euro-Ticket genutzt. Der Vize-Chef des Betriebsrates berichtet von überfüllten Zügen und Mehrbelastungen für Mitarbeiter.



Bundesweit wurde das 9-Euro Ticket bereits millionenfach verkauft. Immer wieder kommt es zu einer Überlastung des Schienenverkehrs.

Quelle: Reuters

Nach dem Pfingstweekende mit [9-Euro-Ticket](#) hat ein Personalvertreter der Deutschen Bahn eine kritische Zwischenbilanz gezogen. An jedem Tag habe es bundesweit etwa 400 Züge mit zu hoher Auslastung gegeben, so dass Passagiere abgewiesen oder Fahrräder nicht mitgenommen worden seien, berichtete der Vize-Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats DB Regio, Ralf Damde, dem [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#) nach Gesprächen mit Bahn-Betriebsräten.



Volle Züge an Pfingsten

Fahrgastverband: Bahn-Chaos war vorhersehbar

Das Pfingstweekende mit seinen teils überfüllten Zügen sieht der Fahrgastverband "Pro Bahn" als Bestätigung für seine Kritik am 9-Euro-Ticket. Die Forderung: mehr Kapazitäten. >

1 min

Insgesamt habe es pro Tag rund 700 Meldungen von Überlastung, Problemen mit Passagieren oder Störungen an die Einsatzzentrale gegeben. Das sei signifikant mehr als an einem durchschnittlichen Wochenende und auch als am Pfingstweekende vor [Corona](#).

Betriebsrat beklagt Tausende Überstunden wegen 9-Euro-Ticket

"Zu den befürchteten tätlichen Übergriffen gegen das Bahnpersonal kam es nicht, wohl

aber zu verbalen", sagte Damde. Der massive zusätzliche Personalbedarf habe allein über Pfingsten Tausende Überstunden nötig gemacht.

Überall in Deutschland waren die Bahnsteige und die Züge voll, in mehreren Fällen mussten überfüllte Züge geräumt werden - aber zum Glück keine Bahnhöfe.

Ralf Damde, stellvertretender Vorsitzender Gesamtbetriebsrat DB Regio

Trotz der vielen zusätzlich eingesetzten Fahrzeuge mussten Passagiere abgewiesen werden, Fahrräder konnten nicht mitgenommen werden.



Die Reisewelle zu Pfingsten und das 9-Euro-Ticket haben zu teils überfüllten Regionalzügen und Verspätungen geführt. Die ZDF-Reporterinnen Inken Klinge und Luisa Houben berichten über die Lage in Magdeburg und Frankfurt am Main.

4 min | 07.06.2022

Maskenpflicht-Hinweise und Orientierungslosigkeit sorgen für Mehraufwand

Zu erhöhtem Personal- und Zeitaufwand führte demnach auch, dass viele Reisende ohne Bahn-Erfahrung sich auf den Bahnsteigen oder in großen Bahnhöfen nicht zurecht fanden, erklärte Damde.

Insgesamt brauchten die Passagiere deutlich mehr Hilfestellung als sonst. Dazu gehörte auch, dass viele Menschen, die lange nicht Zug gefahren sind, nicht wussten, dass im ÖPNV nach wie vor Maskenpflicht herrscht.

Ralf Damde, stellvertretender Vorsitzender Gesamtbetriebsrat DB Regio

Damde lobte jedoch die Rücksichtnahme und Geduld der meisten Fahrgäste.

9-Euro-Ticket für bundesweiten Nahverkehr

Mit dem 9-Euro-Ticket können Fahrgäste seit vergangenen Mittwoch einen Monat lang bundesweit den Nahverkehr nutzen. Tickets werden für Juni, Juli und August verkauft. Damit sollen Pendler wegen der stark gestiegenen Energiekosten unterstützt werden. Für den Klimaschutz sollen neue Nutzer dauerhaft zum Umstieg auf die Bahn bewegt werden.



Mit dem 9-Euro-Ticket nach Sylt

Punker feiern in Westerland

Mit dem Neun-Euro-Ticket nach Westerland: Zahlreiche Touristen und Tagesgäste sind über Pfingsten auf Sylt eingetroffen, darunter auch einige Punks. >

Quelle: dpa, AFP, Reuters

Mehr zum 9-Euro-Ticket



9-Euro-Ticket

**Erfolgsgeschichte
oder Rohrkrepiierer?**



Nachrichten | heute journal

**Pfingstverkehr:
Stresstest für 9-Euro-
Ticket**

von Anja Kapinos



9-Euro-Ticket

**Wissing: "Mehr
Menschen für ÖPNV
begeistern"**



Deutsche Bahn

**9-Euro-Ticket sorgt
für hohe Auslastung**

Aktuelle Nachrichten



Russland greift die Ukraine an

**Aktuelles zum Krieg in der
Ukraine**

Liveblog



Erdogan vs. Kilicdaroglu

Die Türkei vor der Stichwahl

Liveblog



EU-Länder mit Hilfe für Ukraine

**Kampfjet-Koalition:
Pistorius zurückhaltend**

2 min



Account über Haushalte teilen

**Netflix bittet Zusatznutzer
künftig zur Kasse**



Grüne und FDP

**Heizungsstreit:
der Ampel broc**

↶ nach oben



Mehr ZDF

ZDFapps

Smart TV

ZDFtext

Livestreams

Sendungen A-Z

TV-Programm

Partner

ZDF woanders

ZDF YouTube

ZDF Facebook

ZDF Twitter

ZDF Instagram

Service

Tickets

Zuschauerservice

Kontakt zum ZDF

Sitemap

Hilfe

Das ZDF

ZDF Unternehmen

Karriere

Presseportal

Werbefernsehen

Mainzelmännchen

Nutzungsbedingungen

Datenschutz

Datenschutzeinstellungen

Impressum

Onlinequelle 66

9-Euro-Ticket: Bilanz, Nachfolge, Alternativen

AKTUALISIERT AM: 13. JANUAR 2023

Home / Bahn-Angebote / 9-Euro-Ticket: Bilanz, Nachfolge, Alternativen

Das 9€-Ticket ist leider Geschichte – aber was für eine Erfolgsgeschichte: 52 Millionen Mal wurde diese **BahnCard 100 light** im Juni, Juli und August 2022 verkauft. Das Ticket galt bundesweit in Bus & Bahn sowie in allen Regionalzügen – und bekommt voraussichtlich ab Januar 2023 einen dauerhaften Nachfolger. Dieses Ticket wurde in der Diskussion zunächst **49-Euro-Ticket** genannt, inzwischen hat sich der offizielle Name **Deutschlandticket** durchgesetzt.

[Alles zum Deutschlandticket](#)



+++ 20% Rabatt auf Sparpreis-Tickets sichern +++ Top-Angebot der Deutschen Bahn im Frühling 2023: Reisen kleine Gruppen von drei bis fünf Erwachsenen zusammen, gibt's **20 Prozent Friends-Rabatt** für ICE-Tickets zum Sparpreis. Nur solange der Vorrat reicht. **Jetzt schnell Bahn-Gruppenreise im Frühling 2023 mit 20% Rabatt buchen:**

[20% Rabatt auf Sparpreis-Tickets sichern!](#)

Auf der Suche nach weiteren Rabatt-Aktionen und günstigen Bahntickets? Infos zum **Deutschlandticket**, über **Bahn-Angebote** und Tipps für **günstige Bahntickets** haben wir aktuell für Sie zusammengestellt. Für allgemeine Informationen zur **DB Fahrplanauskunft** oder eine Beratung zu **DB Tickets** nutzen Sie bitte unsere separaten Artikel. Für die gewünschten Informationen zum Bahn Gutschein klicken Sie bitte den gewünschten Themenabschnitt im Inhaltsverzeichnis an. Aktuelle News zum 9-Euro-ÖPNV-Ticket gibt's im gewünschten Abschnitt:

Themen

- [9-Euro-Ticket 2022 – Kurzüberblick](#)
- [9€-Ticket beendet: Das sind günstige Ticket-Alternativen](#)
- [Bilanz fürs 9€-Ticket: 52 Millionen verkaufte Ticket](#)
- [Nachfolger fürs 9€-Ticket ab Januar 2023 geplant](#)
- [Die schönsten Bahnstrecken mit dem 9€-Ticket](#)
- [Gültigkeit und Konditionen fürs 9€-Ticket](#)

9-Euro-Ticket 2022 – Kurzüberblick

Zeitraum für das 9€-Ticket	<ul style="list-style-type: none"> • 1. Juni bis 31. August 2022 • Buchung für einzelne Kalendermonate, personenbezogener Fahrschein
Gültigkeit des 9€-Tickets	<ul style="list-style-type: none"> • „BahnCard 100 light“: bundesweite Flatrate für den gesamten ÖPNV inkl. aller Regionalzüge: • gültig in Linienbussen, Straßenbahnen, U-Bahnen, S-Bahnen, Fahren (z.B. in Hamburg, Berlin) • ebenfalls bundesweit gültig in allen Regionalzügen in der 2. Klasse • einzige Ausnahme: 9-Euro-Ticket nicht gültig im ICE, IC, EC sowie im Fluxtrain
Buchung des 9€-Tickets	<ul style="list-style-type: none"> • über bahn.de oder die App DB Navigator sowie die Websites & Apps der Verkehrsverbunde und regionalen Verkehrsunternehmen • Fahrkartenautomaten und Kundenzentren der Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbunde
Konditionen für Abo-Kunden	<ul style="list-style-type: none"> • automatische Erstattung der Differenz zwischen Abo-Preis und dem 9-Euro-Ticket • Fahrberechtigung gilt ebenfalls bundesweit (in anderen Verkehrsverbunden / Regionalzügen ohne Extras wie z.B.

9€-Ticket beendet: Das sind günstige Ticket-Alternativen

Immer wieder gibt es tolle **Bahn-Angebote** – entweder von der Deutschen Bahn selbst oder von anderen Bahn-Plattformen als **Bahn-Gutschein** oder spezielle Fahrkarten-Aktionen. Eine Übersicht der aktuell wichtigsten Bahn-Angebote gibt es nachfolgend:

Bahn-Angebot	Details	Laufzeit	Infos & Buchung
20% Rabatt auf Sparpreis-Tickets	<ul style="list-style-type: none"> • für Kleingruppen von 3 bis 5 erwachsenen Reisenden • 20% Friends-Rabatt von 20% auf Tickets zum Super Sparpreis und Sparpreis • mit BahnCard-Rabatten kombinierbar, für 1. und 2. Klasse • Preis pro Person und Ticket schon ab 10,70€ • nur solange der Vorrat reicht! 	bis 10. Juni 2023	20% Rabatt auf Sparpreis-Tickets
Deutschlandticket: Für 1,63€ pro Tag bundesweit unterwegs	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschlandticket ist am 1. Mai 2023 gestartet • Abo-Monatskarte gültig deutschlandweit im ÖPNV und Regionalverkehr • Bahn.Bonus-Punkte können gesammelt werden 	seit 1. Mai 2023	Deutschlandticket buchen
BahnCard-Angebot: 25% Rabatt auf alle Bahntickets	<ul style="list-style-type: none"> • mit BahnCard sofort 25% oder sogar 50% Rabatt auf alle Bahntickets erhalten • BahnCard-Angebot lohnt sich meist schon bei der ersten Fahrt • günstigste BahnCard ab 17,90€ erhältlich 	nach Verfügbarkeit	BahnCard-Aktion: 25% Rabatt auf alle Tickets!
Gunstige ICE-Tickets ab 9,65€ buchen	<ul style="list-style-type: none"> • günstigste ICE-Tickets ab 12,90€, mit BahnCard schon ab 9,65€ • inkl. kostenloser Kinder-Mitnahme • für junge Reisende unter 27 Jahre: Super Sparpreis Young ab 9,65€ • für alle zwischen 27 und 65 Jahren: Super Sparpreis ab 13,40€ • für ältere Reisende ab 65 Jahren: Super Sparpreis Senioren ab 12,40€ 	nach Verfügbarkeit	ICE-Ticket ab 9,65€ buchen
Sparpreis Europa ab 13,90€	<ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Sparpreis Europa ab 13,90€ in 16 europäische Länder reisen • zusätzlich BahnCard-Rabatt auf den innerdeutschen Reiseteil • beliebte Ziele sind Paris, Amsterdam, Wien und die Schweiz per Zug 	nach Verfügbarkeit	Super Sparpreis Europa ab 13,90€
Als Gruppe ab 8,90€ im ICE fahren	<ul style="list-style-type: none"> • Mit DB Gruppenticket fahren Gruppen ab 6 Personen schon ab 8,90€ im ICE • Sitzplatzreservierung inklusive • Gruppen bis 5 Personen sind mit Regionalzügen ab 6,60€ unterwegs 	nach Verfügbarkeit	ICE-Gruppenticket ab 8,90€
Für alle unter 27: Super Sparpreis Young	<ul style="list-style-type: none"> • Für junge Reisende unter 27 Jahren gibt's günstige ICE-Tickets! • Super Sparpreis Young ab 12,90€, mit BahnCard schon ab 9,65€ • auch als Sparpreis Young erhältlich mit City-Ticket und Stornierungsoption 	nach Verfügbarkeit	Super Sparpreis Young ab 9,65€
Für alle ab 65: Super Sparpreis Senioren	<ul style="list-style-type: none"> • Für älteren Reisende ab 65 Jahren gibt's ebenfalls vergünstigte ICE-Tickets! • Super Sparpreis Senioren ab 15,90€, mit BahnCard schon ab 12,40€ • auch als Sparpreis Senioren erhältlich mit City-Ticket und Stornierungsoption 	bis 9. Dezember 2023	Super Sparpreis Senioren ab 12,40€
Freifahrten, Bahn-Gutscheine & kostenlose BahnCard	<ul style="list-style-type: none"> • Mit bahn.bonus bei jedem Ticketkauf Punkte sammeln und tolle Bahnprämien sichern • es winken Freifahrten, 1. Klasse Upgrades, Schnupper BahnCard und andere Bahn-Gutscheine • Einfach anmelden und automatisch Punkte sammeln 	nach Verfügbarkeit	Bahnprämien sichern
Nachtzug-Tickets ab 29,90€	<ul style="list-style-type: none"> • Im Nachtzug schon ab 29,90€ über Nacht ans Ziel • mit dem ÖBB Nightjet als führenden Nachtzug-Anbieter mit vielen Zielen in Deutschland & Europa • mit dem Urlaubs-Express im Autoreisezug sind Ostsee, Alpen, sowie versch. Ziele in Schweiz, Österreich und Italien erreichbar 	nach Verfügbarkeit	ÖBB Nightjet ab 29,90€
	<ul style="list-style-type: none"> • Flixtrain im Fahrplan 2023 mit 7 Zugverbindungen und 70 		

Bahn-Angebot	Details	Laufzeit	Infos & Buchung
FlixBahn-Tickets ab 4,99€	Städten <ul style="list-style-type: none"> • kostenlose Sitzplatzgarantie; Tickets für Kurzstrecken schon ab 4,99€ • Berlin ⇌ Stuttgart, Hamburg ⇌ Frankfurt oder Köln ⇌ Hamburg für 9,99 € 	nach Verfügbarkeit	FlixBahn-Ticket ab 4,99€
TGV, Thalys und Eurostar: Tickets ab 15€ sichern	<ul style="list-style-type: none"> • Europa per Bahn entdecken - jetzt günstige Schnellzug-Tickets sichern! • TGV Ticket ab 15€ nach Frankreich • Thalys Ticket ab 16€ nach Brüssel und Paris • Eurostar Ticket ab 19€ nach London und Paris 	nach Verfügbarkeit	TGV, Thalys & Eurostar: Ticket ab 15€ buchen
Bahn-Shop: Alles rund um die Bahn	<ul style="list-style-type: none"> • die besten Eisenbahn-Geschenke für jeden Anlass • Angebote für Dampfloks selber fahren • Neu im Shop: Eisenbahn T-Shirts für Kinder und Erwachsene • das beste Eisenbahn-Spielzeug wie LEGO Eisenbahn und BRIO Eisenbahn 	nach Verfügbarkeit	Zum Bahn-Shop

Bilanz fürs 9€-Ticket: 52 Millionen verkaufte Ticket

Nach den drei Monaten Gültigkeit fürs 9€-Ticket hat der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ein Fazit für das Angebot gezogen – mit überwältigenden Ergebnissen:

- **52 Millionen verkauft 9€-Tickets:** Seit Verkaufsstart Ende Mai sind rund 52 Millionen 9-Euro-Tickets verkauft worden. Hinzu kommen etwa zehn Millionen Abonentinnen und Abonenten, die das vergünstigte Ticket über die gesamten drei Monate automatisch erhalten haben.
- **Nutzung von Bahn & Bus statt Pkw:** 17 Prozent der 9-Euro-Ticket-Nutzerinnen und Nutzer sind im August von anderen Verkehrsmitteln wie Pkw, Fahrrad etc. auf den ÖPNV umgestiegen. 10 Prozent der Käuferinnen und Käufer des 9-Euro-Tickets verzichten auf mindestens eine ihrer täglichen Autofahrten.
- **1,8 Tonnen CO2-Einsparung:** Durchschnittliche Einsparung an Klimagasen (CO2-Äquivalenten) je Monat durch das 9-Euro-Ticket: rund 600.000 Tonnen CO2 / Monat. Hochgerechnete Einsparung an Klimagasen (CO2-Äquivalenten) durch das 9-Euro-Ticket (ohne Berücksichtigung von induzierten ÖPNV-Fahrten im Regelanangebot): rund 1,8 Mio. Tonnen CO2 im Aktionszeitraum. Damit haben drei Monate 9-Euro-Ticket so viel CO2 eingespart wie ein Jahr Tempolimit.

Nachfolger fürs 9€-Ticket ab Januar 2023 geplant

Bund und Länder haben sich geeinigt, dass ab **Januar 2023** ein bundesweit gültiges **Deutschlandticket** für 49 Euro pro Monat kommen soll. Das Klimaticket soll, wie bereits der erfolgreiche Vorgänger 9€-Ticket, ebenfalls bundesweit in Bus & Bahn sowie in allen Regionalzügen gültig sein. Der Bund soll dazu ab 2023 jährlich 1,5 Milliarden zur Verfügung stellen. Das Ticket solle ein **Abo-Ticket** sein. Es werde sich automatisch verlängern und könne monatlich gekündigt werden. „Wir bauen damit auch die Komplexität der Tarifstrukturen ab“, sagte Wissing.

Die schönsten Bahnstrecken mit dem 9€-Ticket

Doch wohin soll überhaupt die Reise mit dem 9€-Monatsticket gehen? Wir haben Tipps für **schöne Bahnreisen** rausgesucht. Neben den 7 besten Bahnstrecken Deutschlands gibt's zudem die 10 beliebtesten Urlaubsregionen und alle Infos zu Bahn-Verbindungen dorthin mit dem 9-Euro-Ticket. Besonders gefragte Strecken mit dem 9-Euro-Ticket sind:

- Berlin – Ostsee
- Hamburg – Sylt
- München – Alpen

[Die schönsten Bahnstrecken & Reiseziele](#)

Gültigkeit und Konditionen fürs 9€-Ticket

Alle Infos zu den Konditionen und zur Gültigkeit des 9-Euro-Tickets gibt's nachfolgend:

Wo gilt das 9€-Ticket?

Das 9€-Monatsticket ist als „BahnCard 100 light“ eine bundesweite **Flatrate** für den **gesamten ÖPNV** inkl. aller Regionalzüge in der 2. Klasse. Da es in allen Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden gilt, kann hiermit auch der gesamte **bundesweite Regionalverkehr der Deutschen Bahn sowie privater Bahn-Unternehmen** wie Metronom, ODEG, Veolia etc. gelten. Damit wurde das 9€-Ticket ähnlich wie das frühere Wochenendticket – bzw. dessen Nachfolger **Quer-durchs-Land-Ticket** gelten – allerdings nicht für 42 Euro pro Tag, sondern 9 Euro pro Monat.

Das 9€-Ticket gilt in Deutschland in:

- Linienbussen
- Straßenbahnen
- U-Bahnen
- S-Bahnen
- Fahren (z.B. in Hamburg, Berlin)
- Regionalbahnen 2. Klasse
- Regionalexpress-Züge 2. Klasse
- teils in touristischen Bahnen wie z.B. in **Dampfloks-Zügen** wie dem **Rasender Roland** auf der Insel **Rügen** oder auf dem Streckennetz der **Harzer Schmalspurbahnen**; Ausnahme ist die **Brockenbahn** zwischen Drei Annen Höhe und Brocken.

Das 9€-Ticket gilt für die Fahrt in Ausland:

Teilweise verkehren in Deutschland Regionalzüge über Landesgrenzen hinweg, so etwa Regionalzug von München in Bayern bis nach Salzburg in Österreich. Oder auch die **Usedomer Baderbahn (UBB)**, die auf der Ostsee-Insel **Usedom** bis nach Swinemünde in den polnischen Teil der Insel verkehrt, nach Swinemünde. Hierbei gilt: Das 9-Euro-Ticket gilt auf allen Strecken und zu allen Bahnhöfen, zu denen auch Fahrkarten des Deutschlandtarifs gelten – also auch für grenzüberschreitende Fahrten, sofern diese auch im Deutschlandtarif enthalten sind. Eine Auswahl der zu erreichenden Bahnhöfe im Ausland inklusive der Fahrten dorthin, auf denen das 9€-Ticket Gültigkeit hat:

- Fahrten nach Österreich: Salzburg und Kufstein
- Fahrten nach Schweiz: Schaffhausen und Basel
- Fahrten nach Frankreich: Lauterbourg und Wissembourg in Frankreich im KV
- Fahrten nach Niederlande: Enschede oder Venlo
- Fahrten nach Polen: Swinemünde
- Sowie die DB-Regio-Strecken im Außerfern.

Wo gilt das 9€-Ticket nicht?

Flug verspätet?

Entschädigung nach EU-Recht

Laut EU-Recht steht Ihnen bis zu 3 Jahre rückwirkend eine Entschädigung zu

flightright.de

[ÖFFNEN](#)

- **Fahrt im Fernverkehr:** Die Nutzung des Fernverkehrs der Deutschen Bahn sowie privater Fernverkehrsunternehmen wie **Fluxtrain** ist mit dem 9€-Ticket nicht möglich. Das bedeutet: Das 9-Euro-Ticket gilt nicht im ICE, im IC, EC oder im ECE der Deutschen Bahn.
- **Fahrt in der 1. Klasse:** Das 9€-Ticket gilt generell nur für Fahrten in der 2. Klasse. Auch in Regionalzügen gibt es die **1. Klasse**, doch diese kann mit dem ÖPNV-Aboticket nicht genutzt werden.
- **Mitfahrer-Nutzung:** Abo-Kunden kennen und schätzen die Regelung: Sie können häufig in bestimmten Zeiträumen, etwa am Abend oder an Wochenenden, Mitfahrer kostenlos mitnehmen. Diese Regelung gilt auch während der Gültigkeit des 9-Euro-Tickets weiter, aber nur im ursprünglichen Verkehrsverbund. Wer also etwa ein VBB-Abo für Berlin hat, kann auch nur in Berlin Mitfahrer kostenlos mitnehmen – nicht aber in anderen Verkehrsverbunden der Bundesrepublik.
- **Touristische Bahnen:** Bahnen, die einen separaten Tarif haben, können ebenfalls nicht mit dem 9-Euro-Ticket genutzt werden. Dazu gehören etwa **Bergbahn** wie die **Zugspitzbahn** oder die **Nebelhornbahn** in Bayern.

Kann ich den ICE mit dem 9€-Ticket nutzen?

Nein, im Fernverkehr gilt das 9€-Ticket nicht. Fahrten im ICE, IC, EC oder ECE der **Deutschen Bahn** sind mit dem 9-Euro-Ticket also nicht abgedeckt. Gleiches gilt für private Fernverkehrsunternehmen für den **Fluxtrain**, der ebenfalls nicht enthalten ist, sowie **Nachtzüge** wie den **ÖBB Nightjet**.

Allerdings können Sie das 9€-Ticket mit einem Ticket für den Fernverkehr kombinieren – etwa, wenn die gewünschte Bahnstrecke eine Regionalzugverbindung im Vor- oder Nachlauf enthält. Sie können das 9€-Ticket bei der Buchung des ICE-Tickets einfach über bahn.de hinzubuchen:

Jetzt ICE-Ticket ab 9,65€ sichern!

Kann ich mein Fahrrad kostenlos mitnehmen?

Die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern ist nicht generell im 9€-ÖPNV-Monatsticket enthalten. Für die **Fahrradmitnahme** gelten die Mitnahmeregelungen der teilnehmenden Verkehrsverbunde. Allerdings werden die Züge von Juni bis August sehr voll werden, daher kann die Mitnahme des Fahrrads nicht garantiert werden. Zum Start des 9€-Tickets über Pfingsten haben einzelne Bahn-Gesellschaften bereits die Fahrradmitnahme untersagt. Das sind die Überblickspreise für die Fahrradmitnahme in Bundesländern; allerdings können die Regelungen in einzelnen Verkehrsverbunden abweichen.

Wer sein Fahrrad in den Urlaub, aber nicht im Zug mitnehmen möchte, kann dafür den DB Gepackservice nutzen. Vom 1. Juli bis zum 30. September bietet die DB die klimafreundliche Kombination aus Bahn und Fahrrad zum Preis von 29,90 Euro je Richtung an. Damit ist der Fahrradversand in diesem Zeitraum 20 Euro günstiger.

Buchung und weitere Informationen auf bahn.de/gepackservice.

Bundesland	Kosten
Schleswig-Holstein	4,50 € (Fahrrad-Tageskarte) / 5,30 € (für Schleswig-Holstein und Hamburg)
Mecklenburg-Vorpommern	5,50 € pro Rad und Tag
Berlin & Brandenburg	3,30 € für die Einzel-Fahrradkarte, 6 € für die Tages-Fahrradkarte
Sachsen-Anhalt	kostenfrei
Nordrhein-Westfalen	5 € pro Rad und Tag
Rheinland-Pfalz	Mo.-Fr. vor 9:00h 6 € (Tageskarte), sonst kostenfrei
Hessen	kostenfrei
Bayern	6 € für die Fahrrad-Tageskarte, Einzel-Fahrradticket zwischen 0,75€ und 6€ je nach Verbindung
Baden-Württemberg	Mo.-Fr. 6:00 bis 9:00 h 6,50 €, sonst kostenfrei
Saarland	Mo.-Fr. vor 9:00 h 6,50 €, sonst kostenfrei
Niedersachsen & Bremen	4,60 € (Fahrradtagskarte)
Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> • bei Fahrten zwischen Verkehrsverbunden: Fahrrad-Tageskarte 6,50€ • Mittelsachsen und Vogtland: bei Verbundfahrkarte kostenfrei • Mitteldeutscher Verkehrsverbund: kostenfrei • Oberelbe: mit einer Verbundzeitkarte (außer Wochenkarte) kostenfrei

Bundesland	Kosten
	<ul style="list-style-type: none"> • Oberlausitz-Niederschlesien: Fahrradtages- und Monatskarte erforderlich
Thüringen	Kostenfrei
Hamburg	4,50 € (Fahrrad-Tageskarte) / 5,30 € (für Schleswig-Holstein und Hamburg)

In einzelnen Verkehrsverbunden fallen die Regelungen unterschiedlich aus. Nachfolgend das Preisbeispiel für die Fahrradmitnahme in Berlin bei den BVG:

Fahrradkarte	Berlin AB	Berlin BC	Berlin ABC	VBB-Gesamt
Kurzstrecke	1,30	1,30	1,30	1,30
Einzelfahrt	2,00	2,30	2,60	3,50
Tageskarte	4,90	5,30	5,50	6,00
Monatskarte	10,50	-	13,90	22,80

Was müssen Abo-Kunden beachten?

Für bestehende Abo-Kunden ändern sich Konditionen wie Mitnahmeregelungen oder die Berechtigung für die 1. Klasse für das eigene Tarifgebiet nicht. Außerhalb dieses Gebietes gilt das 9€-Ticket automatisch als Fahrschein der 2. Klasse ohne erweiterte Regelungen wie z.B. die Fahrrad-Mitnahme.

Der Preisnachlass wird auch an bestehende Abo-Kunden weitergereicht. Bestehende Abo-Kunden mussten sich nach Angaben des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) um nicht kümmern: „Abo-Kundinnen und -Kunden müssen sich um nichts kümmern, die Verrechnung erfolgt automatisch.“ Abo-Kunden sollen eine Gutschrift oder eine Erstattung für die Differenz zwischen ihrem Abo-Preis und dem 9-Euro-Ticket erhalten.

Was gilt für Job-, Schuler- oder Semester-Tickets?

Auch für Inhaber eines Job-Tickets gilt das reduzierte 9€-Monatsticket. Wie allerdings die Arbeitgeber den Rabatt verrechnen, ist wohl individuelle Sache des Arbeitgebers. Auch für Inhaber eines Schuler-Tickets oder Studenten mit einem Semester-Ticket profitieren ebenfalls und erhalten das 9-Euro-Ticket und eine Verrechnung für ihr ÖPNV-Abo. Auch Inhaber von Sozialtickets sollen vom Rabatt profitieren.

Gibt es ein 9€-Ticket für Kinder?

Ein **separates Kinder-Ticket** gibt es bei dieser Sonderaktion nicht. Kinder unter 6 Jahren fahren immer kostenlos. Kinder ab 6 Jahren müssen dann ebenfalls ein 9€-Ticket pro Kalendermonat erwerben.

Für wen lohnt sich das 9€-Ticket nicht?

- Wer eine **BahnCard 100** hat, erhält keine Gutschrift oder eine Erstattung für die Differenz zwischen ihrem Abopreis und dem 9-Euro-Ticket. Besser sieht es für Inhaber von Zeitkarten im Regionalverkehr aus: Sie erhalten eine Gutschrift.
- Auch, wer bevorzugt in der **1. Klasse** unterwegs ist, hat nichts vom 9€-Ticket. Die Aktion mit dem 9-Euro-Monatsabo gilt nur für die 2. Klasse.

Wann gilt das 9-Euro-ÖPNV-Monatsticket?

Das 9-Euro-Ticket gilt **vom 1. Juni 2022 bis 31. August**. Demnach läuft die „9 für 90“-Aktion im gesamten Juni, Juli und August.

Dabei gelten die Monatstickets jeweils für einen **Kalendermonat**, egal, an welchem Tag im Monat man sich ein 9€-Ticket kauft. Es kann sich sogar lohnen, das 9€-Ticket am Ende eines Monats zu holen, weil sich das Angebot auch nur für eine Fahrt lohnt. Die 9€-Tickets gelten für Juni, Juli und August – also den Großteil der **Sommerferien** in Deutschland:

- **Gültigkeit 9€-Ticket Juni:** 1. Juni bis 30. Juni 2022. Wichtige Feiertage / Bruckentage in dieser Zeit: Pfingsten am 5. und 6. Juni 2022 sowie Fronleichnam am 16. Juni 2022; Sommerferien-Start in NRW am 27. Juni
- **Gültigkeit 9€-Ticket Juli:** 1. Juli bis 31. Juli 2022:
 - Sommerferien-Start am 4. Juli in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen
 - Sommerferien-Start am 4. Juli in Hamburg, Berlin, Brandenburg
 - Sommerferien-Start am 14. Juli: Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
 - Sommerferien-Start am 18. Juli in Sachsen, Thüringen
 - Sommerferien-Start am 25. Juli: Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen
 - Sommerferien-Start in Baden-Württemberg am 28. Juli
- **Gültigkeit 9€-Ticket August:** 1. August bis 31. August 2022: Sommerferien-Beginn in Bayern am 1. August

Wo kann ich das 9-Euro-Ticket kaufen?

Jeder kann sich ein 9-Euro-Monatsticket über Website, App oder den stationären Handel buchen. Dies gilt vor allem für Neukunden, da bestehende Abo-Kunden nichts machen müssen, sondern den Rabatt für die drei Monate verrechnet bekommen zwischen ihren teureren Abos und dem Angebot. Das 9-Euro-Ticket ist personenbezogen und gilt nur für die beim Kauf angegebene Person. Bei der Deutschen Bahn ist das 9€-Ticket seit 23. Mai 2022 über [bahn.de](https://www.bahn.de), die App [DB Navigator](https://www.dbnavigator.de), an den rund 5500 Fahrkartenautomaten der Deutschen Bahn und den mehr als 400 DB-Reisezentren in Bahnhöfen erhältlich.

Jetzt 9€-Ticket buchen

Weitere digitale Buchungsmöglichkeiten für das 9€-Ticket sind die Websites und Apps der Verkehrsverbunde und regionalen Verkehrsunternehmen. Schon jetzt haben viele Verkehrsunternehmen Informationen zur Buchung des 9€-Tickets auf ihren Websites:

- In **München** wird das 9-Euro-Ticket in der App „MVG Fahrinfo München“ erhältlich sein.
- In **Hamburg** wird das 9€-Ticket über die „HVV App“, die „HVV switch App“ und im HVV-Onlineshop erhältlich sein.
- In **Berlin** wird das 9€-Ticket in der „BVG Fahrinfo-App“, „BVG Ticket-App“ oder über die die Mobilitäts-App „Jelbi“ erhältlich sein.
- In **Köln** wird es das Ticket über die „KVB-App“ geben.
- In **Stuttgart** ist die Buchung des 9€-Tickets über die „VVS-App“ möglich.
- Auch über **Aktions-Kampagne #BesserWeiter** und die Website [besserweiter.de](https://www.besserweiter.de) des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist eine Buchung ab Ende Mai möglich. Hier gibt's weiterführende Informationen zum Neun-Euro-Ticket; ebenfalls soll es hier Möglichkeiten geben, das nächste Verkehrsunternehmen vor Ort

oder den nächsten Verkehrsverbund zu finden.

Wer das 9-Euro-Ticket **stationar** kaufen möchte, kann dies an den Fahrkartenautomaten und Kundenzentren der Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbunde tun.

Infos zum 9€-Ticket in einzelnen Verkehrsverbunden

Berlin – 9-Euro-Ticket bei den BVG

Bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) ist das 9-Euro-Ticket über die BVG Fahrinfo-App, BVG Ticket-App oder die Mobilitäts-App Jelbi buchbar. Ebenfalls besteht die Möglichkeit, das Ticket über die BVG-Kundenzentren, in Reisemarkten und Agenturen sowie an den BVG-Ticketautomaten zu erwerben. Alle Infos >> [9-Euro-Ticket BVG Berlin](#)

München – 9-Euro-Ticket beim MVV

Der Münchner Verkehrsverbund MVV stellt das 9€-Ticket sowohl digital, zum Beispiel als MVV-HandyTicket, als auch über analoge Vertriebskanäle, wie etwa den Verkauf an den Fahrkartenautomaten sowie in den Kundencentern im Verbundgebiet, zur Verfügung. Der MVV weist darauf hin, dass eine Erhöhung der Kapazitäten nur sehr eingeschränkt möglich sein. Deshalb ist zu erwarten, dass auf einigen Strecken auch zu Überbesetzungen kommen kann. Alle Infos >> [9-Euro-Ticket MVV München](#)

Hamburg – 9-Euro-Ticket beim HVV

Das 9-Euro-Monatsticket ist in Hamburg im HVV-Onlineshop, in der hvv App in den Servicestellen sowie in vielen Bussen im Hamburger Umland zu kaufen. Ab dem 1. Juni ist das 9-Euro-Ticket dann auch in der hvv switch-App, in allen Bussen in Hamburg und an den Fahrkartenautomaten erhältlich. Innerhalb der 3 Monate entfallen alle hvv Monatskarten und ebenso alle Einzelkarten, die mehr als 9 Euro kosten. Sie werden durch das 9-Euro-Monatsticket ersetzt. Tages- und Gruppenkarten werden weiterhin angeboten, weil für diese Karten, anders als für das 9-Euro-Monatsticket, Mitnahmeregelungen gelten. Alle Infos >> [9-Euro-Ticket HVV Hamburg](#)

Köln – 9-Euro-Ticket bei den KVB

Bei den Kölner Verkehrsbetrieben KVB gibt es das 9-Euro-Ticket in der KVB-App, an allen KVB-Automaten sowie in den Kundencentern und Verkaufsstellen. Wenn Sie das 9-Euro-Ticket in der KVB-App, am Automaten oder in den Kundencentern und Verkaufsstellen kaufen, endet dieses automatisch am Monatsende. Zudem weisen die KVB darauf hin, dass alle Stammkundinnen und -kunden im gleichen Maße von den Vorteilen des neuen Angebots profitieren werden. Alle Infos >> [9-Euro-Ticket KVB Köln](#)

Übersicht Verkehrsverbunde

An einem 9-Euro-ÖPNV-Ticket, bei dem es „9 für 90“ gibt, konnten sich folgende Verkehrsverbunde und -unternehmen beteiligen:

Baden-Württemberg

- Heilbronner Hohenloher Haller Nahverkehr GmbH (HNV)
- Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Bodo)
- KreisVerkehr Schwabisch Hall GmbH (KVSH)
- Heidenheimer Tarifverbund (HTV)
- Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH (DING)
- Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)
- OstalbMobil GmbH (OAM)
- Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)
- Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbund GmbH
- Verkehrsgemeinschaft Baderkreis Calw (VBC)
- Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE)
- Nahverkehrsamt/Verkehrsverbund TUTicket (TUT)
- Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH (VSB)
- Regio Verkehrsverbund Lorrach GmbH (RVL)
- Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN)
- Verkehrsunternehmen Hegau-Bodensee Verbund GmbH (VHB)
- Regio Verkehrsverbund Freiburg GmbH (RVF)
- Waldshuter Tarifverbund GmbH (WTV)
- Tarifverbund Ortenau GmbH (TGO)
- Verkehrsverbund Rottweil GmbH (VRR)
- Karlsruher Verkehrsverbund GmbH (KVV)
- Verkehrs-Gemeinschaft Landkreis Freudenstadt GmbH (VGF)
- BW-Tarif GmbH

Bayern

- Stadtwerke Bad Reichenhall KU
- Stadtwerke Schweinfurt GmbH
- Verkehrsgemeinschaft am Bayerischen Untermain GmbH (VAB)
- Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Bodo)
- Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH (DING)
- Verkehrsbetriebsgesellschaft Passau mbH
- Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN)
- Verkehrsverbund Mittelschwaben GmbH (VVM)
- Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken GmbH (VVM)
- agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG
- agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG
- Regensburger Verkehrsverbund GmbH (RVV)
- Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (AVV)
- Omnibusverkehr Franken GmbH (OVF)

- Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO)
- Regionalbus Ostbayern GmbH (RBO)
- Verkehrsgemeinschaft Kissingen mobil (Kim.)
- Verkehrsgemeinschaft Rottal-Inn (VGRI)
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVG)
- Bayerische Regiobahn GmbH
- Zweckverband Verkehrsgemeinschaft Region Ingolstadt (VGI)
- Bayerische Oberlandbahn GmbH

Berlin und Brandenburg

- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB)

Bremen

- Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN)

Hamburg

- Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)

Hessen

- Nordhessischer Verkehrsverbund (NVV)
- Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN)
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Mecklenburg-Vorpommern

- NAHBUS Nordwestmecklenburg GmbH
- Nahverkehr Schwerin GmbH
- Verkehrsverbund Warnow GmbH (Ohne Mecklenburgische Baderbahn Mollu GmbH (MBB))

Niedersachsen

- Verkehrsgesellschaft Hameln-Pyrmont mbH (Öffis)
- GroBraun-Verkehr Hannover GmbH (GVH)
- Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)
- Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH
- ROSA Tarifverbund
- Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB)
- Verkehrsverbund Sud-Niedersachsen GmbH (VSN)
- KVG Stade GmbH & Co. KG
- CeBus GmbH & Co. KG
- Verkehrsgemeinschaft Osnabrück (VOS)
- Verkehrsgemeinschaft Bentheim (VGB)

Nordrhein-Westfalen

- Aachener Verkehrsverbund GmbH
- Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH
- Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH
- WestfalenTarif GmbH

Rheinland-Pfalz

- Rhein-Nahe Nahverkehrsverbund GmbH (RNN)
- Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN)
- Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (VRM)
- Verkehrsverbund Region Trier GmbH (VRT)

Saarland

- Saarländische Nahverkehrs-Service GmbH (SNS) (SaarVV)

Sachsen

- Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH
- Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS)
- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)
- Verkehrsverbund Vogtland GmbH
- Verkehrsverbund Oberelbe GmbH (VVO)

Sachsen-Anhalt

- Verkehrsgesellschaft Sudharz mbH (VGS)
- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Schleswig-Holstein

- nah.sh
- Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)
- Aktiv Bus Flensburg GmbH

Thüringen

- Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT)
- Erfurter Bahn GmbH
- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)
- Süd Thüringen Bahn GmbH
- Verkehrsgesellschaft Sudharz mbH (VGS)

deutschlandweit

- DB Regio AG
- sowie alle privaten Eisenbahnunternehmen, die Regionalverkehrsmittel bereitstellen – etwa Transdev, metronom oder ODEG

Chancen und Risiken des 9-Euro-Tickets

Die Ampel-Regierung will Bürgerinnen und Bürger ermutigen, künftig häufiger Bus und Bahn zu fahren – vor dem Hintergrund des **Ukraine-Kriegs und der steigenden Spritpreise** sowie einer nachhaltigen Verkehrswende, um den **Klimawandel** zu verlangsamen. Da die Preise für den ÖPNV oft teurer sind als das Auto, kommt das Neun-Euro-Ticket ab Juni für drei Monate.

Die **Kosten** für dieses Projekt übernimmt der Bund, indem er die sogenannten Regionalisierungsmittel für die Länder erhöht. Die Länder geben die Gelder dann an die Tarifverbände weiter. Dazu sollen die Mittel für die Länder zur Finanzierung des Nahverkehrs um 3,7 Milliarden Euro erhöht werden. Davon sollen neben coronabedingten Ausfällen die Kosten für das 9-Euro-Monatsticket in Höhe von 2,5 Milliarden Euro gezahlt werden, so Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP).

Nach dem **Bundestag** stimmte am 20. Mai nun auch der **Bundesrat** für das 9€-Ticket. Das Parlament votierte für die Änderung des sogenannten Regionalisierungsgesetzes. Die Länderkammer entschied dann abschließend über die Finanzierung. Es geht um zusätzliche Mittel zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs für die Länder in Höhe von 3,7 Milliarden Euro für dieses Jahr. Davon sind 2,5 Milliarden Euro für das Neun-Euro-Ticket vorgesehen.

Lob für das „9 für 90“-Ticket kommt von Klaus-Dieter Hommel, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG): „Das 9-Euro-Ticket ist ein Schritt in die richtige Richtung für einen preiswerten und künftig kostenlosen Nahverkehr. Damit wird der Nahverkehr bezahlbar und attraktiv. Bundesländer und Unternehmen müssen diese Regelung schnell, flächendeckend und bundeseinheitlich umsetzen. Dazu braucht man kurzfristig mehr Angebote und mehr Personal. Im Hinblick auf die notwendige Verkehrswende in Deutschland müssen solche Angebote, wie das 365-Euro-Ticket oder der kostenlose Nahverkehr, dauerhaft eingeführt werden. Die Politik muss jetzt Mut für eine Verkehrswende beweisen – aus Kostengründen darf man diese Lösung nicht wieder in Frage stellen.“

Auch Bremens Mobilitätssenatorin Maïke Schaefer (Grüne) begrüßte das 9-Euro-Monatsticket. „Besonders freut mich, dass auch der ÖPNV eine tragende Rolle spielen soll. Das ist nicht nur sozial ausgewogen, sondern auch bezogen auf die energiepolitische Unabhängigkeit Deutschlands und die Klimakrise der richtige Schritt.“ Der ÖPNV sei einer der wichtigsten Faktoren bei der Verkehrswende. Die genaue Umsetzung des Entlastungspaketes insbesondere im ÖPNV werde derzeit mit dem Bund besprochen. „Mir ist wichtig, dass auch die treuen Kunden mit Jahres- oder Monatstickets von der Neun-Euro-Regel profitieren“, sagte Schaefer.

Dagegen hat der Fahrgastverband Pro Bahn massive **Kritik** am geplanten 9-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr geäußert. „9 für 90“ ist aus unserer Sicht ein populistischer Schnellschuss ohne nachhaltige Wirkung“, so Karl-Peter Naumann gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Aus Sicht von Pro Bahn wäre es dagegen sinnvoller, die Gelder in den Ausbau des ÖPNV zu investieren. Hintergrund der Kritik ist der Geldtopf, aus dem die 9-Euro-Monatsticket bezahlt werden sollen: die sogenannten Regionalisierungsmittel für die Bundesländer. Dieser Geldtopf dient aber bislang dazu, den Schienenverkehr und das ÖPNV-Netz auszubauen, um die Verkehrswende vorwärts zu treiben. Werden nun Milliarden in die kurzfristige Steigerung der Fahrgastzahlen durch die 9-Euro-Monatsticket gesteckt, fehlt dieses Geld später für den nachhaltig orientierten Ausbau des Schienen- und ÖPNV-Netzes.

Das meint Bahndampf: Bisherige Abo-Kunden können sich freuen: Sie zahlen 3 Monate lang deutlich weniger und sparen viel Geld, auch wenn die Details noch nicht bekannt sind. Doch die mindestens 2,5 Milliarden Euro, die der Bund für die Aktion bereitstellt, sind sogenannte Regionalisierungsgelder. Diese sind eigentlich für die Entwicklung des Schienenverkehrs und des ÖPNV gedacht – für eine Verkehrswende hin zu grüner, nachhaltiger Mobilität ist die Stärkung der öffentlichen Nahverkehrs ein ganz entscheidender Faktor. Dazu müssen mehr Menschen auf Bus & Bahn umsteigen, viele werden ein günstiges 3-Monats-Abo im ÖPNV für nur 27 Euro testen. Durch die „9-für-90“-Aktion gibt es vielleicht auch auf längere Sicht einige zusätzliche Abo-Kunden, die auch nach dem Aktionszeitraum dabei bleiben. Doch fährt dadurch keine einzige zusätzliche Bahn, doch ist dadurch noch keine zusätzliche Meter Schiene gebaut. Und die Geldmittel sind nach den 3 Monaten verpufft.

Noch Fragen oder Anmerkungen? Wir freuen uns auf Ihren Kommentar - einfach nach unten scrollen! Für weitere Bahn-News können Sie unseren **Newsletter abonnieren** und **bahndampf.de auf Facebook** folgen.

Weitere Themen

9 EURO TICKET

NEWSLETTER

Aktuelle Bahn-News, spannende Reisetipps, günstige Ticket-Aktionen – jetzt kostenlos zum Newsletter anmelden:

JETZT ABONNIEREN

Unser Newsletter informiert Sie über Bahn-Themen. Die Informationen zu den Inhalten, der Protokollierung Ihrer Anmeldung, dem Versand über den US-Anbieter MailChimp, der statistischen Auswertung sowie Ihren Abbestellmöglichkeiten, erhalten Sie in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Onlinequelle 67

WOHNGELD PLUS

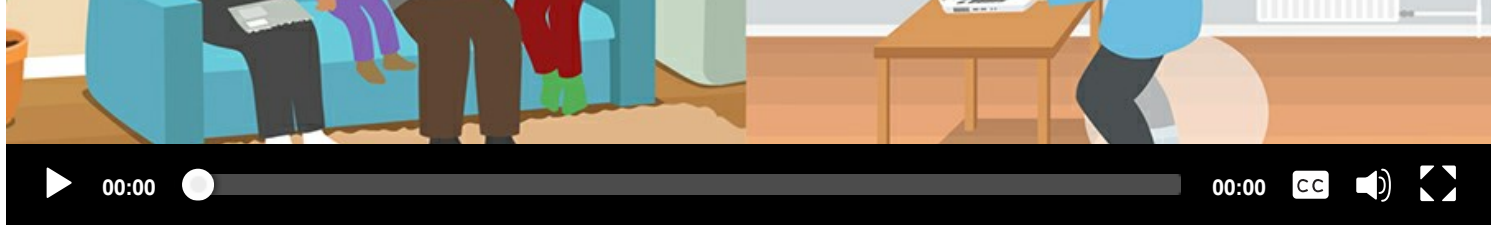
FÜR MEHR MENSCHEN



Wohngeld-Plus – Reform

Die Belastung durch Wohnkosten ist für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen hoch. Hier hilft das Wohngeld-Plus: Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zu den Wohnkosten - sowohl für eine Mietwohnung als auch für selbstgenutztes Wohneigentum. Das Wohngeld-Plus unterstützt Haushalte mit niedrigen Einkommen oberhalb der Grundsicherung und sichert somit ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen.





Informationsvideo zum Wohngeld-Plus

Dauer: 2:52

Das Video steht Ihnen auch in [Leichter Sprache](#) > zur Verfügung.

Wohngeld-Plus für mehr Bürgerinnen und Bürger



Quelle: BMWSB / Henning Schacht

"Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar bleiben. Die Preise für Strom und Heizung steigen spürbar – Geringverdienende, Alleinerziehende und Rentnerinnen und Rentner befürchten, sich wegen der hohen Wohnungskosten verschulden zu müssen oder sogar ihr Dach über dem Kopf zu verlieren. Deshalb haben wir eine historische Wohngeldreform auf den Weg gebracht, wie es sie seit der Einführung des Wohngeldes im Jahr 1965 noch nie gab. Mit dem 'Wohngeld Plus' werden wir rund 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger in zwei Millionen Haushalten dauerhaft, zielgenau und verlässlich unterstützen."

Das Wohngeld-Plus: Sorgenfreier wohnen!

Wohngeld-Plus

**Sorgenfreier
wohnen.**





Welche Vorteile bringt die Wohngeld-Plus - Reform?

Die Anzahl der Wohngeldhaushalte wird verdreifacht. Zudem verdoppelt sich die Höhe des Wohngeldes im Durchschnitt für die bisher beziehenden Haushalte. Neu ist, dass das Wohngeld-Plus durch die Reform auch bei den Heizkosten entlastet und die für den Klimaschutz notwendigen Belastungen einer Sanierung abmildert.

Die Wohngeld-Plus - Reform besteht aus drei Komponenten:

1. Allgemeine Leistungsverbesserung

Das durchschnittliche Wohngeld steigt für die bisherigen Beziehenden um 190 Euro auf insgesamt etwa 370 Euro pro Monat.

Von der Wohngelderhöhung können laut Berechnungen des IW Köln (Mikrosimulation) im Jahr 2023 **rund zwei Millionen Haushalte** profitieren. Darunter sind rund 1,4 Millionen Haushalte, die durch die Reform erstmals oder wieder einen Wohngeldanspruch erhalten.

Insgesamt werden drei Gruppen von der Wohngelderhöhung durch die dauerhafte Heizkostenkomponente, die Klimakomponente und die Anpassung des Einkommensparameters in der Wohngeldformel profitieren:

- Rund 600.000 Wohngeldhaushalte, die im Jahr 2023 auch ohne Anpassung Wohngeld bezogen hätten.
- Rund 1.040.000 Haushalte, deren Einkommen bislang die Grenzen für einen Wohngeldanspruch überschritten haben und die aufgrund der Wohngeldverbesserung im Jahr 2023 erstmals oder wieder mit Wohngeld bei den Wohnkosten entlastet werden.
- Rund 380.000 Haushalte, die zuvor Leistungen nach dem SGB II oder nach dem SGB XII bezogen haben.

2. Dauerhafte Heizkomponente



Habe ich Anspruch auf Wohngeld-Plus?

Grundsätzlich gilt: Wer wenig Einkommen hat, sollte seinen Anspruch auf Wohngeld-Plus prüfen. Das gilt insbesondere für:

- Rentnerinnen und Rentner mit geringer Rente
- Erwerbstätige Familien - auch Alleinerziehende und Paare - mit niedrigen Einkommen
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich
- Studierende, sofern nicht der gesamte Haushalt dem Grunde nach einen BAföG-Anspruch hat
- Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen

Wer bereits andere Leistungen erhält, in denen die Unterkunftskosten berücksichtigt sind, kann in der Regel kein Wohngeld erhalten. Dazu zählen z.B. Leistungen nach SGB II oder SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerbergesetz oder Schüler-BAföG, BAföG oder Berufsausbildungshilfe.

Wichtig: Kinder in Wohngeld-Haushalten haben zudem einen Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket [↗!](#)

DOWNLOAD

Informationsflyer

[Download PDF](#)

129KB, Datei ist barrierefrei/barrierearm

INFORMATIONSFLYER - MIT ALLEN MOTIVEN IN DEUTSCH (ZIP, 8MB, DATEI IST NICHT BARRIEREFREI)



FLYER ZUM WOHNGELD IN 7 SPRACHEN UND LEICHTER SPRACHE

Fremdsprachen

[Informationsflyer "Wohngeld Plus" - Englisch \(PDF\)](#)

127KB, Datei ist nicht barrierefrei

[Informationsflyer "Wohngeld Plus" - Französisch \(PDF\)](#)

129KB, Datei ist nicht barrierefrei

[MEHR ANZEIGEN](#)

Wo kann ich prüfen, ob ich Anspruch auf Wohngeld-Plus habe?

Der Wohngeld-Plus-Rechner gibt einen ersten Überblick. Mit dem Rechner können Sie ganz einfach überprüfen, ob Sie Anspruch auf Wohngeld-Plus haben.

Um direkt zum Wohngeld-Plus-Rechner zu gelangen, klicken Sie einfach auf das Bild.



Wichtig: Verbindlich berechnen kann Ihren Wohngeldanspruch die für Sie zuständige Wohngeldbehörde.

Wie kann ich Wohngeld-Plus beantragen?

Wie bei jeder Unterstützungsleistung des Staates ist auch beim Wohngeld-Plus ein Antrag bei der zuständigen örtlichen Behörde erforderlich. Das ist das Wohngeldamt ihrer Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung. Viele Bundesländer bieten den Antrag bereits online auf ihren Internetseiten an. Suchen Sie unter <https://verwaltung.bund.de/> nach "Wohngeld".

Dort finden Sie eine Übersicht und die zuständige Behörde im jeweiligen Bundesland.

Haushalte, die bereits Wohngeld erhalten, bekommen das erhöhte Wohngeld-Plus automatisch ohne gesonderten Antrag. In diesen Fällen ist ein Antrag erst wieder nach Ablauf des laufenden

Bewilligungszeitraums erforderlich.

LINKS ZU DEN INFOSEITEN DER BUNDESLÄNDER ZUM WOHNUNGSGELD

[↗ Bayern](#)

[↗ Baden-Württemberg](#)

[↗ Berlin](#)

[↗ Brandenburg](#)

[MEHR ANZEIGEN >](#)

Hintergrund:

Das Wohngeld-Plus ist zum 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Der Bundesrat hat dem Gesetz am 25. November 2022 zugestimmt. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt erfolgte am 8. Dezember 2022. Mit dem Wohngeld-Plus hat das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) eine historische Wohngeldreform umgesetzt und sorgt damit für eine spürbare Entlastung von Haushalten.

Die Stärkung des Wohngeldes ist eines der zentralen sozialpolitischen Vorhaben der Ampelkoalition.

Informationen zum Wohngeld

Das Wohngeld als vorgelagerte soziale Sicherungsleistung ist ein sehr zielgerichtetes Instrument zur Entlastung von Haushalten mit geringen Einkommen bei hohen Wohnkosten. Einkommensschwächere Haushalte knapp oberhalb der Grundsicherung bekommen das Wohngeld als Zuschuss zu den Wohnkosten. Das gilt für Mieterinnen und Mieter ebenso wie für Eigentümerinnen und Eigentümer von selbstgenutztem Wohneigentum mit geringeren Einkommen.

Aktuell beziehen in Deutschland rund 600.000 Haushalte in Deutschland Wohngeld. 40 Prozent der Wohngeldbeziehenden sind Familien - darunter viele Alleinerziehende. In 48 Prozent der Wohngeldhaushalte leben Rentnerinnen und Rentnern.

Über einen Antrag auf Wohngeld entscheidet die Wohngeldbehörde vor Ort. Wie viel Wohngeld ein

Haushalt bekommt, hängt von mehreren Faktoren ab. Dazu zählen: die Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, die Höhe der Miete oder Belastung bei selbstgenutztem Wohneigentum sowie den Gesamteinkommen der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder.

Weiterführende Information zum Thema Wohngeld stehen [hier](#) > für Sie bereit.

Gesetzgebungsverfahren

- > [Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes \(Wohngeld-Plus-Gesetz\)](#)

Fragen und Antworten

- > [FAQs zur Wohngeld - Reform](#)

Pressemitteilung

- > ["Mehr Geld für die Wohnkosten im Winter"](#)

Seite teilen 

Seite drucken 

Seitenanfang 



[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Datenschutz "Soziale Medien"](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[Erklärung zur Barrierefreiheit](#)

 [Barriere melden](#)

© Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 2023

Onlinequelle 68

KONKURRENZ AUF DER SCHIENE

Wie springt die Deutsche Bahn mit Mitbewerbern um?

VORLESEN

von [Lydia Jakobi](#), MDR AKTUELL

Stand: 27. Dezember 2022, 08:53 Uhr



Bahn-Reisende gibt es in Deutschland zuhauf, trotzdem hat die Bahn im Fernverkehr keine große Konkurrenz.
Bildrechte: dpa

Reist man in Deutschland mit dem Zug, sitzt man in der Regel in einem Zug der Deutschen Bahn. Während es im Regionalverkehr viel Konkurrenz für die Bahn gibt, sieht es im Fernverkehr mau aus mit Mitbewerbern. Die wenigen, die es gibt, sind in der Regel günstiger, fahren aber viel seltener. Das hat viele Gründe, doch so langsam kommt Bewegung in einen alten Konflikt zwischen Deutscher Bahn und der Konkurrenz.

TEILEN VIA

[Facebook](#) [Twitter](#) [Pinterest](#) [Email](#)

- Die Deutsche Bahn hat im Fernverkehr fast ein Monopol, **nur zwei Prozent der Fernfahrten wird von Konkurrenten durchgeführt.**
- Die Deutsche Bahn **weist die Kritik an den hohen Trassenpreise von sich.**
- Die Politik will ein **System mit mehr Konkurrenz und gegenseitiger Anerkennung von Tickets.**

Fast jeden Abend um 21:17 Uhr rollt im Leipziger Hauptbahnhof ein Zug ein, der sich vom vorherrschenden Weiß-Rot abhebt: Er ist leuchtgrün, wirkt etwas antiquierter, nicht ganz so windschnittig wie die ICEs der Deutschen Bahn. Der Flixtrain kommt aus Hamburg und wird am nächsten Morgen eben jene Strecke zurückfahren.

Theoretisch würde man gern mehr Fahrten anbieten, sagt Isabella Domke, Sprecherin beim Mutterkonzern Flix. Aber die Bedingungen im Schienennetz seien schwierig. "Wir fahren mit Flixtrain auch in Schweden und dort sind die Rahmenbedingungen deutlich angenehmer als hier", sagt Domke. Zum Beispiel gebe es in Schweden viel günstigere Trassenpreise. In Deutschland seien die Beantragungsverfahren für die Trassen sehr langwierig und auch die sogenannten Stationsentgelte seien sehr hoch.

Deutsche Bahn hat fast ein Monopol im Fernverkehr

Das ist einer der Gründe, warum die Bahn im Fernverkehr wenig Konkurrenz hat. Neben Flixtrain fahren auf den deutschen Schienen zum Beispiel die Züge der französischen Bahn SNCF oder der österreichischen ÖBB. Zusammen machen sie einen Marktanteil von etwa zwei Prozent aus.

Im Nahverkehr ist das anders: Da stellen die **Mitbewerber der Deutschen**

Bahn etwa 40 Prozent des Angebots. Die Daten hat das Bündnis für fairen Wettbewerb im Schienenpersonenverkehr, kurz Mofair, zusammengetragen.

Der Grund für die Konkurrenz im Regionalbereich sind Mofair-Geschäftsführer Matthias Stoffregen zufolge die "relativ fairen Wettbewerbsbedingungen", die auch transparent seien. Im Fernverkehr habe man dagegen nur eine "Illusion der Eigenwirtschaftlichkeit", sagt Stoffregen. "Das heißt: Theoretisch kann da jeder fahren, der lustig ist, der genügend Züge dabei hat und das wirtschaftlich aus sich heraus leisten kann. Es ist aber so, dass sie als Wettbewerber im Fernverkehr nur dann wahrgenommen werden, wenn sie gleich mit richtig viel kommen."

Bahn weist Problem hoher Trassenpreise von sich

Spricht: Nicht nur mit zwei Zügen, sondern mit einer ganzen Flotte. Das ist bisher keinem Mitbewerber wirklich gelungen. Unter anderem wegen der Trassenpreise, sagt Stoffregen. Sie seien die höchsten in ganz Europa.

Die Deutsche Bahn, auch Herrin über das Gleisnetz, will die Kritik an der Trassenvergabe nicht komplett gelten lassen und schreibt auf Anfrage von MDR AKTUELL: "Die Trassen werden durch die DB Netz AG als Infrastrukturbetreiberin in einem transparenten Prozess vergeben, den die Bundesnetzagentur überwacht. Der Prozess ist diskriminierungsfrei und einheitlich."

Konkurrenz soll im Fernnetz größere werden

Grundsätzlich hätten sich die Wettbewerbsbedingungen im Schienennetz deutlich verbessert, sagt Stoffregen von Mofair. Der DB Navigator zeigt zum Beispiel auch die Flixtrain-Verbindungen an. Das war vor einigen Jahren nicht so.

Die Flixtrain-Tickets kann man hier aber nicht buchen. Die Bahn argumentiert, das sei eben der DB-Vertriebskanal. Der FDP-Politiker Michael Theurer, Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr, erklärt, er wolle dafür sorgen, dass die gegenseitige Anerkennung der Tickets gewährleistet ist und die Kundinnen und Kunden über Buchungsplattformen dann auch gegenseitig buchen können. "Dann sehen wir einen großen Vorteil im Wettbewerb, der in Deutschland nicht ganz so ausgeprägt ist wie in Italien mit zwei Anbietern und in Spanien sogar mit drei Anbietern im Fernverkehr", sagt Theurer.

Auch die Trassenvergabe soll mit dem sogenannten Deutschlandtakt, einem abgestimmten Fahrplan für ganz Deutschland, einfacher werden. Soweit ist es aber noch nicht.

► FAHRPLANWECHSEL

Neu im Nachtzug nach Zürich und wieder Aus für "Vindobona"

MIT VIDEO

► BUNDESVERKEHRSMINISTERIUM

Deutsche Bahn so unpünktlich wie nie

MIT VIDEO

Dieses Thema im Programm:

MDR AKTUELL RADIO | 27. Dezember 2022 | 06:00 Uhr

13 Kommentare

Frauleinwunder vor 21 Wochen

Ich war Weihnachten mutig und bin mit der Bahn verreist. Allerdings eine ICE-Strecke ohne Umsteigen.
Sowohl hin als auch zurück war der Zug pünktlich, was ich in den letzten 12 Jahren damit genau zweimal erleben durfte (von Dutzenden Fahrten). Auch war nichts überfüllt oder zerstört. Das ist sehr selten.

Aber es gibt trotzdem Ärgernisse. Schmale, hohe Einstiegstrepplchen, für ältere Menschen schwer zu erklimmen, besonders mit Gepäck. Relativ wenige ebenerdige Ablagemöglichkeiten für große Koffer. Große Bahnhöfe ohne Rolltreppen oder funktionierende Aufzüge, weil die Infrastruktur für Servicefahrzeuge fehlt und diese mit ihrem Gewicht den kleinen Fahrgastaufzug schrotten...

Und es gibt noch sehr viele Ex-Bahnhöfe mit Ex-Ausweich- und Abstellgleisen, die

ungenutzt vor sich hin rotten. Die Bahn hat ihre Trassen so runtergespart, dass schon ein verspäteter Regionalzug den Verkehr im ganzen Land aufhält. Dafür noch viel Geld nehmen ist fast unredlich.

steka vor 21 Wochen

Sehen sie sich mal den fachlichen Werdegang der vorstandsmitglieder an. Nicht eine*r hat einen bahntypischen Beruf gelernt, auch mal in die praxis draussen reingeschnuppert, Betriebswirte, Psychlogin, u.s.w. in vershienen Firmenvorständen und von der Bahn gleich in Leitungsfunktionen übernommen. wenn man das Gesamtgefüge Bahn mit allem was dazugehört nicht kennt, kann man eben keine vernünftigen Entscheidungen treffen.

steka vor 21 Wochen

Nur mal die Infrastruktur ansehen. Stillgelegte Überholungsgleise, Verbindungskurven und Ausweichstrecken, die meisten Bahnhofsgebäude auf der Fläche wie nach einem Bombenangriff, Fahrplankonstruktionen, bei denen Verspätungen unde Anschlußprobleme vorprogrammiert sind. Dilletantisch gelöste Technikprobleme. Warum wird den Reisenden in einem auf freier Strecke liegendebliebenen ICE zugemutet mit hilfe der feuerwehr in einen anderen Zug umzusteigen, warum nicht einfach den Zug mit einer Vorspannlok in den nächsten Bahnhof ziehen ? Warum müssen Züge ausfallen, nur weil Stellwerke nicht besetzt sind ? Es gibt auch die Möglichkeit trotzdem die Züge zwischen den letzten beiden besetzten Stellwerken fahren zu lassen. Nur dazu gehört eben Fachwissen um sowas zu organisieren und anzuordnen, ist doch vor der Bahnreform auch gegangen.

Kommentare öffnen ▾

Politik

Wirtschaft

Gesellschaft

Panorama

Mehr aus Wirtschaft >

► GASIMPORTEUR

Ost-Kommunen geben VNG kein neues Geld

24.05.2023 | 13:02 Uhr

► KOMMENTAR

Soziale Bindung beim Wohnraum muss dauerhaft bleiben

24.05.2023 | 11:27 Uhr

► ERNEUERBARE ENERGIEN

Lokaler Ökostrom zunehmend wichtig für Firmen-Großansiedlung

24.05.2023 | 09:09 Uhr

► FEHLENDER SOZIALER WOHNRAUM

Mieterbund-Präsident: "Bauen allein löst das Problem nicht"

24.05.2023 | 08:28 Uhr

► FRAGEN UND ANTWORTEN

Lithium – strategischer und kritischer Rohstoff in Sachsen

23.05.2023 | 09:28 Uhr

► ENERGETISCHE SANIERUNG

Unnötig viel Papierkram bei Wärmepumpen-Fördergeldern

23.05.2023 | 08:18 Uhr

MIT AUDIO

MIT AUDIO

MIT VIDEO

MIT VIDEO

MIT AUDIO

Mehr aus Deutschland >

RAZZIA

Bundesweite Durchsuchungen bei "Letzter Generation"

24.05.2023 | 13:20 Uhr

MIT VIDEO

RAZZIA

Staatsanwaltschaft München verfolgt "Letzte Generation" als "Kriminelle Vereinigung"

24.05.2023 | 13:05 Uhr



MDR AKTUELL - DAS NACHRICHTENRADIO

Gilt Delitzsch wirklich als Kandidat für ein Atomüll-Endlager?

24.05.2023 | 12:59 Uhr



ZEITARBEIT

Neue Pflegereform soll Leiharbeit eindämmen

24.05.2023 | 12:19 Uhr

MIT AUDIO

MDR AKTUELL - DAS NACHRICHTENRADIO

Junge Deutsche setzen Studie zufolge wieder mehr aufs Auto

24.05.2023 | 12:11 Uhr



MDR AKTUELL - DAS NACHRICHTENRADIO

Dresden bekommt EU-Logistikzentrum für Notfälle

24.05.2023 | 12:00 Uhr



Der Mitteldeutsche Rundfunk ist Mitglied der [ARD](#).

[Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#)

MDR.de

- [Startseite](#) >
- [Fernsehen](#) >
- [Radioprogramme](#) >
- [Mediathek](#) >
- [ARD Audiothek](#) >
- [Hier stellen wir richtig](#) >
- [Seitenübersicht](#) >
- [Themenübersicht](#) >

Unternehmen

- [Neues aus dem MDR](#) >
- [Organisation](#) >
- [Zahlen und Fakten](#) >
- [Kommunikation](#) >
- [Karriere](#) >
- [Ausschreibungen](#) >

Service

- [Wetter](#) >
- [Verkehr](#) >
- [Empfang Fernsehen](#) >
- [Empfang Radioprogramme](#) >
- [Mitschnitt-Service](#) >
- [Aktuelle Schlagzeilen](#) >
- [Barrierefreiheit](#) >
- [Nachrichten in Leichter Sprache](#) >
- [Sprachassistenten](#) >



Onlinequelle 69

▼ VWL

- ▼ Makroökonomie
 - ▶ Arbeitslosigkeit
 - ▶ Außenhandel
 - ▶ Geldmarkt
 - ▶ Gütermarkt
 - ▶ Konjunktur
 - Output
 - Schocks
 - ▶ Sparen
 - Strukturwandel
 - Technischer Fortschritt
 - ▶ Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
 - ▶ Wechselkurse
 - Wirtschaftskreislauf
 - ▶ Wirtschaftsordnung
 - ▶ Wirtschaftspolitik
 - Wirtschaftssektoren
 - ▶ Wirtschaftstheorien
 - ▶ Ökonomische Modelle
- ▼ Inflation
 - **Angebotsinflation**
 - Kerninflation
 - Geldmengeninflation
 - Kosteninflation
 - Importierte Inflation
 - Hyperinflation
 - Nachfrageinflation
 - Verbraucherpreisindex
 - Disinflation
 - Geldillusion
 - Lohn-Preis-Spirale
 - Deflation
 - Inflationserwartungen
- ▶ Fiskalpolitik
- ▶ Geldpolitik
- ▶ Mikroökonomie
- ▶ Finanzwissenschaft
- Verhaltensökonomie

Angebotsinflation

Angebotsinflation Definition

Angebotsinflation – in Abgrenzung zur **Nachfrageinflation** – bedeutet, dass die Inflation (ein allgemeiner Preisanstieg) von den Anbietern (Produzenten) ausgeht.

Dafür gibt es 2 mögliche Gründe:

- die Herstellungskosten der Unternehmen steigen, z. B. weil der Ölpreis steigt (**Kosteninflation**);
- die Unternehmen können höhere Gewinne realisieren (z. B. wenn viele Konsumgütermärkte von Monopolisten oder Oligopolen beherrscht werden und wenig Wettbewerb herrscht).

Da die Inflation (rate) ja mit einem umfangreichen Warenkorb mit Hunderten von Produkten und Leistungen von Brot über Benzin bis hin zu Kinokarten gemessen wird, müssen für eine auf höheren Kosten basierende Angebotsinflation

- entweder Preise für Einsatzfaktoren steigen, die für viele Produkte bzw. Herstellungsprozesse benötigt werden (Rohöl, Energie)
- oder die Personalkosten, die meist einen Großteil der Selbstkosten ausmachen, durch Lohn- und Gehaltserhöhungen (ggf. **Lohn-Preis-Spirale**) oder durch erhöhte Lohnnebenkosten (v. a. Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen)
- oder die Kapitalkosten (v. a. steigende Kreditzinsen; die meisten großen Unternehmen sind stark fremdfinanziert).

U. a. können auch Lieferengpässe, Lieferkettenunterbrechungen oder Produktionsausfälle aufgrund von Pandemien oder Naturkatastrophen zu steigenden Materialpreisen auf breiter Front führen.

Für Zentralbanken wie die Europäische Zentralbank (EZB) ist es schwer, eine Angebotsinflation zu bekämpfen; ihre Instrumente zur Eindämmung von Inflation – wie Zinserhöhungen oder eine restriktive Geldmengenpolitik – wirken eher auf der Nachfrageseite, sie bremsen die Nachfrage aus.

Die Angebotsinflation ist eine mögliche Erklärung für Inflation in der jeweiligen Situation; es gibt noch zahlreiche andere.

ALTERNATIVE BEGRIFFE: Angebotsbedingte Inflation, Angebotsdruckinflation, angebotsinduzierte Inflation.

SUBMENÜ

[Datenschutz / Rechtliche Hinweise](#)

[Impressum](#)

[Cookie-Einstellungen](#)

[Kontakt](#)

[Sitemap / Inhaltsverzeichnis](#)

[Glossar A - Z](#)

Onlinequelle 70

KRIEG IN EUROPA

Kornkammer Ukraine: Landwirte in Not

Die Ukraine war vor dem Angriff Russlands die Kornkammer Europas und vor allem auch für Afrika und Asien. Jetzt brauchen die Landwirte in der Ukraine selbst Unterstützung.



Abgeerntetes Weizenfeld: Der Krieg in der Ukraine belastet die Ernährungssicherheit

Als die Ukraine - [mitten im Krieg und trotz heftigster Entbehrungen](#) - im November dieses Jahres rund 25.000 Tonnen Weizen an das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen spendete, da zögerte der deutsche Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) nicht lange und Deutschland übernahm die Transportkosten in Höhe von rund 13,5 Millionen Euro. Özdemir sagte dazu: "Die Ukraine zeigt, dass sie selbst in Zeiten größter Not Verantwortung für die hungernden Menschen auf dieser Welt übernimmt." Der Grünen-Politiker fügte hinzu, mit der Spende könnten rund 1,6 Millionen Menschen allein in Äthiopien einen ganzen Monat lang ernährt werden.

Deutschland hilft der Ukraine – und sich selbst

Das war nur eine von vielen Unterstützungsleistungen Deutschlands für die Landwirtschaft in der Ukraine. Zudem stellte Deutschland rund 430 Millionen Euro für die globale Ernährungssicherung zur Verfügung, um Folgen des Krieges, vor allem in den besonders gefährdeten Ländern Afrikas, insbesondere Nordafrika, des Nahen Ostens und in Teilen Asiens, abzufedern.



Der ukrainische Präsident Selenskyj auf dem ersten internationalen Gipfel zur Ernährungssicherheit in Kiew im November 2022

Abgesehen davon beginnt die deutsche Bundesregierung vorzusorgen und auch den [Folgen für die Ernährungssicherheit in Deutschland](#) zu begegnen. Für die Landwirte in Deutschland wurden rund 180 Millionen Euro bereitgestellt, rund 60 Millionen Euro kommen dabei von der Europäischen Union, die für alle Mitgliedsstaaten etwa 500 Millionen Euro aufgelegt hat. Und: Die eigentlich vorgesehene Regelung zum Fruchtwechsel für deutsche Landwirte wird einmalig im kommenden Jahr ausgesetzt. Damit könnten Landwirte in Deutschland auch im Jahr 2023 Weizen nach Weizen anbauen.

Nach wissenschaftlichen Berechnungen könnten damit bis zu 3,4 Millionen Tonnen mehr Weizen erzeugt werden. Und die erstmalig verpflichtende Flächenstilllegung von vier Prozent der Ackerflächen eines Betriebes soll im kommenden Jahr ebenfalls ausgesetzt werden. Stattdessen soll weiterhin eine landwirtschaftliche Erzeugung möglich sein, allerdings nur von Getreide (ohne Mais), Sonnenblumen und Hülsenfrüchte (ohne Sojabohnen). Damit könnten etwa 600.000 bis eine Million Tonnen Getreide zusätzlich produziert werden.

Ukraine: Die Kornkammer Europas

Im Westen Europas war das vor dem Krieg so kaum bekannt: Die Ukraine ist die Kornkammer des Kontinents, oder war es vielmehr, vor dem Angriff Russland auf das Land im Februar 2022. Bei

Datum 23.12.2022

Autorin/Autor Jens Thurau

Themenseiten Landwirtschaft, Berlinale, Migration nach Deutschland, Bücherverbrennung 1933 in Deutschland, Deutschland, Krieg in der Ukraine, Krim-Krise, Ukraine

Schlagwörter Ukraine, Landwirtschaft, Deutschland

[Schicken Sie uns Ihr Feedback!](#)

Drucken [Seite drucken](#)

Permalink <https://p.dw.com/p/4LM7I>

Weizen, Mais und Gerste zählt die Ukraine zu den Hauptexporteuren. Grund dafür sind die ertragreichen Schwarzerde-Böden in dem osteuropäischen Land, die zu den fruchtbarsten weltweit gehören. So sagt etwa Stefan Meister, Osteuropa-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), seit rund zehn Jahren werde der Weltmarktpreis für Getreide im Wesentlichen in der Schwarzmeerregion ausgehandelt: "Was dort exportiert wird, bestimmt maßgeblich den Weltmarktpreis, denn es sind insgesamt mehr als 20 Prozent."



Weizen als Waffe

32 Millionen Hektar umfasst das gesamte Ackerland dort, das entspricht rund 70 Prozent der ukrainischen Fläche oder anders gerechnet einem Drittel der Ackerfläche in der gesamten Europäischen Union. Mit Schiffen über das Schwarze Meer wurden Länder in Asien und Afrika beliefert, aber auch Europa zählte zu den Hauptabnehmern ukrainischer Grundlebensmittel. 2021, also vor Kriegsbeginn, exportierte das Land allein Getreide im Wert von 55,68 Milliarden Euro.

20 Millionen Tonnen Getreide

Aber seitdem ist viel geschehen, lange Zeit blockierte der Aggressor Russland den Transport von Grundnahrungsmitteln über das Schwarze Meer. Seit dem 1. August gibt es ein Abkommen, das den Getreideexport wieder ermöglicht, so dass rund zehn Millionen Tonnen exportiert werden konnten. Aber Kritiker bemängeln, dass ein Großteil davon nach Europa geht und die ärmsten Länder etwa in Afrika kaum beliefert werden.

Und der mittelständischen Landwirtschaft in der Ukraine geht es schlecht, nicht nur wegen der Exportprobleme, sondern natürlich vor allem wegen der Kriegsschäden. Die Angriffe auf die Häfen des Landes führten dazu, dass rund 20 Millionen Tonnen Getreide über Monate nicht verschifft werden konnten.



Vor dem Krieg war die Ukraine sehr wichtig für die weltweite Weizenproduktion

Und auch der Versuch, den Export über das Schienennetz nach Westeuropa zu leiten, scheiterte aufgrund der unterschiedlichen Spurweiten. Das hatte extreme Auswirkungen vor allem für kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe, wie die Hilfsorganisation Help auf ihrer Online-Seite berichtet: Die Ernte von 2021 hatte keine Abnehmer gefunden, wie Help schreibt, und blockierte die Getreidespeicher. Die Folge: kein Einkommen – und somit kein Geld, um die dringend notwendige Sommersaat finanzieren zu können. Durch den Krieg und auch durch mangelndes Futter seien zudem 50.000 Kühe verendet.

Abkommen verschafft Linderung

[Linderung brachte erst das erwähnte Abkommen](#) zwischen Russland und der Ukraine, das auf türkische Vermittlung Im Juli zustande kam und nach schwierigen Verhandlungen im November um 120 Tage verlängert wurde. Damit wurde der Export über das Schwarze Meer wieder wenigstens teilweise möglich.

Bis Mitte September hatten bereits 167 Getreidefrachter mit rund 3,7 Millionen Tonnen Agrarerzeugnissen das Land verlassen. Davon profitieren in erster Linie jedoch die großen Getreidehändler. Für viele kleine und mittelgroße Landwirtschaftsbetriebe der Ukraine kommt das Abkommen mit Russland aber wohl zu spät: Die Erntebestände, die sie ohne den Krieg schon längst verkauft hätten, drohen bald zu verfaulen.

Datum 23.12.2022

Autorin/Autor Jens Thurau

Themenseiten [Landwirtschaft](#), [Berlinale](#), [Migration nach Deutschland](#), [Bücherverbrennung 1933 in Deutschland](#), [Deutschland](#), [Krieg in der Ukraine](#), [Krim-Krise](#), [Ukraine](#)

MEHR ZUM THEMA



F-16 für die Ukraine:
Diskussion über deutsche Hilfe 23.05.2023

Eine westliche Allianz will ukrainische Piloten am Kampfjet ausbilden. Deutschland hat selbst keine F-16 - überlegt aber, wie es der Allianz anderweitig helfen kann.



Ukraine aktuell:
Alarmzustand in Belgorod aufgehoben 23.05.2023

Russland wehrt nach eigenen Angaben Angriffe auf die westrussische Stadt nahe der Ukraine ab. Der BND sieht keine Risse im System Putin. Nachrichten im Überblick.



Ukraine-Krieg:
Bewährungsprobe für die Demokratie 23.05.2023

Zwei Klassen bei Geflüchteten und Einschränkungen der Informationsfreiheit: NGOs kritisieren deutsche und europäische Reaktionen auf den Ukraine-Krieg.

THEMEN Deutschland Coronavirus Welt Wirtschaft Wissen & Umwelt Kultur Sport Themen von A bis Z	MEDIA CENTER Live TV Alle Inhalte Sendung verpasst? Deutschkurse Podcasts	TV Programmübersicht TV Sendungen	DEUTSCH LERNEN Deutschkurse Deutsch XXL Community D Deutsch unterrichten	UNTERNEHMEN Über uns Karriere Presse Business & Sales Travel Werbung	SERVICE Empfang Apps & Co. Newsletter & Co. FAQ Kontakt DW AKADEMIE Start Regionen Qualifizierung Medientraining
---	---	--	---	---	--

© 2023 Deutsche Welle | [Datenschutz](#) | [Erklärung zur Barrierefreiheit](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Mobile Version](#)

Onlinequelle 71



Historisches Lexikon Bayerns durchsuchen



[Erweiterte Suche](#)

[Versionsgeschichte](#)

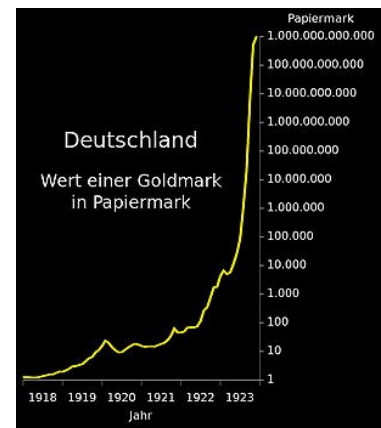
[Druckversion](#)

[English](#)

Inflation, 1914-1923

von [Helmut Braun](#)

Die Inflation, die schon während des Ersten Weltkriegs begann, konnte nach Kriegsende nicht gestoppt werden, da weiterhin Staatsausgaben durch Schulden finanziert wurden. Im Krisenjahr 1923 erreichte die Geldentwertung als Hyperinflation ihren Höhepunkt. Profiteure der Inflation waren alle Kreditnehmer (Staat, Unternehmer, Landwirte), da diese problemlos ihre nun wertlos gewordenen Schulden tilgen und Investitionen finanzieren konnten. Auf Besitzer fester Einkommen und Inhaber von Wertpapieren wirkte sie dagegen enteignend.



Die Graphik verdeutlicht den rapiden Verfall der Währung zwischen 1918 und 1923. Ende 1923 war eine 1 Goldmark fast 1 Billion Papiermark wert. (Graphik von [Dephi234](#) lizenziert durch [CC0](#) via [Wikimedia Commons](#))

Inhaltsverzeichnis

[[Verbergen](#)]

- [Definition und Erfassung von Inflation](#)
- [Ursachen und Beginn der Weimarer Inflation](#)
- [Der Weg in die Hyperinflation](#)
- [Zahlen zur deutschen Hyperinflation](#)
- [Gewinner und Verlierer der Inflation](#)
- [Hyperinflation in Bayern](#)
- [Geldscheine der Inflationszeit](#)
- [Literatur](#)
- [Weiterführende Recherche](#)
- [Externe Links](#)
- [Verwandte Artikel](#)

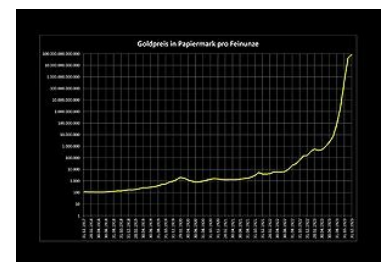
Definition und Erfassung von Inflation




Inflation bedeutet einen länger anhaltenden Anstieg des allgemeinen Preisniveaus beziehungsweise eine über längere Zeit währende kontinuierliche Geldentwertung. Inflationsprozesse können mit der Quantitäts- oder Verkehrsgleichung des amerikanischen Ökonomen [Irving Fisher](#) (1867-1947) erfasst werden. Diese grob vereinfachende, als Definition zu verstehende Gleichung lautet $M \cdot v = P \cdot T$. Dabei ist M die nominelle, in einer Volkswirtschaft vorhandene Geldmenge (insbesondere umlaufende Banknoten und Bankguthaben) und v die Umschlagshäufigkeit des Geldes, also die Geschwindigkeit, mit welcher Geld durch Transaktionen wie Käufe den Besitzer wechselt. P entspricht dem Durchschnittspreis pro Transaktion, der in einem Inflationsprozess ansteigt; T ist die Anzahl der Transaktionen während der betrachteten Periode. Hinter T steckt, grob gesagt, auch das in der Periode vorhandene, reale Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Wird die Gleichung nach P aufgelöst, werden die antreibenden Faktoren einer Inflation erkennbar: Eine stark ansteigende Geldmenge und/oder eine zunehmende Umschlagshäufigkeit und/oder eine gesunkene Anzahl von Transaktionen beziehungsweise ein gesunkenes reales Angebot.

Ursachen und Beginn der Weimarer Inflation

Die Ursachen der Inflation während der ersten Jahre der Weimarer Republik waren bereits während des Ersten Weltkriegs begründet worden: Zum Zwecke der Kriegsfinanzierung war durch die Ausgabe von Schuldtiteln einerseits die Geldmenge (Bar- und Buchgeld) stark aufgebläht worden, andererseits entstand durch die Produktion von Kriegs- statt Zivilgütern eine Warenknappheit. 1916 musste schließlich die Dritteldeckung der Mark in Gold aufgegeben werden. Angesichts der Preissteigerung bei Gütern des täglichen Bedarfs, die über der Steigerung der Nominallöhne lag, sanken bis 1917 die Reallöhne. Als 1918 diese aber wieder anstiegen, konnte infolge der physischen Warenknappheit der zivile Bedarf nur noch teilweise gedeckt werden.

In den Wirren nach Ende des Ersten Weltkrieges war in Deutschland daher eine moderate Inflation unvermeidlich, zur schnellen Unterbringung der zurückkehrenden Soldaten in den zivilen Arbeitsprozess sogar willkommen. Denn einerseits mussten Kriegsverwehrte und [Arbeitslose](#) mit Geld unterstützt werden, andererseits mußte die Kriegswirtschaft erst mühsam wieder auf die Produktion ziviler Investitions- und insbesondere Konsumgüter zur Überwindung der Warenknappheit umgestellt werden. Ein Staatsbankrott durch eine offizielle Erklärung, die innere Staatsschuld in der Form der gezeichneten Kriegsanleihen nicht zurückzahlen zu wollen, kam wegen der destabilisierenden gesellschaftlichen



Auch am Goldpreis lässt sich der Preisverfall ablesen. Angaben stellen die monatlichen Durchschnittskurse dar unter Verwendung der Daten aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches. (Graphik von [Jashuah](#)  lizenziert durch [CC BY-SA 3.0](#)  via [Wikimedia Commons](#) )



Wirkungen nicht in Frage.

Ogleich die [Steuerreformen](#) von Reichsfinanzminister [Matthias Erzberger](#) (1875-1921) die Inflation zurückdrängen und den Staatshaushalt ausgleichen sollten, blieben sie wirkungslos. Um die Haushaltslücken zu stopfen, musste der Staat weitere Kredite bei der Reichsbank aufnehmen. Nun begann die Geldmenge M immer stärker zu steigen, auch weil findige Unternehmen begannen, vermehrt Sachwerte auf Kredit zu kaufen um diese später dann mit entwertetem Geld zu tilgen. Ab Juni 1921 schwand das Vertrauen in die Mark immer mehr und jedermann begann, sein Geld, aber auch zinsgünstig aufgenommene Kredite, immer schneller bis fluchtartig in Sachwerte anzulegen; damit stieg die Umschlagshäufigkeit v. Der fortschreitende Verfall der Mark und die äußerst unklare Lage über die Höhe der [Reparationsforderungen](#) ließen unternehmerische Entscheidungen als rentabel erscheinen, die sich später als Fehlentscheidungen erwiesen.

Der Weg in die Hyperinflation

Mitte des Jahres 1922 entwickelten sich eine Kreditkrise und ein Mangel an Zahlungsmitteln. Dies hatte zwei Folgen: Einerseits stieg dadurch, aber nur minimal, die Geldmenge, da Kommunen oder Unternehmen nun im Wert vorerst stabiles, da anfänglich knappes Notgeld ausgaben, andererseits aber die Unternehmen nun Produktionseinschränkungen und Entlassungen vornehmen mussten, was das Angebot an realen Gütern senkte.

Alle Dämme brachen schließlich mit dem "[Ruhrkampf](#)" seit Januar 1923, als die Industrieproduktion an der Ruhr massiv sank und die Reichsregierung den passiven Widerstand an der Ruhr durch eine exorbitante Ausweitung des Druckes von Papiergeld finanzierte, was die Geldmenge M erhöhte. Da nun jegliches Vertrauen in die Mark verloren war und daher jedermann jede empfangene Mark schnellstmöglich in Sachwerte anlegte, stieg die Umschlagshäufigkeit v auf eine zuvor unbekannte Höhe.

Zahlen zur deutschen Hyperinflation

Die Steuereinkünfte des Staates deckten im Oktober 1923 nur noch 1 % der Reichsausgaben; 99 % wurden durch den Druck von Papiergeld finanziert. Mitte November 1923 befanden sich 99 % der kurzfristigen staatlichen Schuldtitel im Portefeuille der Reichsbank, zuzüglich privater Handelswechsel über fast 40 Trillionen Mark. Ebenfalls im November 1923 liefen 400 Trillionen Mark Bargeld um, mittlerweile erreichte auch der Notgeldumlauf eine ähnlich geschätzte Größenordnung. Kostete in Berlin am 3. Januar 1923 ein Kilogramm Roggenbrot noch 163 Mark und 1 Kilogramm Rindfleisch 1.800 Mark, lagen die korrespondierenden Preise am 19.



Werbung für Kriegsanleihen, Postkarte 1917. ([Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv hoff-71170](#))



Plakat aus dem Jahre 1917 zur siebten Kriegsanleihe. ([Bayerische Staatsbibliothek, 2 H. un. app. 48s](#))



Käuferschlange vor einem Berliner Lebensmittelgeschäft, 1923. ([Bundesarchiv, Bild 146-1971-109-42](#) / [CC-BY-SA 3.0](#))

November 1923 bei 233 Mrd. Mark und bei 4 Billionen 800 Mrd. Mark. Ein US-Dollar kostete im Mai 1923 im Monatsdurchschnitt 47.670 Mark, am 20. November dann 4.200.000.000.000 Mark.

Gewinner und Verlierer der Inflation

Die Verlierer einer Inflation sind konsequenterweise alle Bezieher von fixen, sich sehr träge anpassenden Geldeinkünften beziehungsweise generell die Inhaber von auf Geld lautenden Ansprüchen. In der deutschen Hyperinflation der Jahre 1922/23 wurde die enteignende Wirkung dieser Kreise dadurch zementiert, dass die deutsche Rechtsprechung im Frühjahr 1923 bei der Rückzahlung von Darlehen entschied, dass "eine Mark gleich eine Mark" sei: Ein Vorkriegsdarlehen auf der Basis von Goldmark konnte nun 1923 mit dem gleichen Betrag wertlosen Papiergeldes getilgt werden. Natürlich galt dieser Grundsatz auch bei der staatlichen Tilgung von Kriegsanleihen: Die gesamten inneren Kriegsschulden des Kaiserreiches in Höhe von 154 Mrd. Mark entsprachen, gerechnet in der Kaufkraft des Vorkriegsjahres 1913, im November 1923 noch einer Kaufkraft von 15,4 Pfennigen. Damit waren die großen Verlierer die Halter von Kriegsanleihen, analog der große "Gewinner" der Staat. Als Bezieher fixer Einkommen waren aber nicht nur die Rentiers die Verlierer, sondern auch Beamte sowie alle "verspätet" angepassten Lohn- und Gehaltsempfänger, Bezieher von festen Mieteinnahmen und alle Halter von Sparguthaben. Banken verloren ihr Eigenkapital ebenso wie die Träger öffentlicher sowie privater Versicherungen, die ihren Kapitalstock in "Geld" angelegt hatten.

Gewinner waren diejenigen, die die Entwicklung der Inflation vorausahnten und, möglichst auf Kredit, als agile Unternehmer wie [Hugo Stinnes](#) (1870-1924) rechtzeitig Sachwerte wie Unternehmen, Grund und Boden oder dauerhafte Konsumgüter kauften oder, wie viele Landwirte, alte Schulden nun mit wertlosem Papiergeld bedienten. Damit konnten sich einerseits viele Landwirte, insbesondere natürlich im damals noch stark agrarisch strukturierten Bayern, ihrer oft seit Generationen lastenden Hypotheken entledigen, andererseits eine Modernisierung ihrer Höfe durch neue Techniken vorantreiben. Jedoch hatte das nach der Währungsstabilisierung Absatzkrisen für landwirtschaftliche Produkte zur Folge, was nun die Bauern in neue Notlagen trieb.

Hyperinflation in Bayern

Die Hyperinflation war ein Phänomen innerhalb des gesamten Reiches. Dennoch gibt es bayerische Spezifika, die zum großen Teil mit der damaligen Wirtschaftsstruktur Bayerns in Verbindung stehen: Zur Zeit der Hyperinflation war Bayern noch stark agrarisch geprägt, besaß aber auch städtische Zentren wie [München](#), [Nürnberg](#) und [Augsburg](#). Herrschte in den Städten industrielle Arbeitsteilung mit entsprechenden, mittels Geld abzuwickelnden Markttransaktionen vor, so konnte auf dem bäuerlichen Dorf manche Transaktion im nicht auf Geld beruhenden Tausch abgewickelt werden. Die bäuerliche Landbevölkerung konnte sich damit entweder schon innerhalb der Familie, zumindest in großen Teilen innerhalb der Selbsthilfe im Dorf



Bürger verkaufen ihre Wertsachen, 1923.

([Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv hoff-5770](#))

autark von Geld und Markt versorgen. Die Mehrheit der Landwirtschaft profitierte von der Hyperinflation sogar, da sie ihre Schulden problemlos abzahlen konnte. Daher erfolgte die Ausgabe von **Notgeld** durch bayerische Kommunen oder Unternehmen relativ spät.

Vollkommen anders war die Lage in der auf Arbeitsteilung und marktlich-geldlichen Beziehungen beruhenden Stadtbevölkerung.

Insbesondere Mietpreise schufen hier Unruhe, neben den Benachteiligungen von Lohn- und Rentenbeziehern. Daher verwundern zum Beispiel in München abwechselnde "Kaufstreiks" und "Kaufwut"-Phänomene ebenso wenig wie während der Hyperinflation überbordende Vermögensdelikte wie Feld- und Forstfrevel, insbesondere auch gegenüber den "vom Geld unabhängigen" Landwirten. Politisch profitierten von der aufgeheizten Stimmung vor allem **Adolf Hitler** (1889-1945) und seine **NSDAP**.



Tafel zur Erinnerung an die Inflation aus dem Jahre 1923 aus den Beständen des Allgäu-Museums Kempten. (Foto: Fotostudio Sienz, Kempten)

Ein weiteres Problem ergab sich aus der neuen Erzbergerschen Finanzverfassung: Die Zuweisungen des Reichs aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer an die Länder, die diese dann teilweise an die **Gemeinden** weiterleiteten, wurden vom rapiden Verfall des Geldwerts aufgezehrt. Da der innerbayerische Finanzausgleichsfonds hier keine Abhilfe brachte, wurde er schließlich von der Landesregierung 1923 abgeschafft.

Geldscheine der Inflationszeit



Reichsbanknote über 1000 Mark, Dezember 1922. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



Reichsbanknote über 100.000 Mark, Februar 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



Reichsbanknote über 20.000 Mark, Februar 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



Banknote der Bayerischen Notenbank (**München**) über 20.000 Mark, März 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



25-Millionen-Mark-Schein der Bayerischen Notenbank (München), August 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



50-Millionen-Mark-Schein der Bayerischen Staatsbank (München), August 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



Zehn-Milliarden-Mark-Schein der Bayerischen Staatsbank (München), Oktober 1923. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)



50-Billionen-Mark-Banknote der Reichsbank, Februar 1924. (HVB Stiftung Geldscheinsammlung)

Literatur

- Fritz Blauch, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München 3. Auflage 1994.
- Costantino Bresciani-Turroni, The Economics of Inflation. A Study of Currency Depreciation in Post-War Germany, London 3. Auflage 1968.
- Martin H. Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914-1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 128), Göttingen 1998.
- Carl-Ludwig Holtfrerich, The German Inflation 1914-23: Causes and Effects in International Perspectives, Berlin/New York 1986.
- Karsten Laursen/Jørgen Pedersen, The German Inflation 1918-1923, Amsterdam 1964.

Weiterführende Recherche

- [Schlagwortsuche im Online-Katalog des Bibliotheksverbundes Bayern](#) [↗](#)
- [Stichwortsuche in bavarikon](#) [↗](#)

Externe Links

- [bavarikon: Notgeld in Bayern 1914-1923](#) ↗
- [Deutsches Historisches Museum - Lebendiges Museum Online: Die Inflation von 1914 bis 1923](#) ↗
- [Deutsches Historisches Museum - Lebendiges Museum Online: Die Währungsreform 1923](#) ↗
- [Wikipedia: Deutsche Inflation 1914 bis 1923](#) ↗

Verwandte Artikel

- [Demobilmachung, 1918-1923 \(ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell\)](#)
- [Notgeld](#)
- [Regiefranken, 1923/24](#)
- [Reparationen \(Weimarer Republik\)](#)
- [Ruhrbesetzung, 1923](#)
- [Währungsreform, 1923/24](#)

Empfohlene Zitierweise

Helmut Braun, Inflation, 1914-1923, publiziert am 22.01.2007; in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Inflation,_1914-1923 ↗ (24.05.2023)

Kategorien: [Ende 18. bis frühes 20. Jh.](#) [1918 bis 1933](#) [Alltag](#) [Politik](#) [Währung](#)
[Weimarer Republik](#) [Wirtschaft](#)

Haben Sie Anmerkungen zu diesem Artikel? [Schreiben Sie an die Redaktion](#)

bavarikon
Kultur und Wissensschätze Bayerns

[Autorenbereich](#) · [Impressum](#) · [Datenschutzerklärung](#) · [Barrierefreiheit](#)